27. Jahrgang 1979 / 3. Heft / Juli

E 2176 FX

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

JÜRGEN ROHWER
Die alliierte Funkaufklärung und der Verlauf des Zweiten Weltkrieges

MICHAEL SALEWSKI
Staatsräson und Waffenbrüderschaft als Probleme der deutsch-finnischen Politik 1941-1944

GÜNTER HOLLENBERG
Die bürgerlichen Schichten zwischen Sammlung und sozialliberaler Koalition 1918/19

DOKUMENTATION
Aus den Papieren des amerikanischen Botschafters in Berlin 1922-1925
(Sander A. Diamond)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick,
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke,
Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer,
Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion: Martin Broszat, Hermann Graml,
Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19,
Tel. 089/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Jürgen Rohwer . . . . Der Einfluß der alliierten Funkaufklärung auf den Verlauf des Zweiten Weltkrieges 325

Michael Salewski . . . Staatsräson und Waffenbrüderschaft. Probleme der deutsch-finnischen Politik 1941-1944 370

Günter Hollenberg . . Bürgerliche Sammlung oder sozialliberale Koalition? Sozialstruktur, Interessenlage und politisches Verhalten der bürgerlichen Schichten 1918/19 am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main 392

DOKUMENTATION

Ein Amerikaner in Berlin. Aus den Papieren des Botschafters Alanson B. Houghton 1922-1925 *(Sander A. Diamond)* 431

BIBLIOGRAPHIE 45

Diesem Heft liegt das Gesamtverzeichnis 1979 des Instituts für Zeitgeschichte bei. Wir bitten um Beachtung

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 07 11/21 51-1. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Preis ab 1978: Einzelheft DM 16,– (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 50,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 40,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 33,– (DM 1,40 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, Genehmigung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz und Druck: Georg Appl, Wemding

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

JÜRGEN ROHWER

DER EINFLUSS DER ALLIIERTEN FUNKAUFKLÄRUNG AUF DEN VERLAUF DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Im Herbst 1974 enthüllte der britische Luftwaffenoberst F. W. Winterbotham mit seinem Buch „The Ultra Secret"[1] das bis dahin „bestgehütete Geheimnis des Zweiten Weltkrieges": die laufende Entzifferung der geheimen deutschen Funkschlüssel durch britische Kryptologen. Kein Wunder, daß sich die Massenmedien und manche fixen Publizisten dieses sensationellen Themas annahmen und die Frage aufwarfen, ob nun nicht die ganze Geschichte der Jahre 1939–1945 neu geschrieben werden müsse. Wenn die alliierte Führung über fast alle deutschen Absichten im voraus unterrichtet war – diesen Eindruck schien das Buch zu vermitteln –, mußte dann nicht die ganze strategische Planung der Alliierten in einem neuen Licht gesehen, mußten nicht die Handlungen ihrer politischen und militärischen Führer neu bewertet werden? War „Ultra"[2] gar die wichtigste Ursache für die deutsche Niederlage?

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, einerseits über die gegenwärtige Quellenlage und den Forschungsstand zu diesem Thema zu referieren und andererseits den vielen Legenden eine ausgewogenere Bewertung der Rolle der alliierten Funkaufklärung für den Verlauf des Zweiten Weltkrieges entgegenzusetzen.

Quellenlage und Forschungsstand

Von 1945–1974 ist in der internationalen Literatur kaum etwas über die Leistungen der alliierten Funkentzifferung während des Zweiten Weltkrieges veröffentlicht worden, soweit sie sich gegen Deutschland oder Italien richtete. Sowohl die amtlichen westalliierten Werke als auch Spezialdarstellungen beschränkten sich im Zusammenhang mit der Funkaufklärung im wesentlichen auf die Ergebnisse des Funkpeildienstes. Diese Zurückhaltung stand in auffallendem Gegensatz zur umfassenden Schilderung der Erfolge der amerikanischen Funk-

[1] F. W. Winterbotham, The Ultra Secret, London 1974 (deutsch: Aktion Ultra, Berlin 1976).

[2] „Ultra" war der Geheimhaltungsgrad, mit dem auf entziffertem deutschen Material beruhende, von den „Intelligence"-Stellen an die operativen Führungsstellen ausgehende Funksprüche und Fernschreiben gekennzeichnet wurden. Durch Winterbothams Buchtitel wurde „Ultra" zum Begriff für die Entzifferungen, ja für die ganze Entzifferungsoperation.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entzifferungsdienste gegenüber den japanischen diplomatischen und militärischen Funkschlüsselverfahren. Sie waren vor allem Angelpunkt der langjährigen Auseinandersetzung amerikanischer Historiker über die Zusammenhänge und Hintergründe des Angriffes auf Pearl Harbor[3]. Das Schweigen über entsprechende Erfolge gegenüber Deutschland führte bis 1974 allgemein zu der Annahme, daß die von der deutschen Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges verwendeten Maschinenschlüsselverfahren weitgehend einbruchsicher gewesen seien[4]. Dies galt umsomehr, als besondere Sachkenner zwar über die Erbeutung von Schlüsselmaschinen und Schlüsselunterlagen berichtet hatten, jedoch aus ihren einschlägigen Veröffentlichungen[5] nichts über eine *laufende* Entzifferung deutschen Funkverkehrs zu entnehmen war. So blieben auch die deutschen Veröffentlichungen zu dieser Zeit[6] bei der Version, daß die Alliierten den deutschen Funkverkehr nur mitlesen konnten, wenn sie vorher Schlüsselunterlagen erbeutet hatten, wie das im Sommer 1941 und im Sommer 1944 geschehen war, doch auch dann nur solange, wie diese reichten. Eine operativ oder taktisch nutzbare echte Entzifferung wurde dagegen weiterhin ausgeschlossen.

Ein polnisches Bändchen von 1967[7], das über die Lösung des deutschen „Enigma"-Schlüsselverfahrens durch polnische Kryptologen vor dem Krieg berichtete, wurde im Westen kaum bekannt. Auch die Darstellung eines französischen Generals 1973[8] über die französisch-polnische Zusammenarbeit bei diesem Erfolg fand zunächst nur bei Fachleuten Beachtung. Offenbar war das Buch des französischen „Insiders" aber für die britische Regierung der Anlaß, Group Captain Winterbotham die Erlaubnis zur Veröffentlichung seiner Memoiren zu geben. Da ihm jedoch keine Akten zugänglich gemacht wurden und er nur auf seine persönliche Erinnerung angewiesen war, geriet ihm sein Buch zu einer einseitigen „Erfolgsstory". Sie erwies sich bei aller „Richtigkeit im Großen" in vielen der mitgeteilten Fakten als unzuverlässig, insbesondere in den Bereichen, mit denen der Autor nicht unmittelbar dienstlich zu tun gehabt hatte. So löste sein Buch unter den früheren Kollegen einen heftigen, in der Presse ausgetra-

[3] Vgl. J. Rohwer, Die Pearl Harbor-Frage in der historischen Forschung, in: Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin, Hamburg 1961, S. 241–261; Nachdruck in: A. Hillgruber (Hrsg.), Probleme des Zweiten Weltkrieges, Köln 1967, S. 119–133.

[4] So z. B. J. Rohwer, Der U-Bootkrieg und sein Zusammenbruch 1943, in: Entscheidungsschlachten des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt 1960, S. 327–394, und noch K. Dönitz, Zehn Jahre und zwanzig Tage, 5. Aufl., Frankfurt/Main 1975 (die in Vorbereitung befindliche 6. Aufl. wird die Korrektur enthalten).

[5] St. W. Roskill, The Secret Capture, London 1959 (deutsch: Das Geheimnis um U 110, Frankfurt 1960); L. Farago, The Tenth Fleet, New York 1962; D. McLachlan, Room 39. Naval Intelligence in Action 1939–1945, London 1968.

[6] J. Rohwer, La radiotélégraphie auxiliaire du commandement dans la guerre sousmarine, in: Revue d'histoire de la Deuxième Guerre Mondiale, 1966, S. 42–66; H. Bonatz, Die deutsche Marine-Funkaufklärung 1914–1945, Darmstadt 1970; H. Giessler, Der Marine-Nachrichten- und -Ortungsdienst, München 1971.

[7] W. Kozaczuk, Bitwa o tajemnice, Warschau 1967.

[8] G. Bertrand, Enigma ou la plus grande enigme de la guerre 1939–1945, Paris 1973.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

genen Streit aus, der in Verbindung mit den teils scharfen Kritiken sachkundiger Rezensenten aus der Marine dazu führte, daß sich die britische Regierung und, ihr folgend, auch die amerikanische Anfang 1976 entschlossen, die erhalten gebliebenen „Ultra"-Akten, nach nochmaliger Überprüfung und Tilgung noch sicherheitsrelevanter Angaben, für die Benutzung durch die wissenschaftliche Forschung im Public Record Office (PRO) in London bzw. den National Archives in Washington freizugeben.

Dabei handelte es sich einerseits um zahlreiche Berichte der alliierten „Intelligence"-Dienststellen, die während oder kurz nach dem Kriege aufgrund deutscher entzifferter Funksprüche zusammengestellt worden waren[9]. Andererseits begann das PRO im Mai 1977 mit der Freigabe der Fernschreiben, mit denen der übersetzte Text entzifferter deutscher Marinefunksprüche vom britischen Entzifferungszentrum Bletchley Park (BP) an das Operational Intelligence Centre (OIC) der Admiralität übermittelt wurde, bzw. der Funksprüche und Fernschreiben, mit denen BP den Inhalt entzifferter deutscher Heeres- und Luftwaffenfunksprüche an die operativen Führungsstellen weitergab. Im März 1979 enthält diese Sammlung bereits 572 Bände mit fast 420 000 Funksprüchen und Fernschreiben, doch dürfte sich deren Zahl noch weit mehr als verdoppeln[10].

Naturgemäß löste diese Flut neu zugänglich gewordener Akten eine Welle neuer Veröffentlichungen aus. Aus der Fülle von mehr oder weniger informativen Zeitungsartikeln und Fernsehsendungen können hier nur einige beispielhaft erwähnt werden[11]. Aufsätze sachkundiger Autoren in den internationalen Fachzeitschriften vertieften den Einblick in spezielle Probleme und Vorgänge[12]. Neben einigen Büchern, die mehr Verwirrung als Klarheit stifteten[12a], erschienen in den beiden letzten Jahren vor allem drei Werke britischer Autoren, an denen

---

[9] Z. B. Public Record Office (PRO), Bestand ADM 223: War of 1939–1945: Naval Intelligence Papers; ferner U. S. Navy's World War OP-20-G Final Report Series on the Battle of the Atlantic, OEG Study 533: Effects on U-Boat Performance of Intelligence from Decryption of Allied Communications, National Archives, Washington, D. C.

[10] PRO, Bestand DEFE 3: Intelligence from Enemy Radio Communications: 1939–1945, Vol. 1–572.

[11] St. Strumph-Wojtkewicz, Die Enigma. Die größte Sensation des Zweiten Weltkrieges, in: Radar, Deutsche Ausgabe, Warschau 1/1979; R. Woller/J. Rohwer, Die Tarnkappe war durchlöchert, 13. 11. 1977 im ZDF; B. Johnson, The Secret War, BBC London 1978.

[12] J. P. Campbell, The Ultra Revelations. The Dieppe Raid in a New Light As an Example of Now Inevitable Revisions in Second World War Historiography, in: Canadian Defence Quarterly 6 (1976), S. 36–42; M. Blumenson, Will „Ultra" Rewrite History?, in: Army, August 1978, S. 43–48; A. G. Rosengarten, With Ultra from Omaha to Weimar. A Personal View, in: Military Affairs, Oktober 1978, S. 127–133; P. Beesly, Special Intelligence und die Konvoisteuerung, in: Marine-Rundschau 74 (1977), S. 169–182; H. C. Deutsch, The Historical Impact of Revealing the Ultra-Secret, in: Parameters 7 (1977), Nr. 3, S. 16–32.

[12a] A. C. Brown, Bodyguard of Lies, New York 1975 (deutsch: Die unsichtbare Front. Entschieden Geheimdienste den Zweiten Weltkrieg?, München 1976); W. Stevenson, A Man Called Intrepid. The Secret War, New York 1976.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kein an der Geschichte des Zweiten Weltkrieges interessierter Historiker mehr vorbeigehen sollte[13].

Parallel zur Arbeit einzelner Autoren an diesen Veröffentlichungen war es jedoch auch zu einer immer enger werdenden internationalen Zusammenarbeit zwischen Experten und Historikern gekommen. Bereits bei der Jahrestagung der „American Historical Association" im Dezember 1976 in Washington hatte sich eine Sektion in vier Referaten mit der Rolle von „Ultra" für den Zweiten Weltkrieg beschäftigt[14]. Bei dem „3rd Naval History Symposium" in Annapolis im Oktober 1977 befaßte sich eine Sektion mit „Ultra" und der Schlacht im Atlantik aus britischer, deutscher und amerikanischer Sicht[15].

Ihren Höhepunkt fand die Zusammenarbeit bisher in einer internationalen Tagung in Bonn und Stuttgart im November 1978, an der Kryptologen, „Intelligence"-Experten und Historiker aus der Bundesrepublik, England, den USA, Kanada, Polen, Frankreich, Finnland und Schweden teilnahmen[16]. Mit der jüngsten Veröffentlichung des ersten Bandes einer auf drei Bände geplanten offiziellen britischen Serie über die strategische und operative „Intelligence" im Zweiten Weltkrieg[17] ist in der Forschung zu diesem Thema ein Abschnitt erreicht, der für einen Überblick über die bisherigen Forschungsergebnisse besonders geeignet erscheint.

Funkführung und Funkaufklärung

Da die zur Übermittlung von Nachrichten und Befehlen verwendete drahtlose Telegraphie Radiowellen benutzt, die nicht nur vom beabsichtigten Empfänger, sondern auch vom Gegner mitgehört werden können, ist der Funkverkehr nicht nur ein wichtiges Mittel zur eigenen Führung, sondern zugleich auch mittels der Beobachtung des feindlichen Funkverkehrs ein wichtiges Aufklärungsmittel.

Die *Funkaufklärung* muß zunächst mit ihren *Horchstellen* die vom Gegner

---

[13] P. Beesly, Very Special Intelligence. The Story of the Admiralty's Operational Intelligence Center 1939–1945, London 1977 (deutsch: Very Special Intelligence, Geheimdienstkrieg der britischen Admiralität 1939–1945, Berlin 1978); R. V. Jones, Most Secret War, London 1978; R. Lewin, Ultra Goes to War, London 1978.

[14] Joint Session on Codebreaking and Intelligence during AHA Meeting, in: American Committee on the History of the Second World War, Newsletter No. 17, Mai 1977, S. 3–8.

[15] Eine Veröffentlichung der Referate des Symposiums ist vom U. S. Naval Institute, Annapolis, für 1979 beabsichtigt.

[16] J. Rohwer, War „Ultra" kriegsentscheidend? (Bericht über die Tagung), in: Marine-Rundschau 76 (1979), S. 29–36. Die Referate der Tagung und die Diskussionen auf dem Kolloquium erscheinen noch 1979: J. Rohwer/E. Jäckel (Hrsg.), Funkaufklärung im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1979.

[17] F. H. Hinsley with E. E. Thomas/C. F. G. Ransom/R. C. Knight, British Intelligence in the Second World War. Its Influence on Strategy and Operations, Bd. I, London 1979 (zwei weitere Bde. dieser offiziellen Serie sind für 1980/81 geplant).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verwendeten Frequenzen abhören und die empfangenen Funksprüche aufzeichnen. In ihrer Auswertung beschreitet sie drei Wege:

Die *Inhaltsauswertung* versucht den Inhalt des gegnerischen Funkverkehrs der eigenen Führung zugänglich zu machen. Unverschlüsselte Funksprüche können nach Übersetzung direkt mitgelesen werden. Verschlüsselte Funksprüche müssen, sofern der Schlüssel bekannt ist, entschlüsselt werden. Ist der Schlüssel jedoch nicht bekannt, setzt die Arbeit der *Entzifferung* ein, die das benutzte Schlüsselverfahren zu lösen und den verwendeten gültigen Schlüssel zu rekonstruieren hat, sodaß eine Entschlüsselung möglich wird.

Die *Verkehrsauswertung* kann auch ohne Kenntnis des Inhalts der Funksprüche aus der Art und gewissen äußeren Merkmalen der Funksprüche sowie aus der Dichte und den erkennbaren Beziehungen des Verkehrs wichtige Schlüsse über Unterstellungsverhältnisse und damit über die Gliederung des Gegners, über Schwerpunktbildungen und über die Art laufender Operationen ziehen.

Die *Peilauswertung* ermöglicht die Festlegung der geographischen Koordinaten der sendenden Stelle und kann in Verbindung mit der Verkehrsauswertung wichtige Kenntnisse über die Dislokation und die Standorte von Einheiten oder Schiffen des Gegners bringen.

Aus jeder dieser Komponenten oder ihrer Kombination kann die Funkaufklärung ein mehr oder weniger präzises *Funklage*bild für die Gegenseite gewinnen. Um die Gewinnung eines solchen Lagebildes zu erschweren, war es allgemein üblich, daß Heeres- oder Fliegerverbände, solange ihre Operationen noch nicht begonnen hatten und sie in ihren Standorten lagen, für die Befehlsgebung und als Meldeweg Drahtverbindungen (Telefon, Fernschreiber) benutzten. Im Hafen liegende Schiffe waren ebenfalls an Drahtverbindungen angeschlossen; in See hielten sie dagegen *Funkstille*, bis dem Gegner ihre Anwesenheit bekannt war oder sie aus zwingenden operativen Gründen funken mußten.

Im folgenden wird der zuerst genannte Zweig der Funkaufklärung im Vordergrund stehen. Man darf jedoch nicht übersehen, daß auch die beiden anderen im Zweiten Weltkrieg bei fast allen Kriegführenden stets eine große Rolle spielten und die Ergebnisse der nur teilweise gelingenden Entzifferung vielfach ergänzten. Allgemein war der Funkaufklärung aber nur ein Bruchteil der jeweiligen gegnerischen Nachrichtenübermittlung zugänglich, da diese sich in Kenntnis der bestehenden Gefahren solange wie möglich der Drahtverbindungen bediente. Auch war die Funkaufklärung in den seltensten Fällen das einzige Erkenntnismittel der „Intelligence" und muß immer im Zusammenhang mit den aus anderen Quellen gewonnenen Informationen gesehen und beurteilt werden.

Die Entwicklung der „Enigma"-Schlüsselmaschine

Die *Verschlüsselung* eines Klartextes kann dadurch geschehen, daß man die im Original verwendeten Buchstaben und Zahlen entweder nach einem *Tausch-* (Substitutions-) *Verfahren* oder nach einem *Verwürfelungs-* (Transpositions-) *Verfahren* durch andere ersetzt. Die Möglichkeiten reichen dabei von einfachen Hand- bis zu komplizierten Maschinen-Schlüsselverfahren.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine andere Möglichkeit ist die Verwendung eines *Codes*, bei dem für bestimmte, im Verkehr auftretende Begriffe oder Nachrichten statt eines Klartextes die in einem Code- oder Signalbuch festgelegten Buchstaben- oder Zahlengruppen verwendet werden. Auch eine Kombination beider Arten ist möglich, indem die Codegruppen noch einmal mit einem der erstgenannten Verfahren überschlüsselt werden.

Die Sicherheit eines Schlüssels hängt ganz besonders von der Länge einer Periode ab, nach der eine Folge von Klartextbuchstaben durch die gleichen, bereits einmal verwendeten Schlüsselbuchstaben ersetzt wird. Ein ganz wesentlicher Fortschritt bei der Erhöhung der Periodenlänge für maschinelle Verfahren war die Einführung der Schlüsselwalze. Mit ihnen ausgerüstete Schlüsselmaschinen wurden zu Anfang der 20er Jahre parallel zueinander an verschiedenen Stellen von privaten Erfindern entwickelt[18].

In der bisherigen Literatur entsteht vielfach der Eindruck, daß eine einzige Schlüsselmaschine „Enigma" sowohl von den verschiedenen Wehrmachtsteilen als auch von den anderen Reichsbehörden und Parteidienststellen verwendet wurde. Demgegenüber ist festzustellen, daß auf deutscher Seite während des Zweiten Weltkrieges neben einer großen Anzahl von im taktischen Bereich verwendeten einfachen Handschlüssel- und Codeverfahren sowie einer in der zweiten Hälfte des Krieges gelegentlich auch für den Funkfernschreibverkehr verwendeten Fernschreibschlüsselmaschine eine ganze Reihe verschiedener Versionen der Funkschlüsselmaschine „Enigma" verwendet worden sind. Zum Verständnis erscheint es erforderlich, einen knappen Überblick über die Entwicklung dieser „Enigma"-Versionen zu geben.

Bereits gegen Ende des Ersten Weltkrieges hatte Dr. Ing. Arthur Scherbius der Heeresleitung Vorschläge für die Entwicklung einer Schlüsselmaschine gemacht. 1923 kaufte er die von Hugo Alexander Koch in Holland angemeldeten Patente[19] für eine Schlüsselmaschine und entwickelte aus beiden noch im gleichen Jahr seine erste Schlüsselmaschine „Enigma-A". Sie unterschied sich von anderen Walzenmaschinen, bei denen drei bis fünf Walzen hintereinander geschaltet waren, dadurch, daß der Strom zunächst drei Schlüsselwalzen durchlief, dann durch eine Umkehrwalze umgekehrt wurde und den gleichen Weg noch einmal zurücklegte. Damit wurde einerseits eine doppelte Überschlüsselung erreicht, durch die Umkehrung konnte man aber auch mit der gleichen Einstellung die Entschlüsselung der Nachrichten durchführen. Das sich ergebende reziproke Buchstabenaustauschverfahren bedingte jedoch, daß ein Buchstabe niemals durch sich selbst ersetzt werden konnte.

Nach einer Zwischenstufe, der noch recht unhandlichen „Enigma-B", brachte Scherbius 1926 eine wesentlich verkleinerte Maschine, „Enigma-C", heraus. Sie hatte die Größe einer Schreibmaschine und besaß wie diese ein Tastenfeld

---

[18] D. Kahn, The Codebreakers. The Story of Secret Writing, London 1967, S. 351–671.

[19] Niederländisches Patent No. 10700, 1919.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit 26 Buchstaben und darüber angeordnet ein entsprechendes Glühlampenfeld sowie einen Walzenteil. Dieser hatte rechts eine Eingangswalze, links die Umkehrwalze und in der Mitte Raum für drei einsetz- und austauschbare Schlüsselwalzen. Diese besaßen jeweils 26 Kontaktflächen und Stifte, die innen in unterschiedlicher Weise mit Drähten verbunden waren. Seitlich befand sich ein drehbarer Buchstaben- oder Zahlenring, durch den man die Zuordnung der 26 Zeichen zu den jeweiligen inneren Verbindungen der Schlüsselwalze verändern konnte.

Schon 1923 hatte Scherbius die Versionen A und B auf einem internationalen Postkongreß ausgestellt und vorgeführt. Zur Produktion und zum Vertrieb seiner Maschinen hatte er im Juli 1923 die „Chiffriermaschinen-AG" in Berlin gegründet. Diese meldete verschiedene Versionen der Maschine, darunter auch eine mit vier Schlüsselwalzen, zum Patent an, so u. a. in Deutschland am 10. März 1926 und in England am 11. August 1927[20]. Scherbius bemühte sich, die Maschine an verschiedene Länder zu verkaufen. Erhalten sind z. B. Unterlagen über den Kauf einer „Enigma" durch den amerikanischen Militärattaché am 12. Mai 1928 zum Preis von 144 Dollar. Berichte von Militärattachés aus den USA und den Niederlanden über andere Versionen der Maschine liegen vor. Auch wurden Exemplare nach Schweden, Polen und Großbritannien verkauft, doch blieben größere Aufträge aus. Scherbius hatte deshalb große Mühe, seine Firma über Wasser zu halten, und nach seinem Tode kauften 1934 die beiden Berliner Firmen Heimsoth u. Rinke und Konski u. Kröger die Patentrechte. Im gleichen Jahr hatte auch Japan eine Handelsversion erworben, die ab 1937 in einer für ihre Zwecke adaptierten Form vom japanischen Außenministerium eingeführt wurde.

In Deutschland hatte die Reichsmarine am 9. Februar 1926 eine leicht abgewandelte Version der „Enigma-C" als „Funkschlüssel C"[21] eingeführt, bei der man die Zahl der Buchstaben durch die Hinzufügung der Umlaute auf 29 erhöht hatte. Außerdem konnte man die Umkehrwalze in vier verschiedenen Positionen einstellen.

Den Sicherheitsansprüchen des Reichsheeres genügte das jedoch nicht. Man hatte am 15. Juli 1928 eine andere Version, die „Enigma-G"[22], eingeführt, bei der man, um Verwechslungen zu vermeiden, auf die Umlaute wieder verzichtete, jedoch zusätzlich zu dem Walzenteil mit drei Schlüsselwalzen noch ein Feld mit 26 Doppelsteckerkontakten vorsah, die durch kleine Kabel mit Stöpseln verbunden werden konnten und so eine zusätzliche Überschlüsselung des mit den Walzen verschlüsselten Textes ermöglichten.

---

[20] Deutsches Reichs-Patent No. 416219. Britisches Patent als Kopie in Lewin, a. a. O., S. 46.

[21] Der Funkschlüssel C. Geheime Marine-Dienstvorschrift M. D. V. Nr. 21, Berlin: Reichswehrministerium (Marineleitung) 1926.

[22] Gebrauchsanleitung für die Chiffriermaschine Enigma-G, Berlin: Reichswehrministerium (Heeresleitung) 1928.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Reichsmarine folgte dem Heer am 1. Oktober 1934 mit ihrem „Funkschlüssel M"[23], einer Weiterentwicklung der „Enigma-G". Ihm entsprach weitgehend die am 27. Juni 1935 als Wehrmachtschlüsselmaschine eingeführte „Enigma I" für den geheimen Nachrichtenverkehr zwischen Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe sowie in anderen Bereichen.

Beide Maschinen besaßen zunächst fünf austauschbare Schlüsselwalzen, von denen jeweils drei in die Maschine eingesetzt waren. Während die Marine alle fünf Schlüsselwalzen benutzte, waren beim Heer und der Luftwaffe die Walzen IV und V vorerst gesperrt. Die drei eingesetzten Schlüsselwalzen gaben der Maschine eine Schlüsselperiode von 26^3–26^2 = 16 900 Zeichen. Für die Einstellung des Schlüssels gab es verschiedene Möglichkeiten:

Die Reihenfolge der drei in der Maschine befindlichen Schlüsselwalzen konnte beliebig verändert werden. Dafür gab es bei drei verwendeten Walzen sechs, bei fünf verwendeten Walzen sechzig verschiedene Möglichkeiten der Walzenlage. Für die Einstellung der Zahlen- oder Buchstabenringe auf den drei eingesetzten Schlüsselwalzen gab es 26^3=17 576 Möglichkeiten der *Ringstellung*. Diese, bei geöffneter Maschine von Offizieren durchzuführenden *inneren Einstellungen* waren von den bei geschlossener Maschine vom Funkpersonal durchzuführenden *äußeren Einstellungen* zu unterscheiden. Für die Einstellung der in den Fenstern neben den drehbaren Schlüsselwalzen sichtbaren *Grundstellung* gab es ebenfalls 17 576, für die Herstellung der *Steckerverbindungen* theoretisch bei Verwendung der 13 Schnüre 1 547 Möglichkeiten.

Diese 1934 und 1935 bei Marine, Heer und Luftwaffe eingeführten Schlüsselmaschinen wurden bis 1945 verwendet, weil der Aufwand für eine völlige Umstellung des Verfahrens bei der zunehmenden Zahl der auszustattenden Dienststellen nicht tragbar schien und zum anderen auch die ständig durchgeführten kleineren Verbesserungen der Technik und der Verfahren auszureichen schienen.

Die von deutscher Seite an die „Enigma" gestellte Forderung läßt sich so umschreiben: Man benötigte für den operativen und taktischen Funkverkehr eine Schlüsselmaschine, welche die Gewähr dafür bot, daß selbst bei der Erbeutung einer Maschine durch den Gegner eine mögliche Entzifferung noch soviel Zeit erforderte, daß der Inhalt der Entzifferungen nur noch historischen Wert haben würde. Die Bemühungen bei der Weiterentwicklung der Maschine konzentrierten sich deshalb darauf, die Schlüsselmöglichkeiten zu vervielfältigen und damit die für die Entzifferung aufzuwendende Zeit zu verlängern.

Man war sich dabei – ebenso wie auf alliierter Seite – darüber klar, daß das einzige, mathematisch beweisbar sichere Schlüsselsystem der individuelle Zahlenwurm war (engl.: one time pad = Einwegschlüssel), dessen zufallsverteilte

[23] Der Funkschlüssel M (Vorschrift). Geheime Kommandosache. M.Dv. Nr. 32, Berlin: Marineleitung 1934. – Gebrauchsanleitung für die Chiffriermaschine Enigma. Vom 12. 1. 1937. Berlin: Reichsdruckerei 1937. H.Dv. Nr. 13, L.Dv. Nr. 13. – Schlüsselanleitung zur Chiffriermaschine Enigma. Vom 8. 6. 1937. H.Dv. Nr. 14, M.Dv. Nr. 168, L.Dv. Nr. 14. Berlin: Reichsdruckerei 1937.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ziffern- oder Buchstabenfolge nur einmal verwendet wurde. Eine durchgehende Anwendung dieses Schlüsselverfahrens verbot sich jedoch wegen des ungeheuren Aufwandes bei der Herstellung der Schlüssel.

Funk- und Schlüsselverfahren

Die Gefahr der Entzifferung wird umso größer, je mehr Text mit der gleichen Einstellung verschlüsselt wird. So war es das Bestreben der deutschen Fernmeldedienststellen, dem durch entsprechende *Verfahrensregeln* entgegenzuwirken. Beim Funkschlüssel C und M wechselte die innere Einstellung anfangs in unregelmäßigen Abständen einmal die Woche, von Kriegsbeginn bis zumindest Ende 1941 alle 48 Stunden und danach, ebenso wie die äußere Einstellung, täglich. Bei der „Enigma-I" ging man bereits 1938 zum täglichen Wechsel beider Einstellungen über und erhöhte die Zahl der Änderungen in den besonders stark benutzten Schlüsselbereichen während des Krieges auf bis zu dreimal täglich.

Da auch bei häufiger Änderung der Schlüsseleinstellung, jedoch gleicher Grundstellung zu Beginn eines Verschlüsselungsvorganges zuviel gleiche Buchstabenfolgen auftreten konnten, wurde jeder Spruch nach einem eigenen *Spruchschlüssel* verschlüsselt. Funksprüche mit mehr als 180 Buchstaben mußten geteilt werden. Das zur Bildung der Spruchschlüssel angewandte Verfahren unterschied sich bei Heer/Luftwaffe und Marine etwas. Bei der „Enigma-I" wählte der Schlüssler frei drei Buchstaben aus, die mit der eingestellten Grundstellung des Tagesschlüssels zweimal hintereinander getastet wurden. Die sich ergebenden sechs aufleuchtenden Buchstaben wurden an den Beginn des zu übermittelnden Funkspruches gesetzt. Zur Kennung des verwendeten Schlüsselverfahrens fügte der Schlüssler eine der vier Kenngruppen des Tagesschlüssels an der dort angegebenen Einsatzstelle in den Funkspruch ein. Bei der Marine wurden die zur Kennzeichnung des verwendeten Verfahrens und Schlüsselbereiches notwendigen Kenngruppen aus einem Funknamen- oder Kenngruppenbuch ausgewählt und mit der Grundstellung der Maschine zweimal getastet. Die ersten drei Buchstaben kamen an den Anfang, die letzten drei an den Schluß des Spruches. Hier bildete die gewählte Kenngruppe zugleich den Spruchschlüssel.

Um die Menge des nach dem gleichen Tagesschlüssel verschlüsselten Materials herabzusetzen, vor allem aber auch aus betriebstechnischen Gründen, wurden die am Funkverkehr beteiligten Stellen und Einheiten in Funkverkehrskreise mit einzelnen zugeteilten Frequenzen und in Schlüsselbereiche mit eigenen Tagesschlüsseleinstellungen eingeteilt.

In einem *Verkehrskreis* wurden aus organisatorischen, operativ-taktischen oder geographischen Gründen zusammenzufassende Funkstellen vereinigt. Beim Heer und der Luftwaffe gab es horizontal geordnete Schlüsselkreise für die Verbindung der höheren Führungsstellen untereinander, wie z. B. der Heeresgruppen und Armeen bzw. der Luftflotten oder der Wehrkreiskommandos oder Luftgaukommandos. Weiter gab es vertikal geordnete Kreise, in denen die Funkverkehre der Armeen über die Korps bis zu den Divisionen oder von den Luftflotten über die Fliegerkorps und -divisionen bis zu den Geschwadern zusammengefaßt waren. Während des Krieges wurden gelegentlich bei regional begrenzten Operationen Sonderverkehrskreise gebildet.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Zahl der Verkehrskreise vermehrte sich während des Krieges sowohl beim Heer als auch bei der Luftwaffe. Bei der Marine wurden die Verkehrskreise Schaltungen genannt und nahmen mit der Ausweitung des deutschen Machtbereiches nach 1940 ebenfalls erheblich zu.

Parallel waren auch die *Schlüsselbereiche* nach operativen Gesichtspunkten gegliedert. Bei Heer und Luftwaffe gab es ähnlich wie bei den Verkehrskreisen vertikale und horizontal angeordnete Schlüsselbereiche, deren Zahl im Verlauf des Krieges – ganz besonders beim Heer – stark zunahm. Gelegentlich, wie z. B. während des Norwegenunternehmens, wurden auch eigene Wehrmachtschlüsselbereiche eingerichtet. Bei der Marine gab es bei Beginn des Krieges zwei Schlüsselbereiche „M-heimische Gewässer" und „M-außerheimische Gewässer" und die Schlüsselverfahren „M-allgemein", „M-Offizier" und „M-Stab" mit jeweils besonderen Schlüsseleinstellungen und -vorschriften. Mit der Ausweitung des Funkverkehrs vermehrte sich die Zahl dieser Schlüsselbereiche z. B. bei der Marine im Jahr 1943 bis auf mehr als 40, von denen allein 24 mit dem Schlüssel „M" arbeiteten, während die anderen einfachere Handtauschtafeln verwendeten.

Doch nicht nur die Inhaltsauswertung der gegnerischen Funkaufklärung suchte man zu verhindern. Um die Verkehrsanalyse zu erschweren, ließ die Marine z. B. in ihrem Kriegsfunkverfahren Anschriften und Unterschriften in Funksprüchen weg und kennzeichnete diese nur noch mit einer Leitnummer, welche die Funkstelle bei der Wiederholung dem Spruch voranstellte. Um die Gefahr der *Einpeilung* der in See befindlichen Seestreitkräfte und U-Boote zu verringern, führte man im Winter 1939/40 das *Kurzsignalverfahren* ein, bei dem die zu verschlüsselnden Texte zuvor in einen kurzen Buchstabencode gebracht wurden, der aus einem Kurzsignalheft zu entnehmen war und dann noch einmal mit der gültigen Schlüsseleinstellung überschlüsselt wurde. Diese Kurzsignale wurden mit zwei zu Beginn gegebenen griechischen Buchstaben gekennzeichnet.

Oberster Grundsatz war bei allen Wehrmachtsteilen die Vorschrift, das Instrument des Funkverkehrs nur dann zu benutzen, wenn keine andere Verbindungsmöglichkeit gegeben war. Um der gegnerischen Funkpeilauswertung und Verkehrsanalyse möglichst wenig Anhaltspunkte zu geben, wurde nicht nur das Instrument der *Funkstille* verwendet, sondern vor allem auch versucht, durch eine entsprechend über längere Frist aufgebaute *Funktäuschung* oder die Verwendung von *Füllfunkverkehr* den Gegner irrezuführen.

Die Arbeit der polnischen und französischen Entzifferungsdienste an der „Enigma"[24]

Schon während des russisch-polnischen Krieges von 1920 hatte das „Biuro Szyfrow" der polnischen Armee durch seine rechtzeitigen Entzifferungen der Angriffsbefehle der sowjetischen Führer Budennyj und Tuchačevskij wesentlich zum

[24] Vgl. Kozaczuk, a. a. O., Bertrand, a. a. O., ferner Auskünfte von T. Lisicki; Hinsley, a. a. O., S. 487–495 (Appendix 1: The Polish, French and British Contributions to the Breaking of the Enigma); P. Paillole, Services Speciaux 1935–1945, Paris 1978; auch Referat T. Lisicki auf int. Tagung in Bonn, 15. 11. 1978 (vgl. Anm. 16).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

polnischen Sieg bei Warschau beigetragen. In den 20er Jahren hatte die für Deutschland zuständige Abteilung BS 4 viele der von der deutschen Reichswehr benutzten Handschlüsselverfahren gelöst. Als 1928 ein neues Verfahren auftrat und allen Lösungsversuchen trotzte, erkannte man bald, daß es sich um ein Maschinenschlüsselverfahren handeln mußte, das vermutlich auf der im Handel erhältlichen „Enigma" basierte. Doch brachte auch das damals gekaufte Exemplar die Kryptologen einer Lösung zunächst nicht näher. Man mußte ganz neue Methoden mathematischer Analyse anwenden.

Man suchte an den Universitäten begabte deutschsprechende junge Mathematiker, von denen 20 zu einem besonderen Kurs für Kryptologen an der Universität Poznan zusammengezogen wurden. Drei von ihnen, Marian Rejewski, Jerzy Rosicki und Henryk Zygalski stellte man im Herbst 1932 beim BS 4 ein. Bereits viereinhalb Monate später erzielten sie den ersten Einbruch.

Dabei kam ihnen die zweimalige Verschlüsselung der dreistelligen Spruchschlüssel zugute. Da sie stets mit der gleichen Grundstellung begann, konnte man in 21 von 26 Fällen davon ausgehen, daß sich bei der Verschlüsselung der ersten sechs Buchstaben aller Funksprüche eines Tages nur die rechte Walze gedreht hatte. Der reziproke Buchstabentausch der „Enigma"-Maschine ermöglichte es bei ausreichend vorliegendem Funkspruchmaterial, durch diese Wiederholungen die auftretenden Zyklen oder Perioden herauszufinden, in denen sich die Buchstabenfolgen einer Walze wiederholten. Auf diese Weise konnte man einerseits die Spruchschlüssel lösen, vor allem aber, bei Anwendung bestimmter mathematischer Gesetze, die inneren Verdrahtungen der Schlüsselwalze herausfinden, denn jede der drei benutzten Walzen kam durch die Änderungen der Walzenlage einmal in die rechte Position.

Zunächst gelang es mit dieser Methode, im Januar 1933 die Funkschlüsselmaschine C der Reichsmarine zu knacken. Doch war dieser Marineverkehr für die polnische Seite weniger interessant. Es wurde aber deutlich, daß die vom Reichsheer verwendete Maschine offenbar eine bei den zivilen Maschinen und der Marine nicht verwendete Raffinesse besaß. Nun kam den Polen ein Zufall zu Hilfe. Der polnische Nachrichtendienst konnte eine vermutlich irrtümlicherweise auf dem Postwege an die deutsche Botschaft in Warschau versandte Maschine vor der Auslieferung durch den Zoll untersuchen und damit die Technik des Steckerbrettes herausfinden. Während die drei Mathematiker noch daran knobelten, die komplizierten Gleichungsserien aufzustellen, mit denen es möglich wurde, die Permutationen nicht nur der Walzenlage, der Umkehrwalze und der Ringstellungen, sondern auch der Steckerverbindungen zu lösen, erhielten sie plötzlich von anderer Seite unerwartete Hilfe.

Im Oktober 1932 hatte sich dem französischen Nachrichtendienst ein Mitarbeiter der Chiffrierstelle der Reichswehr, Hans-Thilo Schmidt, gegen Bezahlung als Agent angeboten. Bis 1939 lieferte er unter dem Decknamen „Asche" seinem französischen Kontaktmann, dem damaligen Hauptmann und späteren Major G. Bertrand, in 19 Begegnungen an den verschiedensten Orten Europas insgesamt 303 Geheimdokumente, darunter Gebrauchs- und Schlüsselanleitungen der „Enigma", „Enigma"-Schlüsselunterlagen aus den Jahren 1932–34 sowie u. a. einen langen Chiffriertext

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit dem dazugehörigen Klartext und den Schlüsselunterlagen. Nachdem „Asche" 1936 in das Forschungsamt der Luftwaffe versetzt worden war, erfuhren die Franzosen u. a. auch Einzelheiten über dessen Dechiffrierarbeit.

Im Dezember 1932 nahm Bertrand Kontakte mit England, der Tschechoslowakei, vor allem aber mit dem polnischen „Biuro Szyfrow" auf, um den Austausch aufgefangenen Funkspruchmaterials und sonstiger Erkenntnisse in die Wege zu leiten. Wenn die Polen auch inzwischen zu den theoretischen mathematischen Lösungen gelangt waren, so haben die von Bertrand gelieferten Unterlagen, vor allem eine vollständige Liste aller Schlüsseleinstellungen für zwei Monate im Sommer und Herbst 1932 die Lösung der Gleichungsserien um wenigstens ein halbes oder höchstens um zwei Jahre beschleunigt[25]. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse konnte die Warschauer Firma AVA 1934 mit dem Nachbau rekonstruierter „Enigma"-Maschinen beginnen. Sie waren zunächst recht primitiv, unterschieden sich aber ab 1938 von den Originalen nur noch durch einige Anordnungen von Teilen. Bis zum September 1939 wurden 15 solcher Maschinen gebaut.

Doch es genügte nicht, die Maschine zu besitzen und den Spruchschlüssel rekonstruieren zu können. Es war erforderlich, Methoden zu entwickeln, mit denen man die Tageseinstellung der Schlüsselmaschine schnell lösen konnte. Zuerst benutzte man eine Kartei, in der die Zahl und die Zykluslänge aller möglichen Walzenlagen verzeichnet war. Doch war dieses Verfahren bei manuellem Betrieb noch viel zu zeitaufwendig. So erfanden die polnischen Mathematiker verschiedene Maschinen, zuerst den „*Zyklometer*", der aus zwei, durch die schaltbaren inneren Verbindungen verbundenen Walzensätzen der „Enigma" bestand, jedoch keine Tastatur besaß. Waren die einander entsprechenden Perioden gefunden, leuchteten Lämpchen auf und gaben die Grundstellung des Tagesschlüssels an.

Nachdem es in den Jahren 1935 und 1936 durch die Einführung neuer Versionen der Schlüsselmaschinen und Verbesserungen an vorhandenen Maschinen immer wieder zu Rückschlägen gekommen war, erreichte die BS 4 im Laufe des Jahres 1937 mit den nachgebauten Schlüsselmaschinen und dem „Zyklometer" so gute Fortschritte, daß im Januar 1938 bei einem Test etwa 75 Prozent der aufgefangenen deutschen Funksprüche entziffert werden konnten[26]. Doch war der Zeitaufwand für eine operative Nutzung der Entzifferungen immer noch zu groß.

Deshalb ging man daran, eine Maschine zu bauen, die automatisch alle möglichen Ringstellungen einer Walzenlage durchlaufen konnte und an der richtigen Stelle stehenblieb. Da die „Enigma" mit drei benutzten Walzen sechs Walzenlagen ermöglichte, benötigte man sechs solche, „*Bomba*" genannten Maschinen. Mit ihnen war es möglich, innerhalb von 110 Minuten, anhand von drei Paaren verschlüsselter Spruchschlüssel, in denen Ein-Buchstaben-Zyklen vorkamen, die

---

[25] Ausk. T. Lisicki auf int. Tagung in Bonn/Stuttgart, November 1978 (vgl. Anm. 16).

[26] Hinsley, a. a. O., S. 490, dort Angaben aus Memor. Col. Mayer.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Walzenlage und die Ringstellung des Tages herauszufinden. Im November 1938 war die erste „Bomba" fertig[27]. Auf deutscher Seite wurden nun jedoch zwei Änderungen wirksam, die diese Erfolge wieder zunichte machten.

Am 15. September 1938 wurde das Spruchschlüsselverfahren geändert. Von nun an gab es keine einheitliche Grundstellung im Tagesschlüssel mehr, sondern der Schlüssler wählte diese Grundstellung frei aus und setzte sie unverschlüsselt an den Anfang des Spruches. Sodann wurde der Spruchschlüssel mit dieser Grundstellung zweimal getastet. Daran schloß sich die aus dem Tagesschlüssel entnommene Kenngruppe, die ebenso wie der nachfolgende Klartext mit dem Spruchschlüssel verschlüsselt wurde. Auf diese Weise wurde die Variationsbreite der Verschlüsselungsmöglichkeiten mit der rechten Walze wesentlich erhöht. Doch kam die „Bomba" gerade rechtzeitig, um dieser Schwierigkeit zumindest solange zu begegnen, wie die verhängnisvolle Wiederholung des Spruchschlüssels beibehalten wurde.

Aber im Dezember 1938 wurden die beiden bisher gesperrten Walzen IV und V in Betrieb genommen. Zwar gelang es, die inneren Verbindungen dieser Walzen bald herauszufinden, weil der SD zwar die neuen Walzen eingeführt hatte, aber bei dem alten Spruchschlüsselverfahren geblieben war. Doch hatte sich die Zahl der möglichen Walzenlagen nun von sechs auf sechzig erhöht, und es ging über die Kapazität des „Biuro Szyfrow", die nun benötigten sechzig „Bombas" zu bauen.

Wieder fanden die polnischen Mathematiker bis zum Sommer 1939 eine andere Möglichkeit, das Problem zu lösen. Sie entwarfen eine Lochkarte von 26×26 Quadraten. Für jede Ringstellung jeder Walzenlage wurde eine Karte hergestellt, mit deren richtiger Ordnung man die Ein-Buchstaben-Zyklen herausfinden konnte, die dann ihrerseits den Weg zur richtigen Walzenlage und Ringstellung wiesen und indirekt das Herausfinden der Steckerverbindung ermöglichten.

Wenn auch dieses Verfahren in der Theorie die Lösung bot, es war wieder zu zeitaufwendig, um den Ansprüchen an eine operative Nutzung der Entzifferungen gerecht zu werden. In dieser Lage entschlossen sich die Verantwortlichen des „Biuro Szyfrow", die Obersten Mayer und Langer, über Bertrand eine Verbindung auch mit dem britischen Nachrichtendienst zu suchen.

Die Zeit der französisch-polnischen Zusammenarbeit mit England[28]

In England war die gesamte Entzifferungsarbeit in der dem Foreign Office unterstehenden Government Code- and Cypher School (GC&CS) zusammengefaßt. In den 30er Jahren hatte man vor allem gegen japanische und italienische Schlüssel einige Erfolge gehabt, während die Ergebnisse gegenüber dem deutschen und sowjetischen Funkverkehr offenbar gering geblieben waren. Eine Zusammenarbeit bei der Lösung des deutschen „Enigma"-Verfahrens lief nur langsam an. 1932 hatte man auf den Kontaktversuch Bertrands nicht reagiert. Ebenso kam es während des spanischen Bürgerkrieges 1936, als die GC&CS eine auf nationa-

---

[27] Referat T. Lisicki auf int. Tagung in Bonn, 15. 11. 1978 (vgl. Anm. 16).

[28] Hinsley, a. a. O., S. 487 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

listischer Seite benutzte Version der „Enigma", wahrscheinlich eine Handelsversion „D", entziffern konnte, nur zu einer ergebnislosen Anfrage. Erst die Einladung Bertrands für eine französisch-polnisch-britische Konferenz in Paris vom 7.–9. Januar 1939 nahm man an, ohne daß sie, über den Austausch einiger technischer Ideen sowie von Verbindungsoffizieren hinaus, Vereinbarungen brachte.

Als die Polen erkannten, daß am 1. Juli 1939 eine weitere Änderung bei den deutschen Schlüsselmaschinen eingetreten war, die eine Lösung noch in weitere Ferne rückte, entschlossen sie sich, die nach dem englisch-französischen Garantieversprechen vom März 1939 gewonnenen Bundesgenossen nun voll ins Vertrauen zu ziehen. Auf polnische Einladung trafen sich vom 24.–27. Juli 1939 im Entzifferungszentrum „Wicher" im Wald von Pyry, 20 km südostwärts Warschau, von französischer Seite Major Bertrand und der Kryptologe Hauptmann Braquenié, von britischer Seite der damalige Chef der GC&CS, Commander Alistair Denniston, mit seinem Chefkryptologen Dilwyn Knox sowie ein weiterer „Professor"[29] und von polnischer Seite die Obersten Mayer und Langer sowie einige Kryptologen. Die Offenheit, mit der die Polen nun über ihre Arbeit berichteten, löste bei ihren Partnern einige Überraschung aus, und man erreichte ein weitgehendes Übereinkommen. Danach konnten sich die Polen künftig weiterhin auf die Lösung der mathematisch-theoretischen Probleme konzentrieren; die Franzosen wollten ihre Agentenkontakte weiterführen, die Briten sollten sich mit der Entwicklung verbesserter Techniken und Maschinen für die schnelle Entzifferung der Tagesschlüssel befassen. Zum Abschluß machten die Polen ihren Partnern je eine der AVA-„Enigma"-Nachbauten zum Geschenk, die Mitte August in Paris und London eintrafen.

Ehe die getroffenen Abmachungen sich auswirken konnten, brach der deutsche Angriff über Polen herein. Dem BS 4 war es seit Ende 1938 nicht mehr gelungen, „Enigma"-Funksprüche so schnell zu entziffern, daß sie für eine operative Nutzung rechtzeitig gekommen wären. Vor den heranrückenden Deutschen mußte das Lager im Pyry Forst geräumt werden, doch entkamen die Experten zum größten Teil vor dem deutschen oder sowjetischen Zugriff über die rumänische Grenze. Von dort gelangten sie Anfang bis Mitte Oktober nach Frankreich, wo sie als „Sektion Z" in das französische Entzifferungszentrum Vignolles bei Paris eingegliedert wurden.

Inzwischen war der Kontakt zwischen Vignolles und dem von London auf den Landsitz Bletchley Park (BP), 60 km nördlich London, verlegten GC&CS intensiviert worden. Dort war man bemüht, die polnischen Lochkarten zur Auffindung des Tagesschlüssels zu verbessern. Mitte Dezember 1939 waren die beiden ersten Sätze fertig, einer davon wurde sofort nach Paris gebracht. Mit ihrer

---

[29] Die Identität dieses „Professors" ist nicht einwandfrei geklärt. Einige Zeugen behaupten, es habe sich um den späteren Chef der britischen M I 5, den damaligen Colonel Menzies, gehandelt; vgl. dazu Lewin, a. a. O., S. 43 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hilfe konnte die „Sektion Z" in Vignolles in der zweiten Dezemberhälfte einen „Enigma"-Tagesschlüssel vom 28. Oktober lösen. Er gehörte zu dem für die Verbindung zwischen den Wehrkreiskommandos verwendeten Schlüsselbereich. Anfang Januar glückte BP die Lösung des Tagesschlüssels vom 25. 10. für den gleichen Bereich. Im Laufe des Monats Januar wurden weitere, bis zum 6. Juli zurückliegende Tagesschlüssel aus diesem nun Schlüssel „green" genannten sowie dem Luftwaffenschlüssel „blue" gebrochen, der für Ausbildungs- und Übungszwecke benutzt wurde. Eine große Erleichterung herrschte, als man schließlich gegen Ende Januar den Luftwaffenschlüssel „red" vom 6. 1. 1940 lösen konnte, womit deutlich wurde, daß zum neuen Jahr keine gravierenden Schlüsseländerungen eingeführt worden waren. In den folgenden Monaten konzentrierte man sich in BP und Vignolles vor allem auf den Schlüssel „red", den Hauptschlüssel der Luftwaffe, der auch zur Übermittlung taktischer und operativer Sprüche benutzt wurde, jedoch anfangs vor allem administratives und organisatorisches Detailmaterial enthielt. Bis zum Beginn des deutschen Norwegenfeldzuges konnte BP etwa 50, die „Sektion Z" 25 Tagesschlüssel lösen, mit durchschnittlich 30–40 Sprüchen pro Tagesschlüssel. Die Verzögerung der Entzifferung betrug jedoch durchweg mehrere Wochen, sodaß eine operative oder gar taktische Nutzung ausgeschlossen war.

Größere Möglichkeiten schienen sich abzuzeichnen, als BP am 15. 4. in den fünf Tage zuvor neu eingeführten Schlüssel „yellow" eindrang, der speziell zur Abwicklung des Koordinierungsfunkverkehrs zwischen Heer und Luftwaffe während der Norwegenunternehmung benutzt wurde und in wesentlich größerem Umfange operativ-taktisches Material enthielt. Bis zum Auslaufen dieses Schlüssels konnten immerhin 27 von 32 Tagesschlüsseln gelöst und 768 Sprüche entziffert werden. Die Nutzung dieser nur wenige Tage alten Sprüche scheiterte jedoch an der schwierigen Interpretation der zahlreichen verwendeten Abkürzungen und Code-Begriffe und weil die organisatorischen Vorbereitungen zur sicheren Übermittlung der gewonnenen Kenntnisse an die operativen Führungsstellen in Norwegen noch unzulänglich waren.

Um die zur Lösung der Tagesschlüssel benötigte Zeit drastisch zu reduzieren, war in BP der geniale britische Mathematiker Alan Turing mit seinem Team unter Hochdruck am Werk, seine Konzeption einer *„Universalmaschine"*[30] zu einem für die Entzifferung der „Enigma" ausreichend leistungsfähigen Analogrechner zu entwickeln. Von der in ihrer Konzeption etwas abweichenden polnischen „Bomba" konnte er vor allem die dort gewonnenen Erkenntnisse über die inneren Verbindungen der Schlüsselwalzen nutzen, die nun, nach der Änderung der deutschen Spruchschlüsselverfahren nicht mehr ohne die Erbeutung von Schlüsselwalzen zu lösen waren, die erst im Februar 1940 gelang. So kann man

[30] Vgl. B. Randall, The Colossus, Paper presented at the International Research Conference on the History of Computing, Los Alamos Scientific Laboratory, Univ. of California, June 10–15th, 1976.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

annehmen, daß Turing die Fertigstellung seiner ersten „bombe" dank der polnischen Erkenntnisse etwa 7 Monate früher gelang, als es sonst möglich gewesen wäre.

Die „bombe" kam gerade rechtzeitig, um einem durch die Einführung neuer Schlüsselsicherungsmaßnahmen zu Beginn des deutschen Westfeldzuges drohenden „black out" zu begegnen. Da die Verkehrsanalyse ergab, daß die größte Zahl von Funksprüchen in dem Luftwaffenschlüsselbereich „red" anfiel, wurde die Maschine auf diesen angesetzt und konnte am 22. Mai den ersten, nur zwei Tage alten, Schlüssel liefern. Von da ab gelang seine Entzifferung mit wenigen Ausfällen und immer geringer werdenden Verzögerungen bis zum Ende des Krieges.

Während des deutschen Frankreichfeldzuges im Juni 1940 schwoll die Menge der entzifferten Funksprüche auf bis zu 1000 pro Tag an. Dem für die organisatorischen Fragen zuständigen späteren Group Captain Winterbotham war es inzwischen aufgrund der in Norwegen gemachten Erfahrungen gelungen, durch die Heranziehung sprachgewandter Offiziere die Übersetzung und Auswertung des Funkspruchmaterials in BP, vor allem aber die Übermittlung der Ergebnisse nach London und zu den operativen Kommandos zu beschleunigen. Von besonderer Bedeutung unter den entzifferten Funksprüchen der Luftwaffe waren die von den Geschwadern und Fliegerkorps an die vorgesetzten Stellen um 04.00, 14.00, 20.00 und 24.00 Uhr übermittelten Morgen-, Tages-, Abend- und Tagesabschlußmeldungen, die nicht nur über die laufenden Einsätze der fliegenden Verbände, sondern auch über die Erdlage und häufig über die Absichten für den nächsten Tag berichteten. Aber die wesentlichen strategischen und operativen Entscheidungen waren gefallen, ehe General Lord Gort, der Befehlshaber der britischen Expeditionsarmee, über eine speziell eingerichtete sichere Nachrichtenverbindung laufend mit „Ultra"-Informationen versorgt wurde. Bei der sich im Bewegungskrieg rapide verändernden taktischen Lage kamen die um zwei oder mehr Tage verzögerten Informationen für eine unmittelbare Nutzung zu spät und beeinflußten deshalb den Ablauf der Operation „Dynamo", der Evakuierung von Dünkirchen, nicht. Die gewonnenen Erfahrungen waren jedoch für die weitere Arbeit von BP von unschätzbarem Wert.

Die Organisation von Bletchley Park

Der Zeitverzug zwischen der Abgabe eines Funkspruches beim Feind und dem Augenblick der operativen Nutzung von Erkenntnissen aus der Funkentzifferung auf der eigenen Seite ist eines der oft vergessenen, aber für jede Analyse und Bewertung wichtigsten Probleme. Ein Blick auf den Lauf eines Spruches in der britischen Organisation mag verdeutlichen, warum eine verzugslose Nutzung nur in Ausnahmefällen möglich war[31].

[31] Referat P. Calvocoressi auf int. Tagung in Bonn (vgl. Anm. 16).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Netz der Horchstationen, in denen Funkhorcher und -horcherinnen den gegnerischen Funkverkehr rund um die Uhr aufzunehmen bemüht waren, wurde in den ersten Kriegsjahren so erweitert, daß schließlich alle infragekommenden Frequenzen von günstig gelegenen geographischen Positionen aus überwacht werden konnten. Die von diesen „Y-Stationen" aufgenommenen und von „X-Stationen" eingepeilten Funksprüche wurden zunächst über Fernschreibleitungen den für die Verkehrsanalyse zuständigen Stellen übermittelt, die sie aufgrund ihrer äußeren Merkmale nach Verkehrs- und Schlüsselkreisen zu sortieren hatten. Die mit der „Enigma" verschlüsselten und an den fünfstelligen Funkgruppen als Heeres- oder Luftwaffensprüche identifizierbaren Sprüche gingen dann in BP an die „Hut 6", die vierstelligen Marinesprüche an „Hut 8" zur Entzifferung. Hier wurden sie nach der den einzelnen Schlüsselbereichen zugewiesenen Priorität zunächst benutzt, um mit der „bombe" den gültigen Tagesschlüssel zu finden. War das nach mehr oder weniger langen Bemühungen gelungen, konnten die Funksprüche mit dem gleichen Tagesschlüssel auf den nachgebauten „Enigma"-Maschinen zügig entschlüsselt werden. Sie gingen dann von „Hut 6" an „Hut 3" bzw. von „Hut 8" an „Hut 4", zunächst zur Übersetzung. Die Luftwaffen- und Heeresfunksprüche wurden sodann von den „Intelligence"-Experten anhand der bisherigen Kenntnisse und der aufgebauten Kardex-Register analysiert und interpretiert. Wichtige Inhalte wurden im Original oder in Zusammenfassungen per Fernschreiber an das Kriegs- und Luftwaffenministerium übermittelt und den „Intelligence"-Direktoren bzw. den Stabschefs zugänglich gemacht. Ebenso erhielt auch Churchill regelmäßig die wichtigsten Ergebnisse im Original. Da jedoch die beiden Ministerien nur Verwaltungsfunktionen hatten, wurden die für operative Führungsstäbe in Großbritannien oder Übersee wichtigen Informationen neu formuliert und wenn möglich über Fernschreiber, sonst unter Benutzung der „one time pads" per Funk an die jeder höheren Führungsstelle zugeteilten *„Special Liaison Units"* (SLU's) übermittelt, die zumeist aus einem RAF-Offizier mit dem notwendigen Funk- und Schlüsselpersonal bestanden und unter Umgehung anderer Stabsoffiziere direkten Zugang zu dem Befehlshaber, dem Stabschef und dem leitenden „Intelligence"-Offizier besaßen, während ihre Tätigkeit allen anderen Stellen gegenüber zu tarnen war.

Das System der Navy wich von dem der Armee und der RAF etwas ab. Da die Admiralität nicht nur eine Verwaltungs-, sondern auch eine operative Führungsstelle war, bestand sie darauf, das gesamte Rohmaterial der entzifferten Funksprüche nur übersetzt, jedoch unbearbeitet zu erhalten, um es dann in dem eigenen OIC, in dem alle nachrichtendienstlichen Informationen aus allen Quellen zusammenliefen, auszuwerten und in engstem Zusammenwirken mit den operativen Führungsstäben in Aktionen umzusetzen. Die für die Seebefehlshaber wichtigen Informationen aus dieser „Special Intelligence" wurden dann unter dem Geheimhaltungsgrad „Ultra" über Fernschreiber oder mit einem „one time pad" verschlüsselt per Funk ausschließlich an Flaggoffiziere übermittelt.

Bei der Nutzung von „Ultra" waren die in die Natur der Quelle eingeweihten Befehlshaber gehalten, ihren Operationsbefehl stets mit einer glaubwürdigen „cover story" zu versehen, um die Geheimhaltung zu gewährleisten. In allen Aufzeichnungen durfte niemals das Wort „Ultra" verwendet werden, vielmehr war als Informationsquelle immer Luftaufklärung, Agentenmeldung, Sichtmeldung usw. einzutragen, was für den heutigen Historiker ein quellenkritisches Problem aufwirft.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach dem Westfeldzug ging der deutsche Funkverkehr rapide zurück, denn mit dem Ende des Bewegungskrieges konnten die Heeres- und Luftwaffenverbände für ihren Nachrichtenverkehr zunehmend wieder auf Drahtverbindungen übergehen. In dem noch am häufigsten zu erfassenden Schlüsselbereich „red“ verlagerte sich der Verkehr vor allem auf die Ebene zwischen den Fliegerkorps und den nicht oder nicht ständig über Draht erreichbaren Geschwadern und selbständigen Gruppen. Aus den Entzifferungen ließen sich Hinweise auf Angriffsziele und -zeiten kaum entnehmen, da diese per Kurier oder über Fernschreiber befohlen wurden. Die häufig gefunkten rückschauenden Tagesmeldungen, administrative und organisatorische Nachrichten, ferner Wettermeldungen und nicht zuletzt die laufende Auswertung des mit einfachen Verfahren verschlüsselten Luft-Bodenverkehrs in Cheadle erlaubten es jedoch, nach einer gewissen Zeit aus der Vielzahl, für sich unbedeutend erscheinender Einzelinformationen ein zutreffendes Bild der Dislokation der deutschen fliegenden Verbände, ihrer Flugzeugausstattung, ihres Bereitschaftsgrades und ihrer Verlegungen zu erstellen und auf diese Weise die bis dahin weit überzogenen Schätzungen der Einsatzstärken der deutschen Luftwaffe auf ein der Wirklichkeit nahekommendes Maß zu reduzieren.

In England hatte man bis zum Rückzug vom Kontinent eine Invasion für unmöglich gehalten. Die Verluste an schwerem Material beim Heer sowie die Ausfälle bei den leichten Streitkräften der Flotte und beim Fighter-Command der RAF während der Operation „Dynamo“ hatten diese Lagebeurteilung grundlegend geändert. Als man deshalb in den ersten Julitagen in der Funkaufklärung den Aufmarsch der deutschen Luftwaffe gegen England immer deutlicher erkannte und als gleichzeitig aus der Verkehrsanalyse des Marinefunkverkehrs hervorzugehen schien, daß die deutschen U-Boote in ihre Häfen zurückgekehrt waren, leitete man daraus in Erinnerung an ähnliche Beobachtungen vor dem Norwegen-Feldzug eine unmittelbar drohende deutsche Invasion ab. Am 5. Juli wurde der erste Alarm ausgelöst, doch blieben zunächst Anzeichen für einen entsprechenden Aufmarsch des deutschen Heeres und vor allem für eine Zusammenziehung von Landungsfahrzeugen und Schiffsverbänden der Marine aus.

Dagegen brachte „Ultra“ nun immer deutlichere Hinweise auf eine bevorstehende große deutsche Luftoffensive gegen England. Auch wenn es einige Tage dauerte, bis Weisungen und Befehle des Reichsmarschalls bei den Verbänden angekommen waren und sich im Funkverkehr abzeichneten und die Entzifferung Zeit erforderte, so kamen diese Informationen doch immer noch rechtzeitig, um dem OB des Fighter-Command, Luftmarschall Dowding, ein präzises Feindlagebild zu liefern. „Ultra“ konnte Dowding nicht – wie vielfach behauptet worden ist – die deutschen Einsatzbefehle im voraus zugänglich machen. Aber seine auf dieser Quelle beruhende genaue Kenntnis der Belegung der deutschen Flugplätze erlaubte ihm, die von der englischen Küsten-Radarkette frühzeitig

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erfaßten deutschen Flugzeuge richtig anzusprechen, seine Jagdfliegerkräfte so ökonomisch wie möglich gegen die Bomberverbände einzusetzen und den deutschen Jagdfliegern auszuweichen. Darüberhinaus lieferte „Ultra" dem Fighter-Command nachträglich detaillierte Informationen über den Verlauf der Luftkämpfe aus deutscher Sicht und trug damit wesentlich zum Verständnis deutscher Einsatzgrundsätze und Führungsmethoden bei.

Nach seiner Invasionsweisung vom 16. Juli hatte Hitler am 31. Juli befohlen, die Vorbereitungen so abzuschließen, daß „Seelöwe" (Invasion in England) ab 15. September anlaufen konnte. In „Ultra" zeichneten sich die Vorbereitungen in einzelnen Funksprüchen ab, die z. B. das Verbot der Bombardierung von Häfen an der britischen Südküste oder die Nahunterstützung von Heeresverbänden oder die Zuteilung von englischsprechenden Dolmetschern betrafen. Ende August hatte der Termin für „Seelöwe" wegen der Schwierigkeiten in der Bereitstellung des Landungsschiffsraums durch die Kriegsmarine auf den 21. 9. verschoben werden müssen. In der ersten Septemberwoche erfaßte die britische Fotoaufklärung die starke Vermehrung der Landungsfahrzeuge in den Kanalhäfen, die gleich zum Ziel des britischen Bomber Command wurden. Als deshalb eine „Enigma"-Entzifferung für den 8. 9. eine Urlaubssperre anordnete und zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig günstige Voraussetzungen bestanden, löste man in England am 7. 9. den Anti-Invasionsalarm „Cromwell" aus. Da Hitler jedoch die Hauptvoraussetzung für eine Landung, die Luftherrschaft, noch nicht für gegeben ansah, verschob er die Herausgabe des 10-tägigen Vorbefehls am 11. und 14. 9. um je drei Tage. Doch auch am 17. hatte sich die Lage nicht grundlegend geändert. Nun erforderten die Beleuchtungs- und Gezeitenverhältnisse eine Verschiebung des Vorbefehls auf den 12. 10. Mit diesen Verschiebungen gingen Befehle zur Auflockerung der durch britische Luftangriffe gefährdeten Konzentrationen einher. Gleichzeitig wurde jedoch angeordnet, die Vorbereitungen mit aller Intensität weiterlaufen zu lassen, um die britische Seite weiterhin unter der ständigen Invasionsdrohung zu halten.

So konnte es nicht ausbleiben, daß der Schlüssel „red" weiterhin in großer Zahl Einzelinformationen über „Seelöwe"-Vorbereitungen lieferte, die nun dazu führten, daß sich die britischen „Intelligence"-Experten trotz verschiedener Anzeichen nur zögernd dazu bereitfanden, an eine Verschiebung der deutschen Operation zu glauben. Demgegenüber schildert Winterbotham sehr anschaulich[32], daß Churchill einen entzifferten Befehl vom 17. 9. an die 7. Flieger-Division, Verladeeinrichtungen aufzulockern, als Wende in der Bedrohung auffaßte, weil sie seiner intuitiven Lagebeurteilung entsprach, nach der Hitlers Aufmarsch nur als ein Bluff anzusehen war.

---

[32] Winterbotham, a. a. O. (engl. Ausg.), S. 56 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Luft- und Seekrieg vom Herbst 1940 bis Frühjahr 1941

Nach ihrer Niederlage in der Luftschlacht um England war die deutsche Luftwaffe zunehmend zu Nachtangriffen übergegangen. Voraussetzung für das Finden der Ziele in der Dunkelheit waren ein Funkpeil-Verfahren, das dem Flugzeug die Festlegung seiner Position ermöglichte, sowie mehrere UKW.-Präzisions-Navigationsverfahren, von denen einige den gezielten Bombenwurf erlaubten. Sie wurden unter den Namen *„Knickebein"*-, *X*- und *Y-Verfahren* bekannt. Prof. R. V. Jones, einer der führenden britischen Elektronik-Experten, hat in seinen Memoiren[33] berichtet, welche Rolle „Enigma"-Entzifferungen in der sog. „Battle of the Beams" für ihn spielten, um die Standorte der Sender und die Frequenzen und Richtungen der Marsch- und Querleitstrahlen zu finden. Ohne „Ultra" wäre die Entwicklung geeigneter elektronischer Blend- und Störmaßnahmen kaum so zeitgerecht möglich gewesen, daß im ersten Halbjahr 1941 ein zunehmender Teil der deutschen Angriffswucht von den eigentlichen Zielen abgelenkt werden konnte und ins Leere ging.

Doch war die Wirklichkeit auch hier vielschichtiger, als es die vielfach kolportierte Sensationsstory[34] berichtet, Churchill habe eine rechtzeitige Warnung vor dem deutschen Angriff auf Coventry erhalten, die Stadt jedoch nicht warnen oder räumen lassen, um das lebenswichtige Geheimnis „Enigma/Ultra" nicht preiszugeben. Wie leicht eine aus dem Zusammenhang gerissene Information den Historiker in die Irre führen kann, mag der tatsächliche Vorgang zeigen[35]:

Absicht der deutschen Luftwaffenführung war es, nach einer Serie von fast allnächtlichen schweren Angriffen auf London ab Mitte November 1940 nacheinander andere englische Städte mit wichtigen Industrien massiert anzugreifen. Zur Zielfindung sollte die mit dem „X-Gerät" ausgerüstete Kampfgruppe (KGr) 100 eingesetzt werden. Sie hatte in das durch die sich kreuzenden Leitstrahlen markierte Ziel Brandbomben zu werfen. Die nachfolgenden Verbände flogen die entstandenen Brände als Ziel an. Am 11. November entzifferte BP einen über Funk am 9. 11. an die KGr. 100 gegebenen Nachrichtenbefehl für eine Operation „Mondschein-Sonate". Der Spruch deutete auf einen bevorstehenden Großangriff der Luftflotten 2 und 3 unter Zielfindung der KGr. 100 mithilfe von „Knickebein" und UKW hin. Ohne nähere Angaben war ferner von den Zielen 1–4 die Rede. Da in einer kurz zuvor erbeuteten Karte solche Ziele 1–4 im Großraum London angegeben waren, wo auch bisher der Schwerpunkt der deutschen Angriffe lag, brachte man diese Angaben miteinander in Verbindung. Am nächsten Tage wurde der Inhalt eines abgehörten Gesprächs eines am 9. 11. in Gefangenschaft geratenen Piloten mit einem Kameraden bekannt, in dem dieser von einem für die nächste Vollmondperiode vom 15.–20. 11. vorgesehenen Massenangriff berichtet hatte und in dem von Coventry und Birmingham als Zielen die Rede war. – Doch war das Vertrauen in eine solche Aussage nicht sehr hoch. Als ein am gleichen Tage bekannt gewordener „Enigma"-Spruch für die

[33] Jones, a. a. O., S. 127–160. Für die deutschen Verfahren vgl. F. Trenkle, Die deutschen Funk-Navigations- und Funk-Führungsverfahren bis 1945, Stuttgart 1979.

[34] Brown, a. a. O. (engl. Ausg.), S. 32–44.

[35] Nach Hinsley, a. a. O., S. 315–320 u. S. 528–548 (Appendix 9: Intelligence in Advance of the GAF Raid on Coventry, 14 November 1940).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KGr. 100 drei neue Ziele 51, 52 und 53 mit ihren UKW-Leitstrahlen angab, die sich über Wolverhampton, Birmingham und Coventry schnitten, wurde er nur mit ähnlichen früheren Signalen für Ziele in den Midlands, nicht aber mit der Operation „Mondschein-Sonate" in Verbindung gebracht. Auch eine weitere Vernehmung des Gefangenen brachte keine Klarheit, sodaß der „Air Staff" am 14. 11. morgens der Ansicht war, der kommende Großangriff würde sich wahrscheinlich gegen London richten, wenn aber Birmingham oder Coventry das Ziel sein sollten, würde man das aus den zwischen 13.00 und 15.00 Uhr zu erwartenden Probe-Leitstrahlsendungen erkennen können.

Tatsächlich also war zwar Coventry als eine Zielangabe unter anderen in der Intelligence aufgetreten, doch hatte die den operativen und taktischen Entscheidungen zugrundeliegende Interpretation bis zum Nachmittag des 14. 11. Ziele im Raume London für wahrscheinlicher gehalten, sodaß Churchill sogar eine angetretene Reise abbrach und in London blieb. Als dann kurz nach 15.00 Uhr die Erfassung der sich über Coventry kreuzenden Leitstrahlen durch ein Spezialflugzeug Klarheit brachte, leitete man die vorbereitete Gegenoperation „Cold Water" ein, die neben der Störung der Leitstrahlen und der Alarmierung von Flak und Nachtjägern vor allem in offensiven Angriffen gegen die Peilsender und Flugplätze in Frankreich, insbesondere den der KGr. 100, sowie deutsche Städte bestand. Ihr Fehlschlag hatte verschiedene Gründe: Die Störfrequenz gegen das erstmalig im großen verwendete X-Gerät war falsch, die Luftangriffe hatten nur geringen Erfolg, und in der Jägerführung gab es gravierende Fehler.

Doch lernte man auf britischer Seite aus Coventry viel für die Intelligence-Auswertung und ihre Koordinierung mit der operativen Führung, was sich in zunehmenden Abwehrerfolgen gegen die auch wegen des Aufmarsches gegen die Sowjetunion abflauende deutsche Luftoffensive niederschlug.

Während BP mit seinen Entzifferungen zunehmenden Einfluß auf die Luftkriegführung gewann, blieb ihm vorerst ein Einbruch in den deutschen Marine-Funkverkehr versagt. Das lag vor allem daran, daß die Marine schon im Dezember 1938, als das Heer die Walzen IV und V in Betrieb nahm, zu ihren fünf Walzen zwei weitere, im Juli 1939 eine achte einführte, so daß sich die möglichen Walzenlagen von 60 zunächst auf 210 und dann auf 336 erhöhten. Weiter machte die Einführung eines vom Schlüssel M abgetrennten Kenngruppenverfahrens für die Spruch- und Verfahrensschlüssel es unmöglich, die inneren Verbindungen der Walzen mit den bisherigen polnischen Methoden zu rekonstruieren.

So blieb das OIC der Admiralität neben den konventionellen Informationsquellen zunächst auf die Verkehrsanalyse und Peilauswertung angewiesen.

Der Entzifferungs-(xB)-Dienst der Kriegsmarine lieferte dagegen der Seekriegsleitung in dieser ersten Kriegsphase manche wichtige Erkenntnis, nachdem ihm z. T. schon vor dem Krieg der Einbruch in verschiedene operative Schlüssel- und Code-Verfahren der Royal Navy gelungen war, sodaß er deren Bewegungen recht gut verfolgen konnte[36].

---

[36] Vgl. Bonatz, a. a. O.; B. bereitet z. Zt. ein neues Werk vor, das 1979 im Verlag Koehler (Herford) erscheinen wird.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch als man am 12. Februar 1940 bei den Geretteten von *U 33* drei Schlüsselwalzen fand, brachte das keinen Fortschritt für BP, da sie offenbar zufällig zu den bereits bekannten Walzen I–V gehörten. Auch die Erbeutung von einigen Schlüsseleinstellungen von *Schiff 26* während der Norwegen-Unternehmung am 26. 4. ermöglichte nur mit erheblicher Verzögerung im Mai die Entzifferung von 6 Tagesschlüsseln aus dem April. Doch gewann man aus diesem Material wichtige Kenntnisse über die Marine-Funkorganisation und die Verfahren, die man im Herbst 1940 durch die Entsendung eines Funkbeobachtungsschiffes in den Atlantik noch vertiefte. So wurde es z. B. möglich, die mit der Methode der Verkehrsanalyse zu identifizierenden und peilbaren Fühlunghalter-Kurzsignale der U-Boote an Konvois für die eigene Konvoisteuerung auszunutzen, auch ohne den genauen Text lesen zu können. Erfaßte Konvois mußten jedoch bei ihrer schwachen Sicherung schwere Verluste hinnehmen, da ein Großteil der Zerstörer noch bis Ende Oktober 1940 in der Invasionsabwehr im Kanal gebunden war.

Das Auftreten schwerer deutscher Schiffe auf den Nordatlantik-Routen ab November 1940 und die Rolle, die der operativen Führung der U-Boote durch Funk offenbar zukam, ließen es der Admiralität dringlich erscheinen, die Voraussetzungen der Funkaufklärung zu verbessern. So wurden spezielle Operationen zur Erbeutung deutschen Schlüsselmaterials angesetzt. Während des Lofoten-Raids gelang es dem Zerstörer *Somali* am 4. März 1941, von dem Vorpostenboot *Krebs* Schlüsselunterlagen und den Kasten mit den Reserveschlüsselwalzen zu bergen. Diese Beute ermöglichte den Experten in BP den entscheidenden Einbruch in den Schlüsselbereich „Heimische Gewässer" (ab 1942 und hier im folgenden „Hydra"), in dem damals noch etwa 95 % des gesamten Funkverkehrs abgewickelt wurde. Ab 10. März konnte man rückwirkend den Verkehr des Februar entschlüsseln und zwischen dem 22. April und 10. Mai mit kryptanalytischen Methoden einen Teil des Verkehrs des April entziffern, dann ebenso einen Teil des Mai-Verkehrs mit 3–7 Tagen Verzug. Die gewonnenen Erkenntnisse eröffneten eine Chance zu weiterer Beute. Man konnte aufgrund der Entzifferung des Verkehrs der ins Nordmeer entsandten Wetterbeobachtungsschiffe am 7. Mai eines von ihnen, die *München*, überraschen und entern, ehe die Schlüsselunterlagen vernichtet werden konnten. Mit ihnen las man den Verkehr im Juni praktisch zeitgleich mit. Daß es zufällig am 9. Mai glückte, an Bord des bei einer Geleitzugschlacht zum Auftauchen gezwungenen *U 110* zu gelangen und von dem Boot eine intakte Schlüsselmaschine und alle Schlüsselunterlagen, insbesondere das U-Boot-Kurzsignalheft und die Schlüsselunterlagen „M-Offizier", herunterzuholen, hatte tatsächlich nicht mehr die Bedeutung für BP, die man bisher annahm, da das grundlegende kryptologische Problem schon gelöst war. Auch konnte man eine der sechs seit August 1940 fertiggestellten verbesserten „bombs" der Naval Section in BP zuteilen, nachdem man ihre Kapazität auf die erhöhte Zahl von möglichen Walzenlagen erweitert hatte.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entgegen manchen irreführenden Darstellungen[37] haben sorgfältige Analysen anhand der im PRO zugänglichen Entzifferungs-Fernschreiben ergeben[38], daß beim Untergang des Schlachtschiffes *Bismarck* die Funkaufklärung *nur* in Form der Funkpeilung, *nicht* aber durch „Ultra" für den operativen Ansatz der britischen Jagd-Verbände maßgeblich war. Ganz anders lagen die Dinge jedoch bei der sich im Juni 1941 anschließenden Aufrollung der deutschen Überwasserversorgung im Mittelatlantik. Hier konnten britische Schiffe zeitgerecht auf die entzifferten Versorgungspunkte angesetzt werden und die Tanker und Versorger versenken oder aufbringen, wobei weiteres Schlüsselmaterial angefallen sein dürfte. Vermutlich haben die großen Möglichkeiten, die das zeitgleiche Mitlesen aufgrund von Beuteschlüsselmaterial geboten hatte, die Admiralität dazu veranlaßt, um die Monatswende Juni/Juli nochmals eine Aktion gegen ein Wetterschiff zu starten. Die *Lauenburg* wurde am 28. 6. aufgebracht und lieferte die Schlüsselunterlagen für den Juli.

Die Versenkung fast aller Überwasser-Versorgungsschiffe in wenigen Wochen führte auf deutscher Seite zu der naheliegenden Befürchtung einer Kompromittierung der eigenen Schlüsselmittel. Eine eingeleitete Untersuchung ergab dafür aber keine Erkenntnisse; man glaubte allen Gefahren durch eingeplante Gegenmaßnahmen, wie Schlüsseländerungen durch Stichwort-Befehle und andere Verbesserungen, begegnen zu können – zum Glück für die britische Seite, die künftig auf derartige planmäßige Operationen verzichtete, um „Ultra" nicht zu gefährden, und dafür die Verzögerungen, welche die kryptologische Entzifferung ab August 1941 mit sich brachte, in Kauf nahm.

Mittelmeer, Balkan, Mittlerer Osten und Sowjetunion 1940/41

Die GC&CS hatte bis zum Eintritt Italiens in den Krieg den größten Teil des italienischen Funkverkehrs mitlesen oder entziffern können, sowohl im Bereich der Diplomatie und Kolonialverwaltung als auch im Bereich der Armee, Luftwaffe und Marine. Aber auch die italienische Funkaufklärung hatte manche Einbrüche in britische Verfahren erzielt.

Mit Kriegsausbruch führten jedoch die italienische Armee und Luftwaffe neue Schlüsselmittel ein, die BP zunächst blind machten. Bei der Marine dauerte die Einführung etwas länger. Das hatte u. a. zur Folge, daß der britischen U-Bootjagd bis Ende Juni 10 U-Boote zum Opfer fielen. Es war sogar möglich, von der *Uebi Scebeli* am 29. Juni neue Schlüsselmittel zu bergen. Die damit gegebene Chance wurde jedoch zunichte gemacht, als in der Presse eine Aufnahme von der Einbringung des U-Bootes *Galileo Galilei* veröffentlicht wurde. Darauf führte die italienische Marine am 5. 7. für die U-Boote und am

[37] Winterbotham, a. a. O. (engl. Ausg.), S. 83 f.; Brown, a. a. O. (engl. Ausg.), S. 54 ff.
[38] Beesly, a. a. O. (dt. Ausg.), S. 101–117.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

17. 7. für die Flotte neue Schlüssel und Codebücher ein, die künftig nur noch in wenigen Ausnahmefällen, z. B. im Mai 1941, mitgelesen werden konnten[39].

So konnte BP im ersten Kriegsjahr nur wenige strategisch oder operativ relevante Ergebnisse aus der Funkaufklärung gegen die italienischen Wehrmachtteile liefern, da auch Heeres- und Luftwaffenschlüssel wegen häufigerer Wechsel immer nur für kurze Perioden entziffert werden konnten. Meinungsverschiedenheiten zwischen London und dem Oberkommando Mittlerer Osten über die Frage, ob die Funkaufklärung und Intelligence-Auswertung in London oder Kairo zu konzentrieren sei, und die aus den Problemen der sicheren Nachrichtenübermittlung sich ergebenden Zeitverzögerungen taten ein übriges. Auf dem Sektor der taktischen Funkaufklärung machten die Engländer zwar Fortschritte, doch hielten sie sich mit den entsprechenden italienischen Leistungen zunächst durchaus die Waage.

In der neuen Untersuchung von Hinsley[40] wird erstmalig der geglückte Versuch gemacht, die Entwicklung des aus einer Vielzahl von Quellen – darunter auch der Funkaufklärung – gespeisten Lagebildes der verschiedenen britischen Intelligence-Stellen in London und auf den Kriegsschauplätzen darzustellen und zu zeigen, wann und aufgrund welcher Informationen sich die politischen und militärischen Entscheidungsgremien jeweils entschlossen, diese oder jene Lagebeurteilung zu übernehmen. Wenn man bedenkt, daß die zum besseren Verständnis in Kapiteln separat behandelten Vorgänge auf vielen Schauplätzen vom Sommer 1940 bis zum Frühjahr 1941 ja tatsächlich zeitlich parallel liefen, wird anhand des ausgebreiteten vielfältigen Materials die Schwierigkeit deutlich, vor der die Intelligence-Experten und die politisch-militärischen Führer standen. Von Agenten und den sich bildenden Widerstandsbewegungen sowie von den eigenen Diplomaten und befreundeten Regierungen gingen eine Unzahl mehr oder weniger glaubwürdiger Berichte ein, die sich oft widersprachen und kaum eine überhaupt denkbare Möglichkeit gegnerischer Absichten ausließen. Der eigenen Luftbild-Aufklärung waren durch die Reichweite der Flugzeuge Grenzen gesetzt. Und „Ultra" war noch weit von seiner späteren Vielseitigkeit und Leistungsfähigkeit entfernt, denn noch war der Funkverkehr des deutschen Heeres und der Kriegsmarine unzugänglich. Aus Italien gingen nur bruchstückhafte Teile ein, sodaß man vor allem auf den Schlüsselbereich „red" der Luftwaffe angewiesen war, der jedoch auch nur dann Informationen liefern konnte, wenn die Deutschen aus geographischen oder technischen Gründen funken mußten.

So wurde im November 1940 die Verlegung deutscher Luftwaffen-Einheiten nach Rumänien zum Schutz der Ölfelder aus deren wegen fehlender Drahtver-

---

[39] Hinsley, a. a. O., S. 191–221.
[40] Ebenda, S. 159–483.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bindungen zunächst über Funk abgewickeltem Nachrichtenverkehr erkannt. Im Dezember gab es Anzeichen für die Verlegung von Vorkommandos der 12. Armee und des VIII. Fliegerkorps nach Bulgarien. Aber diese Kenntnisse wurden *nicht* durch die Entzifferung grundlegender Operationsbefehle gewonnen, sondern durch die Analyse und Kompilation vieler einzelner, für sich unbedeutend erscheinender taktischer Nachrichten aus der mittleren oder gar unteren Ebene, wie z. B. der Zuteilung eines Luftwaffen-Verbindungsstabes, der bereits früher bei der Koordination von Luft- und Bodenoperationen erkannt war, zur 12. Armee. Insgesamt wurden die Lagebeurteilungen in diesen Wochen noch weit mehr durch die aus den verschiedenen anderen Quellen eingehenden Berichte über deutsche militärische Vorbereitungen auf dem Balkan beeinflußt, die zu einer erheblichen Überschätzung des deutschen Engagements und der Absichten führten. Man hatte noch nicht gelernt, aus dem Fehlen entsprechender Funkaufklärungs-Ergebnisse aus einem Gebiet, wo zwangsläufig mit starker Funkverwendung zu rechnen war, entsprechende Schlüsse zu ziehen, d. h. auch solche „negative Intelligence" richtig einzustufen.

Einen wichtigen Fortschritt brachte am 7. Februar 1941 die Lösung des von der deutschen Reichsbahn verwendeten „Enigma"-Schlüssels, der bis Ende März – in Verbindung mit dem Luftwaffen-Schlüssel – wichtige Erkenntnisse über die deutschen Aufmarschbewegungen der 12. Armee für einen Angriff in Griechenland erbrachte. Nachdem es am 28. Februar auch gelungen war, den vom nach Sizilien verlegten X. Fliegerkorps und vom Fliegerführer Afrika verwendeten neuen Schlüssel „light blue" zu knacken, gewann die Funkaufklärung im Mittelmeer-Raum größere Bedeutung für die britische Führung. Aus der Verlegung deutscher Fliegerverbände zur Unterstützung einer bevorstehenden italienischen Flottenoperation in Verbindung mit Entzifferungen eines von der italienischen Marine selten benutzten „Enigma-D"-Schlüssels, der schon seit dem Spanienkrieg bekannt war, wurde der italienische Flottenvorstoß nach Kap Matapan so rechtzeitig erkannt, daß der OB der britischen Mittelmeer-Flotte, Admiral Cunningham, seine Kräfte am richtigen Platz und zur richtigen Zeit konzentrieren konnte. Auch konnte man im Funkbild das Eintreffen der deutschen 5. Leichten Division in Nordafrika verfolgen. Doch sollte hier bald ein besonderes Problem deutlich werden, das auch hervorragende Entzifferungsergebnisse nutzlos, ja gefährlich werden ließ.

Da man aus „Ultra" wußte, daß erst Teile des neuen Afrika-Korps eingetroffen waren und dessen Befehlshaber, General Rommel, nur den Auftrag hatte, die Sirte-Front zu stabilisieren, wurde man völlig überrascht, als dieser plötzlich eine Offensive improvisierte und, ohne das Eintreffen seiner 15. Panzer-Division abzuwarten, in 11 Tagen die ganze Cyrenaika außer Tobruk zurückeroberte. Durch auf Funk- und Luftaufklärung basierende U-Boot- und Zerstörerangriffe suchte man die deutsch-italienischen Nachschubtransporte und die Überführung der 15. Pz. Div. zu stören und brachte in der ersten Mai-Hälfte den Nachschub-Konvoi „Tiger" durch das Mittelmeer. Als man Anfang Mai den im Luftwaffenschlüssel übermittelten Bericht des vom OKH entsandten General Paulus über die kritische Nachschublage Rommels und

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die ihm erteilte Weisung, sich defensiv zu verhalten, entziffert hatte, war das für Churchill Anlaß, seinen Oberbefehlshaber Mittelost, General Wavell, gegen dessen weniger optimistische Lagebeurteilung zu Offensiven zu drängen, die jedoch von Rommel – nicht zuletzt dank seiner eigenen hervorragenden taktischen Funkaufklärung – abgefangen und zurückgeschlagen werden konnten.

Im März 1941 war die Beurteilung der deutschen Absichten durch die britische Führung noch keineswegs klar. War die Invasion Englands endgültig abgesagt? Waren die Pläne gegen Spanien, Gibraltar und die atlantischen Inseln, von denen Gerüchte sprachen, ad acta gelegt? Zwar deuteten sowohl die konventionellen Quellen als auch „Ultra" auf eine kurz bevorstehende deutsche Offensive aus Rumänien und Bulgarien gegen Griechenland, aber reichten ihre Ziele im Verein mit dem Auftreten in Nordafrika nicht über die Türkei und den Suez-Kanal weiter in denMittleren Osten? Und was war von den sich häufenden Berichten und Spekulationen über deutsche Angriffs-Pläne gegen die Sowjetunion zu halten, die einerseits dem Wunschdenken entgegenkam, für die es andererseits aber noch keine unzweifelhaften Beweise zu geben schien?

Für Churchill war dieser Beweis endlich gegeben, als am 26. März, einen Tag nach dem Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt, aus einem Reichsbahn-„Enigma"-Signal die Verlegung von drei Panzer-Divisionen der Gruppe Kleist aus Ungarn nach Krakau bekannt wurde, die jedoch nach dem jugoslawischen Staatsstreich vom 27. März innerhalb von 12 Stunden rückgängig gemacht wurde. Als in den nächsten Tagen die Verlegung weiterer Verbände und von Luftwaffen-Einheiten aus dem Westen zum Balkan erkannt wurde, war am 4. April klar, daß ein Angriff auf Jugoslawien und Griechenland unmittelbar bevorstand. Wenn auch die britische Funkaufklärung für den Verlauf des Feldzuges bis zur Räumung Griechenlands kaum Bedeutung erlangte, so waren ihre Erkenntnisse für die Beurteilung der anschließenden deutschen Absichten umso bedeutsamer. Einerseits konnte der Abtransport nicht mehr benötigter Kräfte in den polnisch-rumänischen Aufmarschraum festgestellt werden, andererseits lieferte BP im Laufe der ersten 20 Tage des Mai detaillierte Angaben über die deutschen Vorbereitungen für eine Luft- und Seelande-Operation gegen Kreta. Der dortige Befehlshaber, der neuseeländische General Freyberg, konnte genau über die deutschen Angriffsziele Maleme, Cania, Retymon und Heraklion, über die verschiedenen Verschiebungen der deutschen Operationen und den schließlichen Angriffstermin informiert werden. Doch nun zeigte sich, daß auch noch so gute Intelligence ein Problem nicht zu lösen vermag: Wenn der Gegner aufgrund der geographischen Situation die absolute Luftherrschaft im Kampfraum erringen kann und der Flotte den Aufenthalt dort durch massierte Angriffe unmöglich macht, kann sich auch ein richtig aufgestellter Verteidiger einer Insel auf die Dauer nicht halten, d. h. es müssen ausreichende und geeignete Kräfte am richtigen Platz bereitgestellt und unterhalten werden können, um gute Intelligence in einen militärischen Erfolg umzusetzen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus „Ultra" wurde ab Ende Mai sehr bald deutlich, daß die Deutschen ihre Eroberung von Kreta nicht zu einem weiteren Vorstoß über Zypern und Syrien in den durch Staatsstreich von Raschid el-Gailani abgefallenen Irak zu nutzen beabsichtigten, dazu waren die im Funkbild erkennbaren Hilfsmaßnahmen zu dürftig. Es wurde immer offensichtlicher: auf deutscher Seite konzentrierte sich nun alles auf den Angriff gegen die Sowjetunion. Außer Nachrichten aus vielen anderen Quellen brachten „Enigma"-Entzifferungen der Luftwaffen- und Reichsbahn-Schlüssel auf der mittleren und unteren Ebene so viele Einzelheiten über die beteiligten Heeresgruppen, Armeen, Luftflotten, Korps und Fliegerkorps, daß eine weitgehend zutreffende „Order of Battle" am 7. Juni fertiggestellt war. Die Frage, ob es sich um einen großen Bluff zur Erzwingung weitgehender Zugeständnisse – was manche Diplomaten und Strategen für möglich hielten – oder einen Angriffsaufmarsch handelte, wurde schließlich am 31. Mai durch die Entzifferung einer Weisung für die Bereitstellung von rollendem Wagenmaterial für Kriegsgefangene entschieden. Bei der Herausfindung des Angriffstermins kam BP zustatten, daß die zum Angriff von Nordnorwegen auf Murmansk bereitgestellten Truppen wegen fehlender anderer Kommunikationsmöglichkeiten auf Funk angewiesen waren, sodaß die sonst angeordnete strenge Funkstille aller bereitgestellten Einheiten dort durchbrochen wurde[41].

Es ist eine wichtige Frage, ob man von britischer Seite die Sowjets über die aus „Ultra" gewonnenen Erkenntnisse informierte. Britische Experten[42] haben auf Fragen eindeutig verneint, daß solche Informationen auf dem Wege über sowjetische Spionage-Organisationen in der Schweiz weitergeleitet worden seien, daß z. B. die „Rote Kapelle" oder „Lucy" ihre Informationen auf diesem Wege erhielten und so „Ultra" verschleiern halfen. Tatsächlich sei bei der britischen Militärmission in Moskau ein „Ultra"-Experte stationiert worden, dem auf einem sicheren Nachrichtenweg weiterzugebende Informationen zugeleitet wurden, die jedoch stets mit einer „cover story" hinsichtlich der Quelle versehen waren, um deren wirkliche Natur nicht preiszugeben. Man hielt die Sicherheit der sowjetischen Nachrichtenübermittlung für nicht ausreichend, zumal man selbst aus „Ultra", nachdem – ab September 1941 teilweise und ab April 1942 vollständiger – die deutschen Heeresschlüssel gebrochen werden konnten, aus den dort mitgeteilten Ergebnissen der deutschen Funkaufklärung mehr über die sowjetische Seite erfuhr als vom Verbündeten selbst[43]. Von sowjetischer Seite liegen bisher keine Angaben darüber vor, wie man die Grundlagen von Warnungen wie der Churchills an Stalin vom 3. April beurteilte und welchen Wert man den späteren Informationen zumaß, deren wahre Quelle die Briten glaubten nicht preisgeben zu können.

---

[41] Ebenda, S. 429–483, bes. 479–483.

[42] P. Calvocoressi auf dem int. Colloquium in Stuttgart, 18. 11. 1978 (vgl. Anm. 16).

[43] Sir H. Marchant auf dem int. Colloquium in Stuttgart, 18. 11. 1978 (vgl. Anm. 16).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Seit langem sind die Einzelheiten der Verhandlungen und Stabsgespräche bekannt, die im Mai 1941 zum Abschluß des „ABC-Staff-Agreement" führten, mit dem die gemeinsame „Europe-first"-Strategie der späteren amerikanisch-britisch-kanadischen Koalition festgelegt wurde. Auch wußte man, daß schon im August 1940 mit der Mission von Sir Henry Tizard die enge anglo-amerikanische wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Austausch der neuesten Erkenntnisse auf vielen Gebieten, insbesondere dem der Hochfrequenztechnik, begann. Für den Bereich der Funkaufklärung beschränkten sich die Angaben bis vor kurzem jedoch auf Mitteilungen über die Information der Briten über die amerikanischen Erfolge gegenüber Japan.

William F. Friedman, dem technischen Direktor des Signal Intelligence Service der US-Armee, und seinem Team war es im August/September 1940 gelungen, die Geheimnisse der aus einer früheren „Enigma"-Version abgeleiteten japanischen „Purpur"-Schlüsselmaschine zu lösen, mit der der höchstrangige diplomatische Verkehr verschlüsselt wurde. Nach der Einbeziehung des entsprechenden Teams der US-Navy unter Captain Lawrence F. Safford fand man auch bald eine Methode, die benutzten Tagesschlüssel schnell zu lösen, was in etwa 90 % der Fälle glückte.

Schon im Oktober 1940 informierte man die Engländer über diesen Erfolg. Wenn auch ein geplanter Besuch Friedmans in BP wegen seines plötzlichen gesundheitlichen Zusammenbruchs vorerst nicht zustandekam, so brachte eine amerikanischen Mission im Januar 1941 an Bord des Schlachtschiffes *King George V* die zweite und dritte der in den USA nachgebauten japanischen „Purpur"-Maschinen nach England. Entgegen der bisherigen Vorstellung erfolgte dieser Austausch aber nicht auf einer Einbahnstraße. Noch vor Ende 1941 erhielt England auch je zwei Exemplare nachgebauter Marine-Maschinen „red" und „J 19", während Washington über die britischen Erfolge in BP unterrichtet wurde, sodaß man dort ein Gegenstück der Turing-Maschine, genannt „Madame X", bauen konnte[44].

Zuerst sollte die Zusammenarbeit auf kryptoanalytischem Gebiet für die Schlacht im Atlantik Bedeutung erlangen. Das praktisch zeitgleiche Mitlesen des Funkverkehrs der U-Boote im Juni und Juli hatte es dem Submarine Tracking Room und der Trade Division der Admiralität ermöglicht, die Nordatlantik-Konvois so um die deutschen U-Bootaufstellungen herumzuführen, daß der Befehlshaber der U-Boote (BdU) sich gezwungen sah, seine Operationen auf die England-Gibraltar-Route zu verlegen, wo die „Condor"-Maschinen von Frankreich aus das Finden der Konvois unterstützen konnten. „Ultra" konnte auf diese Weise zustandekommende Geleitzugschlachten nicht verhindern, aber man

[44] R. W. Clark, The Man Who Broke Purple. The Life of the World's Greatest Cryptologist Colonel William F. Friedman, London 1977, S. 121.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konnte aufgrund der genauen Kenntnis der Feindlage die Sicherung bedrohter Konvois ungefährdeter verstärken.

Die US-Atlantik-Flotte hatte inzwischen seit Juni 1941 damit begonnen, mit „Task Forces" aus Schlachtschiffen, Flugzeugträgern, Kreuzern und Zerstörern von den durch den „Destroyer-Naval Base Deal" gewonnenen Basen auf Neufundland und Bermudas den Nord- und Mittelatlantik westlich 26° West zu patrouillieren. Nach der Besetzung Islands durch amerikanische „Marines" im Juli wurde eine „Task Force" ständig nach Hvalfjord verlegt, um die Dänemarkstraße zu überwachen. Daß es sich bei diesen Dispositionen nicht mehr um „Neutralitäts-Patrouillen" handelte, wie sie 1939/40 in der „Panamerikanischen Sicherheitszone" durchgeführt worden waren, zeigen Ereignisse Ende August 1941, die bisher nicht bekannt geworden sind[45].

Als „Ultra"-Informationen Mitte August 1941 die Anwesenheit eines deutschen Überwasser-Raiders im mittleren Nordatlantik anzudeuten schienen, wurden nicht nur britische und kanadische Schiffe zur Jagd angesetzt, sondern auch die amerikanischen Führungsstellen alarmiert. Auf die am 30./31. August eingehenden (irrtümlichen) Meldungen über einen deutschen Schweren Kreuzer wurden mehrtägige, weiträumige, teilweise gemeinsam geführte Suchoperationen aller britischen und amerikanischen Kampfgruppen nördlich des Äquators gegen diesen „Phantom-Kreuzer" ausgelöst.

Auch die Beteiligung der U. S. Navy an der Sicherung der alliierten Nordatlantik-Konvois ab Mitte September 1941 war nicht nur, wie bisher angenommen, eine zwar mit der Admiralität koordinierte, doch selbständig geführte Unterstützungsoperation für die Royal Navy. Tatsächlich übernahm der „Chief of Naval Operations" (OPNAV) in Washington nach den auf der Atlantik-Konferenz getroffenen Vereinbarungen die operative Führung für alle Konvois westlich des sog. „Mid Ocean Meeting Point" (MOMP), und zwar nicht nur für die ab 15. September von US-Escort Groups, sondern auch für die von kanadischen oder anderen alliierten Schiffen geleiteten Konvois bis zu ihrer Ablösung durch britische Kräfte auf dem MOMP südlich Island[46]. Wohl gab die Admiralität aufgrund ihres durch „Special Intelligence" viel besseren Feindlagebildes Empfehlungen („Recommendations") für alle vom amerikanischen Kontinent ausgehenden Konvoi-Routen, doch die endgültigen Kursanweisungen ebenso wie die aufgrund von Änderungen der Feindlage erforderlich werdenden Kursänderungsbefehle für *alle* Konvois gingen westlich des MOMP künftig von OPNAV aus. Damit hatte die US-Navy drei Monate vor Pearl Harbor als voller Partner

---

[45] In Vorber. bef. Manuskr. des Verf. für die U. S. Naval Institute Proceedings, basierend auf Intelligence- und Operations-Akten aus London, Washington, Ottawa, Freiburg, Paris und Rom.

[46] J. Rohwer, American Neutrality 1939–1941 and the Battle of the Atlantic, Lecture at the Colloquy of the International Commission of Military History at Teheran, 6.–16. July 1976, in: Acta No. 3, Bukarest 1978, S. 311–328; J. Rohwer, Special Intelligence und die Geleitzugsteuerung im Herbst 1941, in: Marine-Rundschau 76 (1978), S. 711–719.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Royal Navy und der Royal Canadian Navy in die Schlacht im Atlantik eingegriffen. Deren Verlauf wurde in den folgenden drei Monaten in einem nicht zu überbietenden Maß von „Ultra" bestimmt.

Mit dem Auslaufen der erbeuteten Schlüsselunterlagen Ende Juli 1941 hatte BP im August zur kryptologischen Entzifferung des allgemein und auch für die U-Bootführung verwendeten, täglich wechselnden Schlüssels „Hydra" übergehen müssen. Dabei kam BP einerseits zustatten, daß der umfangreiche tägliche U-Bootfunkverkehr zwangsläufig viele häufig wiederkehrende Formen der Sprüche und Kurzsignale aufwies, ebenso wie übrigens auch der für die Konvoisteuerung verwendete alliierte „Naval Cypher 3". Da diese Signale von der Verkehrsanalyse leicht zu erkennen und außerdem peilbar waren, konnte man ihren Inhalt oft durch einen Blick auf die eigene Lagekarte erraten und so dem aufgefangenen Schlüsseltext einen vermuteten Klartext unterlegen, was den Einbruch ermöglichte oder erleichterte. Eine ähnliche Rolle spielten die leicht erkennbaren Wettersignale und oft auch aus anderen Schlüsselkreisen übernommene, bereits bekannte Meldungen. Mit Hilfe dieser Methoden war es BP während der Monate August 1941 bis Januar 1942 möglich, den „Hydra"-Tagesschlüssel mit ganz wenigen Ausnahmen ständig, zumeist mit zwei bis drei Tagen Verzögerung, zu entziffern und dann innerhalb weniger Stunden den gesamten Funkverkehr eines Tages zu entschlüsseln.

Gewisse Schwierigkeiten gab es allerdings, als der um seine Schlüsselsicherheit besorgte BdU Anfang September dazu überging, die bisher anhand einer Quadratkarte codierten Positionsangaben durch eine alle 48 Stunden wechselnde, willkürliche Überschlüsselung der beiden Quadratbuchstaben zu verschleiern. So konnte BP anfangs oft die Position erfaßter U-Bootgruppen erst zu spät erkennen, was zu den verlustreichen Operationen gegen die Konvois SC.42 und SC.44 vor Grönland Anfang und Mitte September führte. Doch in den folgenden Wochen gelang es dem Submarine Tracking Room immer besser, die Konvois um die Vorpostenstreifen der U-Boote herumzuführen. Ohne „Special Intelligence" hätten sie die ursprünglich befohlenen Routen durchweg überdeckt und die erwarteten Konvois nach nur kurzen Wartezeiten erfaßt, oft in günstiger taktischer Ausgangslage für einen konzentrierten Angriff in der ersten Nacht. So aber kam es nur zu gelegentlichen Zufallsbegegnungen von an- oder abmarschierenden U-Booten mit Konvois, die „Special Intelligence" nicht verhindern konnte. Aufgrund der Kenntnis der Feindlage angeordnete Ausweichbewegungen und die Heranführung weiterer Escorts von den nicht gefährdeten Konvois erlaubten dann meist die Abdrängung der einzelnen herankommenden weiteren U-Boote. Eine genaue Analyse hat ergeben, daß der Submarine Tracking Room auf diese Weise die Schiffsverluste im zweiten Halbjahr 1941 – bei vorsichtiger Rechnung – um wenigstens eine Million BRT reduziert hat. Man kann die Frage stellen, was geschehen wäre, wenn „Special Intelligence" in diesen drei Monaten nicht so viele mögliche Geleitzugschlachten verhindert hätte und wenn es deshalb nicht nur bei den Zufallsbegegnungen an den Konvois SC.48, HX.156

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und ON. 28 mit den Torpedierungen der Escort-Zerstörer *Kearny* und *Reuben James* sowie des Tankers *Salinas* ernste Zwischenfälle gegeben hätte. Was hätten Hitler oder Roosevelt z. B. getan, wenn die Skl. nicht in letzter Minute auf eine neue Atlantik-Operation des Schweren Kreuzers *Admiral Scheer* Anfang November verzichtet hätte, gegen die mit „Ultra"-Signalen bereits eine US-Task Force mit zwei Schlachtschiffen und zwei Kreuzern in die Dänemark-Straße entsandt war, und es dort zu einer deutsch-amerikanischen Seeschlacht gekommen wäre?

Ja, war nicht vielleicht „Special Intelligence" sogar dafür mitverantwortlich, daß Roosevelt aus den per Funk übermittelten Weisungen Hitlers an die U-Boote, Zwischenfälle mit US-Schiffen unbedingt zu vermeiden, den Schluß zog, dieser sei nicht bereit, das offenbare Eingreifen der US Navy in den Krieg im Atlantik seinerseits mit der Kriegserklärung zu beantworten, und er sich deshalb Ende Oktober dem Pazifik zuwandte? Hier ließ die eigene Funkaufklärung deutlich werden, daß die japanische Marine und Armee immer eindeutiger zu einer großangelegten Angriffsoperation gegen Südostasien aufmarschierten, während die diplomatischen Verhandlungen – wie die „Purpur"-Entzifferungen zeigten – nur noch Hinhaltefunktion besaßen. Sicher haben Roosevelt und seine politischen und militärischen Berater – wie Roberta Wohlstetter überzeugend nachgewiesen hat[47] – nicht mit einem japanischen Trägerangriff gegen Pearl Harbor gerechnet, weil ihr vor allem auf der Verkehrsanalyse und Peilauswertung des japanischen Marine-Funkverkehrs beruhendes Feindlagebild sie so auf die sich klar abzeichnende japanische Südoperation fixierte, daß es in diesem Bild überhaupt keinen japanischen Flottenverband mehr gab, der einen Pearl Harbor-Angriff hätte durchführen können. Deshalb konnten sie auch alle die durch die Untersuchungen des Kongreß-Ausschusses nach dem Kriege hervorgehobenen, tatsächlich jedoch nur indirekten Hinweise auf Pearl Harbor nicht so bewerten, wie es die Revisionisten – aus der rückschauenden Perspektive – glauben tun zu können[48].

Die Wende im Pazifik und Atlantik 1942/43

Daß es der amerikanischen Marine-Funkaufklärung Ende 1941/Anfang 1942 gelang, in das wichtigste japanische Marine-Schlüsselverfahren JN – 25 einzudringen, sollte im ersten Halbjahr 1942 weitreichende strategische Konsequen-

---

[47] R. Wohlstetter, Pearl Harbor. Warning and Decision, Stanford (Cal.) 1962; vgl. auch J. Rohwer, Wußte Roosevelt davon? Zur Vorgeschichte des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 4 (1954), S. 459–475; ders., Der Kriegsbeginn im Pazifik 1941. Das Funkbild als Grundlage der amerikanischen Lagebeurteilung, in: Marine-Rundschau 53 (1956), S. 194–208.

[48] Vgl. Literaturbericht von J. Rohwer, Die Nachrichtentechnik und der Angriff auf Pearl Harbor, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1968, No. 2, S. 156–164.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zen haben. Ohne die „Magic"-Entzifferungen, das Gegenstück zu den britischen „Ultras", hätte der amerikanische OB im Pazifik, Admiral Nimitz, seine den Japanern zu dieser Zeit weit unterlegenen Trägerkampfgruppen weder im Mai so rechtzeitig in den Südpazifik entsenden können, daß es ihnen dort gelang, den japanischen Angriff auf Neu-Guinea in der ersten Träger-Luftschlacht im Korallenmeer aufzufangen, noch hätte er sie vier Wochen später rechtzeitig in der Flanke des japanischen Trägerangriffs auf Midway aufstellen können. Da die Japaner nicht zu allen ihren an diesen Operationen beteiligten Flottenkampfgruppen Drahtverbindungen herstellen konnten und auf den Funk zur Übermittlung von Weisungen angewiesen waren, gewannen die Amerikaner ein gutes Bild der japanischen Absichten, wobei allerdings die Identifizierung der mit Code-Buchstaben bezeichneten Ziele oft Schwierigkeiten machte. Vor Midway gelang es dem Leiter der Funkaufklärung der Pazifik-Flotte, Commander Rochefort, die Japaner erst durch ein geschicktes Funkspiel zur Preisgabe ihres Hauptangriffszieles zu verleiten[49].

So machte die amerikanische Funkaufklärung diese die strategische Wende des Krieges einleitenden Träger-Luftschlachten überhaupt möglich. Der taktische Ablauf war dann allerdings *nicht* von der Funkaufklärung, sondern von der Urteilsfähigkeit und Entscheidungsfreude der Seebefehlshaber, der Leistungsfähigkeit der beiderseitigen Luftaufklärung, dem Ausbildungsstand der Trägerpiloten und nicht zuletzt auch von Zufällen und vom Glück abhängig.

Auch im späteren Verlauf des Krieges spielte die amerikanische Funkaufklärung stets eine wichtige Rolle, lieferte sie doch ein zunehmend präziseres Bild der japanischen Kräfteverteilung und ermöglichte damit der amerikanischen Führung die Festlegung der für ihre Strategie des „Inselspringens" günstigsten Angriffsziele. Bekannt ist die Rolle der Funkaufklärung beim Abschuß des Flugzeuges mit dem japanischen Flottenchef, Admiral Yamamoto, bei einem Frontbesuch im Südpazifik im April 1943 durch amerikanische Fernjäger[50]. Auch kann man die Rolle, welche die Funkaufklärung für den Ansatz der amerikanischen U-Bootoperation im Pazifik spielte, nicht hoch genug einschätzen, wenn man bedenkt, daß allein die U-Boote etwa zwei Drittel des Japan überhaupt zur Verfügung stehenden Schiffsraums ausschalteten[51].

Diesem Erfolg der Funkaufklärung im Pazifik stand im Atlantik 1942 zunächst ein Rückschlag gegenüber. Wenn auch die deutschen Experten bei ihrer Untersuchung im Sommer 1941 zu dem Schluß gekommen waren, daß der Schlüssel „M-3" bei richtiger Anwendung weiterhin sicher sei, so entschloß

---

[49] E. B. Potter, Nimitz, Annapolis 1976, S. 78–107.

[50] J. D. Potter, Admiral of the Pacific. The Life of Yamamoto, London 1965, S. 301–315.

[51] Microfilm NRS 1978 – 1/3: OPNAV Communications. Pacific Submarine War and Intelligence; W. J. Holmes, Undersea Victory. The Influence of Submarines on the War in the Pacific, New York 1966 (der Autor bereitet eine Neuausgabe vor, die die bisher gesperrten Intelligence-Akten berücksichtigt; der Autor war selbst Intelligence-Offizier im Stabe von Admiral Nimitz).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

man sich doch, möglichst bald Maßnahmen zur Erhöhung der Schlüsselsicherheit zu treffen. Außer der Überschlüsselung der Quadratangaben wurden neue Kurzsignalhefte und neue Kenngruppenbücher vorbereitet. Vor allem aber wurde damit begonnen, den Schlüsselbereich „Hydra", über den etwa 95% des gesamten Verkehrs abgewickelt wurden, angesichts der starken Zunahme der Funkspruchzahlen aufzugliedern. Für die im Atlantik eingesetzten U-Boote wurde ein eigener Schlüsselkreis „Triton" eingeführt und zuerst mit der neuen Schlüsselmaschine „M–4" gerüstet[52]. Bei ihr hatte man zusätzlich zu den aus einem Vorrat von acht auszuwählenden drei Schlüsselwalzen in der linken Position eine vierte Schlüsselwalze „Alpha" eingebaut. Durch diese „Griechenwalze" erhöhte sich die Periodenlänge von 16 900 auf 439 400. Als sie am 1. Februar 1942 mit einem vorbereiteten Stichwortbefehl in Betrieb genommen wurde, war BP plötzlich blind, wenn auch nur für den Funkverkehr der Atlantik-Front-U-Boote. Da man auf eine Schlüsselmaschine mit vier Walzen in BP nicht vorbereitet war, blieben auch alle Lösungsversuche für die nächsten elf Monate erfolglos. Doch hatte der „black out" zunächst nur begrenzte Auswirkungen. Der Schwerpunkt des U-Bootkrieges hatte sich seit Januar 1942 an die amerikanische Ostküste und in die Karibik verlagert, wo die U-Boote in vorgegebenen Operationsgebieten einzeln kreuzten und gegen ungesichert laufenden Verkehr hohe Versenkungsziffern erreichten. Bei dieser Operationsform blieb der taktisch-operative Funkverkehr gering. Die Entzifferung hatte also viel weniger Anhaltspunkte für eine Verkehrssteuerung als bei den straff geführten Konvoioperationen im Nordatlantik.

Zusätzliche Erschwerungen traten für BP im Laufe des Jahres 1942 durch die Einführung weiterer Schlüsselbereiche auf, die zumeist weiterhin die bisherigen Maschinen benutzten. So wurde für die in der östlichen Ostsee eingesetzten Schiffe der Bereich „Potsdam", für die im Mittelmeer und Schwarzen Meer eingesetzten Schiffe die Bereiche „Süd" und „Schwarzmeer" gebildet. Die Schiffe der Kernflotte benutzten künftig den Schlüssel „Neptun", während die in der Ostsee in der Ausbildung befindlichen U-Boote einen neuen Schlüssel „Thetis" erhielten. Weitere Sonderschlüssel wurden bis zum Frühjahr 1943 eingeführt, sodaß die Marine zu dieser Zeit nicht weniger als vierzig verschiedene Schlüsselverfahren und -bereiche benutzte, von denen 24 auf dem Schlüssel „M" beruhten. Bei einigen dieser Bereiche, so bei „Ägir" für die in Übersee operierenden Raider und bei den „Schiffsonderschlüsseln" war der anfallende Funkverkehr so gering, daß BP während des ganzen Krieges keinen Einbruch erzielen konnte. Auch im Schlüsselbereich „Neptun-Offizier" gelangen Einbrüche nur ausnahmsweise. Die Haupterkenntnisquelle für BP war nach wie vor der Schlüsselbereich „Hydra", in dem vor allem der Verkehr der gesamten Sicherungsstreitkräfte vom Nordkap bis zur Biskaya und in der westlichen Ostsee abgewickelt wurde[53].

[52] Der Schlüssel M. Allgemeine Bestimmungen. M.Dv. Nr. 32/3. Oberkommando der Kriegsmarine, Berlin 1941; vgl. auch Beesly, a. a. O., S. 134–193.

[53] Beesly, a. a. O., S. 134–193.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als die Einführung des Konvoisystems in den amerikanischen Gewässern den BdU im Juli 1942 zwang, den Schwerpunkt des U-Bootkrieges erneut auf die Nordatlantik-Konvoiroute zu verlegen, erwies sich der „black out" im Bereich „Triton" als schweres Handicap. Jetzt war die alliierte Konvoisteuerung auf die anderen Erkenntnisquellen des OIC angewiesen: Alle Arten von Angriffs-, Sicht- oder Ortungsmeldungen eigener Schiffe und Flugzeuge sowie die Erkenntnisse aus der Funkpeilung und der Verkehrsanalyse bildeten nun die Grundlage der Feindlagebeurteilung. Mit diesen Informationen konnte man aber immer nur einen Bruchteil der in See befindlichen U-Boote für einen Tag fixieren, mochte man auch aus dem weiterhin zu entziffernden Funkverkehr „Hydra" über die Zahl der in See befindlichen U-Boote recht zutreffend orientiert sein. Sicher konnte man auch aus dem erkannten Operationsrhythmus der U-Bootgruppen Schätzungen ableiten, doch waren sie selten genau genug, um einen U-Bootstreifen zu umgehen, insbesondere dann, wenn der BdU vom deutschen xB-Dienst rechtzeitig eine Positionsmeldung oder Kursanweisung für einen erwarteten Konvoi entziffert vorgelegt bekam. Häufig konnte er so seine Vorpostenstreifen im letzten Moment verschieben, sodaß die Konvois, wie z. B. der SC.107 im November 1942, mitten in den Streifen einliefen und dann Verluste von 10-15% erlitten.

Allerdings schlugen in dieser Periode und auch später viele Operationen trotzdem fehl, weil ein anderer, für den taktischen Ablauf wichtiger Zweig der Funkaufklärung wirksam wurde. In England und, auf französischen Entwicklungen aufbauend, auch in den USA hatte man ein kompaktes automatisches Sichtfunkpeilgerät für Kurzwellen „Huff-Duff" entwickelt, mit dem ab 1942 jeweils ein bis zwei Schiffe der Sicherung ausgerüstet waren. Sie konnten die ersten Fühlunghaltersignale eines U-Bootes am Konvoi einpeilen und es durch ein Sicherungsfahrzeug unter Wasser drücken lassen. Zahlreiche Konvois, die an sich gesichtet waren, entkamen auf diese Weise den U-Bootgruppen ohne schwere Verluste[64].

So war die alliierte Funkaufklärung auch ohne „Special Intelligence" im zweiten Halbjahr 1942 nicht aller ihrer Möglichkeiten beraubt. Doch sollte es BP im Dezember 1942 erneut gelingen, in den Schlüsselbereich „Triton" einzubrechen. Wahrscheinlich spielte dabei die Erbeutung von Schlüsselmitteln von *U 559*, das am 31. Oktober 1942 im östlichen Mittelmeer versenkt wurde, eine Rolle, weil diese BP die nötigen Hinweise auf die Vier-Walzen-Maschine lieferten. Zunächst mit einigen Unterbrechungen und längeren Verzögerungen, ab Anfang 1943 aber wieder regelmäßiger und schneller, konnte der U-Bootfunkverkehr entziffert werden. Das führte zu einem scharfen Abfall der Konvoi-

[64] J. Rohwer, Die Funkführung der deutschen U-Boote im Zweiten Weltkrieg. Ein Beitrag zum Thema Technik und militärische Führung. Funkpeilung von Bord, in: Wehrtechnik 1969, 9/10, S. 324–328, 360–364; ders., Geleitzugschlachten im März 1943. Führungsprobleme im Höhepunkt der Schlacht im Atlantik, Stuttgart 1975 (engl.: The Critical Convoy Battles of March 1943. The Battle for HX.229/SC.122, London 1977).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichtungen im Januar, da der Submarine Tracking Room nun aufgrund der präzisen U-Bootlagen die Konvois erneut um die U-Bootaufstellungen herumführen konnte.

Doch sollte in den folgenden Wochen auch der deutsche xB-Dienst den Höhepunkt seiner Erfolge erreichen. Bis Anfang 1943 war es gelungen, eine beträchtliche Zahl der in dem für die Konvoisteuerung verwendeten anglo-amerikanischen Handschlüsselverfahren „Naval Cypher 3" („Frankfurt") benutzten Zahlenwürmer zu erfassen und die Einsatzstellen der Verschlüsselung zu erkennen. Allerdings erlaubte dieses Verfahren im Gegensatz zu den deutschen Maschinenschlüsselverfahren immer nur die Entzifferung einzelner Sprüche, also eines mehr oder weniger großen Bruchteils des gesamten Verkehrs, sodaß die deutsche Führung auch in den erfolgreichsten Perioden nur punktuelle Hinweise auf einen Konvoistandort, eine einzelne Kursanweisung oder einen Treffpunkt erhielt. In der ersten Monaten 1943 kamen jedoch etwa 6–10 % der Entzifferungen zeitgerecht für einen Ansatz von Operationen beim BdU an. Darüberhinaus konnte der xB-Dienst auch zahlreiche aktuelle alliierte U-Bootlagen vorlegen, sodaß es dem BdU häufiger möglich wurde, alliierten Ausweichbewegungen mit kurzfristigen Verschiebungen der Vorpostenstreifen zu begegnen.

Einige Zahlen mögen jedoch den quantitativen und damit auch qualitativen Unterschied der Entzifferungsergebnisse in ihrer Auswirkung auf die Operationen beleuchten[65]:

Die durchschnittliche Tagesversenkungsrate der auf den nordatlantischen Konvoirouten operierenden U-Boote war von durchschnittlich 250 BRT von Juli-November 1942, auf 221 im Dezember, und 51 im Januar 1943 gesunken. Zwar stieg die Zahl im Februar wieder an, doch zwei Beispiele zeigen, wie die auf „Special Intelligence" basierende Konvoisteuerung sich auf die deutschen U-Bootaufstellungen auswirkte. Mitte Februar mußte die U-Bootgruppe „Ritter" mit 13 U-Booten, die ohne Ausweichbewegung nach einem Tage Wartezeit den Konvoi SC. 119 in der Mitte ihres Streifens in einer perfekten Ausgangsposition erfaßt hätte, sechs Tage warten, bis sie schließlich auf einen südlich passierenden, durch eine xB-Meldung von einer anderen Gruppe erfaßten Konvoi angesetzt werden konnte. Die Gruppe „Neptun" mit 10 Booten hätte in guten Ausgangspositionen gestanden, um am 20. Februar den HX. 226, am 24. Februar den SC. 120 oder am 27. Februar den HX. 227 zu erfassen, wären diese nicht umgeleitet worden. Nur der letztere wurde gerade noch am äußersten Ende der Aufstellung in wenig aussichtsreicher Lage erfaßt. Legt man die durchschnittliche Rate versenkter Tonnage pro Seetag im Operationsgebiet bei gleichem Ansatz der U-Boote auf deutscher Seite für die Zeit von Dezember 1942 bis Februar 1943 zugrunde, kann man vorsichtig schätzen, daß in dieser Zeit durch die Erfolge der Konvoisteuerung rund 400 000 BRT Schiffsverluste vermieden wurden.

---

[65] Unveröff. Untersuchung des Verf. aufgrund der deutschen Operationen lt. KTB des BdU und Statistik der Schiffsverluste. Vgl. dazu J. Rohwer/G. Hümmelchen, Chronik des Seekrieges 1939–1945, Oldenburg 1968 (engl.: Chronology of the War at Sea 1939–1945, 2 vols., London 1972/1974); J. Rohwer, U-Booterfolge der Achsenmächte 1939–1945, München 1968.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit diesen Verlusten wäre die in den ersten 20 Tagen des März 1943 eingetretene Krise viel schwerer ins Gewicht gefallen. Sie wurde vor allem durch eine neue Verbesserung der Schlüsselsicherheit auf deutscher Seite hervorgerufen, die BP in erhebliche Schwierigkeiten brachte und vorübergehend zu der Befürchtung führte, das wichtigste Aufklärungsmittel für die Konvoisteuerung könnte erneut, wie 1942, für längere Zeit ausfallen[56]. Das mußte bei der steigenden Zahl deutscher U-Boote auf den Konvoirouten eine planmäßige Führung der Konvois um die Aufstellungen herum unmöglich machen und damit das ganze Konvoisystem in Frage stellen, wenn wie im März aus vier aufeinanderfolgenden Konvois mit 202 Schiffen 41 herausgeschossen wurden. Bei einer Verlustrate von 20 % über einen längeren Zeitraum hätte sich die Moral der Handelsschiffbesatzungen kaum aufrecht erhalten lassen. Aber durch die Konzentration aller Entzifferungshilfsmittel gelang es BP, das Schlüsselproblem zu lösen, ehe die Krise zu dramatischen Entschlüssen zwang. Es war wohl die folgenreichste Einzelleistung der Kryptologen von BP!

Ab 20. März lagen die Entzifferungen wieder rechtzeitig vor. Sie erlaubten es nun, die zunächst noch wenigen zusätzlich in die Schlacht geworfenen Geleitfahrzeuge und Flugzeuge optimal einzusetzen. Da die Zahl der U-Boote auf den Konvoirouten nun eine vollständige Umgehung aller Aufstellungen nicht mehr erlaubte, kam es darauf an, die ersten fünf „Support Groups" mit je vier bis fünf Zerstörern, die beiden ersten Geleitflugzeugträger sowie die tropfenweise eintreffenden „Very Long Range (VLR)-Liberators" jeweils rechtzeitig dort in Bereitschaft zu halten, wo Konvois U-Bootaufstellungen nicht mehr umgehen konnten, um sie „durchzuboxen"[57].

Es kann kein Zweifel sein, ohne „Special Intelligence" wäre ein Vielfaches an zusätzlichen „Support-Groups", Geleitflugzeugträgern und VLR-Flugzeugen erforderlich gewesen, um die Wende herbeizuführen. Daß diese Kräfte im Frühjahr 1943 nicht einfach zu beschaffen waren, kann man daran ermessen, daß die für die „Support-Groups" notwendigen Zerstörer der Home-Fleet entzogen werden mußten, die deshalb keine Deckungsoperationen für die Murmansk-Konvois mehr durchführen konnte, sodaß diese für den Sommer eingestellt werden mußten. Obgleich Roosevelt und Churchill im Januar 1943 in Casablanca den Sieg über die U-Boote an die erste Stelle ihrer Prioritätenliste gesetzt hatten, schien keine andere Lösung möglich. Sicher hätte man im Falle einer katastrophalen Krise im Nordatlantik im April/Mai 1943 aus dem Mittelmeer oder gar dem Pazifik Kräfte abziehen können, aber nur um den Preis einer Verschiebung der Landungen in Sizilien und Italien im Juli und September 1943 oder der Verschiebung der Offensive im Zentralpazifik im November 1943. Vor dem Sommer oder Herbst 1943 hätten selbst solche Kräfteverschiebungen nicht wirksam

---

[56] Referate von H. Meckel, P. Beesly, B. B. Schofield und J. Rohwer auf der int. Tagung in Bonn, 16. 11. 1978 (vgl. Anm. 16).

[57] Referat von J. Rohwer auf der int. Tagung in Bonn, 16. 11. 1978 (vgl. Anm. 16).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden können, zu einem Zeitpunkt also, als der Zulauf neuer Schiffe und Flugzeuge aus der ab Mitte 1943 auf vollen Touren laufenden amerikanischen Produktion ohnehin die notwendigen zusätzlichen Kräfte gebracht hätte. Die wenigstens dreimonatige Verzögerung der Wende der Schlacht im Atlantik und die inzwischen eingetretenen zusätzlichen Tonnageverluste von wenigstens weiteren 500 000 BRT hätten vermutlich den ganzen Zeitplan der alliierten Strategie ins Rutschen gebracht.

Auf beiden Seiten hatte die Funkaufklärung in den ersten fünf Monaten des Jahres 1943 Entzifferungen vorgelegt, die ein erstaunlich schnelles Reagieren des Gegners auf eigene Maßnahmen anzudeuten schienen. Der Verdacht konnte nicht ausbleiben, daß der Gegner möglicherweise mit kryptologischen Erfolgen Einblick in die eigenen Führungsmaßnahmen bekam. Auf deutscher Seite führten besonders die entzifferten U-Bootlagen zu einer großen Untersuchung der Schlüsselsicherheit. Sie kam jedoch im April zu dem Ergebnis, daß alle Kenntnisse des Gegners aus optischen Beobachtungen, aus Radarortungen oder aus Funkpeilungen abzuleiten waren und daß es keine sicheren Hinweise für eine Kompromittierung der Schlüsselmittel gäbe[58].

Dem Leiter des Submarine Tracking Room, Commander Rodger Winn, gelang es dagegen, seinen zunehmenden Verdacht zu beweisen. Er konnte den zweifelnden Schlüsselsicherheitsexperten der Admiralität einen entzifferten deutschen Funkspruch vorlegen, in dem auf xB-Dienst-Erkenntnisse hingewiesen wurde: ein unverzeihlicher Fehler, der den Engländern nicht unterlief, weil sie für die Übermittlung ihrer Erkenntnisse grundsätzlich nur den Einwegschlüssel anwandten. So mußte die britische Admiralität sich nun wohl oder übel bequemen, die große Aufgabe einer völligen Umstellung der Schlüssel- und Codesysteme in Angriff zu nehmen. Anfang Juni war es so weit; am 10. Juni mußte der deutsche xB-Dienst seinerseits einen „black out" melden.

Die Konsequenzen waren allerdings für die deutsche U-Bootkriegführung nicht mehr so gravierend, denn drei Wochen vorher hatte Großadmiral Dönitz seine Niederlage in der Geleitzugbekämpfung im Nordatlantik zugegeben und den Kampf abbrechen müssen.

Zurückgeführt wurde die Niederlage auf das Zusammenwirken der Geleitsicherungskräfte mit den „Support Groups", den neuen Geleitflugzeugträgern und den Langstreckenflugzeugen, die nun alle mit dem neuen *9 cm-Radargerät* und neuen U-Jagdwaffen ausgerüstet waren, gegen die die deutschen U-Boote keine Gegenmittel besaßen[59]. In England war man über diese Einschätzung, die sich auch in der Nachkriegsliteratur niederschlug, froh, bot doch diese, weit über die Wirklichkeit hinausgehende Bewertung des Radargerätes eine hervorragende „Cover-Story" für die weitere Geheimhaltung der Erfolge der Funkaufklärung.

---

[58] Beesly, a. a. O., S. 215–248.

[59] KTB des BdU, 24. 5. 1943; vgl. J. Rohwer, Der U-Bootkrieg und sein Zusammenbruch 1943, S. 389 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sie muß, wie die neuen Forschungen zeigen, zweifellos an die Spitze einer Liste der Faktoren gesetzt werden, welche die Wende des U-Bootkrieges herbeiführten. Doch darf man dabei nie vergessen, daß „Intelligence" stets nur Voraussetzungen schaffen kann, die Entscheidungen selbst mußten schließlich immer auf See von den Männern auf den U-Booten, auf den Schiffen und in den Flugzeugen ausgefochten werden, mit den Waffensystemen, die ihnen die ungezählten Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter in den Konstruktionsbüros, den Fabriken und den Werften entworfen und produziert hatten.

Das Mittelmeer 1942–1944

Ebenso wie der Seekrieg im Nordmeer um die alliierten Murmanskkonvois eine Fülle von Beispielen für die unzulängliche oder erfolgreiche Anwendung der Funkaufklärung im Rahmen der Intelligence enthält, angefangen von der verhängnisvollen Entscheidung Admirals Pounds, den Konvoi PQ.17 aufzulösen[60], bis zu dem mit Hilfe perfekter Nutzung von „Ultra" vereitelten Angriff des Schlachtschiffes *Scharnhorst* auf den Konvoi JW. 55 B[61], so begleitete die unzulängliche oder richtige Anwendung der „Ultra"-Erkenntnisse auch den Erfolg und die schließliche Niederlage Rommels in Nordafrika[62].

Rommels Gegenangriff gegen die britische Operation „Crusader" im Januar 1942 wurde möglich, weil man in Kairo ein „Ultra"-Signal für irrelevant gehalten hatte, das die Ankunft des deutschen Frachters *Ankara* im Hafen von Bengasi ankündigte, den man durch frühere Operationen für gesperrt hielt. Durch die 22 gelandeten Panzer verstärkt, konnte Rommel die Speerspitze des britischen Angriffes, die 22. Pz.-Brig., zerschlagen und in der Folge die Briten auf die Gazala-Stellung zurückwerfen.

Die Erfahrung führte zwar zu einer besseren Organisation der Intelligence-Auswertung und -Koordinierung in Kairo, die immer klarer erkannte, daß Rommels schwache Stelle seine Nachschubverbindung über das Mittelmeer war. Zielsicher wurden U-Boote und Flugzeuge von Malta aus zeitgerecht zu den Passierpunkten deutsch-italienischer Konvois entsandt und brachten durch Versenkungen Rommel in eine prekäre Versorgungslage, die sich ihrerseits wieder in seinen Nachschublagemeldungen niederschlug. Allerdings entwickelte Rommel bei der Abfassung dieser Meldungen eine Taktik der Übertreibung, um wenigstens einen Bruchteil des für nötig gehaltenen Materials zu erhalten, so daß der von „Ultra"-Meldungen faszinierte Churchill die britischen Oberbefehls-

---

[60] Irreführend hier D. Irving, The Destruction of Convoy PQ.17, London 1968. Zur gegenwärtigen Diskussion in England vgl. B. B. Schofield, The Arctic Convoys, London 1977, S. 46–65, und Beesly, a. a. O., S. 152–179; ferner Referat von Sir N. Denning auf dem Stuttgarter Colloquium, 17. 11. 1978 (vgl. Anm. 16).

[61] P. Beesly/J. Rohwer, Special Intelligence und die Vernichtung der Scharnhorst, in: Marine-Rundschau 74 (1977), S. 556–568.

[62] Dazu vor allem Lewin, a. a. O.; bis Sommer 1941 z. Zt. auch Hinsley, a. a. O.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haber in Nordafrika gegen deren Absichten zu Offensiven drängte, die dann fehlschlugen, was zur Ablösung der Generale Wavell und Auchinleck führte. Man sollte hartes Lehrgeld bezahlen, bis man lernte, bei der Analyse von „Ultra"-Signalen nicht dem bloßen Wortlaut des Textes zu vertrauen, sondern die persönlichen und sonstigen Umstände, unter denen es abgesandt worden war, in die Beurteilung einzubeziehen. Der Erfolg sollte sich, nach dem Fiasko der 8. Armee bei Gazala und Tobruk im Juni 1942, in der Schlacht von Alam Halfa zeigen.

Hier konnte der neue OB, General Montgomery, mit Hilfe von BP und seiner eigenen taktischen Funkaufklärung ein so präzises Bild der deutsch-italienischen Angriffspläne gewinnen und seine Kräfte so aufstellen, daß Rommel Anfang September 1942 in eine Falle lief und seinen Vorstoß zum Suezkanal aufgeben mußte. Inzwischen hatte Malta sich von den Schlägen der deutschen Luftflotte 2 erholt und konnte nach mehrmonatiger Pause wieder als Basis für U-Boot- und Luftangriffe auf die Nachschubrouten verwendet werden.

„Ultra" gab Montgomery ein klares Bild der nun immer katastrophaler werdenden Nachschublage Rommels und zugleich auch der Kampfstärke und der Moral seiner Truppen. Den taktischen Verlauf der Schlacht um El Alamein selbst dagegen konnte „Ultra" nicht beeinflussen, hier war die taktische Funkaufklärung, insbesondere die Verkehrs- und Peilauswertung, von viel größerer Bedeutung. Unverständlich bleibt jedoch, warum Montgomery die Kenntnis des dramatischen Telegrammwechsels zwischen Rommel und Hitler am 3. und 4. November, aus dem die verzweifelte Lage der deutsch-italienischen Afrika-Armee ersichtlich wurde, nicht zu einer kühnen überholenden Verfolgung ausnutzte, um Rommel den Rückzug nach Tripolitanien abzuschneiden.

Der Übergang der Alliierten zur Offensive gegen die Festung Europa, beginnend mit El Alamein und der alliierten Landung „Torch" in Nordafrika ging einher mit einer zunehmenden Perfektion in der Anwendung von „Ultra".

In BP waren nun die Verfahren entwickelt und die maschinellen Hilfsmittel bereitgestellt sowie die personellen Voraussetzungen geschaffen, um über die wichtigsten und am stärksten frequentierten Schlüsselbereiche des deutschen Heeres, der Luftwaffe und der Kriegsmarine hinaus auch operativ zunächst weniger wichtig erscheinende Bereiche anzugehen, weil aus ihnen oft wichtige Ansatzpunkte für das schnelle Aufbrechen anderer Tagesschlüssel gewonnen werden konnten. Dabei wurden die personellen und maschinellen Kapazitäten nach einer strengen Prioritätenliste, die jedoch wendig den Bedürfnissen angepaßt werden konnte, gehandhabt. Winterbotham hatte nun auch die Probleme der sicheren und schnellen Übermittlung der gewonnenen Erkenntnisse an die operativen Führungsstäbe gemeistert. Allen alliierten Oberkommandos bis zur Armee- und Luftflottenebene waren SLU's beigegeben, die mit den vor Antritt ihres Kommandos in BP eingeweihten Befehlshabern und Stabschefs engsten Kontakt hielten[63].

Wenn man die alliierten Operationen in Nordafrika und in Tunesien, die Landungen in Sizilien, bei Salerno und Anzio sowie die Boden- und Luftoffen-

[63] Referat von P. Calvocoressi auf der int. Tagung in Bonn, 16. 11. 1978 (vgl. Anm. 16).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sive in Italien verfolgt, kann man feststellen, daß die alliierten Befehlshaber sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – immer mehr an die Zuverlässigkeit dieser Quelle gewöhnten. Sie lieferte ihnen zwar selten unmittelbare Informationen über deutsche operative oder gar strategische Absichten. Die ungeheure Fülle von vielen Einzelinformationen, die in BP sorgfältig analysiert und bei den SLU's mit den lokalen Informationen verglichen worden waren, vermittelte den alliierten Befehlshabern aber ein präzises Bild nicht nur der „Order of Battle", sondern zugleich auch der personellen und materiellen sowie der logistischen Situation auf deutscher Seite, ferner der Handlungs- und Reaktionsmuster der deutschen Führer. Diese, wie Harold Deutsch sagte[64], „higher education" der alliierten Führung beeinflußte deren Taktik und operative Planung, ja oft sogar die Strategie in einem nicht zu überschätzenden Maße.

Von der Invasion in der Normandie bis zur Ardennen-Offensive

Bei der Vorbereitung der alliierten Invasion in der Normandie kamen zu diesem Element noch zwei weitere wichtige Faktoren hinzu, welche die Wirksamkeit von „Ultra" steigerten.

„Ultra" konnte nur wirken, wenn der Nachrichtenverkehr über Funk abgewickelt wurde. In der statischen Situation an der europäischen Westfront konnte die deutsche Seite jedoch Drahtverbindungen benutzen. Um sie zur stärkeren Benutzung des Funks zu zwingen, erhielten deshalb die Widerstandsbewegungen in Westeuropa Anweisungen zur Zerstörung von Nachrichtenverbindungen. Um der Gefahr einer solchen Störung in kritischen Situationen zu begegnen, hatte die deutsche Seite schon in Rußland und im Mittelmeer zur Überbrückung gestörter Leitungen das Richtfunkverfahren benutzt. Für die Verschlüsselung der damit übermittelten Nachrichten wurde die Siemens-Fernschreibschlüsselmaschine verwendet, die sich von der „Enigma" grundlegend unterschied und der man in BP mit den „bombs" nicht beikommen konnte. Zur Lösung dieses Schlüsselverfahrens wurde der von Prof. M. H. A. Newman in seinen Erfordernissen festgelegte und von einem Team unter T. H. Flowers von der „Post Office Research Station" in Dollis Hill entwickelte erste frei programmierbare elektronische Computer „Colossus" verwendet, dessen erstes Modell im Oktober 1943 für BP fertiggestellt wurde. Ein zweites verbessertes Modell wurde wenige Tage vor Beginn der Invasion fertig. Die gegenüber den bisherigen „bombs" außerordentlich vergrößerte Kapazität und Rechengeschwindigkeit ermöglichte nicht nur die Lösung des Siemens-Geheimschreibers, sondern auch eine wesentliche Beschleunigung der Entzifferung bei verschiedenen „Enigma"-Verfahren. Da

[64] H. C. Deutsch, The Influence of Ultra in World War II, in: Parameters, 4. Dec. 1978, S. 2 – 15 (engl. Fassung des Referats von H. C. Deutsch auf dem Stuttgarter Colloquium, 17. 11. 1978, vgl. Anm. 16).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Funkfernschreibverbindungen bei Ausfall der anderen Nachrichtenverbindungen auch von der höheren deutschen Führung benutzt werden mußten, ergaben sich Einbruchsmöglichkeiten in Verkehrskreise, die „Ultra" bisher kaum hatte liefern können[65].

Der zweite Faktor betraf die Rolle von „Ultra" bei den alliierten Täuschungsmaßnahmen. Für das Gelingen der amphibischen Phase der alliierten Invasion war es von entscheidender Bedeutung, der deutschen Seite das tatsächliche Ziel dieser „Operation Neptune" zu verschleiern. Nach der geglückten Anlandung kam es darauf an, die deutsche Seite an einer schnellen Konzentration ihrer Kräfte gegen den Landeraum zu hindern.

Zu diesem Zweck wurden, schon 1943 beginnend, eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Täuschungs- und Ablenkungsoperationen unter dem Decknamen „Bodyguard" eingeleitet, die alliierte Landungsabsichten nicht nur in Frankreich, sondern auch in Norwegen und auf dem Balkan sowie an anderen Stellen vortäuschen sollten. „Ultra" gewann bei diesen Operationen eine zentrale Bedeutung, konnte doch die für „Bodyguard" zuständige Leitstelle mit seiner Hilfe die deutschen Reaktionen und damit die Wirksamkeit der Täuschungsmaßnahmen kontrollieren. Das war bei der Operation „Double Cross" sehr wichtig: Nachdem BP der Einbruch in den Funkverkehr der deutschen Abwehr gelungen war, hatte man das deutsche Spionagenetz in England völlig aufrollen und einen erheblichen Teil der Agenten „umdrehen" können. „Ultra" bot nun die Möglichkeit, zu prüfen, inwieweit auf deutscher Seite die fingierten Meldungen dieser Doppelagenten akzeptiert wurden und welche von ihnen man deshalb zur Unterstützung der großangelegten Täuschungsoperation „Fortitude" verwenden konnte, mit der der deutschen Seite ab Februar 1944 die Bereitstellung von weit stärkeren Verbänden für die Invasion suggeriert werden sollte, als tatsächlich vorhanden waren. Durch wohldosierte Meldungen dieser Agenten und eine planmäßig über lange Frist aufgebaute Funktäuschung gelang es, der deutschen Seite sowohl in den Wochen vor der Invasion als auch nachher, bis zum Ausbruch aus dem Brückenkopf, die drohende Gefahr einer zweiten Invasion vorzuspielen und damit einerseits Kräfte in Norwegen und Dänemark, vor allem aber die starke 15. Armee im Raum zwischen Le Havre und Dünkirchen festzuhalten.

Es ist frappierend, den Aufbau der alliierten Täuschungsoperation in den im Center for Military History in Washington liegenden „Fortitude"-Akten zu verfolgen und sie mit ihrem Niederschlag in den deutschen, weitgehend auf Agentenmeldungen und Funkaufklärung beruhenden Feindlageberichten der beteiligten Führungsstäbe zu vergleichen. In ihnen treten neben den echten, für „Neptune" bereitgestellten Verbänden auch alle „Fortitude"-Einheiten auf. Dazu gehörten vor dem 6. Juni die in Schottland „dislozierten" drei Korps mit 8 Divisionen der britischen 4. Armee, von denen tatsächlich nur zwei Divisionen existierten. Weiter hatte man elf, als dritte Welle von Mitte Juni bis Mitte Juli in die Normandie nachzuführende Divi-

[65] Vgl. Randall, a. a. O.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sionen, die tatsächlich in Mittel- und Südengland lagen, im Funkbild unter der fiktiven First US Army Group (FUSAG) in Südost-England „aufmarschieren" lassen, wo sie offenbar für eine zweite Invasion beiderseits Calais und Boulogne bereitgestellt wurden.

Diese nicht nur vom OKW und Hitler, sondern auch vom OB West und der Heeresgruppe B sehr ernst genommene Bedrohung war zweifellos der Grund für die zögernde Freigabe von Reserven und Verstärkungen für die Invasionsfront in den ersten kritischen Tagen[66]. Doch wurde die Täuschung auch während der ganzen Zeit des Kampfes um den Brückenkopf und darüberhinaus bis in den September aufrechterhalten.

Bei der FUSAG wurden die tatsächlich in die Normandie verlegten Verbände durch neue Einheiten ersetzt, bis sie schließlich ab 24. Juli ausschließlich aus fiktiven Verbänden, zwei Armeen, fünf Korps und 14 Divisionen mit einer fiktiven Luftflotte, bestand, die sogar fiktive Landungsübungen durchführten. Über sie sagt die Wochen-Lagebeurteilung des OB West für die Zeit vom 19.–25. Juni: „Noch hat der Feind die in Südostengland bereitgestellte, absprungbereite amerikanische Heeresgruppe nicht eingesetzt. Sie ist kräftemäßig stärker als die Heeresgruppe Montgomery". Noch am 10. September verzeichnete ein Bericht von „Fremde Heere West" im OKH viele dieser fiktiven Verbände in Südengland.

Ohne die ständige Kontrolle der Wirkung der Täuschung durch „Ultra" wäre ihr für den Erfolg von „Neptune" und „Overlord" ausschlaggebender Erfolg[67] kaum möglich gewesen.
Mit dem Beginn des Bewegungskrieges in Frankreich nahm auf beiden Seiten der operative und taktische Funkverkehr zu, welcher der Funkaufklärung wichtige Erkenntnismöglichkeiten bot. Während es den deutschen Entzifferungsexperten gelang, immer wieder in den mit der Hagelin-Maschine M 209 verschlüsselten alliierten taktischen Verkehr einzubrechen[68], wurde die Feindlagebeurteilung der anglo-amerikanischen Befehlshaber in zunehmendem Maße von den „Ultra"-Erkenntnissen bestimmt.

Z. B. gelang es General Bradley, den gefährlichen deutschen Panzerangriff am 7. August bei Mortain in die Flanke des amerikanischen Durchbruchkeils aus dem Brückenkopf aufzufangen und zum Scheitern zu bringen, weil „Ultra" ihm rechtzeitig Einzelheiten der Auseinandersetzungen Hitlers mit dem neuen OB West, Feldmarschall von Kluge, über die Planung mitteilen konnte.

Durch solche Erfolge wuchs das Vertrauen der alliierten Führer in die Zuverlässigkeit und rechtzeitige Verfügbarkeit der „Ultra"-Informationen so sehr, daß häufig Erkenntnisse aus den anderen konventionellen Intelligence-Quellen nicht ausreichend beachtet wurden. Als deshalb auf deutscher Seite mit dem Her-

---

[66] Dazu vor allem Lewin, a. a. O., S. 292–364, und in seinem Referat auf der Bonner Tagung, 16. 11. 1978 (vgl. Anm. 16).

[67] Fernschreiben Lagebeurteilung durch OB West für die Zeit 19.–25. 6. 1944; Lewin, a. a. O.

[68] Mitteilung von Generalleutnant a. D. Leo Hepp auf Stuttgarter Colloquium, 18. 11. 1978 (vgl. Anm. 16).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anrücken der Front an die deutsche Grenze im September 1944 in zunehmendem Maße wieder sichere Drahtfernmeldeverbindungen zur Verfügung standen und deshalb der Funk als Befehls- und Meldeweg stärker in den Hintergrund trat, waren schwerwiegende Fehler in der Feindlagebeurteilung die Ursache für den Fehlschlag der alliierten Luftlandeoperation gegen Arnheim. Vor allem aber führte der strikt durchgeführte Befehl zur absoluten Funkstille während der Vorbereitung der Ardennenoffensive zu der kaum noch für möglich gehaltenen taktischen Überraschung durch den deutschen Angriff.

War „Ultra" kriegsentscheidend?

Diese Frage muß man mit einem eindeutigen Nein beantworten, wenn man sie in dem Sinne versteht, daß ohne „Ultra" der Zweite Weltkrieg nicht mit einem alliierten Sieg geendet hätte. Dazu war das Ungleichgewicht der personellen und materiellen Ressourcen der sich gegenüberstehenden Koalitionen zu groß und ihre Rohstoffbasis und industrielle Kapazität zu verschieden.

Aber ebenso deutlich muß man die Behauptung ablehnen, der Krieg wäre auch ohne „Ultra" räumlich und zeitlich in gleicher Weise abgelaufen.

Diese Gegenüberstellung dokumentiert die verbreiteten Mißverständnisse bei Publizisten und auch Historikern, die offenbar nur dann geneigt zu sein scheinen, „Ultra" für die Strategie des Zweiten Weltkrieges Bedeutung zuzumessen, wenn tatsächlich nachgewiesen werden könnte, daß bestimmte „Ultra"-Signale zu dramatischen Wendungen in Strategie und Kriegsverlauf geführt haben.

Aus der vorangegangenen Darstellung dürfte deutlich geworden sein, daß nicht nur im taktisch-operativen Bereich, sondern noch stärker in der strategischen Ebene wirksame „Intelligence" eben *nicht* aus einzelnen Nachrichten – aus welchen Quellen auch immer – besteht, sondern aus einer Fülle von Mosaiksteinchen verschiedenster Wertigkeit, die schließlich zu einem Lagebild zusammengefügt werden müssen.

Jede menschliche Aktion beginnt mit einer solchen Lagebeurteilung, mag es sich nun darum handeln, daß ein PKW-Fahrer eine Kreuzung überqueren will oder daß ein oberstes staatliches Führungsgremium eine politische oder strategische Entscheidung zu treffen hat. In diese Lagebeurteilung haben alle relevanten Faktoren für die eigene Seite einzufließen. Die „Intelligence" hat die notwendigen Parameter für die Gegenseite zu liefern. Im militärischen Bereich kommt es darauf an, einerseits die Fähigkeiten, die „Capabilities", eines Gegners richtig einzuschätzen und andererseits seine Absichten, seine „Intentions", möglichst rechtzeitig zu erkennen. Erste Grundlage solcher Feindlagebeurteilungen sind allgemeine Vorstellungen vom Gegner und Erfahrungen, die man mit ihm gemacht hat oder gemacht zu haben glaubt. Wesentlich konkreter wird dieses Bild dann durch „Intelligence", durch Aufklärung, angefangen von der Agentenmeldung oder dem Diplomatenbericht über die optische Beobachtung durch ei-

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gene Kräfte oder die Luftbilderkundung und andere Mittel bis hin zur Funkaufklärung mit ihren drei Zweigen: Verkehrsanalyse, Funkpeilung und Entzifferung. Die Funkentzifferung, und damit auch „Ultra", ist also nur ein Teil der „Intelligence", allerdings der Teil, welcher die unmittelbarsten und am wenigsten durch Täuschungen und Irrtümer bei der Interpretation verfälschten Erkenntnisse liefert. So kommt den aus dieser Quelle gewonnenen Erkenntnissen im allgemeinen der höchste Rang zu, liefern sie doch auch in vielen Fällen die Möglichkeit, aus anderen Quellen stammende Nachrichten auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Aber es handelt sich bei den aus den drei Zweigen der Funkaufklärung gewonnenen Erkenntnissen ganz überwiegend um viele kleine Mosaiksteinchen, und es hängt von der Menge der Steinchen ab, wie gut und vollständig das aus ihnen zusammengesetzte Bild wird.

Stellen diese Steinchen aus einem der Zweige nur einen Bruchteil der insgesamt gewonnenen Informationen dar und fügen sie sich in das bisher gewonnene und für gültig gehaltene Feindlagebild nicht ein, wird schon der „Intelligence"-Experte kaum geneigt sein, seine Lagebeurteilung zu ändern, ganz zu schweigen davon, daß ein politischer oder militärischer Führer daraufhin neue Entschlüsse fassen würde. Das Verhalten Roosevelts und der amerikanischen militärischen Führer in den letzten Tagen vor Pearl Harbor mag dafür als Beispiel dienen. Andererseits kann aber auch ein einzelnes kleines „passendes" Steinchen in einer offenen Situation, die noch mehrere Optionen zuläßt, den Ausschlag in dieser oder jener Richtung geben, wie das Beispiel der intuitiven Reaktion Churchills am 17. September 1940 zeigt.

Die Lehre für den Historiker muß deshalb sein, vor der Beurteilung der Handlung eines Politikers oder Militärs nach der seinem Entschluß zugrundeliegenden Lagebeurteilung und den sie beeinflussenden Faktoren zu fragen. Dabei kann „Intelligence" immer nur unter zwei Bedingungen wirksam werden. Zum einen muß der „Intelligence"-Experte durch den Erfolg seiner bisherigen Arbeit und seine Persönlichkeit das Vertrauen seines Vorgesetzten gewonnen haben, und dieser sollte klare Vorstellungen von den Informationsquellen, ihren Möglichkeiten und Grenzen besitzen. Der Dankbrief General Eisenhowers an General Menzies[69] und die bekannte Reaktion Hitlers auf General Gehlens Feindlagebeurteilungen im Januar 1945 bezeichnen die Spannweite dieses Problems.

Doch auch das engste Vertrauensverhältnis zwischen Befehlshaber und „Intelligence"-Offizier und die präziseste „Intelligence" kann am Ort des Geschehens fehlende geeignete Kräfte nicht wettmachen. Sie kann nur genutzt werden, wenn sie rechtzeitig verfügbar ist. So scheiterte General Freyberg auf Kreta trotz genauer Kenntnis der deutschen Pläne, während Admiral Nimitz seine weit unterlegenen Kräfte bei Midway zur rechten Zeit am rechten Platz konzentrieren konnte.

---

[69] Schreiben von General Dwight D. Eisenhower an General Menzies vom Juli 1945, abgedr. auf Schutzumschlag des Buches von Winterbotham.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So gesehen, hat „Intelligence" und in ihrem Rahmen besonders die Funkaufklärung die Strategie der West-Alliierten im Zweiten Weltkrieg stark beeinflußt. „Ultra" hatte eine zwar nicht den Krieg allein entscheidende, aber ihn zumindest auf dem atlantisch-westeuropäischen Kriegsschauplatz erheblich abkürzende Auswirkung. Auch wenn der indirekte Einfluß von „Ultra" auf die osteuropäischen Fronten noch nicht abschätzbar ist und man den Einfluß der davon unabhängigen Leistungen der Roten Armee für den Kriegsausgang[70] nicht gering ansetzt: Ohne „Ultra" wäre der Weg zum endlichen alliierten Sieg über Hitler-Deutschland und über Japan sehr viel länger geworden und hätte in vielen Bereichen einen ganz anderen Verlauf genommen, wohl mit verheerenden Folgen für Sieger und Besiegte.

---

[70] Hinweis von A. Hillgruber und anschl. Diskussion auf Stuttgarter Colloquium, 18. 11. 1978 (vgl. Anm. 16).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MICHAEL SALEWSKI

STAATSRÄSON UND WAFFENBRÜDERSCHAFT

Probleme der deutsch-finnischen Politik 1941–1944

I.

„In der Stunde der Gefahr wie ein Mann zusammenstehend, erkaufte sich die finnische Nation das Recht, auch künftig ihr eigenes, selbständiges Leben im Kreise freier Völker zu leben. Daß sie der Kraftanstrengung nicht erlag, zeigt, daß sie von gesundem, hartem Holz ist. Wenn es sich selbst treu bleibt und in allen Wechselfällen des Lebens einig und unerschütterlich an den Werten festhält, die bis zum heutigen Tag die Grundlage für seine Freiheit bedeuten – ererbter Glaube, Vaterlandsliebe, entschlossener, opferbereiter Verteidigungswille – dann kann das finnische Volk der Zukunft zuversichtlich entgegensehen."[1]

Mit diesen Sätzen beendete Marschall Mannerheim seine „Erinnerungen", die 1952 in Deutschland erschienen und auf das lebhafteste Interesse nicht nur der Historiker, sondern auch jener Menschen stießen, die das Schicksal im Zweiten Weltkrieg mit Finnland in engere Verbindung gebracht hatte. Im Jahr zuvor, 1951, hatte der letzte deutsche Gesandte in Helsinki, Wipert von Blücher, seine Bilanz der deutsch-finnischen Politik vorgelegt; eine, wie heute zu erkennen ist, sorgfältig auf die amtlichen Akten des Auswärtigen Amtes gestützte Analyse, in der Blücher zu dem Schluß kam:

„Im Machtspiel der Großmächte sind den eigenen Entschließungen der kleinen Staaten engste Grenzen gezogen. In der Turbulenz der großen Politik wurde Finnland dahingerissen wie das Treibholz auf den reißenden finnischen Flüssen."[2]

Dies sind zwei anscheinend gegensätzliche Aussagen, bemerkenswert deswegen, weil sie von hervorragenden Kennern der finnischen Geschichte, des finnischen Volkes, der finnischen Mentalität stammen. Bei näherem Zusehen ergibt sich jedoch, daß es sich hier gleichsam um verbale Spiegelungen übergeordneter, übernationaler Probleme handelt. Mannerheims Lebenswerk bestand im politischen und militärischen Kampf für die Unabhängigkeit seines Landes, die staatliche finnische Souveränität; Blücher hatte die Interessen der deutschen Machtpolitik zu vertreten. Gemeinsam war beiden Männern die klare Erkenntnis, daß die Politik der Staaten die Gesetze der Staatsräson nicht ignorieren darf; gemeinsam war ihnen aber auch ein starker ethischer Impuls, der sich immer wieder gegen die skrupellosen Forderungen gewalttätiger Herrscher auflehnte. Ihr politisches und diplomatisches Wirken vollzog sich im Spannungsfeld der großen,

---

[1] G. Mannerheim, Erinnerungen, Zürich und Freiburg i. Br. 1952, S. 553.

[2] Wipert von Blücher, Gesandter zwischen Diktatur und Demokratie. Erinnerungen aus den Jahren 1935–1944, Wiesbaden 1951, S. 230.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ja der Weltpolitik; die Namen Stalin und Hitler bezeichneten den Rahmen, innerhalb dessen sie handeln mußten.

Rußland auf der einen, das Deutsche Reich auf der anderen Seite, dazwischen die kleine, vier Millionen Einwohner zählende finnische Bauernrepublik: jede Untersuchung der deutsch-finnischen Beziehungen wird von dieser Grundkonstellation auszugehen haben, die in mancherlei Hinsicht an das bekannte Bild von den beiden Mühlsteinen erinnert, zwischen denen eine so kleine Nation zerrieben zu werden droht. Es waren gerade die finnischen Politiker der vierziger Jahre, die immer wieder auf diese Gefahr aufmerksam machten. Deutschland, so setzte beispielsweise der finnische Außenminister mehr als einmal Blücher auseinander, werde auch dann historisch überleben, wenn es den Krieg gegen die Sowjetunion verliere, Finnland hingegen würde ausgelöscht, falls sich das russische Reich mit allen seinen Machtmitteln auf seinen kleinen Nachbarn stürze. Tatsächlich ging es sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg in Deutschland nicht um die physische Weiterexistenz der Nation. Gerade um diese aber hatte Finnland zu ringen: Im finnisch-russischen Winterkrieg von 1939/40, vor allem aber im sog. „Fortsetzungskrieg" von 1941–1944. So gesehen, mußten die politisch-diplomatische Ausgangslage wie auch die jeweilige Interpretation der militärischen Lage bei beiden Staaten verschieden sein. Dies ist die zweite Grundkonstellation, die in der historischen Interpretation berücksichtigt werden muß.

Schon in den Monaten des finnischen Freiheitskrieges, verstärkt jedoch seit dem 25. Juni 1941 ging die deutsche Politik von dem Axiom aus, daß die Beziehungen zwischen Finnland und Deutschland besonderer Natur seien; im Vorfeld des Vernichtungsfeldzuges gegen die Sowjetunion wurde Finnland im Rahmen der deutschen Bündnispolitik eine, wie es Ribbentrop nannte, „privilegierte Stellung" zugewiesen. Welcher Art diese „Privilegien" waren, wird noch zu zeigen sein. Finnland hingegen hielt vom Anfang seiner selbständigen Geschichte an unverrückbar an dem Axiom der prinzipiellen Optionsfreiheit fest; vor allem Mannerheim wehrte sich entschieden gegen alle Versuche, Finnland Hilfe von auswärtigen Mächten angedeihen zu lassen, da er hierin eine Gefährdung der finnischen Souveränität sah. Jede Sonderstellung Finnlands zu einer der Großmächte hätte das Land unweigerlich in die Interessenkollisionen der großen Politik hineingezogen; infolgedessen beharrte die finnische Politik darauf, nur mit vergleichbaren kleinen Staaten „privilegierte" Beziehungen aufzubauen. Dies waren in erster Linie Schweden und Dänemark, in etwas abgeschwächter Form auch Norwegen. Das Verhältnis Finnlands zu den skandinavischen Staaten bildet daher die dritte wesentliche Grundkomponente, deren Einfluß auf die beiden anderen, mehr oder weniger ausgeprägt, ununterbrochen spürbar blieb.

So wie Deutschland den Anspruch erhob, zu Finnland Beziehungen besonderer Art unterhalten zu können – hierbei berief man sich auf die deutsche militärische Hilfe 1918 –, so vertrat auch die Sowjetunion die Auffassung, daß ihr Verhältnis zu Finnland exklusiver Natur sei. Tatsächlich gründete sich die finnische

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unabhängigkeit ja auf ein Theorem Lenins, und nur die singuläre weltpolitische Situation im Winter und Frühjahr 1918 erlaubte es Finnland, den ungewissen Sprung in die staatliche Unabhängigkeit zu wagen. Die besonderen Beziehungen dieses Landes zu Rußland ergaben sich aus den Geburtswehen von 1918. Dabei ist daran zu erinnern, daß Finnland 1918 lange in dem Entschluß schwankte, sich der weißrussischen Gegenrevolution zur Verfügung zu stellen, was damals, nach Lage der Dinge, die Teilnahme an einer alliierten Offensive von der Karelischen Landenge in Richtung Petrograd bedeutet hätte. Finnlands Unabhängigkeit wurde nämlich eben nicht in erster Linie von den Bolschewisten bestritten, sondern von Denikin, Koltschak und den übrigen weißrussischen Armeeführern. Eine Wiederherstellung des zaristischen Rußland mit seinen imperialistischen Ansprüchen hätte also die prinzipielle Infragestellung der so schwer erkämpften finnischen Unabhängigkeit bedeutet. Für das Verständnis der finnisch-sowjetischen Beziehungen der dreißiger und vierziger Jahre ist jedoch die Feststellung wichtig, daß Lenin zwar die Unabhängigkeit Finnlands anerkannt hatte, die Bolschewisten jedoch auf Grund ihrer Ideologie eine über alle nationalen Grenzen gerichtete Sowjetisierung anstrebten – und auch damit wäre die finnische Freiheit erneut verloren gegangen. Tatsächlich kämpften die Finnen 1918 „sachlich" für die weißrussischen Interessen; Theorie und Praxis der finnisch-russischen Beziehungen klafften daher extrem auseinander. Gerade dieser innere Widerspruch aber liefert einen wichtigen Schlüssel zur Erklärung des einmaligen Umstandes, daß Finnland, ganz von der Sowjetunion abhängig, seine politische Unabhängigkeit und Freiheit bis heute bewahren konnte.

Zu den „historischen Grundkonstellationen" gehört jedoch ein weiterer, ein individuell-biographischer Faktor: die Persönlichkeit Mannerheims. Wenn irgendwo, so wird in der finnischen Geschichte deutlich, welch großen Einfluß starke Persönlichkeiten auf den Lauf der Geschichte auszuüben vermögen. Die Grundstrukturen des historischen Schicksals Finnlands waren Grundlage des militärischen und staatsmännischen Handelns Mannerheims, aber es war derselbe Mannerheim, der kraft seines Charismas dem Volk der Finnen und seinen diplomatisch-militärischen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten den entscheidenden Stempel aufdrückte.

II.

Hitlers Pakt mit Stalin vom 23. August 1939, eines Macchiavelli würdig, wirkte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Finnland als Schock. Fieberhaft bereitete sich das finnische Volk im Sommer 1939 auf die scheinbar unvermeidliche militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion vor. Die Kunde vom Ribbentrop-Molotow-Abkommen wirkte aber nur vorübergehend lähmend; jenes von Mannerheim schon so oft beschworene trotzige „Dennoch" wurde zur finnischen Staatsräson. Die Befestigungsarbeiten auf der Karelischen Landenge gingen

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unvermindert, ja beschleunigt weiter. Welches Schicksal Finnland zwischen den verbündeten beiden Diktatoren beschieden sein konnte, wurde der finnischen Bevölkerung durch den Verlauf des deutsch-polnischen Krieges drastisch vor Augen geführt.

„Finnland völlig unter Eindruck Waffentaten deutschen Heeres und Eingreifen Rußlands", meldete Blücher am 18. September 1939 nach Berlin. „Weiten Kreisen Vernichtung größten Staates Randstaatengruppe in zwei Wochen unheimliches Phänomen." Und der Gesandte fügte hinzu: „Wo Sympathien für Polen waren, reduzieren sie sich jetzt auf sentimentales Mitleid."[3]

Mitleid – mitleiden: das war ein Charakteristikum des finnischen Volkes; das Mitleid galt Polen und Dänen, Norwegern und, in erster Linie, den Esten, jenem stammverwandten Brudervolk, das wie kein anderes von Stalin, Hitler und wieder Stalin unterjocht, vernichtet wurde. Unerschrocken brachte der finnische Gesandte in Berlin, Kivimäki, immer wieder die Sprache auf das Schicksal der besetzten skandinavischen und baltischen Staaten, immer wieder wurde er abgewiesen, von Ribbentrop mit zynischen Bemerkungen bedacht; die diplomatischen Akten sind voll davon.

Auch die jähe Kehrtwendung der deutschen Außenpolitik im August 1939 hatte in Finnland nicht alle Hoffnung vernichtet, im Kriegsfall von Deutschland unterstützt zu werden. Die Sympathien, die das finnische und das deutsche Volk einander traditionell entgegenbrachten, konnten durch die Winkelzüge der Diplomatie und den Schrecken des polnischen Feldzuges nicht einfach ausgelöscht werden. Das war auch Wipert von Blücher klar, der die politischen Beziehungen zwischen den Völkern nicht nur auf beschriebenes Papier beschränkt sah, sondern auch die gefühlsmäßigen Grundströmungen – man kann sagen: die sittlich-ethische Natur einer von breiten Bevölkerungsschichten getragenen Hinwendung zu Finnland – mit in sein diplomatisches Kalkül zu ziehen trachtete. So berichtete er am 9. Oktober 1939: „Weite Kreise finnischen Volkes wollen nicht glauben, daß Deutschland ihnen Hilfe versagt"[4], und tags darauf hieß es in einem weiteren Telegramm:

„Von allen Seiten dringen Hilferufe zu mir. Politiker und Militär verstehen, daß wir keine Waffenhilfe bringen können wie 1918, wünschen nur, daß wir sie in Moskau nicht ganz ohne Unterstützung und Beratung lassen. Ich bitte in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich, ohne von prinzipieller Linie abzuweichen, diesen Wunsch in einer oder anderer Weise zu erfüllen."[5]

Aber die, wenn auch verbrecherische, Staatsräson des Dritten Reiches unterband jede Hilfe für das bedrängte Finnland. Hitler konnte sich eine Eintrübung des

---

[3] Telegramm-Entzifferung (TE) Helsinki Nr. 216 v. 18. 9. 1939, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Büro StS Finnland Bd. 1 (im Folgenden zit.: TE – Ort der Telegrammaufgabe – Buchnr. – Datum der Absendung – Provenienz, soweit nicht anders angegeben: Büro Staatssekretär – Bandzahl).

[4] TE Helsinki Nr. 280 v. 9. 10. 39 – 1.

[5] TE Helsinki Nr. 284 v. 10. 10. 39 – 1.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutsch-sowjetischen Verhältnisses wenigstens solange nicht erlauben, als die militärische Entscheidung im Westen noch nicht gefallen war. Die Interessen des Dritten Reiches erforderten notfalls die Opferung Finnlands.

Doch waren diese Interessen „wohlverstanden"? War es, längerfristig gesehen, nicht doch verhängnisvoll, Finnland der Willkür eines Großstaates zu überantworten, der letztlich der Hauptgegner Deutschlands sein würde, als das politische und militärische Ziel der deutschen Expansion nach Osten zum Zwecke der „Lebensraumgewinnung"? Oberflächlich betrachtet, konnte Finnland im Herbst 1939 dem Deutschen Reich wenig nützen, aber einsichtige Diplomaten und Gelehrte – unter ihnen der bekannte Albrecht Haushofer – gaben zu bedenken, daß das deutsche Nichteingreifen in den finnisch-russischen Krieg zu sehr unerwünschten politischen, vor allem aber wirtschaftlichen Folgen führen konnte. Finnland nämlich war der Hauptlieferant dringend benötigter und kriegswichtiger Rohstoffe: Neben der unersetzbaren Holzeinfuhr lieferte Finnland Kupfer, Molybdän und Nickel. Überrannte die Rote Armee Finnland, so wurden darüber hinaus die deutschen strategischen Interessen in der Ostsee und im Nordpolarmeer tangiert, und in weiterer Perspektive konnte es zu englisch-französischen Interventionen kommen ,wie sie ja tatsächlich im Februar/März 1940 geplant wurden.

Deutschland hatte also allen Grund, der Sowjetunion Mäßigung anzuraten, doch die Ribbentropsche Politik mit ihrer einseitigen Fixierung auf den „Haßgegner" England verschloß sich derartigen Erwägungen, und das Deutsche Reich sah dem Verlauf des Winterkrieges tatenlos zu. Für die Geschichte der deutsch-finnischen Beziehungen von 1941 bis 1944 aber wurden die Argumente aus dem Herbst 1939, die für eine vorsichtige Unterstützung Finnlands sprachen, wichtig: sie zeigten, daß auch das Reich in seinen politischen Entscheidungen von bestimmten Voraussetzungen abhängig blieb. Eben dies sollte es Finnland im Verlaufe der Jahre 1942–1944 dann ermöglichen, sich die materielle und militärische Hilfe Deutschlands zu erhalten, obwohl die politischen Voraussetzungen hierzu Zug um Zug entfielen.

Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß der Winterkrieg von den unmittelbar Beteiligten, aber auch von den untätig Zusehenden als Auftakt, Test und Ausgangsbasis des politischen und militärischen Verhaltens seit dem Sommer 1941 angesehen wurde.[6] Tatsächlich hat vor allem der militärische Verlauf des Krieges tiefgreifende Auswirkungen auf die zukünftige Einschätzung der Sowjetunion durch Finnland und Deutschland gehabt. Während die Finnen, an ihrer Spitze Mannerheim, die anfänglichen Erfolge der finnischen Armee in erster Linie auf die Vorteile der eigenen geographischen Lage, die bessere Kenntnis des schwie-

[6] Aus der Fülle der Spezialliteratur zum Winterkrieg seien hier lediglich drei wichtige neuere Werke genannt: Max Jakobson, Diplomatie im Finnischen Winterkrieg 1939/40, Düsseldorf 1970; Jukka Nevakivi, The Finnish Winter War and European Diplomacy, London 1975; Gerd Ueberschär, Hitler und Finnland 1939–1941, Wiesbaden 1978.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rigen Geländes, den größeren Enthusiasmus der finnischen Soldaten, nicht jedoch auf eine materielle oder gar prinzipielle Unterlegenheit des russischen Gegners zurückführten, glaubten die Deutschen, Rußland habe seine militärische Unfähigkeit bloßgelegt. Kennzeichnend für diese Unterschätzung der Roten Armee war beispielsweise eine Analyse des deutschen Militärattachés vom 15. November 1939, in der prophezeit wurde, daß „größere Operationen russischer Landstreitkräfte gegen Finnland auf Monate hinaus nicht in Frage" kämen. Auch der Luft- und Seekrieg könne nicht zum Erfolg führen[7].

Der anfängliche Verlauf des Krieges schien solche Auffassungen zu bestätigen. Binnen weniger Wochen schmolz der berechtigte Stolz auf die unerwarteten Abwehrerfolge die finnische Nation zu einer Einheit zusammen, die bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs im Wesentlichen erhalten bleiben und zugleich zur wichtigsten Voraussetzung für die Durchhaltepolitik der finnischen Regierung vom Winter 1941/42 bis zum September 1944 werden sollte. Aber es gab eine Kehrseite: Trotz des unglücklichen Ausganges des Krieges und dem für alle Welt überraschend schnell abgeschlossenen Moskauer Frieden bekamen auch in Finnland jene Oberwasser, die in der Sowjetunion nur noch eine Großmacht „auf Abruf" sehen wollten. Blücher berichtete über finnische Stimmen, die Deutschland aufforderten, es solle sich „angesichts jetzt zutagetretender Schwäche Rußlands ... mit wenigen motorisierten Divisionen zum Herren Rußlands machen"[8], und kein geringerer als Svinhufvud erklärte Blücher vertraulich: „Das Rußland Stalins würde nur noch einige Jahre bestehen. In Zukunft würde es nur eine Großmacht im Ostseeraum (geben) und das sei Deutschland."[9] Wer so dachte, verkannte die eigentlichen Gründe der relativen sowjetischen Mäßigung: Stalin und Molotow hatten, wie der deutsche Botschafter in Moskau mehrmals meldete, im Verlaufe der Monate Januar und Februar zunehmend Sorgen vor einer skandinavischen Allianz zur Unterstützung Finnlands; ausschlaggebend aber wurde die Furcht vor einem Zusammenstoß mit den beiden großen Westmächten, England und Frankreich. Tatsächlich waren diese Befürchtungen durchaus berechtigt,[10] und Blücher meinte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges:

„Hätte ein Macchiavell die deutsche Außenpolitik geleitet, so würde er den Standpunkt eingenommen haben, daß nicht die Beilegung, sondern im Gegenteil die Belebung und Ausweitung des finnisch-russischen Konflikts dem realpolitischen deutschen Interesse entsprochen hätte, daß die aus diesem Konflikt sich ergebende Möglichkeit, die Westmächte in eine militärische Auseinandersetzung mit Rußland zu verwickeln, nicht ungenutzt vorübergehen dürfe."[11]

---

7 TE Helsinki Nr. 392 v. 15. 11. 39 – 1.

8 TE Helsinki Nr. 388 v. 5. 12. 39 – 1.

9 TE Helsinki Nr. 100 v. 5. 3. 40 – 2.

10 Daß England eine Intervention plante, hat bereits Churchill in seinen Erinnerungen zugegeben; inzwischen lassen die freigegebenen englischen Akten keinen Zweifel mehr daran, daß England eine Norwegen-Skandinavien-Finnlandaktion ernsthaft plante.

11 Blücher, S. 186.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So fühlten sich die deutschen Diplomaten durch den Moskauer Frieden einerseits zwar erleichtert, da die Interventionsgefahr damit gebannt war, und England nicht mehr ohne weiteres nach Skandinavien ausgreifen konnte, andererseits stand die Sowjetunion nun doch stärker als zuvor da. Es dauerte auch nicht lange, und Molotow begann mit seiner außenpolitischen Schwenkung: nunmehr gerieten die Baltischen Staaten und Rumänien ins Blickfeld der sowjetischen Expansionstendenzen. Zwar waren diese durch den Ribbentrop-Molotow-Pakt und spätere Vereinbarungen gedeckt, aber das Unbehagen hinsichtlich der russischen Politik wurde zu einer Konstante im politischen Kalkül nicht nur Hitlers, sondern auch des Auswärtigen Amtes und der deutschen Wehrmachtführung. Vor allem die deutsche Seekriegsleitung warnte vor den russischen Zielsetzungen, vermochte sich politisch jedoch nicht durchzusetzen.[12]

Die Umorientierung der finnischen Außenpolitik nach dem Ende des Winterkrieges und die zuerst langsame, dann immer abruptere Hinwendung zu Deutschland könnten, von daher betrachtet, tatsächlich als unvermeidliche Konsequenz der sich verändernden weltpolitischen Konstellationen und des Aufbaues der deutsch-russischen Spannungen verstanden werden. Es ist daher zu fragen, ob das durch den Winterkrieg physisch und militärisch geschwächte Finnland überhaupt noch in der Lage war, seine Neutralität aufrechtzuerhalten, oder ob es par la force des choses in das Fahrwasser der deutschen Außenpolitik und ihrer aggressiven Zielsetzungen geriet. Diese Frage zu stellen, heißt aber auch die Frage nach der politischen Verantwortung aufzuwerfen. Es war das Ziel der Mannerheimschen Erinnerungen, Finnland vom Vorwurf der bewußten Option für die Kriegsziele des nationalsozialistischen Deutschlands zu befreien; vereinfacht gesagt, brachte es der Marschall auf die Formel, Finnland sei nach dem 12. März 1940 im Kern seiner Existenz und Sicherheit vor allem durch die Abtretungen auf der Karelischen Landenge, aber auch in Ostkarelien getroffen, gleichzeitig aber von der Sowjetunion weiter bedrängt worden, sodaß das Land nur vor der Wahl gestanden habe, sich der Sowjetunion völlig zu unterwerfen und seine politische Selbständigkeit zu verlieren, oder aber mit Hilfe der anderen Großmacht, Deutschlands, seine Sicherheit wiederherzustellen, was nach Lage der Dinge nur auf eine Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete hinauslaufen konnte[13].

Die Antwort auf die gestellte Frage wird immer davon abhängig sein, ob man eine langfristige politische Koexistenz zwischen einem schwachen kapitalistischen und einem sehr starken kommunistischen Staat prinzipiell für möglich hält. Auch in Finnland gab es Politiker – in erster Linie wäre wohl an Paasikivi zu denken –, die schon 1940 ein friedliches Nebeneinander zwischen der Sowjetunion und Finnland für möglich hielten; diese Gruppe bemühte sich, allerdings mit abnehmendem Erfolg, die schwierigen finnisch-russischen Verhandlungen über

---

[12] Michael Salewski, Die deutsche Seekriegsleitung 1935–1945, Bd. I., Frankfurt/M. 1970, S. 358.

[13] Mannerheim, S. 420 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Petsamo-Nickel-Frage zu einem gütlichen Ende zu bringen. Ausschlaggebend wurde allerdings, daß Mannerheim, Ryti, Kivimäki, Tanner (als Führer der Sozialdemokratie) und Svinhufvud ausgesprochene Antikommunisten waren und gleichzeitig die entscheidenden Schlüsselpositionen der finnischen Innenpolitik in der Hand hielten, Mannerheim darüber hinaus auch die bewaffnete Macht des Staates. Daß die Sowjetunion ihrerseits genau wußte, daß mit diesen Persönlichkeiten eine aktive finnische Revisionspolitik geführt werden würde, zeigte sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit in dem bekannten plumpen Einmischungsversuch Rußlands in die finnischen Staatspräsidentenwahlen, bei dem die Namen Mannerheim, Svinhufvud, Tanner und Kivimäki gleichsam auf eine „schwarze sowjetische Liste" gesetzt wurden. Die solcherart von Molotow Gebrandmarkten fanden sich aber gerade hierdurch in ihrem prinzipiellen Mißtrauen bestätigt, und die Masse des finnischen Volkes folgte ihnen: die Wahl Rytis zum Staatspräsidenten vermied zwar einen unmittelbaren finnisch-sowjetischen Zusammenstoß, konnte jedoch gleichwohl als hingeworfener Fehdehandschuh begriffen werden.

Die finnische Optionsfreiheit war zumindest in finnischen Augen und nach dem Selbstverständnis der finnischen Politik tatsächlich erheblich eingeengt; das aggressiv-unfreundliche Verhalten der Sowjetunion in der Hangö- und Aalandsowie der Petsamofrage trug allerdings wesentlich zu den finnischen außenpolitischen Entscheidungen bei, sodaß die Sowjetunion am Abgleiten Finnlands in das Lager ihrer Feinde keineswegs unschuldig war.

III.

Die Wiederannäherung zwischen Finnland und Deutschland vollzog sich in mehreren Etappen und auf verschiedenen Wegen, die hier nicht im einzelnen zu verfolgen und darzustellen sind.[14] Zu den wichtigsten Wendepunkten gehörten der Besuch des ehemaligen Präsidenten Svinhufvud in Deutschland, wenige Tage vor Abschluß des Moskauer Friedens, die sog. „Veltjens-Mission" vom August 1940 und schließlich der Molotowbesuch in Berlin vom Oktober 1940, der die Entwicklung zu einem gewissen Abschluß brachte.

Man kann vermuten, daß der Deutschlandbesuch Svinhufvuds, der offiziell als „privat" galt, mit der finnischen Regierung genau abgesprochen und terminiert war, denn er erfolgte gleichzeitig mit der Absendung der Paasikivi-Delegation nach Moskau. Ohne gleich von einer „Doppelbödigkeit" der finnischen Politik sprechen zu wollen, war es doch auffallend, daß Svinhufvud dem Leiter der Nordischen Abteilung im Auswärtigen Amt, dem Gesandten v. Grundherr, eine Interpretation der Moskauer Friedensbedingungen unterbreitete, die in diame-

[14] Vgl. u. a. John H. Wuorinen, Finnland and the World War II, 1948; Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie, Frankfurt/M. 1965. Die Annäherung im militärischen Bereich spiegelt sich in den Eintragungen des Kriegstagebuchs (KTB) OKW sowie des KTB Halder.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tralem Gegensatz zu der offiziellen finnischen Version in Moskau stand. „Insbesondere könne das finnische Volk nicht Bedingungen annehmen", hieß es in der Aufzeichnung Grundherrs, „die Finnland für die Zukunft verteidigungsunfähig machten, d. h. also eine Abtretung der Gebiete bei Wyborg und nördlich des Ladogasees, in denen die ausgebauten finnischen Verteidigungsstellungen liegen. Jeder Vertrag mit den Russen sei wertlos", resumierte der deutsche Diplomat Svinhufvuds Äußerungen, „es sei denn, seine Einhaltung werde von anderen Großmächten, wie z. B. von Deutschland, garantiert." Die nordischen Staaten, an die man zunächst auch denken könne, seien zu schwach.[15]

Grundherr verhielt sich den Ausführungen Svinhufvuds gegenüber völlig rezeptiv; der Staatssekretär v. Weizsäcker erteilte dem Finnen jedoch eine glatte Abfuhr: „Ich habe ihm keine Hoffnung auf Erfüllung seiner an uns gerichteten Wünsche gemacht." Und Hitler weigerte sich gar, Svinhufvud überhaupt zu empfangen. Es waren jene Tage, in denen die deutsche Nervosität im Hinblick auf eventuelle englische Aktionen in Skandinavien sich auf dem Höhepunkt befand; auch der leiseste Anschein einer deutschen Unterstützung Finnlands mußte daher vermieden werden.

Daß der Moskauer Friede keineswegs das Ende der finnisch-russischen Auseinandersetzungen gebracht hatte, versicherten die finnischen Diplomaten nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Hauptstädten der Westmächte. In Berlin wurde die Ablösung des finnischen Gesandten Wuorima durch den profilierten antikommunistischen Kivimäki, dessen Name im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl immer öfter genannt wurde, durchaus als diplomatischer Wink verstanden, und Kivimäkis Bemerkung anläßlich seines Antrittsbesuches bei Grundherr: „Man könne bei den Russen nie sicher sein, was später einmal eintreten könnte", schlug bereits den Grundakkord der zukünftigen deutsch-finnischen Politik an.[16]

Die deutsche Zurückhaltung Finnland gegenüber fand mit dem deutschen Sieg im Westen Ende Juni 1940 ihr Ende. In finnischen Augen hatten sich die Machtgewichte auf dem Kontinent nunmehr endgültig und ausschlaggebend zu deutschen Gunsten verschoben; selbst eine völlige Kehrtwendung der finnischen Politik und ein bedingungsloses Eingehen auf alle sowjetischen Forderungen hätte fortan die sichere Selbständigkeit Finnlands einem möglicherweise feindlich gesonnenen Deutschland gegenüber nicht mehr garantiert. Zwang und Neigung flossen in eins, um nunmehr dem deutsch-finnischen Dialog ein, wie es Blücher nannte, „reißendes" Tempo zu verleihen. Mannerheim, der wohl als einziger einflußreicher Finne dem neuen deutschen Glück abwartend gegenüberstand, vermochte seinen Einfluß nicht geltend zu machen; seit dem Juli 1940 setzte sich in Finnland überall die Überzeugung durch, daß der Friede von Moskau noch nicht die ultima ratio der finnischen Staatsräson gewesen sein könne.

---

[15] Aufzeichnung Grundherrs Pol. VI, 624 v. 10. 5. 40 – 2. PA AA Bonn.

[16] Aufzeichnung Pol. VI, 1709 v. 18. 6. 40 – 2.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die deutschen und die finnischen Erwägungen liefen seit dem Juli 1940 parallel, aber sie waren von sehr unterschiedlicher Qualität. Das Deutsche Reich bereitete seit dem Juli 1940 systematisch den Krieg gegen die Sowjetunion vor, und im Rahmen der politischen, militärischen und strategischen Erwägungen gewann das finnische Problem neue Konturen. Diese Definitionsphase der deutschen Finnlandpolitik überschnitt sich mit einer finnischen Konsolidierungsphase, deren Endziel gewiß in der Revision des Moskauer Friedens lag, ohne daß dies unvermeidlich zur Wiederaufnahme der Kampfhandlungen gegen die Sowjetunion führen mußte. Ein anderer Unterschied in der Betrachtung der sowjetischen Frage durch Finnland und Deutschland trat hinzu, und er war wesentlich: Für die finnischen Politiker war die Sowjetunion eine Großmacht, die Großmachtpolitik betrieb und dabei seit dem Winter 1939 unverhüllt in die traditionellen Bahnen des zaristischen Imperialismus zurücklenkte. Finnland stellte sich damit jenes Problem, das seit Jahrhunderten die Beziehungen zwischen dem Zwerg an der Ostsee und dem Riesen in Eurasien bestimmt hatte. Deutschland hingegen sah in der Sowjetunion lediglich ein Konglomerat minderwertiger Rassen, mühsam durch die Ideologie des Kommunismus und blinden Terror zusammengehalten. Nicht die Großmacht Deutschland schickte sich an, mit der Großmacht Sowjetunion um die halbe Welt zu pokern, sondern Hitlers Vorstellungen waren auf den rassenideologischen Vernichtungskampf fixiert, die Lebensraumgewinnung im Osten, die Ausmerzung der führenden sowjetischen Schichten, die vollkommene Unterwerfung des kommunistischen Machtbereichs, kurzum: auf ein völkerrechtliches Verbrechen einmaligen, unerhörten Ausmaßes.

Nach allem, was wir wissen, wußten die Finnen von dieser Dimension der deutschen Rußlandpolitik nichts. Das war ihr Verhängnis, das war aber, am Ende, wohl ihr Glück: sie konnten erhobenen Hauptes das Kampffeld verlassen, während die Deutschen neben der militärischen eine moralische Niederlage ohnegleichen erlitten.

Die deutschen und finnischen Interessen trafen sich auf strategischem, logistischem und wirtschaftlichem Gebiet. Während es Finnland zunächst darauf ankam, von Deutschland eine Art Garantie des politischen Status quo zu erhalten, legte das Deutsche Reich Wert auf die Ausbeute der finnischen Nickelvorräte in Petsamo, die Einfuhr von Kupfer und Molybdän sowie auf den Transit deutscher Truppen durch Finnland nach Norwegen. Die prekäre finnische Sicherheitslage wurde durch das Veto der Sowjetunion gegen einen nordischen Beistandspakt, stärker – und Finnland außerordentlich beeindruckend – durch die russische Baltenpolitik bestimmt. An drohenden Tönen seitens der Sowjets herrschte kein Mangel; bezeichnend war etwa der von dem deutschen Gesandten in Tallin, Frohwein, übermittelte Ausspruch des sowjetischen Diplomaten Botschkarew, wenn Finnland weitere Provokationen beginge, so sei die Sowjetunion durchaus in der Lage, „mit Finnland binnen 1 bis 2 Wochen Schluß zu machen“[17].

[17] TE Tallin Nr. 290 v. 31. 7. 40 – 2.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da aber jedermann die Natur der angeblichen finnischen „Provokationen" kannte – die Sowjetunion hatte sich weder im Dezember 1939 noch später allzu große Mühe mit „ihrem Sender Gleiwitz" gemacht –, mußten solche Drohungen ernstgenommen werden. Marschall Mannerheim, der für die äußere Sicherheit des finnischen Staates Verantwortliche, zögerte deswegen nicht, als ihm Deutschland die Chance bot, das eigene Wehrpotential zu vergrößern. Dies erfolgte im Rahmen des sog. „Veltjens-Abkommens", das die Modalitäten des deutschen militärischen Transits durch Finnland regelte. Als Gegenleistung erhielt Finnland militärische und wehrwirtschaftlich wichtige Güter, die wesentlich zur raschen Wiederaufrüstung des finnischen Heeres nach dem Ende des Winterkrieges beitrugen. Das nationalsozialistische Regime gab im August 1940 erstmals vorsichtig zu verstehen, daß es geneigt sei, die finnischen Interessen Rußland gegenüber zu vertreten; wenn der Oberstleutnant Veltjens, der die Verhandlungen mit Mannerheim führte, als Meinung Görings mitteilte, „daß nach der jetzigen politischen Lage Finnland auch gar keine andere Wahl bliebe, als sich bis zum letzten Mann zu verteidigen, da in einem neuen Krieg Rußland nur das Ziel der Vernichtung Finnlands haben könne"[18], so bedeutete dies zweifellos eine versteckte Aufforderung zu engeren politischen Kontakten, zumal die offizielle deutsche Politik bis dahin immer die Auffassung propagiert hatte, Finnland könne durchaus mit der Sowjetunion leben, alle geforderten Zugeständnisse (die über den Moskauer Frieden hinausgingen) seien erträglich.

Die Bedeutung des Transitabkommens lag jedoch nicht nur im militärischen Bereich: Indem Finnland damit das Hangö-Transit-Abkommen mit der Sowjetunion gleichsam „balancierte", meldete es erneut seinen Anspruch auf außenpolitische Selbständigkeit an. Es nahm dafür bewußt eine merkliche Abkühlung der Beziehungen zu England und den USA in Kauf und ließ es sich diplomatisch gefallen, fortan eher in das Lager der deutschen Verbündeten gezählt zu werden.

Ihrem politischen Selbstverständnis nach jedoch standen die Finnen weder zu diesem noch zu irgendeinem späteren Zeitpunkt in einem Bündnisverhältnis zum Deutschen Reich – obwohl oder gerade weil sie sich im Kriege als die treuesten Verbündeten der deutschen Soldaten erweisen sollten. Die finnische wissenschaftliche und Memoirenliteratur[19] hat viel Fleiß und viel Papier zur Deutung dieses Phänomens aufgewandt, das zu dem Schlagwort von der finnisch-deutschen „Waffenbrüderschaft" gerann, dem Schlüsselbegriff für die Jahre 1941 bis 1944.

Bevor auf das Wesen dieser „Waffenbrüderschaft" näher einzugehen ist, muß der dritte wichtige Markstein in den deutsch-finnischen Beziehungen erwähnt werden: der Besuch des sowjetischen Außenkommissars Molotow in Berlin im Oktober 1940.

---

[18] „Offiziell" erhielt Veltjens freilich den Auftrag, „jeden Optimismus der Finnen auf eine unmittelbare deutsche Unterstützung in einem neuen Krieg gegen Rußland" zu dämpfen.

[19] Vgl. z. B. Erik Heinrichs, Mannerheimgestalten I–II, 1957–59; Arvi Korhonen, Barbarossasuunnitelma ja Suomi (Unternehmen Barbarossa und Finnland), 1961.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die finnischen Staatsmänner und Diplomaten wußten ganz genau, daß vom Ergebnis des deutsch-sowjetischen Dialogs in Berlin das zukünftige Schicksal Finnlands abhing; die finnische Staatsräson gebot nunmehr gebieterisch, die eigenen Interessen mit allem Nachdruck, auch unter Inkaufnahme von Risiken, beim Führer des Deutschen Reiches zu vertreten[20]. Hitler, dessen Entscheidung zum Überfall auf die Sowjetunion bereits gefallen war, fühlte sich sowohl durch Molotows intransigente Haltung als auch durch das finnische Drängen auf wirksame Hilfe nur noch bestätigt. Wieder wurde Veltjens in Sondermission nach Helsinki geschickt, wo er auftragsgemäß am 23. November 1940 mitteilte: „Die Finnen sollten sich keine allzu großen Sorgen machen. Es habe sich im Laufe der hiesigen Besprechungen mit Herrn Molotow nichts ergeben, was eine unangebrachte Nachgiebigkeit Finnlands erforderlich machte."[21] Dieser Hinweis bezog sich auf die Moskauer Petsamo-Verhandlungen, deren Ergebnis für Deutschland aus wehrwirtschaftlichen und strategischen Gründen immer wichtiger wurde. Man kann sagen, daß diese Verhandlungen zum eigentlichen Transmissionsriemen der deutsch-finnischen Annäherung wurden: In dem Maße, in dem Deutschland Finnland zur Härte riet, verlangte Finnland deutsche Rückendeckung im Falle russischer Gewaltaktionen. Je drohender aber die Sprache Molotows und Wyschinskis wurde, desto stärker war Finnland auf Deutschland angewiesen. Das Dilemma, in das sich die finnische Politik durch Deutschland hineinmanövrieren ließ, wurde vom finnischen Gesandten Kivimäki durchaus erkannt. In einem Gespräch mit Weizsäcker erwähnte der finnische Diplomat „das große Risiko, welches in der Befolgung des deutschen Rates liege, unnachgiebig zu sein. Ein solches Risiko könne man eben nur laufen, wenn man einer weiteren deutschen Rückendeckung sicher wäre. Nun lege man in Finnland unseren Rat zur Unnachgiebigkeit freilich dahin aus, daß wir Finnland im Falle eines russisch-finnischen Bruches nicht im Stich lassen würden. Eine gültige amtliche Bestätigung dieser Auffassung habe Finnland aber bisher nicht in Händen"[22].

Schon aus Gründen der diplomatischen Vorsicht konnte die deutsche Außenpolitik Finnland keinen Blankoscheck ausstellen, aber Finnland erhielt eine gan-

---

[20] Siehe Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), D, XI, S. 443.

[21] Wiehl an Deutsche Botschaft Moskau e. o. W 5394 g Rs v. 24. 11. 40 – 2. Wenig später ordnete Ribbentrop an, noch deutlicher zu werden. Blücher könne zum Ausdruck bringen, „finnische Regierung möge bei ihren Verhandlungen mit der Sowjetregierung davon ausgehen, daß die letztere über unseren Wunsch, im Norden neue Komplikationen vermieden zu sehen, nicht in Zweifel ist. Wir glaubten, daß sich die Sowjetregierung diesen unseren Wunsch in ihrer Politik gegenüber Finnland vor Augen halten werde" (TE Sonderzug Nr. 29 v. 29. 11. 40 – 2.).

[22] Aufzeichnung v. Weizsäckers Nr. 220 v. 2. 4. 41 – 3. Am 19. 2. 41 berichtete Blücher über eine neue russisch-finnische Krise. Wyschinski habe alles hingeworfen und gedroht: „Sache entwickele sich mit allen Folgen!" Daraufhin äußerte Paasikivi in einem Telegramm an den finnischen Außenminister: „Er hoffe Finnland mit Deutschland im Klaren wegen aller eventuellen Folgen" (TE Helsinki Nr. 106 v. 19. 2. 41 – 2.).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ze Reihe von beruhigenden Zusicherungen aus dem Munde des Staatssekretärs v. Weizsäcker und Ribbentrops selbst[23], sodaß Kivimäki schließlich unwidersprochen Weizsäcker mitteilen konnte, „in seiner Heimat sei man jetzt beruhigt, denn man glaube zu wissen, daß man in einem künftigen Konflikt mit Rußland nicht allein stehen werde"[24].

Bis zum April 1941 hatte sich auf diese Art und Weise de facto eine Art Garantieabkommen zwischen Deutschland und Finnland hergestellt, aber beide Seiten vermieden eine wie auch immer ausgestaltete formelle und völkerrechtlich bindende Beistandserklärung. Dieser auf den ersten Blick erstaunliche Umstand ging auf die unterschiedlichen Interessen beider Staaten zurück: Während die deutsche Außenpolitik Finnland in das eigene Lager zum Zwecke des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion zu ziehen wünschte, erhoffte sich Finnland von der deutschen Unterstützung eine mäßigende Wirkung auf die Sowjetunion. Deutschland wollte den Krieg mit Rußland, Finnland wollte ihn wenigstens zu diesem Zeitpunkt vermeiden. Ein formelles Bündnis aber hätte unvermeidlich zur Erörterung dieses fundamentalen Gegensatzes geführt. Der zweite Grund, der den Abschluß eines Bündnisses beiden Ländern als inopportun erscheinen ließ, lag in der Befürchtung Deutschlands, seine Planungen gegen das ja immer noch verbündete Rußland dekouvriert zu sehen, und in den Sorgen Finnlands, der Sowjetunion durch ein solches Bündnis den gewünschten Vorwand zum Angriff, den Westmächten den gewünschten Vorwand zum Abseitsstehen im Falle eines neuen russisch-finnischen Konfliktes zu liefern. Es waren also handfeste realpolitische Erwägungen, die einen Bündnisabschluß verhinderten; daß die Bündnislosigkeit später völlig anders interpretiert wurde, kann an dieser Tatsache nichts ändern.

IV.

Ganz Finnland war sich darin einig, daß der Moskauer Frieden vom 12. März 1940 gleichsam ein finnisches „Versailles" war, das auf die Dauer nicht hinzunehmen sei. Finnland betrieb schon aus Gründen der nationalen Selbstachtung daher eine Politik der Revision. Wie das Deutsche Reich nach 1919, so bemühte sich auch Finnland nach Möglichkeit um eine friedliche Revision, es ließ aber, wie Deutschland in der Ära Stresemann und Brüning, niemals einen Zweifel daran, daß die Revision letztlich kommen müsse – so oder so. Dieses Bewußtsein von der noch nicht verlorenen Zukunft schmiedete die finnische Nation zusammen; Finnland war, als es den Krieg am 25. Juni 1941 begann, zutiefst von

[23] Weizsäcker gab Kivimäki zu verstehen, „daß wir Moskau zu verstehen gegeben haben, wir wünschten jetzt keinen neuen finnisch-russischen Konflikt. Dieser deutliche Hinweis in Verbindung mit der nunmehr einsetzenden guten Jahreszeit werde in Moskau sicher als genügende Warnung dienen, es zwischen Rußland und Finnland jetzt nicht zum Bruch kommen zu lassen" (Aufzeichnung v. Weizsäckers Nr. 220 v. 2. 4. 41 – 3.).

[24] Aufzeichnung v. Weizsäckers vom 31. 12. 40 – 2.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Gerechtigkeit der eigenen Sache überzeugt. Wenn die Phase der Revision nunmehr blutig begann, so bedauerte man dies, aber man fügte sich in ein bewußt akzeptiertes Schicksal. In zahlreichen Reden und Tagesbefehlen verstand es Marschall Mannerheim, das finnische Volk auf dieser Linie zu halten und zu unerhörten Kraftanstrengungen zu beflügeln.

So war der Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion, wie ihn Finnland führte, von völlig anderer Qualität als jener, der Hitlerdeutschlands Kampf prägte. In den Begriffen „Fortsetzungskrieg" und „Parallelkrieg" drückte sich dies aus, und bei der historischen Bewertung der Jahre 1941 bis 1944 darf diese theoretische Unterscheidung in ihrer psychischen, moralischen und militärischen Bedeutung niemals unterschlagen werden.

In der militärischen Praxis allerdings wogen die Unterschiede in Modalitäten und Zielsetzungen der Kriegführung anfangs gering. Die „Waffenbrüderschaft" besaß in der Tat bündnisähnlichen Charakter. Die militärischen Vereinbarungen von Salzburg[25], von Mannerheim später in ihrer Bedeutung stark abgeschwächt, öffneten den finnischen Militärs durchaus die Augen über die deutschen Pläne, und man sprach, wie die militärischen Akten deutlich ausweisen, ganz offen. Von einer „Überraschung" Finnlands durch den deutschen Angriff am 22. Juni konnte tatsächlich keine Rede sein, und daß Finnland erst drei Tage später in den Krieg eintrat, war nicht etwa Folge finnischer Bemühungen um eine Friedenserhaltung im letzten Augenblick, wie Mannerheim suggerieren wollte, sondern ging ganz einfach auf den Umstand zurück, daß die finnische Armee vom Datum des 22. Juni 1941 an noch sechs Tage für ihren Aufmarsch gewinnen wollte[26]. Setzt man voraus, daß die sowjetische Führung hiervon unterrichtet war – Belege fehlen freilich –, so muß der sowjetische Angriff vom 24. Juni wohl tatsächlich als eine Präventivmaßnahme begriffen werden, die den finnischen Aufmarsch stören sollte. Daß Stalin zumindest im Juni 1941 den Ausbruch eines finnisch-russischen Krieges gerne vermieden hätte, ergibt sich indirekt auch aus der Tatsache, daß er im Zuge der Moskauer Verhandlungen plötzlich stark einlenkte und die friedliche Einigungsmöglichkeit Paasikivi gegenüber unterstrich[27].

Doch wie auch immer der Anlaß des Krieges zwischen Finnland und der Sowjetunion beurteilt werden mag, seine Ursachen lagen im Frieden von Moskau

---

[25] Vgl. Walter Warlimont, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939–1945. Grundlagen, Formen, Gestalten, Frankfurt/M. 1962; Protokoll der Zusammenkunft vom 25. 5. 41: OKW/WFSt L (I op) 44794/41 gKdos Chefs., Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA) Handakte „Barbarossa" I–PG 32601; Waldemar Erfurth, Der Finnische Krieg 1941–1944, Wiesbaden 1050, S. 29 ff. (verharmlosend); E. Klink, Deutsch-finnische Waffenbrüderschaft 1941–1944, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1958, S. 392. Zu den wenig später aufgenommenen Marineverhandlungen mit Gruppe Nord vgl. Salewski, Seekriegsleitung I, S. 372.

[26] TE Helsinki Nr. 485 v. 23. 6. 41 – 3.

[27] TE Moskau Nr. 1280 v. 1. 6. 41 – 3.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und in der weiteren unfreundlichen Politik Rußlands seit dem März 1940. Daß Finnland die scheinbare welthistorische Chance zu nutzen trachtete, die ihm Deutschland eröffnete – wer wollte gegen diese ehrwürdige Maxime der raison d'état argumentieren?

Die deutsch-finnischen Beziehungen wurden nach dem Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion durch den gemeinsamen, sich als fundamental herausstellenden Irrtum bestimmt, es werde sich um einen kurzen Krieg handeln, der in wenigen Wochen zum völligen Zusammenbruch der Sowjetunion führen werde. Die restlose Ausschöpfung der finnischen Ressourcen an Menschen und Material schien den Verantwortlichen daher vertretbar; als sich, schon im August 1941, abzeichnete, daß die Termine nicht einzuhalten waren, beschlich das deutsche Oberkommando der Wehrmacht die Sorge vor einer finnischen Überanstrengung, der ein militärisch-politischer Kollaps folgen konnte. Der Chef der Abteilung Landesverteidigung im OKW, Generalmajor Warlimont, empfahl daher, den Finnen reinen Wein einzuschenken und sie auf die unerwarteten deutschen Schwierigkeiten hinzuweisen. Ribbentrop und Hitler lehnten ab.[28]

Freilich: einer besonderen Unterrichtung bedurfte es gar nicht. Mannerheim sah in der deutschen Offensive gegen Leningrad ganz richtig einen wichtigen Gradmesser für den allgemeinen Stand der Dinge, und als sich die deutsche Offensive festfuhr, begann er systematisch und konsequent die finnische Kriegführung auf eine längere Kriegsdauer hin umzuorientieren. Dies war umso leichter möglich, als die finnische Armee ziemlich planmäßig ihre ersten Ziele erreicht und sehr rasch die alten Grenzen wiedergewonnen hatte, an denen Mannerheim an sich stehenzubleiben wünschte.

Mit dieser Absicht eröffnete er die innerfinnische Kriegszieldiskussion, auf die hier nicht einzugehen ist. Blücher, der über gute Informationsquellen auch außerhalb des finnischen Außenministeriums verfügte, und General Erfurth, der deutsche Verbindungsoffizier zum Hauptquartier Mannerheims, mit dem Blücher eng und vertraulich zusammenarbeitete[29], erfuhren genügend Details über die Auseinandersetzung zwischen der gemäßigten und der „großfinnischen" Gruppe unter den finnischen Parlamentariern. Deutschland lag viel daran, die zweite Gruppe zu unterstützen, zu deren Wortführer sich – wenigstens vorübergehend – der Staatspräsident selbst machte, indem er in einem vertraulichen Gespräch mit Blücher die „politische Notwendigkeit, den Bolschewismus diesmal zu vernichten", betonte und – ganz auf der deutschen Linie liegend – davon sprach, Leningrad müsse „als Großstadt verschwinden".[30] Die territorialen Wünsche Finnlands umschrieb Ryti mit Fernkarelien und der Kolahalbinsel. Es solle in Zukunft keine finnisch-russische Grenze mehr geben. „Er würde es begrüßen", berichtete

[28] Aufzeichnung Ritters v. 16. 8. 41 an RAM – 3.

[29] Die Memoiren Erfurths vermitteln ein anschauliches Bild; auch Mannerheim äußerte sich lobend über Erfurth: Erinnerungen, S. 529.

[30] TE Helsinki Nr. 929 v. 11. 9. 41 – 3. In einer Unterredung mit Schnurre am 30. 10. 41 vertiefte Ryti die finnischen Kriegszielpläne: ADAP, D, XIII, 1 S. 588 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Blücher nach Berlin, „wenn Deutschland die weit weniger besiedelten Gebiete östlich der künftigen finnischen Ostgrenze sich aneignete."

In diesem Kriegszielprogramm steckte natürlich eine ganze Portion diplomatischer Taktik, denn es kam Ryti darauf an, Deutschland zu einem erneuten Angriffsstoß auf Leningrad und zu stärkerer materieller und ernährungsmäßiger Hilfe zu ermuntern; gleichwohl wird ein wahrer Kern in solchen Äußerungen kaum zu leugnen sein, dies um so weniger, als sich Kivimäki unaufgefordert an die Ausarbeitung riesiger Umsiedlungspläne finnisch-ugrischer Stämme in der Sowjetunion – er sprach von 2-3 Millionen – machte, die nur dann sinnvoll erschien, wenn sie in Verbindung mit den territorialen Ambitionen der finnischen Regierung gebracht wurde[31].

Ribbentrop gestand den von Finnland gewünschten Anteil am Fell des noch keineswegs erlegten russischen Bären mit Ausnahme der Kolahalbinsel (hier hatte Deutschland selbst strategische Interessen) zu. „Es kann uns nur erwünscht sein", reagierte er auf Blüchers Berichte, „wenn sich die finnischen Wünsche jetzt auch auf das früher russische Gebiet ausdehnen."[32]

So riß die Eigendynamik der anfänglichen militärischen Erfolge die finnische Politik mit in den Strudel verantwortungsloser Projektemacherei, aber es muß zur Ehre Finnlands angemerkt werden, daß sich solche Vorstellungen niemals zu verbindlichen Kriegszielprogrammen verdichteten. Jene Partei, die die These vom Verteidigungskrieg, der defensiven Kriegführung, schließlich vom Sonderkrieg und von der Möglichkeit des Sonderfriedens vertrat, war auch in den Wochen der Euphorie nicht zum Schweigen gebracht, und es war wichtig, daß sich Marschall Mannerheim schon sehr frühzeitig auf ihre Seite schlug.[33] Nachdem sich das Kriegsglück nicht mehr zwingen ließ, schwenkte aber auch Ryti in diese Linie ein, und sein weiteres politisches Verhalten läßt sich geradezu als „tätige Reue" interpretieren. Nur wer immer politisch und moralisch ohne Fehl ist, wird es wagen, einen Stein auf die finnischen Politiker des Sommers und Herbstes 1941 zu werfen.

Auf die zahlreichen Einzelprobleme der finnisch-deutschen Waffenbrüderschaft kann hier nicht eingegangen werden; vieles war bloße Routine, und solange die militärische Lage zufriedenstellend blieb, gab es nur wenige Reibereien. Anders als im Falle der sogar formell verbündeten Staaten – in erster Linie Italiens und Rumäniens – bemühte sich Hitlerdeutschland auch um ein gefühlsmäßig gutes Verhältnis zu den Finnen. Die deutsche Bevölkerung erkannte, wie

---

[31] Aufzeichnung v. Weizsäckers vom 8. 9. 42 – 5.

[32] T Sonderzug Nr. 1004 v. 17. 9. 41 – 3.

[33] Mannerheim vertrat die These, er gehe nur über das alte finnische Staatsgebiet hinaus, um die neuen Grenzen besser sichern zu können. Das entsprach zweifellos auch der Ansicht der Masse der finnischen Soldaten, die nichts sehnlicher wünschten, als bald wieder nach Hause zu kommen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es in einem SD-Bericht hieß, nur die Finnen als „gleichberechtigte" Kämpfer an[34], eine Welle der Sympathie begleitete die finnischen Waffenerfolge. Anders als in Dänemark und Norwegen, den besetzten Staaten, hielt sich Deutschland auch innenpolitisch zurück, und die Versuche Himmlers und der SS, in Finnland ideologisch Fuß zu fassen, führten nur zu geringen Erfolgen, weil sich das Deutsche Reich scheute, massiven Druck auszuüben. Die geschickte Politik Blüchers, der in einen zunehmenden Gegensatz zu Ribbentrop geriet, ohne hieraus jedoch die Konsequenz seines Rücktritts zu ziehen, trug wesentlich dazu bei, daß Deutschland bis zum Herbst 1942 uneingeschränkt, anschließend immerhin überwiegend die demokratisch-parlamentarische Praxis Finnlands tolerierte, den Nationalsozialismus also nicht zum „Exportartikel" zu machen suchte.

Diese relative Zurückhaltung Deutschlands, die sich mit einer anfangs großzügigen materiellen Hilfsbereitschaft paarte, machte die „privilegierte" Stellung Finnlands deutlich. Sie ergab sich nicht so sehr aus moralisch-sittlichen Erwägungen, wenngleich diese im deutschen Auswärtigen Amt und beim OKW nicht gänzlich fehlten, sondern aus der zutreffenden Einschätzung der finnischen Kriegsanstrengungen und der finnischen Mentalität. Blücher brachte das deutsch-finnische Verhältnis auf die bekannte Formel:

„Zwischen Deutschland und Finnland besteht nicht juristische Bindung einer mit Tinte geschriebenen Allianz, sondern moralische Bindung einer mit Blut besiegelten Waffenbrüderschaft. Bei einem Volk, wie Finnen, wirkt moralische Bindung stärker als juristische."[35]

Da sich Hitler und der Nationalsozialismus zurückhielten, die geschlossenen Handelsvereinbarungen bis 1943 eingehalten wurden, die deutschen Truppen in Finnland (AOK 20) sich korrekt verhielten, Finnlands Ehre geschont, die Propaganda positiv geführt wurde, verkannte Finnland den wahren Charakter des nazistischen Gewaltregimes, und es behandelte die nationalsozialistischen Politiker mit einem Anstand, der im Nachhinein befremdlich wirkt. Hitler, Keitel, Jodl, Himmler, selbst Ribbentrop erschienen den Finnen als Ehrenmänner; noch in seinen Memoiren konnte sich Mannerheim nicht dazu entschließen, dieses Urteil mehr als graduell zu korrigieren. Für das Deutsche Reich war es umso leichter, mit Finnland freundschaftlich umzugehen. Daß die Deutschen auch in Finnland nur ihre eigenen egoistischen Zwecke verfolgten und sich, als erste militärische Niederlagen das Vertrauen in die eigene Stärke erschüttert hatten, keinen Deut mehr um das nationale Wohl und Wehe der Finnen scherten, wurde diesen erst in einem langen, schmerzlichen Prozeß bewußt.

---

[34] Marlis Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf/Wien 1970, S. 230.

[35] TE Helsinki Nr. 383 v. 19. 2. 43 – 6. Interessant war Blüchers abschließende Bemerkung: „Ich bitte aber, diese Argumentation nicht in Presse übergehen zu lassen, damit sie nicht zum Schlagwort degeneriert." Tatsächlich dürfte die Masse der deutschen Bevölkerung keine Ahnung vom formalen Charakter der „Waffenbrüderschaft" gehabt haben.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

V.

Der historische Vorgang, der aus den Waffenbrüdern schließlich feindliche Brüder machen sollte, war langwierig und darf zu den eindrucksvollsten Beispielen praktizierter Staatsräson zwischen Ethos und Kratos gezählt werden.[36]

Schon Anfang September 1941 berichtete Blücher zum ersten Mal über Gerüchte von einem möglichen Sonderfrieden Finnlands,[37] aber erst seit dem Herbst 1942 häuften sie sich und trugen Unruhe in das deutsch-finnische Verhältnis. Bis zu diesem Zeitpunkt funktionierte die Waffenbrüderschaft, trotz einigen Sandes im diplomatisch-politischen Getriebe, zufriedenstellend. Nachdem die finnischen Fronten zur Ruhe gekommen, Teile des Feldheeres entlassen, die deutschen Getreidelieferungen aufgenommen worden waren, blieb zu größeren Klagen kein Anlaß. Freilich gab es eine uneingelöste Hypothek: Leningrad. Die deutsche Wehrmachtführung hatte Finnland die Einnahme der Stadt für das Jahr 1942 definitiv zugesagt, Himmler anläßlich eines Aufenthaltes in Finnland für die Zeit „nach Stalingrad" erneut versprochen, aber der militärische Verlauf der deutschen Sommeroffensive mit ihrer exzentrischen Stoßrichtung nach Süden und der endlichen Katastrophe von Stalingrad machten alle Pläne zu Makulatur, und Mannerheim zog hieraus den richtigen Schluß: Deutschland werde den Krieg gegen die Sowjetunion nicht gewinnen, Finnland müsse seine eigenen Wege gehen, um nicht mit in den Strudel des deutschen Absturzes gerissen zu werden.[38]

Blücher erfuhr, soweit wir wissen, zwar nichts von jener bei Mannerheim beschriebenen Konferenz zwischen Ryti, Rangell, Walden, Tanner und dem Marschall, die am 3. Februar 1943 entschied, den Krieg so bald wie möglich zu beenden, aber die Resolution des sozialistischen Parteirats vom 15. Februar 1943, in der davon die Rede war, daß Finnland ein Recht habe, selbständig zu handeln, dies auch in der Friedensfrage,[39] deutete die Schwenkung in der finnischen Politik an. Damit stellte sich für Deutschland die Frage, wie ein Abgleiten Finnlands aus dem eigenen Lager vermieden werden könne, denn Deutschland war nicht bereit, Finnland aus seinen Verpflichtungen zu entlassen. Die militärischen Konsequenzen eines finnischen Ausscherens aus dem Krieg ließen auch kaum eine andere Wahl. Infolgedessen operierte die deutsche Finnlandpolitik von nun an auf drei verschiedenen Ebenen: Auf der ersten sollte durch eine schönfärberische Lagedarstellung Finnland klar gemacht werden, daß es nur von Deutschland Hilfe und einen glücklichen Kriegsausgang erwarten könne, auf der zweiten wollte man Finnland nunmehr zur Abgabe einer verbindlichen Erklärung über die Ablehnung jeden Sonderfriedens nötigen, und auf der dritten sollte durch

[36] Der Begriff „Staatsräson" wird in dieser Arbeit durchgängig im Sinne der Meineckeschen Definition (Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, zuerst 1924) gebraucht.

[37] TE Helsinki Nr. 886 v. 3. 9. 41 – 3.

[38] Mannerheim, S. 491.

[39] Blücher, S. 323 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirtschaftlichen Druck, vor allem in der Nahrungsmittelfrage, der Weg aus dem Krieg verbaut werden. In der diplomatischen und politischen Praxis griffen diese drei Ebenen jedoch immer wieder ineinander über, und da sie auch in deutschen Augen letztlich wenig erfolgversprechend waren, kam es zu immer erneuten Versuchen und Experimenten, die die Konzeptionslosigkeit der deutschen Politik nur noch deutlicher werden ließen. Das anfangs aufrichtige Verhältnis zwischen den Waffenbrüdern wurde durch permanente Unaufrichtigkeit abgelöst; mit allen Winkelzügen und Tricks aus der diplomatischen Mottenkiste versuchte Deutschland Finnland bei der Stange zu halten, während dieses zwischen der Szylla deutscher Rache und der Charybdis russischer Gewalt das Staatsschiff hindurchzusteuern suchte.

Den eigentlichen Auftakt zu all diesem bildete die amerikanische Friedenssondierung vom 20. März 1943[40],die schließlich von Finnland abgelehnt wurde. Der tastende Versuch des finnischen Außenministers Ramsay, der im Rahmen des Kabinettswechsels den Außenminister Witting abgelöst hatte, die deutsche Auffassung zu einem vorsichtigen Friedensschritt Finnlands zu erkunden, endete mit einem Eklat, der fortan wie ein schwerer Schatten über dem deutsch-finnischen Verhältnis lag. Ribbentrop, der Ramsay wie einen Schulbuben abkanzelte, erklärte klipp und klar, daß jedes Eingehen auf den amerikanischen Vorschlag als „Verrat Finnlands an seinem Waffengefährten Deutschland und an dem gemeinsamen Schicksalskampf Europas gegen den Bolschewismus aufgefaßt werden würde mit den sich hieraus ergebenden Konsequenzen"[41]. Ribbentrop stellte zwei Forderungen: sofortiger Abbruch des amerikanischen Kontakts und Abgabe einer verbindlichen Erklärung der finnischen Regierung, „daß sie ohne Einvernehmen mit Deutschland keinen Waffenstillstand oder Frieden mit der UdSSR schließen wird"[42].

Finnland kam dem ersten Wunsch nach, zumal sich das amerikanische Angebot als wenig attraktiv erwies, aber das „zweite Petitum" wurde zur Quelle immer heftigerer diplomatischer Auseinandersetzungen, da es an den Grundlagen der bisherigen „Waffenbrüderschaft" rüttelte. Die Abgabe der verlangten Erklärung, in welcher Form auch immer, hätte Finnland nunmehr doch noch in ein völkerrechtlich verbindliches Vertragsverhältnis zu Deutschland gebracht. Ribbentrop war hierauf aus, Finnland mußte es mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Der Dissoziationsprozeß der Waffenbrüderschaft begann, und er konnte nur noch vorübergehend aufgehalten werden. Dabei arbeiteten die Finnen mit allen diplomatischen Finessen, deren sie fähig waren; es gelang ihnen, die deutsche Forderung abzulehnen, ohne daß sich hieraus schwerwiegende materielle Konsequenzen ergeben hätten – ein Meisterstück der diplomatischen Kunst.

Diese materiellen Konsequenzen – hier wurde die dritte Ebene der deutsch-finnischen Beziehungen berührt – zu fürchten, hatte Finnland allen Grund. Das

[40] Blücher, S. 330 ff.
[41] T RAM Nr. 83 v. 27. 3. 43 – 6.
[42] Ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Land war, was die militärische Ausrüstung, die Wehrwirtschaft, vor allem aber die Ernährung betraf, weitgehend auf regelmäßige deutsche Zufuhren angewiesen. Die deutschen Getreidelieferungen, die über die Ostsee abgewickelt wurden, waren für Finnland im wahren Sinne des Wortes lebensnotwendig.

Es lag auf der Hand, daß Deutschland nunmehr versuchte, die Getreidelieferungen als wirksamsten Hebel der eigenen Politik einzusetzen. Verwunderlicherweise war es Blücher selbst, der zuerst den Vorschlag machte, „diese deutschen Lieferungen nicht großzügig für längere Zeiträume im Voraus zu leisten, sondern sie im Rahmen eines kurzfristigen Bedarfs zu halten"[43]. Diese Anregung fiel bei Ribbentrop, trotz einiger anfänglicher Bedenken, auf fruchtbaren Boden, und Blücher dürfte sie sehr bald bereut haben, denn auch ihm konnte nicht verborgen bleiben, daß diese Methode auf Finnland nur negativ wirkte. Kivimäki erklärte, Finnland wolle sich nicht derart erniedrigen lassen, die Abgabe der geforderten Erklärung sei in Finnland innenpolitisch nicht durchsetzbar. „Mit Tränen in den Augen", hieß es in einer deutschen Aufzeichnung, „erklärte der Gesandte Kivimäki: ‚Es ist tief bedauerlich, wenn diese engste Waffenbrüderschaft zwischen Deutschland und Finnland aus formalen Gründen zu Bruche gehen müßte.' "[44] Die deutschen Verantwortlichen im Auswärtigen Amt reagierten ob so viel Emotionen verwirrt und unsicher. „Wie sind die Möglichkeiten eines praktischen Abgleitens der Finnen zu beurteilen? Es bleibt ihnen doch wohl ernstlich kaum eine andere Wahl, als mit uns durchzuhalten", hieß es in einer Anfrage des Unterstaatssekretärs Hencke vom 4. Juli 1943.[45]

Genau dies war die zentrale Frage. Sie rührte wieder an die Grundvoraussetzungen der deutsch-finnischen Beziehungen, sie lenkte zurück zu der Frage, wo die Grenze zwischen politischer Loyalität und nationalem Selbstmord verlief. Griff die Sowjetunion Finnland mit voller Wucht an, so war es nunmehr nur noch eine Frage kurzer Zeit, bis den Finnen das Schicksal der Baltischen Staaten bereitet wurde. Angesichts dieser Gefahr erschien die Alternative eines erneuten „Moskau-Friedens" jetzt in einem völlig anderen Licht. Mannerheim und die Führer der großen finnischen Parteien steuerten auf diesen Frieden zu. Sie konnten nicht anders, denn Finnland war nicht Deutschland.

Hitler und Ribbentrop wollten diese eisernen Notwendigkeiten, die die finnische Staatsräson diktierte, lange nicht wahrhaben, sie mischten Lockung und Drohung, am Ende glaubte Ribbentrop in den sog. „Mittsommerbesprechungen" vom Juni 1944 das Ziel doch noch zu erreichen und Finnland unauflöslich an das deutsche Schicksal zu ketten. Aber er täuschte sich: Zwar unterschrieb Ryti unter dem Zwang des sowjetischen militärischen Drucks auf der Karelischen

---

43 TE Helsinki Nr. 422 v. 24. 2. 43 – 6.

44 Aufzeichnung StS Steengrachts v. 3. 6. 43 – 7.

45 Aufzeichnung Henckes Nr. 375 v. 4. 7. 43 – 7. Daraufhin verfaßte Grundherr „Grundsätzliches der deutsch-finnischen Beziehungen" v. 5. 7. 43 – 7. Ergebnis: Augenblicklich habe Finnland keine andere Wahl, „als mit uns durchzuhalten". Aber: „Die Tendenz, einen Ausweg zu suchen, bleibt aber bestehen."

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Landenge, der über kurz oder lang ohne deutsche Hilfe zum Zusammenbruch der finnischen Verteidigung führen mußte, das von Ribbentrop geforderte Papier, aber nur der Staatspräsident persönlich hielt sich für gebunden, und als Finnland 1944 die Allianz verließ, zog auch nur er die Konsequenzen; er trat zurück und machte das Feld frei für Mannerheim, der den einmal beschrittenen Weg zum Sonderfrieden konsequent zu Ende ging.

Doch diese Entwicklung verlief langsam, denn auch für Finnland waren die Aussichten, die ein Separatabkommen mit der Sowjetunion bieten konnte, so düster, daß es sich noch lange an die immer schwächer werdende Hoffnung klammerte, es möge zu einer militärischen Wende im deutsch-russischen Krieg kommen. Die deutschen Vertreter in Mikkeli und Helsinki wurden denn auch nicht müde, jede Niederlage und jeden weiteren Fronteinbruch zu verharmlosen – aber Mannerheim ließ sich nicht hinters Licht führen und Erfurth war kein Keitel: er widersprach den nüchternen Analysen des finnischen Hauptquartiers nicht.

Nachdem die deutsche Finnlandpolitik auf der ersten und zweiten Ebene gescheitert war, konzentrierten sich alle Bemühungen Ribbentrops auf die verbleibende dritte Ebene, die ihm trotz der finnischen Vorhaltungen immer noch am erfolgversprechendsten erschien. Deutschland hielt das in den Handelsabkommen von 1942 versprochene Getreide zurück. Das schadete nicht nur den Finnen, sondern auch Deutschland, und der Reichsernährungsminister Backe bat am 2. September 1943 das Auswärtige Amt dringend, sofort an Finnland Getreide liefern zu dürfen, da er keinen Lagerraum habe und das Getreide andernfalls im Freien verdürbe.[46] Ribbentrop nahm auch das in Kauf![47]

Nun aber formierte sich eine stille, jedoch wirksame Opposition, die im Auswärtigen Amt von den Gesandten Schnurre und Grundherr, in Helsinki von Blücher und Zechlin, im OKW von Warlimont und Jodl getragen wurde. Sie alle waren sich darin einig, daß eine Verweigerung der Lebensmittellieferungen mehr Nach- als Vorteile bringen mußte. Sie operierten mit sachlichen Argumenten, aber in ihren Memoranden schimmerte doch auch etwas von sittlichen Prinzipien durch. Am Ende gab sich Ribbentrop, dessen Stern 1944 rapide sank, geschlagen, und Finnland erhielt bis zum Schluß seines Krieges an der Seite Deutschlands das, was es forderte, und das, was das Deutsche Reich liefern konnte. Das Hauptverdienst hieran kam Schnurre zu, dessen unermüdliches Eintreten für die finnischen Interessen ein Ehrenblatt in der Geschichte der deutsch-finnischen Beziehungen verdient.[48]

Das Ende der deutsch-finnischen Waffenbrüderschaft wurde mit der großen sowjetischen Offensive am 9. Juni 1944 eingeleitet. Zwar gelang es Mannerheim

---

[46] Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft v. 2. 9. 43 an RAM – 7.

[47] Steengracht an Backe v. 25. 9. 43 – 7.

[48] Vgl. verschiedene Aufzeichnungen Schnurres in Bd. 8., sowie Schnurres Mission in Helsinki vom 9.–12. 5. 1944; hierzu Aufzeichnung Ripkes v. 8. 6. 44 – 8.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unter unsäglichen Anstrengungen und Opfern noch einmal, die Front zum Stillstand zu bringen, aber die wichtigsten Verteidigungsstellungen auf der Karelischen Landenge, sowie die Stadt Wyborg, ein Symbol Finnlands, waren verlorengegangen, die militärischen Zukunftsaussichten waren hoffnungslos. Das deutsche OKW mußte seinen Offenbarungseid leisten, als die Mannerheim versprochene Sturmgeschützbrigade an die deutsche Ostfront abgedreht wurde, um einen sowjetischen Durchbruch zu verhindern. Nichts ging mehr, und nun schlug die Stunde. Ryti trat zurück, Mannerheim wurde zum Staatspräsidenten ernannt, und am 17. August 1944 eröffnete dieser dem Chef des OKW, Keitel, daß sich Finnland nicht mehr an das Ryti-Abkommen gebunden fühle.[49] Die deutschen Reaktionen waren ohnmächtig und Finnland kapitulierte.

VI.

Das Ende der deutsch-finnischen Waffenbrüderschaft, das sich in Lappland vollzog, ist bekannt und bedarf hier keiner näheren Erläuterung. Als Finnen und Deutsche die Waffen gegeneinander richteten, da taten sie dies nicht aus persönlichen Haß- und Rachegefühlen, sondern unter dem Zwang einer rücksichtslosen Staatsräson, die scheinbar keinen anderen Ausweg ließ. Die von der deutschen Gebirgsarmee angerichteten Verwüstungen erscheinen dem Historiker im Nachhinein als sinnlos und absurd, aber die deutschen Soldaten, auf Befehl handelnd, wurden von der Furcht vor dem sowjetischen Eingreifen getrieben. Eine Strategie der verbrannten Erde aber war zu allen Zeiten in der Geschichte nicht Ausdruck militärischer Stärke, sondern Folge militärischer Schwäche und Furcht. Gleichwohl hat der Historiker nichts zu entschuldigen, und es steht ihm an, die Kriegsgreuel anzuprangern. Aber es mag auch der Hinweis erlaubt sein, daß die Weltgeschichte, wie Hegel sagt, nicht der Boden des Glücks ist. Das Schicksal der Völker verläuft nur zu oft tragisch, und schuldlos schuldig werden, ist das Los der meisten Staatsmänner und Generale. Die tieferen Ursachen für das letzte Verhängnis der deutsch-finnischen Beziehungen liegen in der Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus, der auszog, die Welt zu erobern, und Europa an den Rand des Abgrunds trieb. Daß Finnland die europäische Katastrophe überlebte, verdankte es nicht Deutschland, sondern seiner eigenen Tapferkeit, seiner eigenen Geschichte, seinem besonderen Verhältnis zu Rußland. Diese drei Faktoren mußten zusammenwirken, um die nationale Unabhängigkeit bewahren zu können; gerade dies aber macht die historische Singularität der finnischen Geschichte aus, innerhalb derer die Beziehungen zum Dritten Reich Hitlers eine nur kurze, wenngleich alptraumhafte Erfahrung waren.

---

[49] TE Helsinki Nr. 1339 v. 18. 8. 44 – 8.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GÜNTER HOLLENBERG

BÜRGERLICHE SAMMLUNG ODER SOZIALLIBERALE KOALITION?

Sozialstruktur, Interessenlage und politisches Verhalten der bürgerlichen Schichten 1918/19 am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main

Das Forschungsinteresse an der deutschen Revolution von 1918/19 hat sich in den 1960er und 1970er Jahren auf die soziale Bewegung der Arbeiterschaft, insbesondere die Rätebewegung, konzentriert und dabei die in ihr enthaltenen – wenngleich, je nachdem, gescheiterten, vertanen oder verratenen – Ansätze zu einer Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ins Bewußtsein gehoben[1]. Inzwischen aber, so schreibt Gerald Feldman, seien wir „an einem Punkt angelangt, wo eine Umkehrung der Forschungsrichtung unserem historischen Verstehen nur nützen könnte. Statt wie bisher sich auf die Frage zu konzentrieren, wie die Verlierer hätten gewinnen können, sollte man sich fragen, wie die Sieger gewinnen konnten". Den Arbeiter- und Soldatenräten könne „vielleicht im Gegensatz zu den antirevolutionären Kräften nur episodenhafte Bedeutung eingeräumt werden". Feldman denkt dabei speziell an die Einflußnahme der Schwerindustriellen auf die politischen Entscheidungen, vor allem durch ihre partielle Kooperation mit den Gewerkschaften in der „Zentralarbeitsgemeinschaft", die es „Industrie und Arbeiterschaft [ermöglichte], auf Kosten der anderen Hälfte der Nation zu profitieren"[2] – eine These übrigens, die ähnlich schon in der Weimarer Republik vertreten wurde, damals freilich mit rechtsradikaler politischer Absicht, während heute auf die „Unterminierung des revolutionären Potentials"

---

[1] Spezialbibliographien bei: G. P. Meyer, Bibliographie zur deutschen Revolution 1918/19, Göttingen 1977, S. 57–95; G. A. Ritter u. S. Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919, 2. Aufl., Hamburg 1975, S. 471–477. Eine knappe Übersicht über den westdeutschen Forschungsstand bei Rürup (s. u. Anm. 8), S. 7–16. Daß der Begriff „Demokratisierung" bei marxistisch-leninistischen Autoren einen anderen Inhalt hat, braucht nicht betont zu werden.

[2] G. Feldman, Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme der Deutschen Demobilmachung 1918/19, in: H. Mommsen, D. Petzina u. B. Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 618 f. Bibliographie zur Politik der Schwerindustrie und zur ZAG bei Meyer, a. a. O., S. 96–98 u. 128–137. Neuerdings noch G. Feldman, Iron and Steel in the German Inflation 1916–1923, Princeton 1977.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die Fortdauer des „traditionellen Primat[s] der Produzenten gegenüber den Konsumenteninteressen" als Ergebnis dieser Kooperation abgehoben wird[2a].

Auch marxistische Forscher wenden sich bei der Beantwortung der Frage, „wie die Sieger gewinnen konnten", vor allem der Politik der „Monopolgruppen" zu, die, in einem Immediatverhältnis zur Staatsmacht stehend, diese benutzt hätten, um nach dem Prinzip des „divide et impera" die Arbeiterklasse durch Verfolgung des linken Flügels und – taktische – Konzessionen an den rechten Flügel der Arbeiterbewegung zu spalten und zu schwächen. Uneins seien sich die „Kapitalfraktionen" allerdings über Zeitpunkt und Modus der Zurücknahme dieser Konzessionen gewesen[3].

Ein mehr oder weniger großes Forschungsinteresse haben auch die militärische Führung, die staatliche Bürokratie, die bürgerlichen Parteiführungen, die intellektuelle Oberschicht (einschließlich der Historikerzunft) und die Kirchen auf sich gezogen[3a], die allesamt die Staatsumwälzung relativ unbeschadet überstanden und insoweit zu den „Siegern" gezählt werden können. Geringer war bislang das Interesse an der „anderen Hälfte der Nation" (Feldman), den kleinen und mittleren Unternehmern und Selbständigen im gewerblichen, distributiven, agrarischen und dienstleistenden Bereich einerseits, dem breiten Spektrum mittlerer Angestellter und Beamter zwischen den untersten und obersten Stufen der Hierarchie andererseits. Von der politischen Entscheidung dieser nichtproletarischen, „mittelständischen"[4] Massen aber hing der Sieg der „Sieger" wesentlich ab. Denn die Zentralarbeitsgemeinschaft z. B. war kein geeignetes Instrument, eine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung zu verhindern; eine solche Mehrheit aber hätte das Machtpotential der bürgerlichen Eliten des Alten Regimes schwerlich unangetastet gelassen. Die in Deutschland traditionell den „bürgerlichen Schichten" zugerechneten, damals überwiegend noch durch eine besitzindividualistische bzw. qualifikations-individualistische, statusorientierte Mentalität gekennzeichneten Mittelschichten entschieden also wesentlich über das Schicksal der durch die Staatsumwälzung eingeleiteten Demokratiegründung.

[2a] Feldman, Probleme, S. 636. Vgl. Hans Zehrer (1929): „Als eigentliche Sieger des Umsturzes von 1918 ... blieben zwei Mächte übrig. Auf der einen Seite das Kapital ..., auf der anderen Seite die Masse ... Sie sind sich als Nutznießer des Umsturzes auch innerlich einig. Sie gründen ihre Herrschaft auf die Unterwerfung der Mittelschicht." Zitiert bei K. Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution, Frankfurt 1976, S. 70.

[3] Vgl. K. Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole, Staat, Berlin 1971; U. Hörster-Philipps, Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus, in: R. Kühnl u. G. Hardach (Hrsg.), Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977, S. 38–141.

[3a] Spezialbibliographien bei Meyer, a. a. O., S. 99–120; Ritter u. Miller, a. a. O., S. 477–482.

[4] Wenn im folgenden an dieser umstrittenen Begrifflichkeit festgehalten wird, so soll damit nicht einer Heterogenes zusammenpressenden Mittelstandstheorie Vorschub geleistet werden. Angesichts der aus den Quellen ersichtlichen und auch von marxistischen Autoren nicht bestrittenen langanhaltenden Dominanz der unten bezeichneten Mentalität in diesen Schichten besteht kein Anlaß, die eingeführte Terminologie durch eine künstliche zu er-

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die konkrete Interessenlage und das politische Verhalten der bürgerlichen Massen angesichts der revolutionären Erschütterungen im Winter 1918/19 sind noch kaum zureichend erforscht[4a]. Noch immer kursieren Pauschalurteile, die schon in den Zwanzigerjahren von politisch engagierten Zeitgenossen geprägt wurden und von der These einer grundsätzlich antirevolutionären, weil antiproletarischen Einstellung bis zur These einer von der Regierung der Volksbeauftragten enttäuschten Revolutionsbereitschaft reichen[5]. Nun waren aber die Interessen dieser Schichten, wie neuerdings wieder Kocka gezeigt hat, alles andere als gleichgelagert[6]. Produzenten-, Handels- und Konsumenteninteressen standen sich ebenso gegenüber wie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, vielfältige Statusdifferenzierungen erschwerten gemeinsames Handeln ebenso wie Konkurrenz- und Abhängigkeitsverhältnisse.

---

setzen, wie es etwa Kadritzke tut, wenn er statt von „Angestellten" stereotyp von „angestellten Lohnarbeitern des Kapitals" spricht. Freilich bestand nicht selten ein Zwiespalt zwischen dieser Mentalität der bürgerlichen Mittelschichten und ihrer tatsächlichen sozialökonomischen Lage, der erstere auf den ersten Blick als illusionär erscheinen läßt. Vgl. B. Heimel, Mittelschichten – Brutstätten des Faschismus? Zum Verhältnis von objektiver Lage und politischem Bewußtsein, in: Kühnl/Hardach, a. a. O., S. 181–213; U. Kadritzke, Angestellte – Die geduldigen Arbeiter, Frankfurt 1975.

[4a] Bezeichnenderweise enthält Meyers Bibliographie (s. o. Anm. 1) keinen einschlägigen Abschnitt. Hervorzuheben sind aber einige Arbeiten, die im Rahmen einer weiter gefaßten Themenstellung auch die Revolutionszeit berücksichtigen, so für die selbständigen Gewerbetreibenden, insbesondere die Handwerker, Winkler (s. u. Anm. 5) und Leppert-Fögen (s. u. Anm. 7), für die Angestellten Speier (s. u. Anm. 13) und Kadritzke (s. o. Anm. 4). Für die Beamten, Lehrer und technische Intelligenz ist das Forschungsdefizit am größten. Siehe neuerdings: D. Krause-Vilmar (Hrsg.), Lehrerschaft, Republik und Faschismus 1918–1933, Köln 1978; R. Bölling, Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918–1933, Göttingen 1978.

[5] So schreibt E. Troeltsch, Spektator-Briefe, Tübingen 1924, S. 15 f., die parlamentarische Demokratie sei vom „betäubten Bürgertum ... als Schutz gegen die Diktatur des Proletariats" verlangt, aber nur zum Zwecke einer „konservative[n] Retardierung und Bewältigung der Revolution" vorübergehend akzeptiert worden, und noch pauschaler spricht F. L. Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918–1919, Köln 1973, S. 200, von der „Tatsache, daß das deutsche Bürgertum nicht willens war, sich mit der Existenz einer demokratischen Republik abzufinden". Andererseits meint A. Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. v. K. Kersten, 2. Aufl., Frankfurt 1955, S. 91 u. 94, die „Mittelschichten waren nach dem 9. November durchaus bereit gewesen, die neue Ordnung der Dinge anzuerkennen", aber die sozialdemokratische Regierung habe durch ihren mangelnden Mut zu revolutionären Taten „sich die bürgerlichen Mittelschichten entfremdet", und die Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1968, S. 222 u. 339, macht „die durch den Opportunismus hervorgerufene Spaltung der Arbeiterbewegung sowie das Fehlen einer starken revolutionären Partei des Proletariats" dafür verantwortlich, daß die „städtischen Mittelschichten" von der „Monopolbourgeoisie" durch den Einsatz von „Scharen raffinierter Agitatoren" und staatlichen Machtmitteln „terrorisiert und verwirrt" werden konnten. – Zu Rosenberg vgl. H. A. Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln 1972, S. 65.

[6] J. Kocka, Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918, Göttingen 1973, S. 65–95.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gab es überhaupt einen gemeinsamen Nenner für die Reaktionen dieser Schichten auf den Zusammenbruch des Kaiserreichs und die Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie? In welchem Maße wurden die im Kriege akzentuierten Interessengegensätze zwischen ihnen angesichts der revolutionären Bedrohung von Besitz und Status überbrückt, in welchem Maße brachen eventuell neue auf? Warum kam es nicht zu einer bürgerlichen Sammlung gegen die Sozialdemokratie, aber auch nicht zu einer sozialistischen Mehrheit bei den Wahlen zur Nationalversammlung? Was waren die Ursachen für die angesichts des langfristigen Niedergangs des Liberalismus in Deutschland so erstaunliche Renaissance eines bürgerlich-demokratischen Liberalismus, der zur Koalition mit der Sozialdemokratie neigte[7]?

Untersuchungen der politischen Spitzenebene reichen zur Beantwortung dieser Fragen nicht aus; vielmehr müssen Verhalten und Äußerungen der „Basis" mit in den Blick genommen werden, was nur auf örtlich begrenzter Ebene detailliert möglich erscheint. Die zahlreichen vorliegenden Studien zur lokalen Revolutionsgeschichte konzentrieren sich aber auf die Arbeiterbewegung und die Räte; die bürgerlichen Schichten kommen in ihnen nur sporadisch und beiläufig vor[8]. Eine Untersuchung, die deren politisches Verhalten in den Revolutionsmonaten systematisch und kontinuierlich verfolgt, steht noch aus. Eine erste Vorarbeit hierfür soll im folgenden versucht werden.

Frankfurt bietet einige günstige Voraussetzungen für ein solches Vorhaben. Die Main-Metropole, achtgrößte Stadt des Reiches, war ein ausgeprägt „bürgerliches" Gemeinwesen – eine Stadt ohne Schwerindustrie, in der auch militärische, bürokratische, aristokratische und agrarische Eliten keine Rolle spielten, in der der Katholizismus nur eine untergeordnete politische Bedeutung hatte, deren Wirtschaftsstruktur von einem (beschäftigungsmäßigen) Gleichgewicht von Handel und Industrie und deren Sozialstruktur von einem (zahlenmäßigen) Gleichgewicht von bürgerlichen Schichten und Arbeiterschaft bestimmt wurde (was bedeutet, daß sie einen überdurchschnittlichen Handels- und einen überdurchschnittlichen bürgerlichen Bevölkerungsanteil hatte), deren politische Verfassung

---

[7] A. Leppert-Fögen, Die deklassierte Klasse, Frankfurt 1974, die den „Niedergang des Liberalismus und de[n] Niedergang des Kleinbürgertums" politökonomisch untersucht (S. 161 ff.), kann diese Renaissance nur deskriptiv als kurzfristiges „Wiederaufleben" des „Glaube[ns] an die Wirksamkeit der parlamentarischen Vertretung" konstatieren (S. 177), aber nicht erklären.

[8] Spezialbibliographien bei Meyer, a. a. O., S. 163–186; Ritter u. Miller, a. a. O., S. 467–471; E. Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 418–421. Zum Forschungsstand: R. Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Wuppertal 1975, S. 16–38. – Das oben Gesagte trifft auch für die beiden (gegensätzliche Positionen vertretenden) neueren Darstellungen des Revolutionsgeschehens in Frankfurt zu: E. Lucas, Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates 1918/19, Frankfurt 1969; W.-H. Struck, Die Revolution von 1918/19 im Erleben des Rhein-Main-Gebiets, in: Hessische Jahrbücher für Landesgeschichte, 19 (1969), S. 368–438.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

preußische und süddeutsche Elemente verband und deren politische Kultur vom bürgerlichen Liberalismus geprägt war[9]. Diese – im folgenden zu erläuternden – Stichworte machen aber auch deutlich, daß Frankfurt für deutsche Großstädte nicht „repräsentativ" war. Aber welche Großstadt wäre das?

Nicht nur aus grundsätzlichen methodischen Gründen, sondern auch wegen solcher Besonderheiten können die Ergebnisse unserer Untersuchung also nur für Frankfurt Gültigkeit beanspruchen; doch sollen sie durch gelegentliche Vergleiche mit anderen Städten auf ihre über den örtlichen Rahmen hinausreichende Bedeutung hin befragt werden. Darüberhinaus mag hier exemplarisch eine Fragestellung und Untersuchungsmethode vorgeführt werden, die für die Erforschung des Verhältnisses von Sozialstruktur, Interessenlage und politischem Verhalten der bürgerlichen Schichten in der Weimarer Republik fruchtbar sein kann.

1. Sozialstruktur Frankfurts unter besonderer Berücksichtigung der bürgerlichen Schichten

Ungeachtet des Befundes sozialwissenschaftlicher Forschung, daß der Begriff des „Bürgertums" im 20. Jahrhundert keine brauchbare sozialanalytische Kategorie mehr sei[9a], scheint er in historischen Darstellungen der Revolution von 1918/19 unentbehrlich zu sein[10]. Damit wird von der Historiographie freilich nur ein Wortgebrauch der Quellen übernommen. In der Publizistik und politischen Rhetorik der Revolutionszeit war allenthalben vom „Bürgertum" die Rede, das – je nach politischem Standort des Autors – gegen die Revolution mobilisiert, für eine Mitarbeit im neuen „Volksstaat" gewonnen oder politisch ganz ausgeschaltet werden sollte.

---

[9] Zur sozialen und politischen Geschichte Frankfurts in dieser Zeit: H. Drüner, Im Schatten des Weltkrieges. Zehn Jahre Frankfurter Geschichte von 1914–1924, Frankfurt 1934. Für das 19. Jahrhundert siehe R. Schwemer, Geschichte der Freien Stadt Frankfurt am Main (1814–1866), 3 Bde., Frankfurt 1910–18; H. Böhme, Frankfurt und Hamburg, Frankfurt 1968; W.-A. Kropat, Frankfurt zwischen Provinzialismus und Nationalismus (1866–1875), Frankfurt 1971.

[9a] H. A. Winkler, „Bürgertum", in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. 1, Freiburg 1966, Sp. 934 f., 949; F. Steinbach u. O. Köhler, „Bürgertum", in: Staatslexikon, 6. Aufl., Bd. 2, Freiburg 1958, Sp. 313; M. Riedel, „Bürger, Staatsbürger, Bürgertum", in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 722, 724.

[10] Vgl. Anm. 5 sowie H. Heiber, Die Republik von Weimar, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 24, 41 f., 69; Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 9. Aufl., Bd. 4 (bearb. v. K. D. Erdmann), Stuttgart 1973, S. 168, vgl. auch S. 10 ff.; R. Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968, S. 44; L. Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik, Düsseldorf 1972, S. 25–28; Ritter u. Miller, a. a. O., S. 19, 21; K. D. Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln 1969, S. 76 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie groß war nun der Anteil der als „bürgerlich" bezeichneten Schichten an der Einwohnerschaft der Stadt? Die Beantwortung dieser Frage ist abhängig von der Klärung der Vorfrage, welche Bevölkerungskreise im einzelnen unter diesen Begriff subsumiert werden. Die in der Literatur herrschende begriffliche Vielfalt bei der Abgrenzung der bürgerlichen Schichten läßt sich im wesentlichen auf drei Alternativen reduzieren:

1. Meist stoßen wir auf Bezeichnungen wie „die Besitzenden und Gebildeten", „Handelsbürgertum", „Industriebourgeoisie", „Mittelstand", „gebildeter Mittelstand", „mittelständisches Bürgertum", „Kleinbürgertum" etc., wobei z. T. die kuriosesten Widersprüche in der Verwendung dieser Termini auftauchen[11]. Einer Quantifizierung sind sie nicht zugänglich.
2. Daneben werden Kategorien der amtlichen Statistik und der Steuer- und Sozialgesetzgebung benutzt wie „Selbständige", „Angestellte", „Beamte", „Handwerker", „Kaufleute", „freie Berufe", „Landwirte"[12]. Der Besitz von Produktionsmitteln oder die Verfügungsmacht über sie als entscheidendes Kriterium der Zugehörigkeit zum Bürgertum hilft auch nicht weiter, weil das „bürgerliche" Bewußtsein der meisten Angestellten und Beamten auch von denen nicht bestritten wird, die es als illusionär und als Defizit an richtigem Bewußtsein perzipieren[13]. Wenden wir die Kategorien der amtlichen Statistik an, so ergibt sich aus den Daten der Volks- und Berufszählung von 1925[14] – auf die wir uns in Ermangelung entsprechender Daten für 1918/19 stützen müssen – das in Tabelle 1 wiedergegebene Bild[15].

---

[11] Beispiele dafür: K. Vondung (Hrsg.), Das wilhelminische Bildungsbürgertum, Göttingen 1976, S. 21; J. Berlin, Strukturkrise des Deutschen Reiches – Die Revolution 1918/19, in: I. Geiss u. R. Tamchina (Hrsg.), Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 2, München 1974, S. 130, 135; Leppert-Fögen, a. a. O., S. 21.

[12] Nach E. Lederer, Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung, Tübingen 1912, S. 63 f., gehörten „Selbständige ..., freie Berufe, öffentliche Beamte und Privatbeamte" zu den „Berufskreisen ..., deren Angehörige als ‚bürgerlich' bezeichnet werden können". Die Kategorien der amtlichen Statistik (Selbständige, Angestellte und Beamte, Arbeiter) als einzigen Maßstab der Schichtenzugehörigkeit benutzt noch H. Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973, S. 43 ff., der Geigers Untersuchung (s. Anm. 17) nicht zu kennen scheint.

[13] U. Kadritzke, a. a. O., S. 108–128. Differenzierter: H. Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, Göttingen 1977, S. 79–123; J. Kocka, Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914–1933, in: H. Mommsen u. a. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, S. 792 ff., hier S. 804–811.

[14] Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 406, Heft 5, Berlin 1928, S. 562–576; Bd. 405, Heft 26, Berlin 1928, S. 84–88.

[15] Die 100,0% entsprechen 427 685 Bewohnern oder 91,5% der Gesamteinwohnerschaft Frankfurts von 467 520. Die Wirtschaftsabteilung G (8,5% der Gesamteinwohnerschaft) konnte mangels näherer Angaben der amtlichen Statistik nicht aufgeschlüsselt werden. – Die Hausangestellten (4,3% in Abteilung F) sind den Arbeitern, die Hausgewerbetreibenden (0,6% in Abteilung B) wie in der amtlichen Statistik den Selbständigen zugerechnet worden.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 1

Gliederung der Einwohnerschaft Frankfurts 1925
nach Wirtschaftsabteilungen (ohne G) und Stellung des Ernährers im Beruf
(in Prozent)

	A (Landw. etc.)	B (Ind. etc.)	C (Handel etc.)	D (Öff. D. etc.)	E (ärztl. D. etc.)	F (häusl. D. etc.)	Summe	(Reichsdurchschnitt)
a (Selbständige etc. mit Angehörigen)	0,9	7,9	9,4	1,1	1,0	–	20,5	(32,8)
b (Angestellte und Beamte etc. mit Angehörigen)	0,1	9,0	18,2	5,3	1,2	0,7	34,6	(17,9)
c (Arbeiter etc. mit Angehörigen)	0,7	25,6	10,6	0,7	1,3	6,1	45,0	(49,2)
Summe	1,7	42,5	38,3	7,2	3,5	6,8	100,0	
(Reichsdurchschn.)	(25,3)	(45,4)	(18,6)	(5,6)	(1,7)	(3,4)		

(Aufschlüsselung der Wirtschaftsabteilungen: A = Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Fischerei; B = Industrie, Handwerk, Bergbau, Salinenwesen; C = Handel, Banken, Versicherungen, Verkehr, Schank- und Beherbergungsgewerbe; D = Verwaltung, Bildungswesen, Rechtswesen, Kirche, Unterhaltungsgewerbe; E = Gesundheitswesen, hygienisches Gewerbe, Wohlfahrtspflege; F = Häusliche Dienste, Erwerbstätigkeit ohne Betriebszugehörigkeit; G = Berufslose, Rentner, Pensionäre, Studenten, Strafgefangene etc. – Aufschlüsselung der Stellung im Beruf: a = Eigentümer, Inhaber, Unternehmer, freiberufliche Erwerbstätige, Pächter, Direktoren, Geschäftsführer, Betriebsleiter, leitende Beamte, Hausgewerbetreibende; b = Fachpersonal, technische Angestellte und Beamte, Werkmeister und Aufsichtspersonal, kaufmännische Angestellte, Verwaltungsbeamte, Büropersonal; c = Arbeiter, Betriebshandwerker, Verkaufspersonal, Hausangestellte)

3. Schließlich stehen noch die Kategorien des „alten" (überwiegend Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit erwirtschaftenden) und „neuen" (überwiegend Entgelt für höher qualifizierte Arbeitstätigkeit beziehenden) Mittelstandes[16] sowie des (überwiegend Einkommen aus Kapitalanlage erzielenden)

[16] Die Bezeichnungen „alt" und „neu" haben sich seit Ende des 19. Jahrhunderts eingebürgert, obwohl dem „neuen" Mittelstand so alte Berufsgruppen angehörten wie Beamte und Handlungskommis, ganz zu schweigen von den Geistlichen, und dem „alten" Mittelstand so neue wie Filmtheaterpächter oder Elektroinstallateure. Neu war aber zweifellos die Massenhaftigkeit des ersteren, hervorgerufen durch das Wachstum der wirtschaftlichen Einheiten und der staatlichen Einrichtungen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Kapitalisten" zur Verfügung, die Theodor Geiger in einem an „typische[n] Orte[n] von Lebensstilen und sozialen und politischen Mentalitäten"[17] orientierten Fünf-Schichten-Modell begrifflich definiert und auf der Grundlage der Volks- und Berufszählung von 1925 der Quantifizierung zugänglich gemacht hat. Wenden wir die von Geiger ermittelten Zuordnungsquoten[18] auf die Frankfurter Volks- und Berufszählungsdaten an, so ergibt sich das in Tabelle 2 wiedergegebene Schichtungsbild[19].

Tabelle 2

Gliederung der Einwohnerschaft Frankfurts 1925
nach Wirtschaftsabteilungen (ohne G) und sozialen Schichten (in Prozent)

	A (Landw. etc.)	B (Ind. etc.)	C (Handel etc.)	D (Öff. D. etc.)	E (ärztl. D. etc.)	F (Häusl. D. etc.)	Summe	(Reichsdurchschnitt)
Kapitalisten	unter 0,1	0,4	0,3	0,1	unter 0,1	–	0,9	(0,9)
Alter Mittelstand	0,5	4,3	4,9	0,3	0,3	unter 0,1	10,3	(17,8)
Neuer Mittelstand	0,1	9,4	15,7	5,7	1,5	1,2	33,7	(18,0)
Tagewerker auf eigene Rechnung	0,3	2,8	3,6	–	0,2	unter 0,1	7,0	(12,7)
Proletariat	0,7	25,6	13,6	1,1	1,4	5,6	48,1	(50,7)

Zwar sind die in Tabelle 2 aufgeführten Prozentzahlen nur scheinbar exakt, da Geigers Schichtenzuordnung Ermessensquoten enthält – die freilich durch den Rekurs auf (hier aus Raumgründen nicht wiedergegebene) möglichst kleine sta-

[17] Th. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 27. Geiger (S. 136) wendet sich freilich gegen eine Zusammengruppierung von altem und neuem Mittelstand und möchte letzteren eher mit dem Proletariat unter dem gemeinsamen Nenner des Arbeitsdenkens (im Gegensatz zum Eigentumsdenken) zusammenfassen. Doch handelt es sich hierbei primär um eine politische Zielvorstellung des um eine Verbreiterung der sozialdemokratischen Wählerbasis besorgten Autors.

[18] Ebenda, S. 22–23 (Reichsdurchschnitt ebenda, S. 73).

[19] Die Parallelität zwischen den 0,7% und 25,6% „Proletariern" der Wirtschaftsabteilungen A und B und den 0,7% und 25,6% „Arbeitern" der gleichen Wirtschaftsabteilungen in Tabelle 1 ist zufällig, da die hier nur wiedergegebenen Aggregatzahlen sich unterschiedlich zusammensetzen. Unter den 109 616 „Proletariern" der Wirtschaftsabteilung B sind 5398 Angestellte (657 technische und 4 741 Büroangestellte) und 104 218 Arbeiter (8 633 Betriebshandwerker, 63 911 gelernte und 31 674 ungelernte Arbeiter). Von den 109 482 „Arbeitern" der Wirtschaftsabteilung B in Tabelle 1 wurden 5 264 (454 Betriebshandwerker, 4 810 gelernte Arbeiter) zum „neuen Mittelstand" gerechnet. Ähnliches gilt für Wirtschaftsabteilung A. – Siehe hierzu demnächst meine detaillierte Schichtungsanalyse in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 115 (1979).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tistische Einheiten reduziert werden –, doch kommt das Geigersche Schichtungsmodell unserer Fragestellung mehr entgegen als das der amtlichen Statistik, deren Kategorien jeweils immense Unterschiede der sozialen Geltung verdecken. Deshalb darf die aus der Addition von Kapitalisten, Altem und Neuem Mittelstand ermittelte Zahl von 45% für den Bevölkerungsanteil der „bürgerlichen" Schichten in Frankfurt als realistischer angesehen werden als die Zahl von 55%, die sich aus der Addition der Selbständigen, Angestellten und Beamten der amtlichen Statistik ergeben würde. Allein drei Viertel der bürgerlichen Schichten stellte – mit 33% der Gesamtbevölkerung der Stadt – der Neue Mittelstand, dessen Schwerpunkt eindeutig in der Wirtschaftsabteilung C lag[20].

In dieser Beziehung nahm Frankfurt unter den deutschen Großstädten eine gewisse Sonderstellung ein. Unter den 45 Städten mit über 100 000 Einwohnern hatte Frankfurt (nach Münster und Karlsruhe und vor Stuttgart) den dritthöchsten Anteil an Angestellten und Beamten und (vor Karlsruhe) den höchsten Anteil an Angestellten allein (genauer: an Angestellten und Beamten ohne Wirtschaftsabteilung D). Gleichzeitig war Frankfurt (nach Hamburg und Bremen und vor Königsberg) die Großstadt mit dem dritthöchsten Anteil an im Handels-, Banken- und Verkehrssektor Beschäftigten und (nach Hamburg und vor Leipzig) dem zweithöchsten kaufmännisch tätigen Bevölkerungsanteil (d. h. Selbständigen und Angestellten der Wirtschaftsabteilung C). Diese Spitzenposition auf dem Angestellten- und zweite Position auf dem kaufmännischen Sektor brachte es mit sich, daß Frankfurt den nach Münster, Karlsruhe, Wiesbaden, München und Stuttgart niedrigsten Arbeiteranteil und den nach Münster, Königsberg, Hamburg, Wiesbaden, Karlsruhe und München niedrigsten Anteil an in Industrie und Handwerk Beschäftigten aufwies – obwohl Frankfurt nicht zu den Städten gehörte, in denen (wie in Münster und Karlsruhe) der Anteil der Angestellten den der Arbeiter oder (wie in Hamburg, Münster und Königsberg) der Anteil des Handels-, Banken- und Verkehrssektors den des Industrie- und Handwerkssektors überstieg[21].

[20] Alle genannten Zahlen können freilich für 1918/19 nur Annäherungswerte sein, die die zwischen 1918/19 und 1925 eingetretenen sozialen Veränderungen unberücksichtigt lassen. Vgl. dazu R. Michels, Umschichtungen in den herrschenden Klassen nach dem Kriege, Stuttgart 1934, S. 102–111, und A. Günther, Die Folgen des Krieges für Einkommen und Lebenshaltung der mittleren Volksschichten Deutschlands, in: R. Meerwarth, A. Günther u. W. Zimmermann, Die Einwirkung des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart 1932, S. 99–279, bes. S. 224–258, der die Inflationszeit in die Untersuchung einbezieht. – Die alternativ zur Verfügung stehenden Zahlen der Volks- und Berufszählung von 1907 sind freilich vom Revolutionsjahr zeitlich noch weiter entfernt und beziehen sich zudem auf das Stadtgebiet vor Eingemeindung des Landkreises 1909/10.

[21] Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 406, Hefte 1–6, Berlin 1929, s. v. Berlin, Hamburg, Köln, München, Leipzig, Dresden, Essen, Frankfurt, Düsseldorf, Hannover, Nürnberg, Stuttgart, Chemnitz, Dortmund, Bremen, Magdeburg, Königsberg, Duisburg, Stettin, Mannheim, Kiel, Bochum, Gelsenkirchen, Halle, Barmen, Altona, Kassel, Elberfeld, Augsburg, Aachen, Braunschweig, Karlsruhe, Erfurt, Krefeld, Mülheim, Hamborn, Lübeck,

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenn auch die Industrie der größte Arbeitgeber der Stadt geworden war, so war die ertragreichste Quelle bürgerlichen Erwerbs in Frankfurt noch immer der Kapitalbesitz. Die Einkünfte aus privatem Kapitalbesitz übertrafen die aus selbständiger Erwerbstätigkeit um mehr als das Dreifache. Das private Kapitalvermögen bestand überdies nur zu 12 % aus Anlage- und Betriebskapital und zu 62 % aus Leihkapital[22]. Die beherrschende Stellung der Banken in Frankfurter Wirtschaftskreisen wird hier verständlich.

Die Einkommensunterschiede waren immens. In den letzten Jahren vor dem Kriege versteuerten jeweils 8–12 Frankfurter ein Jahreseinkommen von über einer Million Mark, während 20–30 % der Erwerbstätigen unter der Steuerfreigrenze von 900 Mark blieben. Im Kriege wurde die Differenz eher noch vergrößert: Während der Anteil der Einkommen über 100 000 Mark kontinuierlich stieg und erst nach Kriegsende wieder sank, verschob sich das gesamte übrige Einkommensniveau, auch das der mittelständischen Schichten, bis 1916 trotz steigender Preise nach unten und wurde erst 1917 von der inflatorischen Tendenz ergriffen[23].

Die soziale Differenzierung nahm in Frankfurt in ausgeprägtem Maße die Form geographischer Separation an. Es gab ausgesprochen bürgerliche, ja großbürgerliche, und proletarische Wohnviertel[24]. Auch die Konfessionsstruktur der Stadt zeigte schichtungsabhängige Besonderheiten: eine Überrepräsentation der Juden und eine Unterrepräsentation der Katholiken in den bürgerlichen Schichten. Während 31 % der Bevölkerung Frankfurts sich zum katholischen und nur 6 % zum israelitischen Glauben bekannten, waren von den Schülern der öffentlichen und privaten höheren Schulen nur 22 % Katholiken, aber 19 % Israeliten[25]. Juden waren auch in den wohlhabenden, Katholiken dagegen in den ärmeren Wohnvierteln überrepräsentiert, und die durchschnittliche Steuerkraft der Juden war größer, die der Katholiken geringer als die der Protestanten[26]. Was die katholische Seite betrifft, so ist dies wesentlich durch den starken Zustrom von

---

Mönchengladbach, Plauen, Mainz, Münster, Oberhausen, Wiesbaden, Ludwigshafen (in der Reihenfolge der Einwohnerzahl). – Die Skala des Anteils der Angestellten und Beamten reichte von 14 % (Hamborn) bis 35 % (Karlsruhe), die des Anteils der Arbeiter von 27 % (Münster) bis 73 % (Hamborn), die des Anteils der in Wirtschaftsabteilung C Beschäftigten von 9 % (Hamborn) bis 44 % (Hamburg) und die des Anteils der in Wirtschaftsabteilung B Beschäftigten von 28 % (Münster) bis 79 % (Hamborn). Alle Prozentwerte sind hier anders als in Tabelle 1 unter Einschluß der Wirtschaftsabteilung G berechnet, die in Königsberg und München mit jeweils 14 % am stärksten vertreten war.

22 Statistisches Handbuch der Stadt Frankfurt am Main, 2. Ausgabe, Frankfurt 1928, S. 457.

23 Ebenda, S. 72; Drüner, a. a. O., S. 31; vgl. O. Sperlich, Arbeitslohn und Unternehmergewinn in der Kriegswirtschaft, Hamburg 1938, bes. S. 30 f. (S. 16 auch speziell über Frankfurter Löhne).

24 Siehe unten Tabelle 4.

25 Statistisches Handbuch, 2. Ausgabe, S. 68 f., 178–181, 194.

26 Statistische Jahresübersichten der Stadt Frankfurt am Main, Ausgabe für die Jahre 1917/18 und 1918/19, Frankfurt 1920, S. 150 (Kirchensteuerstatistik).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeitern aus Süd- und Südwestdeutschland im Zuge der Industrialisierung der Stadt seit den 1880er Jahren[27] zu erklären.

Die stärksten politischen Parteien in Frankfurt vor dem Kriege waren die Fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokratie[28]. Die Stärke der FVP korrespondierte mit dem Interesse der Bank- und Handelsunternehmen, denen ja auch die Masse der Angestellten angehörte, am Freihandel, darüberhinaus mit den noch aus der Freistadtzeit und den Kämpfen zwischen Senat und Bürgerschaft datierenden demokratischen Traditionen und dem starken jüdischen Element in der Stadt und schließlich mit dem Vorhandensein brillanter Köpfe im Umkreis der „Frankfurter Zeitung"[29]. Der demokratische Gehalt der Frankfurter FVP darf freilich nicht überschätzt werden. Als bürgerliche Sammelpartei mit breitem sozialen Spektrum kam ihr die Rolle des Verteidigers der „Ordnung" gegen den „Umsturz" zu. Ungeachtet gewisser sozialreformerischer Impulse in der Frankfurter FVP[30] wurde der Staat des Kaiserreichs als Grundlage und Rahmen der politischen Betätigung bejaht, und das parteiegoistische Interesse stand einem Streben nach Reform des den Besitz bevorzugenden Frankfurter Kommunalwahlrechts[31] im Wege. Die Tatsache, daß die Nationalliberalen von dem eingeschränkten Wahlrecht aber noch mehr profitierten als die FVP[32], deu-

---

[27] Vgl. Drüner, a. a. O., S. 26, 475. Über ein Viertel der Einwohnerschaft von 1910 waren Bayern, Hessen, Württemberger und Badener.

[28] Das Reichstagsmandat wurde 1871–1881 von der (Süd)Deutschen Volkspartei, 1884–1903 von der SPD, 1907 von der FVP (in der die DVP aufgegangen war) und 1912 wieder von der SPD gewonnen. Siehe Statistisches Handbuch der Stadt Frankfurt am Main, 1. Ausgabe, Frankfurt 1907, S. 265, und Statist. Handbuch, 2. Ausgabe, S. 446, sowie meine Zusammenstellung aller Frankfurter Wahlergebnisse 1871–1933 in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 115 (1979).

[29] Vgl. J. C. Hunt, The People's Party in Württemberg and Southern Germany, Stuttgart 1975, S. 36; M. Eksteins, The Limits of Reason, London 1975, S. 25–28; Böhme, a. a. O., S. 102 f., 220 f., 230–236. Wo diese Bedingungen fehlten, wie etwa besonders krass in den schwerindustriellen und katholischen Städten des westlichen Ruhrgebietes, konnte sich die FVP nicht entwickeln. Vgl. H. Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen, Düsseldorf 1973, S. 187; I. Steinisch, Linksradikalismus und Rätebewegung im westlichen Ruhrgebiet, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte, S. 157–159.

[30] Hunt, a. a. O., S. 114.

[31] Gemeindeverfassungsgesetz für die Stadt Frankfurt am Main vom 25. März 1867, in: Preußische Gesetzessammlung, 1867, S. 401–422, § 13. Es gab keine Drei-Klassen-Wahl; das Wahlrecht war aber u. a. an ein Einkommen von 700 Gulden (später 1200 Mark), einjährige Ansässigkeit und die preußische Staatsangehörigkeit (die ein Viertel der Einwohner nicht besaß, s. Anm. 27) gebunden.

[32] Während bei der Reichstagswahl 1907 (1912 kandidierten die Nationalliberalen nicht) die DVP 29%, die NLP 9%, das Zentrum 7%, die SPD 47% und andere 8% der Stimmen erhielten, hatten in der Stadtverordnetenversammlung vor dem Kriege die FVP 44%, die NLP 20%, das Zentrum 4% und die SPD 32% der Sitze inne (Quelle wie Anm. 28 und 33). – Das in anderen preußischen Städten geltende Drei-Klassen-Kommunalwahlrecht wirkte sich in Städten mit vergleichbarer Sozialstruktur ebenso zugunsten

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tet auf schichtenmäßige Schwerpunkte der beiden Parteien hin. In der Tat waren unter den Stadtverordneten der FVP der Neue Mittelstand und das akademische Bürgertum, unter denen der Nationalliberalen dagegen der Alte Mittelstand und die kapitalistische Oberschicht relativ stärker repräsentiert[33]. Bei der erwähnten Sozialstruktur Frankfurts mußte die Partei, die dem Neuen Mittelstand attraktiver erschien, im Vorteil sein.

Tabelle 3

Schichtenmäßige Aufschlüsselung der Stadtverordnetenfraktionen 1917 und 1919 und der Vorstandsgremien der Parteivereine 1919 (absolute Zahlen)

	Stadtv.-Fr. 1917			Stadtv.-Fraktion 1919					Vorstandsgremien 1919			
	FVP	NLP	Z	DDP	DVP	DNVP	CVP	MP	DDP	DVP	DNVP	CVP
Kapitalisten	5	4	–	3	3	1	2	–	3	6	3	2
Alter Mittelstand	6	3	1	3	1	1	1	2	4	6	4	2
Neuer Mittelstand (ohne Akad.)	8	2	–	7	2	1	2	–	14	9	5	4
freiberufl. u. beamt. Akademiker	11	5	2	8	3	1	4	–	8	11	11	8
Arbeiter u. Gewerkschaftler	1	–	–	–	–	1	2	–	1	–	2	4

(FVP = Fortschrittl. Volkspartei, NLP = Nationalliberale Partei, Z = Zentrum, DDP = Dt. Dem. Partei, DVP = Dt. Volkspartei, CVP = Christl. Volkspartei, DNVP = Deutschnat. Volkspartei, MP = Mittelstandspartei)

2. Interessenartikulation und politisches Verhalten der bürgerlichen Schichten in den letzten Monaten des Krieges

Von seiten der Unternehmer, Großhändler und Banken wie auch von seiten der Handwerker und Einzelhändler wurde scharfe Kritik an der Administration geäußert. Seit Staat und Kommune bewirtschaftend in das Marktgeschehen eingriffen[34], wurden sie auch verantwortlich gemacht für Entwicklungen im ökonomischen Bereich, die man anfangs noch als kriegsbedingte Notwendigkeit hinzunehmen bereit gewesen war[35]. Die konkreten Gravamina waren unterschied-

von NLP und FVP und zuungunsten von Zentrum und SPD aus. Vgl. H.-U. Knies, Arbeiterbewegung und Revolution im Wuppertal, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte, S. 87.

[33] Berufliche Aufschlüsselung der Stadtverordneten-Fraktionen nach den (unter Wahrung des Vorkriegsbesitzstandes gemäß Burgfriedensvereinbarung durchgeführten) letzten Ergänzungswahlen vom November 1916, in: Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R. 1130/XIV. – Mitgliederverzeichnisse oder -statistiken der Frankfurter Parteivereine sind nicht erhalten (vgl. Hunt, a. a. O., S. 49). – Zu den Daten für 1919 in Tabelle 3 siehe unten Anm. 88.

[34] Dazu ausführlich Drüner, a. a. O., S. 130–135, 183–199, 280–300.

[35] Über kollektive bürgerliche Selbsthilfeaktionen ebenda, S. 74, 80, 258.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich. Kritisiert wurde u. a. die „Ausschaltung" Frankfurter Firmen von Aufträgen und Lieferungen, die Höchstpreise und die Verkaufs- und Reparaturstellen in städtischer Regie[36]. Die Bewirtschaftung wurde für die Entstehung des Mangels, den sie bewirtschaftete, verantwortlich gemacht[37], wobei einige spektakuläre Fehlleistungen Anschauungsmaterial lieferten. Vom Hansa-Bund, dem größten wirtschaftspolitischen Interessenverband in der Stadt, und der Handelskammer, die dem Hansa-Bund korporativ angehörte, wurde die Rückkehr zur Marktwirtschaft als Allheilmittel gegen die Engpässe angepriesen. Freie Preisbildung und Abkehr von dem „Übermaß an Zentralisation" würden neue Versorgungsquellen erschließen; zumindest dürfe der Berliner „Staatssozialismus" kein Modell für die Nachkriegszeit sein[38]. In Kreisen des Alten Mittelstandes zeigten sich sogar Anzeichen einer Kriegsmüdigkeit. Gefährdete der Krieg, so wurde gefragt, nicht die ökonomische und soziale Position des „Mittelstandes" in einer Weise, die auch durch die Vorteile eines Sieges nicht ausgeglichen werden könnte[39]? Die Kritik der gewerblichen Interessengruppen unter Führung des Handels am angeblichen „Staatssozialismus" – die in diametralem Gegensatz zur sozialdemokratischen Kritik am unzureichenden Charakter der Bewirtschaftung stand – führte zu einer Renaissance des ökonomischen Liberalismus, die der Renaissance des politischen Liberalismus nach Kriegsende vorausging.

Ganz eindeutig auf der Verliererseite bei der Umschichtung der Einkommen im Kriege sah sich der Neue Mittelstand[40]. Dies förderte in den Frankfurter Angestelltenorganisationen die Tendenz zu gewerkschaftlichem Selbstverständnis anstelle der bisherigen Standesorganisationsformen. Im Herbst 1918 forderten sie kollektive Tarifverträge mit massiven Gehaltszulagen und Entschuldungs-

---

36 Vgl. ebenda, S. 192–194, 289–295; Frankf. Nachr., 1. 10. 1918/ Mo., 2. 10. 1918/Ab., 23. 10. 1918/Mo.

37 Drüner, a. a. O., S. 160 f., 514; Frankf. Nachr., 16. 10. 1918/Ab., 18. 10. 1918/Ab.

38 Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes am 11. 10. 1918, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012; Frankf. Nachr., 29. 10. 1918/Ab. (Rede des Handelskammer-Syndikus). Vgl. Frankfurter Wirtschaftsbericht für die Kriegsjahre 1914 bis einschließlich 1919 erstattet von der Handelskammer zu Frankfurt am Main, Frankfurt 1920, S. 8 f., 41. 45. Zur Vorreiterrolle des Hansa-Bundes in der Kritik an der Wirtschaftslenkung siehe F. Zunkel, Industrie und Staatssozialismus, Düsseldorf 1974, S. 51 f.

39 Frankf. Nachr., 8. 10. 1918/Mo. – Über ähnliche Stimmungen in München berichtet K.-L. Ay, Volksstimmung und Volksmeinung als Voraussetzung der Münchener Revolution von 1918, in: K. Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, München 1969, S. 365. Allgemein dazu Kocka, Klassengesellschaft, S. 85–93, der davor warnt, „die Klagen der Handwerksvertretungen im Weltkrieg ... pauschal für bare Münze" zu nehmen (S. 87), und die Interessengemeinschaft mit den Großunternehmen bei der „Abwehr der Interventionen eines Staates, der demokratisch zu werden drohte", betont (S. 93).

40 Vgl. Kocka, Klassengesellschaft, S. 71–75; Sperlich, Arbeitslohn, S. 31.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beihilfen[41]. Während die Stadt ihren Bediensteten Zuschläge gewährte, verhielten sich die gewerblichen Arbeitgeber zurückhaltend. Die daraus entstehende Spannung führte jedoch kaum zu einer Solidarisierung mit der Arbeiterschaft, vielmehr forderte man die Wiederherstellung der einkommensmäßigen Vorrangstellung gegenüber den Arbeitern als Voraussetzung für einen Fortbestand des Vertrauensverhältnisses zwischen Angestelltem und Prinzipal[42].

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß sich aus verschiedenen Motiven auch in den bürgerlichen Schichten ein Spannungspotential ansammelte, das der Widerstandskraft des politisch-gesellschaftlichen Systems in der extremen Belastungsprobe eines verlorenen Krieges nicht förderlich sein konnte.

1916-1918 wurde Frankfurt von zeitweise katastrophaler Lebensmittelnot heimgesucht[43]. Deren psychologische Wirkung wurde noch verstärkt durch die bessere Versorgung des hessischen und bayerischen Umlandes, aus dem keine Lebensmittel nach Frankfurt gelassen wurden. Das ging bis zu kleinlichen Handtaschenkontrollen durch die hessische und bayerische Grenzpolizei[44]. Bemühungen des Magistrats, ein einheitliches rheinmainisches Wirtschaftsgebiet zu schaffen, scheiterten an Widerständen in Darmstadt, München und Berlin[45]. Die Lebensmittelnot und ihre Begleitumstände erschütterten nicht nur in der Arbeiterschaft das Vertrauen in die Organisationsfähigkeit und die Rechtsordnung des Obrigkeitsstaates[46].

Um dem politischen System zumindest in ihrem Einflußbereich neue Legitimität zu verschaffen, stimmte die Frankfurter FVP Anfang 1918 der langjährigen Forderung der SPD nach Reform des Frankfurter Kommunalwahlrechts zu. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossen einen entsprechenden Gesetzesantrag, der freilich nicht mehr im preußischen Landtag beraten werden konnte[47].

[41] Frankf. Nachr., 11. 10. 1918/Mo., 14. 10. 1918/Ab., 21. 10. 1918/Mo., 25. 10. 1918/Mo. – In diesem Zusammenhang wurde ein „Zentralausschuß" als Vertretung von 10 000 Angestellten gewählt, nachdem schon 1915 eine „Soziale Vereinigung Frankfurter Angestelltenvereine" gegründet worden war. Vgl. Drüner, a. a. O., S. 141, 322.

[42] Frankf. Nachr., 18. 10. 1918/Ab., 14. 10. 1918/Ab. – Ähnlich Kocka, Klassengesellschaft, S. 80. Hinwendungen von Angestellten zur USPD (stark betont von Ay, Volksstimmung, S. 365) können auch in Frankfurt beobachtet werden – z. B. die Angestellte der „Metallgesellschaft" und führende USPD-Politikerin Toni Sender (vgl. T. Sender, The Autobiography of a German Rebel, New York 1939, S. 115, 120) –, waren jedoch zahlenmäßig wenig bedeutend (ebenso Kocka, S. 78).

[43] Drüner, a. a. O., S. 208–212, 219–221, 502 f., 514 f.

[44] Ebenda, S. 162, 169, 222–224, 494; Frankf. Nachr., 16. 10. 1918/Mo.

[45] Drüner, a. a. O., S. 130, 163 f., 173–180, 493 f.

[46] Ebenda, S. 224 f., 319–321. Zusammenfassend S. 321: „Zuerst verlor das Volk das Vertrauen zu der wirtschaftlichen Führung, als es nicht gelang, die Lebensmittelversorgung auch nur einigermaßen dem wirklichen Bedürfnis anzupassen; dann schwand das Vertrauen zu der politischen Führung dahin, je mehr man einsah, daß das Steuer des Reiches in unsicheren Händen ruhte; unerschüttert blieb noch bis in den Sommer 1918 das Vertrauen auf die militärische Führung. Wenn aber auch dieses zusammenbrach, was dann?"

[47] Ebenda, S. 275–278; Frankf. Ztg., 9. 11. 1918/Ab.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trotz aller Verteilungskämpfe und trotz der Kritik an der Administration kann bei den bürgerlichen Schichten jedoch von einer massenhaften Infragestellung der staatlichen Organisationsform bis zum Kriegsende keine Rede sein. Ansätze zu einer Bürgerliche und Sozialdemokraten verbindenden Systemkritik[48] blieben isolierte Phänomene. Und wenn die „Frankfurter Zeitung" Ende Oktober den Thronverzicht des Kaisers erörterte, geschah dies noch allein im Hinblick auf günstigere Waffenstillstandsbedingungen. Daß der Kaiser kein Integrationsfaktor mehr war, auch nicht für die Armee, erkannte sie erst am 6. November, dem Tag des Bekanntwerdens der Kieler Vorgänge[49].

Die Oktoberreformen riefen in Frankfurt keine politische Bewegung in den bürgerlichen Parteien hervor. Angesichts der bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen wurde die „Ausschaltung" politischer Differenzen zwecks Festigung der „inneren Front", wie man auf liberaler, die „Treue zu Kaiser und Reich", wie man auf christlich-vaterländischer Seite formulierte, zum höchsten Wert erhoben[50]. Niemand drang auf tiefergreifende Reformen und eine Auswechslung kompromittierter Inhaber staatlicher Befehlsgewalt in Heer und Verwaltung, um dem neuen parlamentarisch-monarchischen „Volksstaat" Glaubwürdigkeit zu geben. Die bürgerliche Apathie gegenüber der „Oktoberverfassung" lud ebenso zum militärisch-monarchistischen Staatsstreich von rechts[51] wie zur revolutionären Erhebung von links ein; die bürgerlichen Parteien hatten beidem nichts entgegenzusetzen.

Viele Zeitgenossen klagten über die „Lähmung des Bürgertums" durch den Schock der Revolution. Der Schock kam jedoch vorher: mit der Erkenntnis der militärischen Niederlage. Gefühlsmäßiges Nichtanerkennenwollen der Niederlage und die rationale Einsicht in die Unmöglichkeit der Fortführung des Krieges hemmten sich gegenseitig[52]. Überspitzt könnte man formulieren: Nicht der Schock der Revolution lähmte das „Bürgertum", sondern die Lähmung des „Bürgertums" durch den Schock der Niederlage *ermöglichte* die Revolution. Der schnelle Zusammenbruch des Kaiserreichs dagegen schreckte die bürgerlichen Schichten aus ihrer Resignation und weckte neue politische Energien.

[48] Drüner, a. a. O., S. 204 f., 311 f., 318 f. (Friedensappelle; Inszenierungen des Schauspielhauses unter dem im Juli 1917 berufenen neuen Intendanten K. Zeiß).

[49] Frankf. Ztg., 25. 10. 1918/1. Mo.; 6. 11. 1918/2. Mo. – Schneller scheinen die Liberalen die Zeichen der Zeit in München erkannt zu haben, wo allerdings Liberale und Sozialdemokraten in gemeinsamer Opposition zum herrschenden Zentrum standen. Vgl. J. Reimann, Der politische Liberalismus in der Krise der Revolution, in: Karl Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, München 1969, S. 184.

[50] Frankf. Nachr., 29. 10. 1918/Mo. (Luth. Stadtsynode, dort das dritte Zitat); ebenda, 31. 10. 1918/Ab. (Versammlung vaterländischer Verbände); Frankf. Ztg., 7. 11. 1918/1. Mo. (Versammlung der FVP am 5. 11., dort das erste und zweite Zitat). Ähnlich Knies, a. a. O., S. 89–91, für Elberfeld und Barmen.

[51] W. Sauer, Das Scheitern der parlamentarischen Monarchie, in: E. Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 77–99.

[52] Vgl. insbesondere die Kommentare der „Frankfurter Nachrichten", vor allem 25. 10. 1918/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Noch in den Tagen der schnellen Ausbreitung der revolutionären Bewegung erfolgte eine erste bürgerliche Initiative in Frankfurt mit dem Ziel, diese Bewegung zu kanalisieren. Gemeint ist die Gründung eines „Wohlfahrtsausschusses" am 8. November, in dem sich Vertreter der FVP und der mehrheitssozialdemokratischen Partei versammelten und dem sich angesichts der explosiven Lage alle Behörden – selbst das stellvertretende Generalkommando – unterstellten[53]. Der Wohlfahrtsausschuß ordnete noch die Wahl von Soldatenräten in den Kasernen an, doch zerfiel er, als die USPD auf eigene Faust mit der Wahl von Arbeiterräten in den Fabriken begann. Dies zwang am 9. November auch die SPD zur Aufgabe der Kooperation mit der FVP. Die höchsten staatlichen Funktionsträger – der stellvertretende kommandierende General und der königlich-preußische Polizeipräsident – verließen, als ihre Befehle, revolutionäre Matrosen zu verhaften, keinen Gehorsam mehr fanden, Amt und Stadt. Der Arbeiter- und Soldatenrat bestellte einen auch für bürgerliche Kreise akzeptablen neuen Polizeipräsidenten (Dr. Sinzheimer) und bildete Sicherheitsorgane aus Matrosen und Arbeitern[54]. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung dagegen konnten, indem sie den AuSR in aller Form als „höchste Vertretung der Stadt" anerkannten und sich seiner „Kontrolle" unterstellten, ihre bisherigen Funktionen, freilich unter Rücksichtnahme auf den Willen des AuSR, weiter ausüben[55].

Nachdem die neuen Gewalten feste Formen angenommen hatten und in ihren Reaktionen berechenbar geworden waren, begann der Kampf der bürgerlichen Interessengruppen und Parteien um Sicherung und Erweiterung ihres politischen Einflusses. Dabei sind drei Phasen zu unterscheiden. Im November herrsch-

---

[53] Lucas, a. a. O., S. 18 f.; Drüner, a. a. O., S. 327 f.; Frankf. Ztg., 8. 11. 1918/Ab. – Bürgerlich-sozialdemokratische Ausschüsse ähnlicher Art wurden in diesen Tagen unter dem Namen „Vertrauensausschuß" (Elberfeld, Mülheim), „Wohlfahrtsausschuß" (Graz – schon am 21. 10. –, Berlin, Karlsruhe, Krefeld) oder „Notstandsausschuß" (Mainz) vielerorts, z. T. freilich aus privater Initiative und ohne Vollmachten, gebildet. Vgl. Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte, S. 95, 167, 340; Carsten, a. a. O., S. 24, 34; Frankf. Ztg., 9. 11. 1918/Ab.; 13. 11. 1918/2. Mo.

[54] Lucas, a. a. O., S. 18–28; Drüner, a. a. O., S. 330–333; R. Merton, Erinnernswertes aus meinem Leben, Frankfurt 1955, S. 55.

[55] Drüner, a. a. O., S. 340 f.; Lucas, a. a. O., S. 32; Frankf. Ztg., 13. 11. 1918/2. Mo.; Bericht des Magistrats über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main im Verwaltungsjahr 1918, Frankfurt o. J., S. 9. Über Form und Stil der Ausübung der Kontrolle vgl. Sender, a. a. O., S. 116 f. – Das Frankfurter Arrangement scheint typisch für von der FVP beherrschte Großstädte gewesen zu sein, überwog in der ersten Phase der Revolution aber auch anderswo; vgl. Knies, a. a. O., S. 100 ff., und E. Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, S. 97 f., 101 f., 263–265. Das Spektrum der Möglichkeiten reichte freilich von der Ersetzung der kommunalen Gremien durch den Arbeiterrat (z. B. in Neukölln, vgl. F. Bey-Heard, Hauptstadt und Staatsumwälzung, Stuttgart 1969, S. 92–102) über den Dauerkonflikt (z. B. in Hanau, vgl. H. Krause, Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau, Kronberg 1974, passim) bis zur erfolgreichen Zurückweisung der Kontrollansprüche des Arbeiterrats durch den Magistrat (z. B. in Esslingen, vgl. O. Borst, Geschichte der Stadt Esslingen am Neckar, Esslingen 1977, S. 441–443).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te das Bemühen um eine Neudefinition der eigenen Interessen unter den veränderten Bedingungen vor, im Dezember und Januar folgte der Kampf um die Wählerstimmen, begleitet von ersten Konflikten mit dem Arbeiterrat, und nach den Wahlen ging es um die volle Entmachtung des Arbeiterrates und die Ersetzung seiner Sicherheitsorgane durch im bürgerlichen Sinne zuverlässigere.

3. Die Interessengruppen nach der politischen Umwälzung[56]

Sprecher der Banken, des Groß- und Fachhandels und der Industrie in Frankfurt stellten der „neuen Gewalt" sofort ihre „Mitarbeit" bei der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens zur Verfügung. Sie stellten zu diesem Zweck die im Kriege erhobene Forderung nach Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zurück. Industriellenvereinigung und Hansa-Bund berieten schon am 8. 11. die angesichts der Revolution einzuschlagende Strategie und empfahlen dringend, nach dem Waffenstillstand keine Arbeitskräfte zu entlassen und früher Beschäftigte wieder einzustellen, denn, so hieß es, „jeder Stellungslose . . . kann zu einer politischen Gefahr werden". In der Tat wurde von den industriellen Arbeitgebern Frankfurts in Zeitungsanzeigen die Weiterbeschäftigung der Arbeiter und Arbeiterinnen versprochen[57]. Trotz solcher Beschwichtigungsbemühungen kam es jedoch in den folgenden Wochen zu einzelnen Konflikten zwischen Unternehmern oder Handelskammer und Arbeiterrat über an sich nebensächliche Fragen (wie die Bezahlung einer Rechnung oder den Aushang eines Plakats), die offensichtlich den Charakter von Stärketests hatten und die zunächst der Arbeiterrat für sich entschied, da der Magistrat bis weit in das Jahr 1919 hinein nicht offen gegen den erklärten Willen des Arbeiterrats zu handeln bereit und – mangels Polizeikräften – in der Lage war[58].

Die Handwerker – die in Frankfurt schon vor dem Kriege „lückenlos" organisiert waren – und Kleinhändler meldeten den Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Interessen mit dem Argument an, daß sie von allen Berufsgruppen im Kriege „am meisten gedarbt" hätten und durch die staatlich geförderten Monopole der Kriegsgesellschaften, die 30 000 Bewirtschaftungsverordnungen und die „ununterbrochen[en] Gesetze zugunsten der Arbeiter und Angestellten" geschädigt worden seien. Gleichwohl überwog zunächst ihr Interesse an der Vermeidung

---

[56] Das folgende stützt sich (meist) auf Resolutionen von Versammlungen und (gelegentlich) auf Verlautbarungen gewählter Vertreter von Berufs- und Interessengruppen, die im Lokalteil der „Frankfurter Nachrichten" (FN) und der „Frankfurter Zeitung" (FZ) abgedruckt wurden. Einzelbelege müssen aus Raumgründen auf ein Minimum beschränkt werden.

[57] FZ, 12. 11. 1918/1. Mo. (1. und 2. Zitat); Rundschreiben des Hansa-Bundes Hessen-Nassau vom 15. 11. 1918, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012 (3. Zitat); FN, 14. 11. 1918/Mo. (Anzeige).

[58] Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1142; Akten des Magistrats, R. 110.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Plünderungen alle anderen Sorgen. Man werde „seine Pflicht und Schuldigkeit tun", erklärten die Handwerksinnungen und erwarteten als Gegenleistung vom AuSR die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung[59].

Erst während des Wahlkampfes und vor allem im Laufe des Jahres 1919 trat man wieder mit massiven Schutzforderungen hervor – Auflösung der kommunalen Verkaufs- und Reparaturstellen, Freiheit der Preisbildung, Beschränkung der Trustbildung und der Konsumvereine, Kredithilfen –, wobei der Kampf gegen die behördliche Preisfestsetzung und gegen weitergehende Kommunalisierungspläne von Teilen der SPD und der USPD bald zu den beherrschenden Themen wurden. Um letztere zu torpedieren, forderten Magistratsmitglieder selbst die Einzelhändler auf, sich zu organisieren, was trotz der in der Konkurrenzsituation liegenden Schwierigkeiten auch weitgehend gelang[60]. Wie die Lebensmittelhändler gegen das Lebensmittelamt, so agitierten die Hausbesitzer gegen das Mieteinigungsamt, weil es ihnen unter dem Druck des Arbeiterrates angemessene Einkünfte verweigere; sie forderten eine Liberalisierung des Marktes und drohten gar mit einem „Heizstreik"[61].

Eine grundsätzlich negative Beurteilung der Revolution war freilich keineswegs für alle bürgerlichen Schichten kennzeichnend. Wie in der Arbeiterschaft, so löste auch im Neuen Mittelstand die Machtergreifung durch die Sozialdemokratie eine Explosion von Erwartungen aus.

Die Angestellten drangen in mehreren Versammlungen unmittelbar nach dem Umsturz darauf, daß die Arbeitgeber nunmehr schnell ihre auf dem Tisch liegenden Forderungen bewilligten. Gleichzeitig wurden „Räte" genannte Interessenvertretungen gebildet, die innerbetriebliche Mitspracherechte verlangten – selbst in der Hochburg des Kapitals, der Börse –, und es fehlte nicht ein leicht drohender Unterton, wenn man sich nicht nur „der neuen Regierung zur Verfügung", sondern auch „auf den Boden der sozialen Revolution" stellte – in deutlichem Unterschied zu dem „Boden der Tatsachen", den andere bürgerliche Gruppen betraten[62]. Freilich blieben trotz des Wachstums sozialdemokratisch orientierter Angestelltenorganisationen jene Verbände, die, wie der Bankbeamtenverein, der Leipziger Verband und der Kaufmännische Verein von 1858, ein mittelständisches Selbstverständnis hatten, bedeutender[63]. Über die Frage der Sozialisierung z. B. der Banken bestand zwar kein Konsens, aber das Thema er-

[59] FN, 11. 11. 1918/Ab. (4. Zitat); 6. 1. 1919/Ab.; 14. 1. 1919/Ab. (2. und 3. Zitat); 20. 6. 1919/Mo. (1. Zitat). – Allgemein hierzu Winkler, Mittelstand, S. 65–70.

[60] FN, 14. 1. 1919/Ab., 24. 1. 1919/Ab., 27. 2. 1919/Mo., 5. 4. 1919/Ab., auch 4. 1. 1919/Mo. – Vgl. D. Rebentisch, Ludwig Landmann, Wiesbaden 1975, S. 90 f., zur „ohne doktrinäre Schärfe" ausgetragenen Kommunalisierungsdebatte in Frankfurt, etwa im Gegensatz zu Berlin (dazu Bey-Heard, a. a. O., S. 135–139).

[61] FN, 14. 12. 1918/Mo., 25. 3. 1919/Ab. (Zitat), 13. 6. 1919/Mo.

[62] FZ, 15. 11. 1918/2. Mo. (Zitate), 26. 11. 1918/Ab., 30. 11. 1918/1. Mo.

[63] Der 1858er Verein führte als größter den Vorsitz in der „Tarifgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestellten-Gewerkschaften Frankfurts" (FN, 31. 3. 1919/Mo.).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schien diesen Angestellten so wenig brennend, daß die Diskussion darüber ausgeklammert oder vertagt werden konnte. Sie erhofften sich von der Änderung der politischen Machtverhältnisse vielmehr vorrangig eine Korrektur des im Kriege erlittenen Einkommens- und Statusverlustes, eine Verbesserung ihrer Verhandlungsposition gegenüber den Arbeitgebern und die Institutionalisierung einer kollektiven Interessenvertretung im Betrieb. Gleichzeitig aber bestanden sie auf differenzierter Entlohnung, und wenn „Angestellte gleiche Rechte wie Arbeiter" und „Mitwirkung bei allen wirtschaftlichen Fragen" verlangten, so waren dies Forderungen sowohl an die Unternehmer wie an die Arbeiterräte[64]. Gegen deren „Klassendiktatur" wurde die Forderung nach Einberufung einer Nationalversammlung erhoben, aber gleichzeitig bewarb man sich um Mitgliedschaft im Arbeiterrat: sinnfälliger Ausdruck des „flottanten" Charakters dieser „Schicht zwischen den Klassen" (Lederer).[65]

Während die tarifpolitischen Forderungen nunmehr erfüllt wurden, führte im Frühjahr 1919 vor dem Hintergrund wachsender Arbeitsplatzunsicherheit die Frage der „Mitbestimmung" der Angestellten bei Einstellungen und Entlassungen, die zu gewähren sich die meisten Arbeitgeber heftig sträubten, zu schweren Auseinandersetzungen und sogar zu Angestelltenstreiks in Frankfurt[66]. Der Konflikt mit den Arbeitgebern wurde aber von Konflikten mit Vertretungen anderer Arbeitnehmerschichten begleitet, die sich an der Frage der Entlassung der im Kriege eingestellten Aushilfskräfte entzündeten[67].

Bei den Beamten sind nach der Umwälzung zwei Stufen der Interessenartikulation zu unterscheiden. In den ersten Tagen überwogen – neben Loyalitätserklärungen gegenüber der neuen Regierung – Forderungen nach Nutzung der neuen gewerkschaftlichen Koalitionsfreiheit und der neuen Meinungsfreiheit in den Dienststellen. Noch im November aber rückte die Sorge um die Erhaltung des Beamtenstatus und der „wohlerworbenen Rechte" gegenüber beamtenfeindlichen Strömungen der Rätebewegung alles andere in den Hintergrund, solidarisierte die Beamten über Partei- und Laufbahngrenzen hinweg und ermöglichte die Bildung einer „Interessengemeinschaft der Beamten- und Lehrerverbände Frankfurts"[68]. Beamtenräte, wie sie in den ersten Tagen gebildet worden waren, und gewerkschaftliche Kampfmittel wurden im Interesse der Sicherung des Beamtenstatus desavouiert. Stattdessen suchte man die materiellen Wünsche durch möglichst starke Präsenz in allen politischen Parteien – außer

[64] FZ, 15. 11. 1918/2. Mo. (1. Zitat), 26. 11. 1918/Ab. (2. Zitat); FN, 30. 12. 1918/Mo., 20. 3. 1919/Ab. Für eine Sozialisierung des Versicherungswesens sprach sich der (der SPD nahestehende) Verband der Bureauangestellten Frankfurts aus (FN, 11. 2. 1919/Ab.).

[65] Lucas, a. a. O., S. 42 f.; FZ, 26. 11. 1918/Ab. (1. Zitat); Lederer, a. a. O., S. 99 (2. u. 3. Zitat).

[66] FN, 31. 3. 1919/Mo., 16. 4. 1919/Mo. – Ende Januar stellten die kaufmännischen und technischen Angestellten über 40% der (insgesamt 12 943) Arbeitslosen. Vgl. Frankfurter Wirtschaftsbericht (Anm. 38), S. 178.

[67] FN, 10. 1. 1919/Mo., 9. 2. 1919/Mo., 3. 3. 1919/Mo.

[68] FN, 13. 11. 1918/Mo., 18. 11. 1918/Mo. (Zitat), 9. 12. 1918/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KPD und USPD – zu erreichen. „Hinein in die Parteien!" war die Parole; der Vorsitzende der Interessengemeinschaft selbst (Stadtsekretär Gerwien) sorgte für die Vertretung von Beamteninteressen in der SPD. Für den Fall der Errichtung einer Räteherrschaft wurde freilich von der streikfeindlichen Haltung Abstand genommen und ein „Abwehrstreik" der Beamten „im Zusammengehen mit dem Bürgerausschuß" angedroht[69].

Ein Handikap blieb freilich die verbreitete Kritik an den Beamten wegen der obrigkeitlichen Verwaltungspraxis des alten „Beamtenstaates". Um dem entgegenzuwirken, wurden die Beamten als „unfreiester Stand" des alten Regimes hingestellt, der nach der Revolution befreit aufgeatmet habe. Solche Worte waren freilich auch nach innen gerichtet, sollten der immer noch vorhandenen emotionalen Bindung vieler Beamten an das alte Regime entgegenwirken[70]. Nunmehr freilich erstrebten die Beamten das Beste beider Welten: politische Freiheit *und* ständische Privilegierung.

Wenden wir uns nun den verschiedenen Gruppen der Intelligenz zu, von denen die höheren technischen Berufe und die Lehrer den Löwenanteil ausmachten[71]. Die Ingenieure, Chemiker und Architekten erwarteten vom Ende des Kaiserreichs eine Statusaufwertung, nämlich ein Ende des „Juristen-Monopols" und eine stärkere Berücksichtigung des Sachverstandes in der öffentlichen Verwaltung, gerade angesichts der notwendigen Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands nach der Niederlage. Unter Berufung auf den Sachverstand wurde freilich auch von „überstürzten" Sozialisierungen abgeraten[72].

Erheblich radikaler gaben sich die Volksschullehrer. Auch sie erwarteten von der neuen Zeit die Erfüllung langgehegter Wünsche nach Statusverbesserung und Reform des Schulwesens. Sie forderten neben Gehaltsaufbesserungen vom

---

[69] Undatiertes Flugblatt der Interessengemeinschaft, Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R. 1332 (erstes Zitat); FN, 7. 4. 1919/Mo. (zweites und drittes Zitat). – Für München insgesamt ähnlich, aber etwas stärkere Linkstendenzen konstatierend, G. Kalmer, Beamtenschaft und Revolution, in: Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, S. 215, 223–225, 234 f. Der dort ebenfalls angedrohte „Ordnungsstreik" wurde im April freilich nicht wahrgemacht (S. 240 f.). In Mülheim wurde ein Beamtenstreik nach einem Tag abgebrochen, weil sich Angestellte und Arbeiter mit dem Arbeiterrat gegen die Beamten solidarisierten. Vgl. Steinisch, a. a. O., S. 203 f.

[70] FN, 26. 1. 1919/Mo. (Zitate), 27. 1. 1919/Mo. – Ähnlich Kalmer, a. a. O., S. 218–220, der hier freilich nur einen „Willen zu einer demokratischen Ausgestaltung des Staates" erkennt (S. 227, ebenso 251).

[71] Einige Zahlen mögen die Relationen verdeutlichen. Die Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 406, Berlin 1929, S. 566–568, gibt für 1925 in Frankfurt 2767 Lehrer, 198 Geistliche, 137 Redakteure, 16 Schriftsteller, 11 Rechtsanwälte, 13 Regisseure und Dramaturgen, 291 Human-, 27 Zahn- und 11 Tierärzte, 131 Apotheker, 244 Chemiker und 2003 Ingenieure und Architekten an. Für 1919 verzeichnet das Statistische Handbuch, 2. Ausgabe (Anm. 22), S. 178–182, unter 1760 Lehrern an öffentlichen Schulen 374 Gymnasial- und Realschul-, 362 Mittelschul- und 1024 Volksschullehrer. Dazu kommen noch ca. 200 Privatschullehrer (S. 194).

[72] FZ, 28. 11. 1918/1. Mo. (Zitate); FN, 13. 12. 1918/Ab.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Magistrat die sofortige Verschmelzung der Mittelschulen und der Vorschulen für Gymnasien mit den Volksschulen als ersten Schritt auf dem Wege zur Einheitsschule sowie eine Demokratisierung der Schulverwaltung und eine kollegiale Schulleitung[73]. Dies führte, obwohl der Vorsitzende der Volksschullehrervereinigung (Schütz) ebenso wie der Schuldezernent (Bürgermeister Luppe) der DDP angehörten, zu tumultuarischen Konflikten mit dem Magistrat[74] und zu Auseinandersetzungen mit Mittelschullehrern, Rektoren und „akademisch gebildeten Lehrern", die am alten System festhalten wollten und – ebenso wie die Volksschullehrer – Elternversammlungen in ihrem Sinne votieren ließen[75].

Die Reaktion der intellektuellen Oberschicht auf die Umwälzung war, wie nicht anders zu erwarten, sehr uneinheitlich und reichte von gefühlspolitischem Protest gegen die Revolution – dessen Ermutigung den Gymnasialdirektoren sogar Verweise durch den Magistrat einbrachte[76] – bis zur Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft Neue Erziehung" und zur Gründung einer „Gesellschaft von 1918", in der bürgerlich-liberale und sozialdemokratische Intellektuelle über die Versäumnisse der Vergangenheit und die neueröffneten Zukunftsperspektiven referierten und diskutierten[77]. Auch in der evangelischen Geistlichkeit Frankfurts gab es eine Minderheit, die den Entzug des staatlichen Schirms als eine Erneuerungschance für die Kirche begriff, die große Mehrheit war jedoch durch die Gefährdung des Besitzstandes und der gesellschaftlichen Autorität der Kirche beunruhigt[78]. Die atheistische Position des preußischen Kultusministers erleichterte der konservativen Geistlichkeit die Mobilisierung einer breiten Unterstützung in einer Frankfurter „Deutsch-Evangelischen Volksvereinigung", die im Wahlkampf im Einvernehmen mit der Politik des preußischen Oberkirchenrates die DNVP unterstützte[79]. Auch die katholische Intelligenz – hier einschließlich der Volksschullehrer – stritt gegen die kultusministeriellen Erlasse[80].

Festzuhalten ist, daß der Zusammenbruch des monarchischen Obrigkeitsstaates und die Machtergreifung durch die Sozialdemokratie eine immense Organisationsbewegung – zum Teil über die Zwischenstufe berufsspezifischer „Räte" – im Neuen Mittelstand in Gang setzte, da die politischen Entscheidungen im neuen „Volksstaat" als direktes Produkt des Kräfteverhältnisses der ge-

[73] FZ, 29. 11. 1918/2. Mo.; FN, 7. 3. 1919/Mo.; 1. 5. 1919/Mo.

[74] FN, 3. 4. 1919/Mo., 26. 4. 1919/Mo., 28. 4. 1919/Mo.

[75] FN, 24. 2. 1919/Ab., 8. 5. 1919/Ab., 30. 5. 1919/Ab., 20. 6. 1919/Mo., 26. 6. 1919/Ab.

[76] FN, 13. 11. 1918/Mo., 27. 6. 1919/Ab.

[77] FZ, 16. 12. 1918/Ab., 31. 12. 1918/2. Mo.; FN, 14. 1. 1919/Ab. – Uneinheitlich war auch die Haltung der Hochschullehrer der Frankfurter Stiftungsuniversität, die sich zu einem kleineren Teil in der DNVP, zu einem größeren Teil in der DDP und der „Gesellschaft von 1918" engagierten. Vgl. auch Reimann, a. a. O., S. 191 f., zum „Rat der geistigen Arbeiter" in München.

[78] FN, 2. 12. 1918/Ab., 7. 12. 1918/Ab., 19. 12. 1918/Ab. (Bezirkssynode).

[79] FN, 17. 12. 1918/Mo.; 8. 1. 1919/Ab. – Allgemein dazu J. Jacke, Kirche zwischen Monarchie und Republik, Hamburg 1976, S. 103–115.

[80] FN, 22. 2. 1919/Mo., 27. 2. 1919/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sellschaftlichen Gruppen, nicht mehr vermittelt durch einen monarchisch verkörperten „Staatszweck", erschienen. In dieser Veränderung sahen die meisten Berufsgruppen des Neuen Mittelstandes, die sich in der einen oder anderen Weise zu den Unterprivilegierten des alten Regimes rechneten, keineswegs nur Nachteile, sondern auch eine Chance zur Verbesserung ihres sozialen Status und zur Verwirklichung spezifischer materieller und Mitwirkungswünsche im wirtschaftlichen und staatlichen Bereich.

4. Die Parteien nach der politischen Umwälzung

Offen war freilich die Frage, ob große Teile des Neuen Mittelstandes sich ohne Aufgabe eigener partikularer Interessen der Sozialdemokratie zuwenden konnten. Das künftige Schicksal des Liberalismus, aber auch die Chance einer Mehrheit für die Sozialdemokratie hing davon ab, welcher Partei es gelang, dieser größten bürgerlichen Schicht ein attraktives politisches Angebot zu machen. Die Bedeutung dieser Frage wurde von den meisten Frankfurter SPD- und USPD-Führern durchaus erkannt, und die Exekutive des Arbeiterrates handelte noch im November mit den entsprechenden Verbänden eine relativ großzügige Vertretung von Angestellten, Beamten und freien Berufen im Arbeiterrat aus, weil, wie es hieß, sonst die Gefahr bestehe, daß diese Gruppen „anderen Parteien in die Arme getrieben" würden. In einer quer durch beide sozialdemokratischen Fraktionen verlaufenden Abstimmung lehnte das Plenum des Arbeiterrates Anfang Dezember aber die Aufnahme von Leuten, die nicht „auf dem Boden der sozialistischen Republik" stünden, ab, weil sonst der Charakter des Arbeiterrats als „revolutionäres Tribunal" verwässert würde. Erst auf dringende Intervention der örtlichen Parteiführer wurden nach erneuter Beratung wenigstens einige Vertreter der sozialdemokratischen Angestellten und Beamten in den Arbeiterrat aufgenommen[81]. Hier zeigte sich eine Vernachlässigung des Neuen Mittelstandes weniger durch die Führung als durch die Basis der Sozialdemokratie, eine mangelnde Erkenntnis, welche Bedeutung angesichts der eingangs beschriebenen Sozialstruktur der Stadt der Neue Mittelstand für die Sozialdemokratie hatte.

Im Fortschrittlichen Volksverein wurde dies dagegen erkannt. Ein coup einer kleinen Gruppe von im bildungs- und im sozialpolitischen Bereich tätigen Personen unter Führung des zweiten Bürgermeisters (Hermann Luppe) veränderte die innerparteilichen Machtverhältnisse. Nachdem sie schon am 10. November

[81] Lucas, a. a. O., S. 42 f.; FN, 21. 11. 1918/Mo., 11. 12. 1918/Mo. (1. Zitat); FZ, 10. 12. 1918/2. Mo. (2. und 3. Zitat), 28. 12. 1918/2. Mo. – Ebenso Knies, a. a. O., S. 105, für Wuppertal. In vielen, meist kleinen Orten wurden dagegen „Volksräte" – in Kronberg gar ein „Bürger- und Arbeiterrat", FZ, 15. 11. 1918/2. Mo. – unter Einschluß Bürgerlicher gebildet. In Aachen dagegen lehnten die bürgerlichen Organisationen das Angebot des Arbeiterrates zur Umbildung in einen „Volksrat" ab (G. Plum, Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region, Stuttgart 1972, S. 38).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom Vorstand eine positive Stellungnahme zum Umsturz gefordert hatte, meldete sie sich am 12. November, drei Tage nach dem Umsturz und vier Tage vor dem Berliner Gründungsaufruf der DDP, als „Demokratischer Ausschuß" öffentlich zu Wort mit einem emphatischen Bekenntnis zur Republik, zur sozialen Gerechtigkeit und zur Selbstregierung des Volkes, wobei sie sich auf „die Ideen von 1848" berief. Wenn schon am folgenden Tage, dem 13. November, die Führung des Fortschrittlichen Volksvereins, die zu den Oktoberreformen geschwiegen hatte, ebenfalls ihre Begeisterung für die Demokratie entdeckte und eine Mitgliederversammlung die sofortige Einberufung eines Parteitages der FVP verlangte und den um etliche Personen erweiterten Demokratischen Ausschuß mit dem Entwurf eines neuen Programms beauftragte, so lag hier nicht durchweg eine Bekehrung zur Demokratie vor. Doch der von plebiszitärer Zustimmung und publizistischer Unterstützung durch die „Frankfurter Zeitung" getragene Demokratische Ausschuß drängte den zurückgetretenen, noch amtierenden Vorstand in den Hintergrund und legte die politische Linie fest: Die einzig akzeptable Koalition sei eine sozialliberale Koalition, um – wie es hieß – eine „Abdrängung des deutschen Sozialismus zum Bolschewismus" zu verhindern. Zur bürgerlichen Rechten, auch zu den Nationalliberalen, wurde ein scharfer Trennungsstrich gezogen[82]. Offensichtlich zielten die Reformer nicht auf eine Sammlung aller bürgerlichen Kreise, sondern auf die Gewinnung möglicher Sympathisanten der Sozialdemokratie, die von Demokratie und sozialer Reform nichts zu befürchten hatten, aber vor dem Sozialismus Halt machen wollten[83]. In der Tat erlebte der Fortschrittliche Volksverein, der sich nach Anschluß an die DDP in „Demokratischer Verein" umtaufte, im November einen starken Mitgliederzuwachs[83a].

Die jetzt besonders umworbenen Lohn- und Gehaltsempfänger im Demokratischen Verein organisierten sich Ende November in einem „Reichsverein demokratischer Arbeiter, Angestellten und Beamten", der als Kern einer Organisation auf Reichsebene gedacht war. Der Reichsverein vertrat einen sozialreformerischen demokratischen Liberalismus des Neuen Mittelstandes. Sein

---

[82] FZ, 12. 11. 1918/2. Mo. (1. Zitat), 14. 11. 1918/2. Mo. (2. Zitat), 16. 11. 1918/Ab.; H. Luppe, Mein Leben, Nürnberg 1977, S. 29. Vgl. am 11. 11. 1918/Mo. den Appell der FZ an „bürgerliche Demokraten" und Eksteins, a. a. O., S. 53 f. – Für ähnliche Vorgänge in Berlin und München vgl. L. Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik, Düsseldorf 1972, S. 54-64, und Reimann, a. a. O., S. 184–187. – In den Städten des Frankfurter Umlandes war ein ähnlicher Linksruck nicht zu beobachten. In Mainz, Offenbach und Hanau fusionierten FVP und NLP zur DDP (FZ, 23. 12. 1918/Ab.; Krause, a. a. O., S. 74), auf Landes- bzw. Provinzebene in Hessen und Hessen-Nassau jedoch nicht.

[83] Zur Ablehnung des Begriffs der „bürgerlichen" Partei durch die Berliner Initiatoren der DDP vgl. W. Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962, S. 13, 37 f., und Eksteins, a. a. O., S. 36–39.

[83a] FZ, 22. 11. 1918/2. Mo., 29. 11. 1918/2. Mo. (über 1000 neue bei insgesamt 4400 Mitgliedern und „erhebliche finanzielle Zuwendungen").

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Initiator (Fecht) sprach von einem „neuen Bürgertum", dem neben Unternehmern und Kaufleuten „gleichberechtigt" auch solche „Hand- und Kopfarbeiter" angehörten, die über ihr Schicksal selbst bestimmen wollten; ihnen müsse „freie Bahn für den Aufstieg einzelner auf der sozialen Stufenleiter" eröffnet werden. Weil „engherzige Sonderinteressen der Selbständigen" in den liberalen Parteien dominiert hätten, hätten sich viele Lohn- und Gehaltsempfänger der SPD zugewandt, obwohl sie eine „Klassenpartei" und eine „Klassenherrschaft" eigentlich gar nicht wollten.[84] Auf dem Höhepunkt des Streites um die Mitbestimmung der Angestellten im Frühjahr 1919 versuchte der Reichsverein sogar, der Sozialdemokratie Reformfeindlichkeit vorzuwerfen: die Sozialdemokratie habe zwei Monate Zeit gehabt, die ihr zugefallene diktatorische Gewalt zu nutzen, um grundlegende soziale und politische Reformen durchzuführen; sie habe diese Zeit nicht nutzen können, weil sie durch interne Konflikte völlig gelähmt sei. Wer wirkliche Reformen wolle, unterstütze daher die DDP[85]!

Der Reichsverein verstand sich als Gegengewicht gegen die besitzbürgerlichen Interessen im Demokratischen Verein. Er torpedierte eine Fusion mit der DVP, die von örtlichen Parteihonoratioren und vom Hansa-Bund, der in Frankfurt eine Art gemeinsamer Wirtschaftsausschuß der beiden liberalen Parteien darstellte, betrieben wurde. Auch bei den Vorstandswahlen und den Abstimmungen über die Listenplätze auf den Wahlvorschlägen setzten die von ihm unterstützten Kandidaten sich durch, worauf der Hansa-Bund sich einmal empörte, daß „kein einziger Kaufmann" nominiert worden sei[86].

Die Aktivität des Reichsvereins war sowohl Indiz wie zusätzliche Motivation für die starke Hinwendung von Angestellten und Beamten zur DDP, deren Motiv nicht Opposition zur SPD war, sondern ein Wille zur Zusammenarbeit mit der SPD unter Wahrung spezifischer Interessen und Abgrenzungswünsche des Neuen Mittelstandes. Hier scheint das soziale Fundament für die entschiedene Orientierung der DDP zur sozialliberalen Koalition und gegen ein Wahlbündnis mit den anderen bürgerlichen Parteien gelegen zu haben.

Es war freilich eine offene Frage, ob die DDP unter diesen Umständen die beherrschende Stellung der FVP im bürgerlichen Lager würde behaupten können, ob sie in ihrem Bemühen, den nach links driftenden Neuen Mittelstand bei der Stange zu halten, nicht auf ihrem rechten Flügel empfindliche Einbußen riskierte. Darauf spekulierte die DVP, nachdem ihre Fusionsangebote zurückgewiesen worden waren. Als „Deutsche (liberale) Volkspartei", wie sie sich in Frankfurt nannte, richtete sie ihren Wahlkampf betont gegen die „Hintermänner" der DDP, die sie in den Redaktionsstuben der „ultrademokratischen Frank-

---

[84] FN, 25. 11. 1918/Mo., 16. 12. 1918/Mo.; FZ, 7. 12. 1918/1. Mo. (Zitate).

[85] FZ, 12. 5. 1919/2. Mo.

[86] FZ, 8. 12. 1918/2. Mo., 20. 12. 1918/Ab., 31. 12. 1918/2. Mo.; FN, 14. 2. 1919/Ab.; Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 20. 12. 1918, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012 (Zitat).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

furter Zeitung" vermutete und denen sie „Verrat am Bürgertum" vorwarf. Um der Abwanderung der gewerblichen Interessenten zur DVP vorzubeugen, betonte die DDP im Verlauf des Wahlkampfes zunehmend die wirtschaftsliberalen Teile ihres Programms. Dies wurde sichtbar gemacht durch den Einsatz des Frankfurter Handelskammer-Syndikus (Prof. Trumpler) als Wahlkämpfer, wogegen die DVP freilich den Hansa-Bund-Präsidenten aus Berlin (Prof. Rießer) aufbieten konnte[87].

Das soziale Profil der Kandidatenlisten freilich veränderte sich bei beiden Parteien zugunsten des Neuen Mittelstandes, doch die früheren Unterschiede blieben bestehen[88]. Die Frankfurter DVP blieb eine Partei mit finanzkräftigen Förderern, aber ohne starke Mitgliederbasis. Es gab in ihr weder eine demokratische Meinungsbildung noch Kampfabstimmungen. Die Festlegung der Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen wurde von der Mitgliederversammlung dem Vorstand überlassen[89]! Im Wahlkampf verließ sie sich mehr auf kostenaufwendige Großwerbung, während die DDP auch personalintensive Arbeit in zahllosen kleinen Wählerversammlungen betrieb.

Das Frankfurter Zentrum meldete sich erst Ende November zu Wort und stellte sich „auf den Boden der . . . Tatsachen". Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung habe die Regierungstätigkeit allein der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung" zu dienen. Die Zurückhaltung ist im Vergleich zur DDP unübersehbar. Als neue „Christliche Volkspartei" forderte sie die „Förderung eines kräftigen Arbeiter-, Bauern-, Mittel- und Beamtenstandes", ohne dies näher zu erläutern. Ihre Resonanz blieb freilich beschränkt, bis die Hoffmannschen Erlasse der Partei Agitationsstoff lieferten[90]. Die Kandidatenlisten der CVP zeigen unter allen Parteien das ausgewogenste Bild: der Anspruch, eine „Volkspartei" zu sein, wurde hier am ehesten erfüllt.

Wie das Zentrum schlug auch die neue DNVP aus der Verunsicherung konfessionell gebundener Schichten durch die revolutionären Traditionsbrüche Kapital. Sie stellte in Frankfurt mehr das Erbe der Christlich-Sozialen als das der

---

[87] FN, 5. 1. 1919/Mo. (1. Zitat), 17. 1. 1919/Mo. (2. Zitat), 19. 1. 1919/Mo. (3. Zitat), 11. 1. 1919/Ab., 16. 1. 1919/Ab.

[88] Wahlvorschläge: Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R. 1130/XV. Vorstandswahlen: FZ, 29. 11. 1918/Ab. (DDP), FN, 25. 12. 1918/Mo. (DVP); 29. 12. 1918/Mo. (DNVP). Zentrumsvorstand: FZ, 23. 11. 1918/2. Mo. (keine Neuwahl). – Vgl. oben, Tabelle 3.

[89] FN, 15. 2. 1919/Ab. – Vgl. allgemein hierzu L. Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der DVP, Meisenheim 1970.

[90] FN, 25. 11. 1918/Ab. (Zitate), 30. 12. 1918/Mo. – Allgemein dazu R. Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 110 ff. – Seine politische Flexibilität zeigte das Zentrum noch deutlicher im katholischen Essen, wo es aus kulturpolitischen Gründen mit der DNVP eine Listenverbindung einging, sozialpolitisch aber mit der SPD kooperierte – was freilich zur Abspaltung einer „Bürgerpartei" führte. Vgl. Kühr, a. a. O., S. 62, 183, 197. In Frankfurt hatte die Listenverbindung mit DVP und DNVP auch eine sozialpolitische Grundlage. Die Linksorientierung des Frankfurter Zentrums setzte erst 1923 unter dem Einfluß von Dessauer und der Rhein-Mainischen Volkszeitung ein.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konservativen heraus und erhielt entscheidende Unterstützung von der „Deutsch-Evangelischen Volksvereinigung“[91].

Insgesamt ist eine Zunahme des parteipolitischen Engagements der bürgerlichen Schichten zu konstatieren, das zunächst vor allem im Demokratischen Verein zu spüren war, von dem bald aber auch die CVP und die DNVP profitierten.

5. Wahlkampf und Wahlergebnisse

Die künftige politische Verfassung, die ja im Grundsätzlichen durch den Verlauf der Revolution entschieden war, war in den Wahlkämpfen für die Wahlen zur Nationalversammlung (19. 1. 1919), zur preußischen Landesversammlung (26. 1. 1919) und zur Stadtverordnetenversammlung (2. 3. 1919) kein besonders kontroverses Thema zwischen den bürgerlichen Parteien in Frankfurt. Breiter Konsens herrschte auch in dem Wunsch nach einem einheitlichen rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet und in der Ablehnung des rheinischen Separatismus[92]. Selbst das heikle Thema der Sozialisierung spielte keine beherrschende Rolle im Wahlkampf der bürgerlichen Parteien untereinander. Mit dem Postulat, daß „freie Bahn dem Tüchtigen“ gewährleistet bleiben müsse, und dem Hinweis darauf, daß die „Sozialisierungsreife“ einzelner Industrien von „Fachleuten“ geprüft werden müsse, und daß zunächst die wirtschaftlichen Engpässe überwunden und die deutsche Position auf den Exportmärkten wiedergewonnen werden müßten, bevor man sich eine Sozialisierung leisten könne, wurde die Frage aus der praktischen Politik eskamotiert[93].

Konfliktstoff bot dagegen die Haltung zur Sozialdemokratie und die Beurteilung der Leistungen der Arbeiterräte und des Rates der Volksbeauftragten. Für die Rechtsparteien waren sie ausschließlich Organe einer Willkürherrschaft, Schmarotzer am deutschen Volksvermögen und unfähig zur Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit[94]. Demgegenüber war die Frankfurter DDP trotz ihrer Kritik an der „Klassendiktatur“ bereit, die organisatorischen Leistungen und die politische Zurückhaltung der Räte anzuerkennen, freilich ohne ihnen deswegen einen Anspruch auf dauerhafte verfassungsmäßige Verankerung zuzugestehen. Sie ließ keinen Zweifel an ihrer Koalitionswilligkeit mit der SPD und konterte den Vorwurf, das Bürgertum zu spalten, mit der Warnung, das „Bündnis der (All)Deutschen Volkspartei mit Zentrum, Konservativen und Antisemiten“ könne durch eine Polarisierung zwischen Bürgertum und

[91] FN, 21. 12. 1918/Mo., 11. 1. 1919/Mo., 15. 1. 1919/Mo. – Ähnlich Knies, a. a. O., S. 120–122, für Wuppertal. Die Frankfurter DNVP gehörte somit zu dem von W. Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956, S. 51, als „gemäßigt“ bezeichneten Flügel der Partei.

[92] Drüner, a. a. O., S. 572; FZ, 4. 12. 1918/2. Mo.; Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1142 (rhein. Separatismus); FN, 6. 6. 1919/Ab.

[93] FZ, 14. 11. 18/2. Mo.; FN, 23. 12. 18/Mo., 9. 1. 19/Mo. (Zitat).

[94] FN, 31. 12. 1918/Ab., 14. 1. 1919/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeiterschaft den „blutigen Aufstand der Volksmassen" provozieren; die Rechtsparteien, nicht die Sozialdemokratie, seien die größere Gefahr für den inneren Frieden[95].

Ergriff die DDP hier die Offensive, so wurde sie bei dem anderen beherrschenden Thema des Wahlkampfes, der Schul- und Kirchenpolitik, von CVP und DNVP in die Defensive gedrängt. In der Frankfurter DDP bestand zunächst ein starker Trend zugunsten der Einheitsschule und der Trennung von Kirche und Staat. Als aber nach den Erlassen über die Gründung von Schülerausschüssen und die Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts die Verteidiger des Bestehenden in den bürgerlichen Kreisen Oberwasser bekamen, rückte sie schrittweise von liberalen Positionen ab[96].

Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung trat dagegen die Frage der kommunalen Bewirtschaftungspolitik in den Vordergrund. Hier suchte die DVP durch besonderes Engagement gegen Lebensmittelbeschlagnahmen, Wohnungsbewirtschaftung und Pläne zur Kommunalisierung für den Lebensmittelhandel Wähler des Alten Mittelstandes zu gewinnen, während die DDP auch Konsumenteninteressen berücksichtigen mußte. Die Ende Februar erfolgte Gründung eines „Mittelstands-Ausschusses" der DDP als Gegengewicht gegen Hansa-Bund einerseits, Reichsverein andererseits, konnte das Wahlergebnis nicht mehr beeinflussen[97].

Wie war die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien bei den drei Wahlen und welche Faktoren bestimmten das Wahlverhalten in Frankfurt? In Ermangelung entsprechender zeitgenössischer Erhebungen können wir uns der Beantwortung dieser Fragen nur nähern, indem wir auf Stadtviertelebene die Wahlergebnisse in Beziehung zu relevanten Sozialdaten setzen und positive oder negative Korrelationen herausarbeiten[98]. Die Korrelationen sprechen freilich nicht für sich, sondern müssen durch Heranziehung weiterer Informationen erklärt werden. Die positive Korrelation zwischen katholischem Bevölkerungs- und sozialdemokratischem Stimmenanteil in Frankfurt

---

[95] FZ, 11. 12. 1918/Ab. (1. Zitat); FN, 16. 1. 1919/Mo. (2. Zitat), 18. 1. 1919/Mo. (3. Zitat). – Ähnlich Reimann, a. a. O., S. 190–192, für München (wo die Liberalen wegen ihrer Kooperationsbereitschaft später diskreditiert waren), Kühr, a. a. O., S. 184, für Essen, und Steinisch, a. a. O., S. 199 f., für Mülheim. Bei der Neuwahl des Essener Arbeiterrats im März 1919 wurde der Gegensatz zwischen der DDP und den anderen bürgerlichen Parteien freilich zugunsten einer gemeinsamen Liste „alle[r] auf dem Boden des Bürgertums" stehenden Verbände überwunden, die 50% der Sitze erhielt und den Arbeiterrat prompt lahmlegte (Kühr, S. 204).

[96] FZ, 28. 12. 1918/2. Mo., FN 17. 1. 1919/Mo.

[97] FN, 14. 2. 1919/Ab., 1. 3. 1919/Mo.

[98] Die bisherigen Forschungen zum Wählerverhalten 1919 leiden am Mangel statistischen Materials. Vgl. Albertin, a. a. O., S. 140, der ersatzweise – und nicht sehr ergiebig – Rückschlüsse von der „sachlichen und personellen Selbstdarstellung" der Parteien auf das Wählerverhalten versucht. – Zur „ökologischen Wahlanalyse" generell K. G. Troitzsch, Sozialstruktur und Wählerverhalten, Meisenheim 1976.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verweist nicht etwa auf eine Affinität zwischen Sozialdemokratie und Katholizismus; und von der niedrigen Wahlbeteiligungsquote in den großbürgerlichen Wohnvierteln kann nicht auf eine geringe Wahlbeteiligung dieser Schicht geschlossen werden, sie kann auch auf eine relativ geringe Wahlbeteiligung der im Haushalt des Arbeitgebers lebenden Hausangestellten zurückgehen. Sozialdaten dürfen also nicht isoliert betrachtet, sondern es muß jeweils die gesamte Sozialstruktur des Stadtviertels berücksichtigt werden.

Leider liegen wichtige sozialstrukturelle Daten (über Berufszugehörigkeit, Stellung im Beruf, Schulbesuch) nur für die Stadt insgesamt, nicht aber für die einzelnen Stadtviertel vor. Wir müssen uns deshalb bei der „ökologischen Wahlanalyse" mit Angaben über Steuerleistung, Einkommensstruktur, Mietniveau, Wohnungseigentum und Wohnungsgröße sowie über die Konfessionsstruktur der Stadtviertel begnügen[99]. Die Indikatoren für Lebens- und Wohnstandard sind deshalb relevant, weil Angehörige der bürgerlichen Schichten im Durchschnitt mehr verdienten und selbst bei gleichem Einkommen aufwendiger wohnten als Arbeiter[100]. Nach ihrer Sozialstruktur können wir nun die Stadtviertel, wie in Tabelle 4 geschehen, in acht Gruppen unterteilen:

1. die vom wohlhabenden Bürgertum bewohnten Stadtviertel Westliche Außenstadt (WA, 13 000 Einw.) und Nordwestliche Außenstadt (NWA, 18 600 Einw.), das sogenannte „Westend";
2. die überwiegend von bürgerlichen Schichten bewohnten Viertel Nördliche Außenstadt (NA, 40 200 Einw.) und Äußeres Sachsenhausen (AS, 41 600 Einw.) und das „bessere" Geschäftsviertel Westliche Neustadt (WN, 9 500 Einw.);
3. die bürgerlich-proletarisch gemischten Stadtviertel Östliche Außenstadt (OA, 36 800 Einw.), Östliche Neustadt (ON, 14 900 Einw.) und Bockenheim (BK, 42 600 Einw.) und das Geschäftsviertel Nördliche Neustadt (NN, 6 500 Einw.);
4. die großen überwiegend proletarischen Wohnviertel Nordöstliche Außenstadt (NOA, 47 200 Einw.) und Südwestliche Außenstadt (SWA, 64 100 Einw.), zu denen allerdings einige rein bürgerliche Bezirke gehören;
5. die überwiegend proletarischen Stadtviertel Inneres Sachsenhausen (IS, 11 600 Einw.), Altstadt (A, 21 200 Einw.) und Bornheim (BR, 26 400 Einw.);
6. der überwiegend bürgerliche Vorort Eschersheim (ES, 4 700 Einw.);
7. die überwiegend proletarischen Vororte Ginnheim (G, 5 200 Einw.), Eckenheim (EK, 5 400 Einw.), Rödelheim (R, 12 400 Einw.), Hausen (H, 1 900

[99] Steuerleistung: Statistische Jahresübersichten der Stadt Frankfurt am Main, Ausgabe für das Jahr 1912/13, Frankfurt 1913, S. 119–120; Einkommensstruktur, Mietniveau und Wohnungseigentum: Beiträge zur Statistik der Stadt Frankfurt am Main, Neue Folge, 11. Heft, Die Besiedelung des Frankfurter Stadtgebietes, Frankfurt 1919, S. 154, 146, 70; Wohnungsgröße und Konfessionsstruktur: Statistisches Handbuch, 2. Ausgabe (Anm. 22), S. 34–37, 68–70. Dort, S. 57 und 61, auch die im Text gemachten Angaben zur Einwohnerzahl (im Jahre 1920) und Wohndichte.

[100] Zum unterschiedlichen Stellenwert der Wohnungsausgaben in Angestellten- und Arbeiterhaushalten in der Weimarer Republik siehe Speier, a. a. O., S. 67.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einw.), Heddernheim (HD, 6 100 Einw.) und Praunheim (P, 1 400 Einw.) im westlichen Industriegürtel;

8. die noch stark landwirtschaftlich geprägten, aber großenteils schon von Industriearbeit lebenden Vororte Berkersheim (BE, 500 Einw.), Preungesheim (PR, 2 900 Einw.); Niederursel (N, 1 400 Einw.), Bonames (B, 2 000 Einw.), Seckbach (S, 3 100 Einw.), Oberrad (OR, 8 800 Einw.) und Niederrad (NR, 12 500 Einw.) im Norden, Osten und Süden der Stadt.

Tabelle 4
Indikatoren zur Sozialstruktur der Frankfurter Stadtviertel

Stadtviertel (u. Zahl der Stadtbezirke)	Durchschnittl. Steuerbetrag pro Wahlberecht. in d. Stadtbezirken 1912/13 (Mark)	Durchschnittl. Mietpreis auf eine Person in den Stadtbezirken 1912/13 (Mark)	Anteil der Wohnungsinh. (1910) mit e. Einkommen von über 10500 M %	unter 900 M %	Anteil d. vom Eigent. bewohnt. Wohnungen 1910 %	Anteil der 1-2-Zimmer-Wohnungen 1925 %	Anteil (1925) der Katholiken %	Israeliten %
WA (2)	2540/2931	389/507	46	6	27	18	26	22
NWA (3)	744/1515/2515	326/390/435	30	10	19	16	24	24
NA (3)	96/444/593	137/221/271	6	18	14	24	30	9
WN (2)	304/485	193/208	8	17	8	32	34	5
AS (5)	85/133/134/ 315/1641	105/110/121/ 188/324	4	12	14	34	31	2
NN (1)	214	157	4	21	9	37	35	9
OA (3)	119/132/333	131/153/179	4	18	9	41	30	17
BK (3)	100/119/138	102/106/136			8	46	33	2
ON (2)	109/127	125/132	2	26	7	42	34	20
NOA (5)	68/74/90/ 99/403	104/115/118/ 139/195	2	20	9	39	34	8
SWA (6)	42/58/58/92/ 204/535	83/90/115/131/ 135/215	3	15	5	49	37	2
IS (2)	75/107	96/104	1	24	10	58	37	1
A (3)	62/65/76	95/99/100	1	40	8	60	41	3
BR (3)	53/60/66	74/87/98	0	25	8	55	33	2
ES	151	114			35	24		
G	193	75			34	44		
EK	97	68			32	45		
R	77	83			13	43	33	1
H	96	66			23	40		
HD	68	59			26	39		
P	66	49			36	53		
BE	} 90	47			63	31		
PG		63			43	36		
N	94	54			54	32		
B	88	47			43	30		
S	93	82	0	13	43	47	14	0
OR	84	73	0	20	22	51	24	1
NR	86	74	0	20	17	52	32	0
Summe	266	143	5	19	11	41	31	6

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach Bevölkerungszahl und Wohndichte können nur die Gruppen 1 bis 5 als großstädtisch bezeichnet werden, die anderen haben kleinstädtischen bis ländlichen Charakter. Einen besonders hohen katholischen Bevölkerungsanteil hatten die Altstadt, das Innere Sachsenhausen und die Südwestliche Außenstadt, einen besonders hohen jüdischen dagegen das Westend und die beiden östlichen Stadtviertel in der Nachbarschaft des ehemaligen Gettos.

Tabelle 5
Ergebnisse der Reichstagswahl 1912 (R), der Wahlen zur Nationalversammlung (N), zur preußischen Landesversammlung (L) und zur Stadtverordnetenversammlung (S) 1919
(in % der gültigen Stimmen)

Stadtviertel	Wahlbeteiligung		FVP	DDP	DVP	DNVP	Z	CVP	SPD	MSPD	USPD	and.	
	R	N L S	R	N L S	N L S	N L S	R	N L S	R	N L S	N L S	R	S
WA	82	81–73–59	78	37–37–40	6– 6–19	20–19– 7	7	14–15–14	15	22–22–15	1– 1– 2	1	2
NWA	85	83–72–60	80	44–45–47	6– 6–19	20–18– 6	5	10–12–10	14	20–19–14	1– 1– 1	1	3
NA	86	82–73–59	53	32–33–31	6– 7–14	14–12– 8	9	14–15–15	35	32–32–24	2– 2– 4	3	4
WN	83	78–68–50	51	28–28–26	5– 5–15	13–12– 5	7	11–12–14	42	40–39–30	3– 4– 5	1	5
AS	87	84–75–61	51	27–29–27	6– 6–15	15–13– 9	8	12–13–13	40	38–38–30	1– 2– 3	2	3
NN	79	74–65–50	42	27–26–25	4– 3– 9	8– 7– 4	8	13–14–16	50	46–47–36	3– 3– 7	1	4
OA	83	75–71–57	50	33–33–32	4– 4– 8	8– 7– 5	8	11–12–13	40	40–40–32	4– 5– 7	2	3
BK		83–75–63		21–20–20	4– 4– 8	8– 7– 4		12–13–14		48–49–39	7– 7–12		2
ON	76	73–63–47	39	25–23–23	3– 3– 6	5– 4– 4	6	12–14–16	55	51–52–39	4– 5– 8	1	4
NOA	86	83–73–59	38	24–23–23	5– 5– 8	7– 6– 7	9	13–14–14	50	47–49–37	4– 4– 8	3	3
SWA	80	73–69–48	34	18–17–15	4– 4– 6	6– 5– 5	9	12–13–16	55	54–54–41	6– 6–13	1	4
IS	85	79–73–57	28	17–18–16	3– 3– 5	5– 4– 6	8	10–11–12	64	61–62–51	3– 3– 7	1	3
A	80	74–66–49	21	13–12–11	3– 3– 5	4– 4– 2	8	12–12–14	71	62–65–49	6– 5–13	1	4
BR	88	76–75–59	25	15–15–14	4– 4– 5	5– 3– 6	6	9–10–10	67	60–62–49	7– 7–14	2	2
ES		85–78–64		31–30–26	3– 4–18	17–15– 6		10–10–10		36–39–31	3– 2– 5		3
G		87–80–67		19–19–16	3– 3–11	11–10– 4		10–10–10		52–53–47	6– 5–10		3
EK		86–78–67		14–15–13	3– 3–11	12– 9– 2		12–12–14		53–56–45	7– 5–11		3
R		84–77–64		19–18–19	1– 2– 6	7– 6– 3		11–12–14		50–53–40	13–10–18		1
H	91	93–81–74	26	20–21–23	4– 3– 2	3– 2– 5	11	13–13–14	63	47–47–37	14–15–19	1	1
HD		83–78–65		14–14–12	2– 1– 3	3– 3– 3		12–13–13		56–57–47	13–13–20		1
P		88–85–84		19–20–19	2– 3– 3	4– 3– 4		4– 4– 3		40–45–33	32–26–38		0
BE		79–78–67		40–42–35	1– 2– 9	15–11–12		2– 3– 2		32–36–28	10– 8–13		1
PG		88–82–67		23–23–17	5– 4–13	10– 9– 9		6– 7– 7		48–50–36	8– 6–16		1
N	80	88–77–67	53	18–19–12	16–10–16	16–17–20	3	6– 6– 5	42	43–46–43	2– 2– 2	2	4
B	82	86–81–65	41	23–26–16	1– 1– 5	9– 9–10	1	2– 2– 2	58	65–64–62	0– 1– 2	0	3
S		87–78–66		24–23–26	10–11– 7	12–10–17		5– 6– 6		48–48–37	1– 2– 5		1
OR	92	89–84–71	34	20–20–13	5– 4– 5	7– 6–12	5	8– 9– 9	60	57–60–51	3– 3– 7	1	2
NR	92	84–78–66	29	18–16–15	3– 3– 5	5– 4– 3	7	11–12–14	62	62–64–56	2– 2– 6	1	2
Summe	84	80–72–58	42	24–24–23	5– 5–10	9– 8– 6	8	12–13–13	48	46–46–36	5– 4– 9	2	5

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Führen wir die Wahlergebnisse der Stadtviertel in der gleichen Reihenfolge auf (Tabelle 5)[101], so zeigt schon ein flüchtiger Blick auf beide Tabellen, daß zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten ein Zusammenhang bestand.

Betrachten wir nacheinander die einzelnen Parteien. Die SPD hatte in Frankfurt bei Reichstagswahlen schon lange vor dem Kriege das proletarische Wählerreservoir voll ausgeschöpft, wenn man von dem kleinen Prozentsatz Zentrum wählender Arbeiter absieht, aber nur einen marginalen Einbruch in bürgerliche Schichten erzielt[102]. Seit 1898, als sie ihr bestes Ergebnis erreichte, stagnierte sie bei etwa 50 Prozent der Stimmen. Man könnte nun erwarten, daß das Heraustreten der (Mehrheits-)SPD aus der Ecke der „reichsfeindlichen" Opposition durch die Übernahme der politischen Verantwortung und die oben erwähnte Emanzipationsbewegung im Neuen Mittelstand ihr 1919 weitere Stimmen bürgerlicher Provenienz zugeführt hätten. Das Wahlergebnis jedoch deutet nicht darauf hin. Der sozialdemokratische Stimmenanteil (einschließlich der USPD) stieg nur im großbürgerlichen Westend gegenüber 1912 nennenswert an, was – ebenso wie die überproportionalen Erfolge des Zentrums dort – auf die Stimmen der erstmals wahlberechtigten, häufig aus Arbeiterfamilien stammenden weiblichen Hausangestellten zurückgeführt werden kann. In allen anderen Vierteln blieb der sozialdemokratische Stimmenanteil so hoch oder so niedrig wie 1912. Trotz des Bemühens aller Parteien, sich für alle Bevölkerungskreise attraktiv zu machen, blieb die Scheidelinie zwischen Wählern der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Parteien dort, wo sie vor dem Kriege gewesen war. Im Kampf um die sozialdemokratischen Stimmen zwischen SPD und USPD aber verbuchte die letztere ihre größten Erfolge dort, wo die Industriearbeiterschaft am konzentriertesten lebte: in den westlichen Industrievororten[103].

Entgegen den Behauptungen der bürgerlichen Presse[104] kam eine niedrige Wahlbeteiligung nicht den sozialdemokratischen Parteien zugute. Im Gegenteil, der Rückgang ihres gemeinsamen Stimmenanteils bei den Stadtverordnetenwahlen war dort am größten, wo auch der Rückgang der Wahlbeteiligung am größten war: in den großstädtischen Vierteln. Der Rückgang der Wahlbeteiligung und die gleichzeitige Zunahme der USPD-Stimmen in den proletarischen Vierteln reflektierten die Enttäuschung des sozialdemokratischen Wählerpotentials über die Resultate der Revolution.

Die gegenüber 1912 relativ erfolgreichste Partei war das Zentrum. Gleichwohl wählten nur 41 % der wählenden Katholiken in Frankfurt diese Partei, während es auf Reichsebene 63 % und im Regierungsbezirk Wiesbaden 56 %

---

[101] Statistische Jahresübersichten der Stadt Frankfurt am Main, Ausgabe für die Jahre 1917/18 und 1918/19, Frankfurt 1920, S. 139 f. (NV-Wahl), 142 f. (LV-Wahl), 144 f. (SVV-Wahl); ebenda, Ausgabe für das Jahr 1911/12, Frankfurt 1912, S. 134 (RT-Wahl).

[102] Hierzu allgemein D. Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, Frankfurt 1973, S. 278–285. Vgl. oben Anm. 28.

[103] Ebenso Kühr, a. a. O., S. 188–191, 201 f. für Essen.

[104] FN, 21. 2. 1919/Ab., 2. 3. 1919/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren[105]. Der Grund wurde bereits angedeutet: Der Katholikenanteil der Stadtviertel korrelierte stärker mit einer Stimmabgabe für die SPD als für das Zentrum, denn die Masse der Katholiken wohnte in den eher proletarischen Vierteln. Dort aber stimmte nur ein Drittel, in den bürgerlichen Vierteln dagegen die Hälfte der Katholiken für das Zentrum.

Woher aber kamen die neuen Stimmenanteile des Zentrums? Johannes Schauff hat auf Reichsebene nachgewiesen, daß 1919 erheblich mehr Frauen als Männer Zentrum wählten[105a]. Es ist also anzunehmen, daß auch 1919 die Frauen katholischer DDP-Wähler in Frankfurt vielfach für das Zentrum stimmten. Die große und mit der Dauer des Wahlkampfes zunehmende Bedeutung der schul- und kirchenpolitischen Streitfragen und die defensive, liberale Positionen zurücknehmende Haltung der DDP dazu erweist sich in Frankfurt wesentlich als Ringen um die Stimmen dieser Frauen. Die Einführung des Frauenwahlrechts brachte also eine Stärkung des „Klerikalismus" auf Kosten des demokratischen Liberalismus.

Die Stimmenanteile der DDP und der beiden Rechtsparteien korrelierten deutlich mit der „Bürgerlichkeit" der Sozialstruktur der Stadtviertel. Im Stärkeverhältnis der drei Parteien untereinander sind freilich differenzierte Trends auszumachen. Die DDP war zwar in fast allen Vierteln stärker als die beiden Rechtsparteien zusammen, doch der Abstand war in den großstädtischen Vierteln und in den westlichen Arbeitervororten größer als in den kleinstädtischen und ländlichen Vororten – ein Trend, der sich bei den Stadtverordnetenwahlen noch verstärkte, als die Rechte in diesen Vororten auf Kosten der DDP gewann und diese z. T. überflügelte, die DDP dagegen ihre Position gegenüber der Rechten in den großstädtischen Vierteln und den Industrievororten halten, ja im Westend sogar noch verbessern konnte. In die gleiche Richtung weist die Tatsache, daß die Stärke der DDP mehr mit den Variablen „Einkommen" und „Mietniveau", die der Rechtsparteien dagegen mehr mit der Variable „Hausbesitz" korrelierte.

Die Rechtsparteien erscheinen also tendenziell als Parteien des kleinstädtischen und hausbesitzenden, die DDP als Partei des großstädtischen Bürgertums. Indirekt ist aus den Indikatoren die Vermutung abzuleiten, daß die Wählerschaft der Rechten sich tendenziell stärker aus dem Alten Mittelstand, soweit er nicht katholischen oder israelitischen Glaubens war, die der DDP stärker aus dem Neuen Mittelstand rekrutierte – eine Vermutung, für die auch die oben analysierte Zusammensetzung der Parteigremien spricht[106].

---

105 J. Schauff, Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, hrsg. v. R. Morsey, Mainz 1975, S. 76, 88 (für Frankfurt nach Schauffs Methode selbst berechnet).

105a Ebenda, S. 65 (Verhältnis der Männer- und Frauenstimmen beim Zentrum 41:59, bei der DDP 53:47).

106 Vgl. demgegenüber Kühr, a. a. O., S. 187, für Essen, wo das nichtkatholische städtische Bürgertum DVP/DNVP wählte und die DDP nur in kleinstädtischen Vororten bescheidene Erfolge erzielte. Siehe auch unten, Anm. 131.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aber auch innerhalb der Rechten sind auffällige Trends zu erkennen. In den Januarwahlen erzielte die DNVP in den großstädtischen bürgerlichen Stadtvierteln erhebliche Stimmenanteile, die sie im März wieder an die DVP verlor. Offenbar wandte sich eine große Zahl großstädtischer nationalliberaler Wähler nach der Revolution zunächst der extremen Rechten zu, mochte dem Kurs der totalen Konfrontation zumindest auf kommunaler Ebene dann aber doch nicht folgen. In den mehr ländlich strukturierten Vororten mit sehr hohem Hausbesitzeranteil blieb die DNVP dagegen auch im März stärker als die DVP, ja gewann z. T. sogar noch Stimmenanteile hinzu. Hier, wo vor dem Krieg die Nationalliberale Partei dominiert hatte, blieb die postrevolutionäre Hinwendung zur radikalen Rechten eine dauerhafte Erscheinung.

Ungeachtet der heftigen Fluktuationen zwischen DNVP und DVP bleibt die Tatsache, daß die beiden Rechtsparteien in allen Wahlen des Jahres 1919 einen höheren gemeinsamen Stimmenanteil erzielten als die Nationalliberalen und die Christlich-Sozialen zusammen in der Vorkriegszeit. War auch hierfür wie beim Zentrum das Frauenwahlrecht in Verbindung mit konfessionellen Motiven verantwortlich? Schließlich hatte sich die evangelische Kirche deutlich für die Rechtsparteien, insbesondere die DNVP, engagiert. Zwar ist eine positive Korrelation zwischen protestantischem Bevölkerungsanteil und dem Stimmenanteil der Rechtsparteien nicht auszumachen – bei der Größe des ersteren und der Kleinheit des letzteren würde sie auch nichts besagen –, doch die Stimmeneinbuße der DNVP ohne entsprechende Gewinne der DVP bei den Wahlen zur preußischen Landesversammlung, als die DDP-Liste von einem protestantischen Theologen (Martin Rade) angeführt wurde, läßt die geäußerte Vermutung als berechtigt erscheinen.

Der Stimmenanteil der DDP korrelierte nicht nur mit der sozialstrukturellen „Bürgerlichkeit" der Stadtviertel, sondern auch mit dem jüdischen Bevölkerungsanteil. Ein hoher jüdischer Anteil konnte sogar ein Manko an „Bürgerlichkeit" aufwiegen, wie das gute Abschneiden der DDP im Ostend zeigt. Da keinerlei Anlaß zu der Vermutung besteht, daß die DDP etwa in besonderem Maße Nichtjuden in Vierteln mit starker jüdischer Minderheit angezogen hätte, müssen wir aus dieser Korrelation – die viel ausgeprägter ist als die zwischen Katholikenanteil und Zentrumsanteil – schließen, daß die überwältigende Mehrheit der Frankfurter Juden für die DDP gestimmt hat. Insofern hatte auch die DDP eine konfessionelle Stütze, die freilich zahlenmäßig zu schwach war, um zu verhindern, daß die „Konfessionalisierung" der Wahlentscheidung sich insgesamt zum Schaden der DDP auswirkte.

6. Versuch einer bürgerlichen Sammlung

Als Bannerträger einer bürgerlichen Sammlungspolitik gegenüber der Sozialdemokratie verstand sich der vom Hansa-Bund im Rahmen einer von Berlin ausgehenden „Bürgerrats"-Bewegung ins Leben gerufene „Ausschuß der bür-

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerlichen Berufsstände", kurz „Bürger-Ausschuß" genannt, der sich am 26. November mit einem Aufruf „An die werktätige Bürgerschaft" der Frankfurter Öffentlichkeit vorstellte[107]. Sein politisches Spektrum reichte durch alle vier bürgerlichen Parteien (der Vorsitzende, Dr. Dessauer, gehörte dem Zentrum an). Er strebte die „Sammlung des Bürgertums unter Ausschaltung jedes parteipolitischen Unterschieds" an, um „Parität" gegenüber dem Arbeiterrat, ein „Gegengewicht gegen die Autokratie der Arbeiterschaft" und die „volle Gleichberechtigung des Bürgertums" zu erreichen[108]; denn – so wurde in verbaler Konzession an rätetheoretische Vorstellungen, daß nur Werktätigen politische Mitspracherechte zustehen, erklärt – auch „die überwiegende Mehrheit des Bürgertums ist ja nichts anderes als arbeitende Klasse"[109]. Die Sammlung sei geboten, weil die Aufsplitterung der „Interessen des Bürgertums in berufsständische Gruppierungen", wie sie unter dem schützenden Dach des Obrigkeitsstaates entstanden war, unter den neuen Verhältnissen „keine Wirksamkeit entfalten" könne[110].

Während frühere Sammlungsversuche entweder unter solidarprotektionistischem oder unter liberal-antiagrarischem Vorzeichen gestanden hatten[111], schienen nun, in der Abwehr des Machtanspruchs der Arbeiterräte, die im Kaiserreich aufgebrochenen Gegensätze überbrückbar zu sein. Der Begriff des „Bür-

---

[107] Flugblatt vom 26. 11. 1918, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012. Vgl. Rundschreiben des Hansa-Bundes Hessen-Nassau vom 15. 11. 1918, ebenda. Zur Finanzierung des Frankfurter Bürger-Ausschusses siehe Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 20. 12. 1918, ebenda: „Finanziell hat sich der Hansa-Bund mit M 1000,– beteiligt, eine Collekte unter seinen Mitgliedern hat bis jetzt M 5500,– ergeben. Die bürgerlichen Berufsstände selbst haben inzwischen M 29 000,– zusammengebracht". – Die Bürgerratsbewegung ist bislang nicht erforscht, abgesehen von E. Könnemanns kurzem Artikel „Reichsbürgerrat" in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. 2, Leipzig 1968, S. 506–509, und der knappen Dokumentation von U. Klein u. K.-J. Scherer, Bürgerräte gegen die Arbeiterbewegung. Untersuchungen und Dokumente am Beispiel Elberfeld-Barmen 1918–1922, Hamburg 1976; vgl. auch Albertin, a. a. O., S. 32–34.

[108] Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 19. 11. 1918, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012 (1. Zitat); Rundschreiben des Hansa-Bundes Hessen-Nassau vom 28. 11. 1918, ebenda (3. Zitat); FN, 17. 11. 1918/Mo. (2. Zitat); FZ, 13. 11. 1918/Mo. (Aufruf der Hansa-Bund-Zentrale zur Gründung von Bürgerräten; 4. Zitat).

[109] FN, 18. 11. 1918/Mo.; vgl. auch den Titel des Aufrufs vom 26. 11. 1918. – Es wurde einerseits eine betonte Sammlung des „Bürgertums" als der Arbeiterschaft entgegengesetzter Schicht gefordert, andererseits aber die „ungesunde Unterscheidung" zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft beklagt (FN, 17. 11. 1918/Mo.), und ein Redner meinte auf dem ersten „Reichsbürgertag" am 5. 1. 1919: „Wir wollen keinen Klassenkampf aus Grundsatz, sondern nur solange, als er auch von der gegnerischen Seite betont wird" (FN, 6. 1. 1919/Ab.).

[110] Rundschreiben vom 15. 11. 1918 (vgl. Anm. 107).

[111] D. Stegmann, Die Erben Bismarcks. Sammlungspolitik 1897–1918, Köln u. Berlin 1970; S. Mielke, Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909–1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik, Göttingen 1976.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gertums" sollte alle „Berufsstände" integrieren und zielte gegen die „Herrschaft eines Berufsstandes über andere Berufsstände"[112]. Aber wenn die Arbeiter und die Zahnärzte als je ein Berufsstand gewertet wurden[113], war das Prinzip der Gleichberechtigung der Berufsstände pervertiert; wie in jedem berufsständischen System ohne proportionale Repräsentation öffnete die Beliebigkeit der Berufseinteilung der Manipulation Tor und Tür. Etwa 300 Vereine, Organisationen und Institutionen wurden unabhängig von ihrer Mitgliederzahl aufgefordert, je 2 bis 3 Vertreter zur öffentlichen Gründungsversammlung des Bürger-Ausschusses am 7. Dezember zu entsenden[114]. Das Ergebnis war eine deutliche Überrepräsentation der Unternehmer und der freien Berufe, wenngleich auch auf eine Vertretung von Angestellten Wert gelegt wurde, deren Anteil jedoch im Laufe der Zeit schrumpfte[115].

Die bürgerliche Sammlung hatte nur dann eine Chance, wenn es gelang, die zahlreichen Interessendivergenzen zu überwinden. Ein gemeinsamer Nenner wurde gesucht in dem gesamtbürgerlichen Wunsch nach „Schutz der persönlichen und wirtschaftlichen Sicherheit" und nach Zurückdrängung des Arbeiterrats, aber auch in dem unternehmerischen Interesse an der Streikbekämpfung, das als nationales Interesse dargestellt wurde, weil die Rückkehr zur Arbeitsdisziplin Voraussetzung für die „Beseitigung der Arbeitslosigkeit sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer" und für den zukünftigen Wiederaufstieg Deutschlands sei[116]. Demgegenüber vertrete der Arbeiterrat nur ein enges Partikularinteresse[117].

Vor allem aber die Angst, ungeschützt den Unterprivilegierten gegenüberzustehen, konnte als Motiv bürgerlicher Solidarisierung dienen. Zwar wurde das energische Durchgreifen der Sicherheitsorgane des Arbeiterrats bei Plünderungen im März 1919 gelobt[118], doch blieben die bewaffneten Matrosen und

[112] FN, 8. 12. 1918/Mo.

[113] Broschüre „Bürgerrat", Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R 174, S. 15 („Geistliche, höhere und mittlere Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte, Berufssoldaten, Lehrer, – Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Tierärzte, – Fabrikbesitzer, selbständige Kaufleute, Angehörige technischer Berufe, – kaufmännische Angestellte, Kleingewerbetreibende, Unterbeamte, Innungsmeister, Handwerker, Arbeiter, – Schriftsteller, Künstler, Schauspieler, Frauen, Jugend von 20–25 Jahren").

[114] Einladungsschreiben vom 4. 12. 1918, Stadtarchiv, Akten des Magistrats, S 2059.

[115] Das Verhältnis zwischen Kapitalisten (Industriellen, Bankiers und Handelsunternehmern), Altem Mittelstand (Händlern und Handwerkern), Akademikern (freiberuflich und beamtet) und Neuem Mittelstand (mittleren Angestellten und Beamten) war im Gründungsausschuß 10:4:10:7 und in dem im Dezember gewählten Ausschuß 7:3:6:4 (Aufruf vom 26. 11. 1918, s. o., Anm. 107; FN, 8. 12. 1918/Mo.). Bis zum Mai 1919 waren noch etliche Unternehmer hinzugekommen, und der engere Vorstand setzte sich aus einem Fabrikanten, einem Bankier, einem Kaufmann, einem Professor und einem Angestellten zusammen (FN, 15. 5. 1919/Mo.).

[116] Aufruf vom 26. 11. 1918 (1. Zitat) und Flugblätter vom Dez./Jan., Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012; Anzeige in FN, 4. 1. 1919/Mo. (2. Zitat).

[117] Flugblatt vom 17. 2. 1919, Stadtarchiv, Akten des Magistrats, S 2059.

[118] Drüner, a. a. O., S. 366–369; FN, 3. 4. 1919/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeiter in bürgerlichen Augen ein Risiko. Der Bürger-Ausschuß sprach dem Arbeiterrat nach der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung jede Legitimation zur Fortsetzung der Polizeitätigkeit ab und drängte den Magistrat – zunächst erfolglos – zur Aufstellung einer Einwohnerwehr, für die er in geheimer Zusammenarbeit mit Berliner Reichswehrstellen bereits Vorbereitungen traf[119]. Diese Ordnungspolitik durfte aber nur die USPD und KPD zu innerstaatlichen Feinden erklären und konnte, zumal im entmilitarisierten Frankfurt, nicht gegen die örtliche SPD durchgesetzt werden. Deshalb suchte der Bürger-Ausschuß eine offene Konfrontation mit dieser zu vermeiden und schloß sich z. B. der vom zweiten „Reichsbürgertag" Ende März beschlossenen „Bürgerstreik"-Drohung nur mit Einschränkungen an[120]. Erst mit Hilfe der SPD und der Gewerkschaften gelang es im Herbst 1919, den Arbeiterrat zu lähmen und seine Polizeitruppe zu entwaffnen[121]. Mit der Entmachtung des Arbeiterrats verlor auch der Bürger-Ausschuß seine Bedeutung als bürgerlicher „Oberverein" und schrumpfte zu einem antisozialistisch-„staatsbürgerlichen" Diskussionszirkel[122]. Das Interesse an innerer Sicherheit allein, das im Prinzip ja auch von der Arbeiterschaft geteilt wurde, reichte nicht aus, um eine dauerhafte Grundlage für eine bürgerliche Sammlung abzugeben.

Nachdem mit der Etablierung eines parlamentarischen Regierungssystems und der Stabilisierung der inneren Sicherheitslage die unmittelbare Gefahr einer sozialen Revolution abgeklungen war, akzentuierten die wirtschafts- und sozialpolitischen Verteilungskämpfe und die Kontroversen um die Sozialisierungs- und Mitbestimmungsgesetzgebung wieder die unterschiedlichen Interessenlagen in den bürgerlichen Schichten. Ein gutes Beispiel für die veränderte Stimmung im Frankfurter Unternehmertum bietet die Reaktion des Frankfurter Hansa-Bundes auf die Ende Mai 1919 von der Delegiertentagung in Berlin verabschiedeten neuen Richtlinien, die den Hansa-Bund als „Schutzbund des deutschen Unternehmertums in Handwerk, Handel und Industrie" definierten[123]. Anders als im

---

119 Material dazu im Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R 1332 und R 1335.

120 Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 1. 4. 1919, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012. – Allgemein dazu demnächst meine Untersuchung „Bürgerräte und Bürgerstreiks 1918–1920".

121 Näheres über den Konflikt der SPD mit dem Arbeiterrat über die Frage der Neuwahl und den politisch-militärischen Handstreich im Herbst 1919 bei: Drüner, a. a. O., S. 385–388; Lucas, a. a. O., S. 118–129; Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R 107. Allgemein dazu Kolb, a. a. O., S. 271–281.

122 Rundschreiben des Bürger-Ausschusses vom 4. 2. 1920, Stadtarchiv, Akten des Magistrats, S 2059. – Als „Oberverein" wird das Organisationsmodell des Elberfelder Bürgerrats von Klein/Scherer, a. a. O., S. 12, charakterisiert.

123 Richtlinien für die Tätigkeit des Hansa-Bundes vom 25. Mai 1919, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012. Die Erläuterungen waren noch deutlicher: „Erfolgreiche Unternehmerpolitik kann gegenüber den Massenorganisationen der Arbeiter und Angestellten ... nur durch ... die Zusammenfassung der vielen Fachverbände zu einer Einheitsfront" getrieben werden. Bezeichnenderweise gehörte dem neugewählten 21köpfigen Präsidium kein Angestelltenvertreter mehr an (ebenda).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oktober 1918, als auch Unternehmer im Frankfurter Hansa-Bund sich gegen eine neue Richtlinie gestemmt hatten, die die Angestellten brüskieren konnte[124], protestierten diesmal nur Angestelltenkreise selbst[125]. Zur Zuspitzung kam es während eines Tarifkonflikts mit höheren Angestellten im Herbst 1919. Als mehrere Angestellte aus dem Vorstand ausschieden oder mit ihrem Ausscheiden drohten, wurde zwar beschwichtigend erklärt, daß keine „Kampfstellung gegen die Angestellten" beabsichtigt sei, von ihnen aber doch verlangt, daß sie sich „den neuen Richtlinien des Hansa-Bundes gemäß auf den Boden der deutschen Unternehmerschaft stellen"[126]. Eine besondere Rücksichtnahme auf die Angestellten erschien auch dem Frankfurter Unternehmertum nicht mehr nötig oder lohnend.

Seine Sammlungsbestrebungen gingen inzwischen in eine andere Richtung. Die Erregung des Handels und Handwerks über sozialdemokratische Pläne, die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs in städtische Regie zu übernehmen, bot dem Großunternehmertum die Chance, die Massen des „alten Mittelstandes", die für die Abwehr einer Sozialisierung der Grundstoffindustrien nicht zu mobilisieren gewesen wären, fest an seine Seite zu ziehen. Da der Frankfurter Bürger-Ausschuß – im Gegensatz zu Bürgerräten anderer Städte – in dieser Sache „der Sozialdemokratie gegenüber zu nachgiebig" war, ergriff wiederum der Hansa-Bund die Initiative mit der Gründung eines „Abwehrausschusses gegen die Kommunalisierung in Frankfurt am Main"[127]. Im Winter 1919/20 kam es zu weitgehenden Kooperationsabsprachen zwischen den Verbänden des Großgewerbes und des Kleinhandels und Handwerks mit dem Ziel, zu einer „Vereinheitlichung der Interessen gelegentlich kommender Wahlen" zu gelangen und „Kandidaten zu gewinnen", insbesondere in der DDP den „freiwirtschaftlichen Flügel" gegen die „Sozialisierungswirtschaft der Frank-

---

124 Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 12. 10. 1918, ebenda. Die von der Zentrale angeregte Einführung des Leitsatzes „Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums" wurde „mit allem Nachdruck" zurückgewiesen, weil er „von den Angestellten und dem minderbemittelten Handwerk ... mißverstanden werden" könne als Schutz „derjenigen Kreise vor kommenden Abgaben ..., die jetzt schlechthin als die ‚Kriegsgewinnler' bezeichnet werden".

125 Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 31. 5. 1919, ebenda; Schreiben Fechts vom 1. 11. und Trumplers vom 6. 11. 1919, ebenda.

126 Bericht ... vom 16. 10. 1919 (2. Zitat), vom 14. 11. 1919 (1. Zitat), vom 22. 11. 1919 und vom 4. 1. 1920, ebenda. In der Sitzung vom 4. 1. 1919 erklärte der Hansa-Bund-Präsident Rießer, nach der gewerkschaftlichen Orientierung der Angestelltenverbände habe „der Hansa-Bund keine Veranlassung gehabt ..., diese Organisationen noch besonders in seinen Reihen zu berücksichtigen".

127 Bericht ... vom 1. 4. 1919, ebenda (Zitat); FN, 30. 4. 1919/Ab.; Akten des Abwehr-Ausschusses im Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1169. – Er wurde Ende April als „Abwehr-Ausschuß gegen die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels" gegründet und später erweitert.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

furter Zeitung" zu stärken[128]. Diese handfeste Politik eines „gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Unternehmer" wurde nunmehr als „Sammlung des Bürgertums" bezeichnet[129] und löste die weitergehende Sammlungskonzeption der Revolutionszeit, die im Bürger-Ausschuß ihren Ausdruck gefunden hatte, ab.

7. Zusammenfassung

Die Renaissance des Begriffs „Bürgertum" in der Revolutionszeit verweist auf ein gescheitertes Vorhaben – konkretisiert in dem liberalen Fusionsversuch und in der Bürgerratsbewegung –, nicht auf eine politische Realität. Erich Eyck schrieb 1919: „Es gibt keine Politik des Bürgertums mehr, sondern nur eine Politik des Beamtenstandes, eine Politik des gewerblichen Mittelstandes, eine Politik der Privatangestellten usw."[130] Mag diesen Worten auch Kritik an interessengebundener Politik aus der Warte des klassischen liberalen Politikmodells zugrundeliegen, so enthalten sie doch eine richtige Beobachtung. Am Beispiel Frankfurts konnte gezeigt werden, daß die Schichten, die man damals in Deutschland dem „Bürgertum" zurechnete, in der Revolutionszeit durch mehrfache Gegensätze gespalten waren: zwischen unterschiedlichen ökonomischen und sozialpolitischen Interessenlagen, zwischen Konfrontations- und Koalitionspolitik gegenüber der SPD, schließlich zwischen liberaler und konfessionell bestimmter Politik. Die antirevolutionäre Position fand im „Alten Mittelstand" ihre soziale Massenbasis, in dem wieder größer gewordenen politischen Gewicht kirchlicher Bindungen eine wichtige Stütze und in dem Abwehrkampf gegen Kommunalisierungspläne einen neuerlichen Mobilisierungsfaktor. In der zahlenmäßig größten der „bürgerlichen" Schichten Frankfurts, im „Neuen Mittelstand", fanden dagegen die politischen und sozialen Errungenschaften der Revolution im wesentlichen ein positives Echo. Wenn gleichwohl der Sozialdemokratie hier keine entscheidende Verbreiterung ihrer Wählerbasis gelang, so deshalb, weil sie den spezifischen Sonderinteressen der Gruppen des „Neuen Mittelstandes"[131], die sich eben nicht als Angehörige einer „neuen Arbeiterklasse" verstanden, als Partei der alten Arbeiterklasse nicht recht entgegenkommen konnte. Aber die Mehrheit dieser Schicht war ebensowenig für eine antisozialdemokratische bürgerliche Sammlung zu gewinnen, sondern bildete das soziale Fundament für die Festlegung der Frankfurter DDP auf den Kurs der sozialliberalen Koalition. Den Gründen

---

128 Bericht ... vom 22. 11. 1919, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012 (3. u. 4. Zitat); Bericht über die Sitzung der Fachverbände Frankfurt a. M. vom 17. 12. 1919, ebenda (1. u. 2. Zitat).

129 Presseerklärung vom Nov. 1919, ebenda, Bl. 244 (2. Zitat); Rundschreiben des Hansa-Bundes, Landesverband Südwest, Sitz Frankfurt, vom 24. 6. 1920, ebenda (1. Zitat).

130 E. Eyck, Des deutschen Bürgertums Schicksalsstunde, Berlin 1919, S. 15.

131 Siehe dazu jetzt den Literaturbericht von H. Siegrist, Angestellte, technisch-wissenschaftliche Intelligenz und Arbeiterklasse, in: Neue Politische Literatur, 23 (1978), S. 367–380.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nachzugehen, warum sie sich später davon abwandte und auch in Frankfurt, wo es einen parteipolitischen Antisemitismus vorher so gut wie nicht gegeben hatte, wie die Mehrheit aller bürgerlichen Schichten schließlich der Anziehungskraft des vermeintlich sozialpolitisch aufgeschlossenen und keinen Klassenstandpunkt vertretenden Nationalsozialismus erlag[132], der anstelle des gescheiterten liberalen Wettbewerbsmodells („freie Bahn dem Tüchtigen") eine sozialharmonistische, rassistische Führer-Ideologie anbot, jedoch erst in einem Untergang die Voraussetzungen für eine erstmals in der deutschen Geschichte erfolgreiche bürgerliche Sammlung schuf[133], führt über die eingangs umrissene Fragestellung unserer Untersuchungen hinaus.

---

[132] 1920 wurde die DVP nach Stimmen zur größten bürgerlichen Partei in Frankfurt, 1924 die DNVP, 1928 wieder die DVP und 1930 die NSDAP. Vgl. die einschlägigen Statistischen Jahresübersichten der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt 1922 ff. – Wenn Hartenstein, a. a. O., S. 242–246, einen besonders hohen DVP-Stimmenanteil in Städten mit einem starken Anteil des Neuen Mittelstandes konstatiert, so zieht er dabei erstens vor allem Residenzstädte mit einem hohen Beamtenanteil heran und stützt sich zweitens allein auf die Wahl von 1920. Für diese Wahl gilt seine Beobachtung auch in Frankfurt, doch die zeitweise Hinwendung des Neuen Mittelstandes zur bürgerlichen Klassenpartei DVP war höchst instabil. Vgl. dazu meine oben (Anm. 28) genannte Zusammenstellung.

[133] Vgl. dazu G. W. F. Hallgarten u. J. Radkau, Deutsche Industrie und Politik, Frankfurt 1974, S. 449–465 („Probleme der Begründung einer neuen bürgerlichen Massenbasis", mit weiterführender Literatur).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

SANDER A. DIAMOND

EIN AMERIKANER IN BERLIN AUS DEN PAPIEREN DES BOTSCHAFTERS ALANSON B. HOUGHTON 1922–1925

Am Abend des 31. März 1922 kamen einige prominente Mitglieder der Republikanischen Partei im exklusiven Metropolitan Club zusammen, um dem ersten Nachkriegsbotschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland, Alanson B. Houghton, ein Abschiedsessen zu geben. Seine Ernennung für den Berliner Posten hatte die meisten Berufsdiplomaten überrascht. Er war gewiß sehr wohlhabend und hatte im Wahlkampf von 1920 die Republikaner finanziell unterstützt; auch vertrat er den 37. New Yorker Bezirk im Repräsentantenhaus, wo er einige Erfahrungen in Ausschüssen („Foreign Affairs" und „Ways and Means") gesammelt hatte. Jedoch konnte ihn all dies kaum für eine so wichtige diplomatische Mission qualifizieren. Was ihn qualifizierte, war sein Einfluß in der Republikanischen Partei während einer Dekade republikanischer Herrschaft. Houghton repräsentierte jene Ära. Die Männer, die ihr das Gepräge gaben, waren oft Millionäre, die aus der Geschäftswelt kamen. Houghton war Millionär und Kongreßabgeordneter aus Corning in New York. Vor seiner Ernennung hatten sicherlich nur wenige außerhalb der Industrie je von ihm gehört. Aber die Produkte seines Unternehmens waren unter ihren Warenzeichen weltbekannt. Die Corning Glass Company machte das hitzebeständige Pyrex-Glas zum Begriff, entwickelte die Glasbirne für Edisons erste Glühlampe, standardisierte Eisenbahnsignale und richtete 1908 eines der ersten amerikanischen Laboratorien für industrielle Forschung ein.[1]

[1] Alanson B. Houghton wurde am 10. 10. 1863 in Cambridge, Mass., geboren; er starb am 16. 9. 1941 in South Dartmouth, Mass., an Herzversagen. Die Papiere, die für seine Laufbahn als Diplomat, erst als Botschafter in Berlin (1922–1925), dann als Botschafter in London (1925–1929), von Bedeutung sind, befinden sich im Besitz seines Sohnes Amory, der, 1890 geboren, als Direktor der Corning Glass Works in Corning, N. Y., tätig war und in den fünfziger Jahren als amerikanischer Botschafter in Paris diente. Die Sammlung wird im früheren Familienbesitz, The Knoll, in Corning aufbewahrt. Während seiner Zeit als Botschafter in Berlin führte Houghton ein ausführliches Tagebuch. Dieses 1386 Seiten umfassende Dokument wurde vom Botschafter mit der Maschine geschrieben und redigiert. Es ist in neun Bänden eingeteilt; es beginnt mit dem 18. 4. 1922 und endet mit dem 21. 2. 1925 (künftig zit.: Tagebuch, Bd.). Dieses Tagebuch findet sich in Box 1 der Houghton-Papiere. Box 2 enthält seine Notizbücher in neun Bänden; dabei handelt es sich um eine stark redigierte Version der Tagebücher. Im Jahre 1934 wurde Houghton zum Vorsitzenden des Vorstands des Institute for Advanced Study in Princeton, N. J., gewählt. 1940 begann er mit der Bearbeitung des Tagebuchs, weil er an eine Veröffentlichung dachte. Mit Hilfe eines Mitarbeiters des Instituts entstand eine endgültige Fassung. Nachdem er 1941 gestorben war, unterbrach die Familie das Projekt, da sie, im Kriege, befürchtete, die Kommentare im Tagebuch könnten als prodeutsch gedeutet wer-

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Abschiedsessen im Metropolitan Club war nach den Worten eines Beobachters eine „Kleinstadtaffäre". Betrachtet man aber die Berichterstattung und die Kommentierung, mit denen die Presse das Ereignis bedachte, so erscheint eine solche Charakterisierung schwerlich als gerechtfertigt. Die Tischrede des frischgebackenen Botschafters war nämlich nicht gerade geeignet, ihn jenen Millionen in den USA und in Europa zu empfehlen, die eine buchstabengetreue Erfüllung des Versailler Vertrags durchgesetzt sehen wollten und die Meinung vertraten, die westliche Zivilisation sei von der deutschen Aggression beinahe überrannt worden. Vor einem Zuhörerkreis, dem seine Freunde Nicholas Murray Butler von der Columbia University und John Dwight angehörten, ein ehemaliger Kongreßabgeordneter von Dryden (New York), dessen Einfluß bei Houghtons Ernennung eine sehr wichtige Rolle gespielt hatte, betonte der Botschafter mehr die hundert Jahre des „Friedens und der Freundschaft, in denen das amerikanische und das deutsche Volk miteinander verbunden waren, als die paar Jahre des Krieges und des Mißverständnisses, die sie getrennt haben". Er fuhr fort:

„Vor allen Dingen glaube ich nicht an den moralischen oder geistigen oder auch nur wirtschaftlichen Wert des Hasses. Haß erfüllt keinen nützlichen Zweck. Er ist gefährlicher für jene, die hassen, als für jene, die gehaßt werden. Er führt nur zu Verwirrung und Zerstörung.

Der Krieg ist vorbei. Der Verlierer muß, nach seiner Fähigkeit, die Zeche bezahlen. Aber die Ursachen, die Zuerkennung von Verantwortung und Schuld, das sind Dinge, die, offen gesagt, ich zum Beispiel nicht mehr diskutieren will. Sowohl der Norden wie der Süden haben nach dem Bürgerkrieg einen Ausweg gefunden, als sie sich um die Ursachen der Streitfrage, durch die sie getrennt worden waren, nicht mehr kümmerten und an die Arbeit gingen. Der Vergleich paßt nicht genau. Doch scheint mir, offen gestanden, daß entweder ein ähnli-

---

den. Es wurde nie veröffentlicht. Box 3 enthält seine Berliner Korrespondenz, die, unredigiert und alphabetisch geordnet, mehr als 3500 Briefe umfaßt (künftig zit.: B. K.). Box 4 enthält die Telegramme, die er an das State Department sandte und vom State Department erhielt. Eine begrenzte Anzahl dieser Telegramme wurde publiziert in: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1922–1925, 8 Bde. (künftig zit.: FRUS, Jahr, Bd.), Washington 1947 ff. Viele finden sich auch in: U. S. Department of State, Records of the Department of State Relating to the Internal Affairs of Germany, 1910–1929, 182 rolls, Washington, National Archives, Microcopy M336 (künftig zit.: M336, roll, frame number). Box 5 enthält Briefe aus Houghtons Zeit als Botschafter in London, Box 6 Zeitungsausschnitte, Fotokopien, Andenken, ferner seine veröffentlichten und unveröffentlichten Reden (handschriftlich); Box 7, 8 und 9 enthalten Material aus den Londoner Jahren. Zu Houghton siehe auch James B. Morrow, A Business Man Ambassador, in: Nation's Business, Juni 1922, S. 18 f.; A Business Man As Ambassador to Germany, in: Current Opinion, August 1922, S. 193 – 5; Ties with Germany Renewed, in: Literary Digest, 15. 4. 1922, S. 14 f.; The New York Times, 18. 1. 1922, S. 2; dazu ein Interview mit Amory Houghton, 5. 11. 1975.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cher Prozeß der praktischen Versöhnung eingeleitet werden muß oder zumindest die europäische Zivilisation untergehen wird."[2]

Außenminister Charles Evans Hughes fand an der Rede nur wenig Geschmack. In einem sehr deutlichen Brief warnte er den Botschafter vor künftigen „botschafterlichen Freiheiten". Schließlich war der Krieg noch keine ferne Erinnerung[3]. Die Pressekommentare waren außerordentlich feindselig. Der New Yorker „Globe" nahm sich Houghton vor: Er habe die Nachkriegshaltung vieler Menschen in Amerika und Europa falsch verstanden. „Erneuerte Freundschaften müssen auf Wahrheit beruhen", schrieb der Kommentator, „und die Wahrheit ist, daß die Hohenzollern ebenso sehr die Feinde der Deutschen wie die Feinde des Menschengeschlechts waren."[4] Andere Blätter äußerten sich noch sarkastischer und unterstellten, Washingtons neuer Vertreter in Berlin – der erste Inhaber dieses Amts seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA im Jahre 1917 – sei „prodeutsch". Diese Unterstellung erregte Houghton. Der Vorwurf verfolgte ihn bis an sein Lebensende.

Am Morgen nach dem Abschiedsessen gingen der 58 Jahre alte Glasfabrikant, der sich nun in einen Diplomaten verwandelt hatte, seine seit 31 Jahren mit ihm verheiratete Frau, Adelaide Louis Wellington, und seine siebzehnjährige Tochter Matilda an Bord der „Olympic", um die acht Tage dauernde Überfahrt nach Southampton anzutreten. Weder der chaotischen politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland noch der Komplexität seiner Aufgabe voll bewußt, schrieb er in sein Tagebuch, er hoffe, daß das Datum der Abreise – 1. April – „sich nicht als Omen für das erweist, was mir die Zukunft bringen wird"[5]. Über seine unmittelbare Zukunft nachdenkend, notierte er an jenem Abend: „Soviel ich feststellen konnte, scheinen mit meiner Mission keine großen Fragen verbunden zu sein . . . Daher, so denke ich, wird viel von der Haltung abhängen, in der meine Arbeit in Berlin getan wird, und diese Haltung habe ich gestern abend in einer Ansprache recht freimütig zum Ausdruck gebracht."[6]

Am 7. April gingen die Houghtons in Southampton von Bord. Sie fuhren mit der Bahn nach London, wo sie am Waterloo-Bahnhof von George Harvey und seiner Frau Dorothy erwartet wurden. Jetzt Botschafter am Hofe von St. James,

---

[2] Ties with Germany Renewed. In Delmonico's Restaurant, einem berühmten New Yorker Steak-Haus, sagte er vor einem Zuhörerkreis, in dem sich James Gerard, der Vorkriegsbotschafter in Berlin, befand, daß „die Wohlfahrt dieser Nation untrennbar mit der Wohlfahrt der Welt verbunden ist"; The New York Times, 22. 2. 1922, S. 26.

[3] Hughes an Houghton, 1. 4. 1922, B. K.

[4] The Globe, 1. 4. 1922, zit. nach Daily Editorial Digest (veröff. von CPA), Serial 801, Box 6. Die New Yorker World war noch kritischer: „Muß ein amerikanischer Diplomat, noch bevor er sein eigenes Land verläßt, sich in seiner neuen Stellung unbeliebt machen?" Houghton ließ sich dadurch nicht beirren. In einer Rede, die er vor amerikanischen Konsulatsbeamten in Deuschland hielt, hat er seine New Yorker Ausführungen fast wörtlich wiederholt; Address to Consuls, handschriftliche Bemerkungen, 7. 8. 1922, Box 6.

[5] Tagebuch, I, 1. 4. 1922.

[6] Ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

galt der 57 Jahre alte frühere Herausgeber von „North American Review" und „Harper's Weekly" nicht als eine der besseren diplomatischen Ernennungen Präsident Hardings. Viele nahmen daran Anstoß, daß er ziemlich trank, viele auch an seinem Ruf als Überläufer zu den Feinden Präsident Wilsons. Unter den Männern, die wichtige Posten im Ausland innehatten, gehörte Harvey nicht zu jenen, die Außenminister Hughes als „Männer von erstklassiger Qualität" zu rühmen pflegte[7].

Die Liste der unter Präsident Harding Ernannten war in der Tat eindrucksvoll. Im State Department übertrug Hughes die russischen Angelegenheiten De Witt Poole, die Leitung der für den Nahen Osten zuständigen Abteilung Allen Dulles, die der Westeuropa-Abteilung William Castle Jr., dem ehemaligen Dekan des Harvard College; die Abteilung für Lateinamerika übernahm Sumner Welles (den 1922 Francis White ablöste), und Henry Fletcher, früher Botschafter in Chile und Mexico, wurde als Staatssekretär vorgesehen. Nachdem Fletcher 1922 Botschafter in Belgien geworden war, trat an seine Stelle als Staatssekretär William Phillips, ein Berufsdiplomat, der den Rauhreitern angehört hatte, aus einer der führenden Intellektuellenfamilien stammte und der Großneffe des Reformers Wendell Phillips war. Hughes besetzte das State Department mit Männern von höchstem Kaliber, die in den nächsten zwanzig Jahren den Kurs der amerikanischen Außenpolitik mitbestimmten. Auch seine Auswahl für wichtige Überseeposten konnte sich sehen lassen: Joseph Grew ging in die Schweiz, Richard Child nach Rom, Cyrus Wood nach Madrid und Jacob Gould Schurman, früherer Präsident der Cornell University, nach China; Hugh Gibson erhielt die Botschaft in Warschau, Myron Herrick die in Paris. Die Ernennung dieser Männer hatte ihren Grund in ihrem diplomatischen Geschick und in ihrer Weltkenntnis, Houghton und Harvey erhielten ihre Botschaften als politische Belohnung[8].

Harvey wurde Botschafter, weil er entscheidend daran beteiligt war, Warren Harding die Nominierung als republikanischer Präsidentschaftskandidat zu si-

---

[7] Zu Harveys Auffassungen in den letzten Tagen des Weltkrieges vgl. George Harvey, Beware of Peace Drive, in: North American Review, Oktober 1918, S. 495 ff. Hughes' Kommentare zu Harvey bei Robert Murray, The Harding Era, Minneapolis 1969, S. 134. Zu Harvey vgl. Willis Fletcher Johnson, George Harvey. The Passionate Patriot, Boston 1929.

[8] Zur Diplomatie und den diplomatischen Ernennungen jener Jahre siehe Dexter Perkins, Charles Evans Hughes and American Democratic Statesmanship, Boston 1956; ders., The Department of State and American Public Opinion, in: The Diplomats, I, The Twenties, Princeton 1953, S. 282 ff.; Preston Slossen, The Great Crusade and After, New York 1939; Betty Glad, Charles Evans Hughes and The Illusion of Innocence, Urbana 1966; Ethan Ellis, Republican Foreign Policy, Rutgers 1968; Burt Noggl, Into the Twenties, Illinois 1974; Robert Schilzinger, The Making of the Diplomatic Mind. The Training, Outlook and Style of U. S. Foreign Service Officers 1908–1931, Middletown (Ct.) 1975; Norman Graeber, An Uncertain Tradition, New York, 1961; Lewis Einstein, A Diplomat Looks Back, New Haven 1968.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chern, als auf dem Parteikonvent von 1920 die Abstimmung zwischen General Leonard Wood und Frank O. Lowden unentschieden blieb. Die Ursprünge der Ernennung Houghtons sind ebenfalls in jener Situation zu finden. Als die Stimmen ausgezählt wurden, befanden sich Houghtons Freund, der Kongreßabgeordnete John Dwight, und Frank Lowden, früher Gouverneur von Ohio und nun erfolgloser Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, bei Harding. Dwight, der daran beteiligt gewesen war, Stimmen für Harding zu sichern, stand neben einem unruhigen Harding, der sich zu ihm wandte und sagte: „Ich möchte, daß Du alles bekommst, was Du haben willst." Dwight antwortete, daß, neben anderen Dingen, er und Lowden für ihren Freund Houghton gerne den Botschafterposten in Deutschland hätten, sobald dieser zu besetzen sei. Harding erwiderte, „daß das in Ordnung" gehe[9]. Es war ein etwas merkwürdiges Versprechen, da die Vereinigten Staaten und Deutschland sich juristisch noch im Kriegszustand befanden, der erst endete, als Harding am 2. Juli 1921 die Know-Porter-Resolution unterzeichnete. Außerdem bedurften diplomatische Ernennungen der Zustimmung des Senats. Jedoch wurde das Versprechen gehalten. Am 18. Januar 1922 erfolgte die Ernennung eines getreuen Republikaners und großzügigen Spenders für Hardings Wahlkampffonds zum Botschafter in Berlin. Einen knappen Monat später kam die Bestätigung durch den Senat, nachdem zwei einflußreiche Senatoren, William Calder und James W. Wadsworth, der Ernennung ihre Unterstützung geliehen hatten[10].

---

[9] Wie in Anm. 1 erwähnt, hat Houghton mit dem Institute for Advanced Study in Princeton bei der Herstellung einer redigierten Fassung seiner Tagebücher zusammengearbeitet. Am 3. 6. 1941, drei Monate vor seinem Tode, wurde er von einem Mitarbeiter des Instituts interviewt. Aufzeichnungen über dieses Interview befinden sich in Box 2 der Houghton-Papiere (künftig zit.: Princeton-Interview, 3. 6. 1941). Er erzählte dem Interviewer die Umstände seiner Ernennung. Im Oktober 1920 hatten Houghton und sein politisch wichtiger Schwager, Senator William Tully (Generalberater der Metropolitan Life Insurance Company), zugesagt, Lowdens Kandidatur für die Nominierung zu unterstützen. Es war der Beginn einer langen Freundschaft zwischen den beiden Männern (vgl. William Hutchinson, Lowden of Illinois. The Life of Frank O. Lowden, Chicago 1957, S. 420, 486). Später kam es zu Heiraten zwischen den beiden Familien (Interview mit Amory Houghton, 5. 11. 1975). Kaum war Houghton in Berlin eingetroffen, als ihn Lowden schon besuchte (Houghton an Dwight, 23. 4. 1922, B. K.). Sein zweiter enger Freund war John Dwight (geb. 1859, gest. 1928), der dem 57.–62. Kongreß angehörte. Ehe er nach Washington ging, hatte Dwight eine Lokalzeitung in Dryden, New York, herausgegeben. Während seiner Berliner Jahre schickte Houghton seine Tagebücher Dwight zur Aufbewahrung (Houghton an Dwight, 27. 5. 1922, 23. 1. 1923, 25. 1. 1924, B. K.).

[10] Die Feindseligkeiten wurden am 11. 11. 1918 eingestellt. Der „Kriegszustand" zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland endete jedoch erst 1921. Nachdem der Senat den Versailler Vertrag abgelehnt hatte, begannen separate Verhandlungen zwischen Washington und Berlin, die zu einem „Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen" führten, der am 25. 8. 1921 in Berlin unterzeichnet wurde; die Ratifizierung durch den Senat erfolgte am 18. 10., die Unterzeichnung durch den Präsidenten am 2. 11. 1921. Nach seinen Be-

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Houghtons verbrachten eine Woche in England, ehe sie den Kanal überquerten. In London traf Houghton mit dem dortigen deutschen Botschafter, Friedrich Sthamer, zusammen. Sthamer erklärte Houghton, jetzt, da der Krieg hinter ihnen liege, wolle Berlin „so bald wie möglich normale Verhältnisse wiederhergestellt" sehen[11]. Um eine Wiederholung der feindseligen Kommentare zu seiner New Yorker Rede zu vermeiden, blieb Houghton in seiner Antwort vorsichtig. Er sagte, das „Wenige, was ich tun könne oder nicht tun könne, hänge weitgehend von der Haltung der deutschen Regierung ab"[12]. Am Morgen des 14. April brachen er und seine Frau nach Paris auf, wo sie im Hotel Crillon abstiegen, das General Pershing während des Krieges berühmt gemacht hatte. Drei Tage in Paris genügten Houghton völlig. Er hatte weder für die Menschen noch für die Preise, die sie verlangten, etwas übrig. Das einzige Treffen von Bedeutung, das er in Paris hatte, war die Zusammenkunft mit Albert Boyden, dem inoffiziellen amerikanischen Vertreter bei der Reparationskommission, die gerade tagte, um die genaue Höhe der deutschen Reparationszahlungen festzulegen. Dies war eine Frage, über die Houghton wenig wußte und zu der er Distanz zu halten wünschte; wie er selbst sagte: „Ich hielt mich fern von jeder Publizität und von aller Politik."[13]

Die Rolle eines passiven und unbeteiligten Beobachters ließ sich jedoch nicht lange spielen. Houghton wurde in alle der damals wichtigen Fragen tief hineingezogen. Zum größten Ärger führender Politiker in Paris und London machte er sich während der drei Jahre seines Aufenthalts in Deutschland zum hilfreichen Freund der deutschen Politiker und Wirtschaftsführer. Seine Verwandlung von einem Botschafter, der lediglich die gesellschaftlichen Annehmlichkeiten seiner Stellung genießen wollte, zu einem Diplomaten, der als Kritiker der Politik der Alliierten auftrat, kam fast sofort. Die trübe und deprimierende Wirt-

---

stimmungen genossen die USA viele der Rechte und Privilegien, die den Alliierten im Versailler Vertrag zugestanden worden waren. Eine Kopie des Vertrags in: U. S. Department of State Relating to Political Relations Between the United States and Germany 1910–1929, Washington, National Archives, Microcopy 355, 4 rolls (künftig zit.: M355, roll, frame number). Die Bestimmungen in M355, 2, 205 ff., 393 ff. Vgl. ferner Edward J. Berbusse, Diplomatic Relations Between the United States and Weimar Germany 1919–1929, unveröff. Diss. Georgetown Univ. 1951; Barbara Ann Welter, The United States and Weimar Germany 1919–1929, unveröff. Diss. Univ. of Wisconsin 1960.

[11] Tagebuch, I, 8. 4. 1922.

[12] Ebenda. In England waren sie Gäste von Lord und Lady Astor in Cliveden.

[13] Houghton an Dwight, 23. 4. 1922, B. K.: „Du hast vielleicht von Ali Baba und den Vierzig Räubern gehört ... Laß mich Dir sagen, daß sie im Vergleich zu Pariser Hoteliers blutige Anfänger sind." Mrs. Houghton und ihre Tochter gingen nach Genf, wo die Tochter in einem Internat untergebracht wurde. Neben dieser Tochter gab es noch drei weitere Kinder: Eleanor, geb. 1896, Amory, geb. 1899, und Elisabeth, geb. 1908; ein fünftes Kind, Quincy, war 1907 im Alter von sechs Jahren gestorben. Von den Kindern verbrachte nur Amory, der 1921 sein Studium in Harvard abgeschlossen hatte, längere Zeit in Berlin.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftslage, die er bei seiner Ankunft in Deutschland vorfand, trug gewiß zur Änderung seiner Haltung wesentlich bei. Doch war das nur die halbe Antwort.

Als junger Mann studierte Houghton in Harvard. Er zeigte hervorragende Leistungen und gehörte zur Redaktion des „Harvard Crimson". Nachdem er 1886 sein Examen – mit magna cum laude – gemacht hatte, trat er nicht in den auf Hochtouren laufenden Familienbetrieb ein. Er war von der neuen Disziplin Soziologie und vor allem von den Ideen Henry Georges fasziniert. Dem Weg vieler Universitätsabsolventen jener Zeit folgend, ging er für weitere Studien nach Deutschland. Er kam in das Deutschland Bismarcks, Wagners und der industriellen Expansion. Die deutschen Universitäten waren Anziehungspunkte für Studenten der Naturwissenschaften, der Geisteswissenschaften und der Gesellschaftswissenschaften. Houghton studierte in Göttingen und Berlin, wo er zeitweise unter dem einflußreichen Historiker, Publizisten und Nationalisten Heinrich v. Treitschke arbeitete. Das Zweite Reich machte einen tiefen und bleibenden Eindruck auf ihn. Er entwickelte eine besondere Vorliebe für Deutschland und alles Deutsche, keine ungewöhnliche Erscheinung für einen Angehörigen seiner Generation. Während seines drei Jahre dauernden Aufenthalts eignete er sich die deutsche Sprache an, besuchte er die mittelalterlichen umwallten Städte an der „Romantischen Straße", kletterte er in den Alpen und erforschte er die sandigen Ebenen Brandenburgs. Er unternahm auch kurze Reisen nach Italien, Frankreich und – 1889 – ins zaristische Rußland. Aber weder die alten italienischen Stadtstaaten noch der Glanz von Paris oder die imperiale Größe von Moskau übten einen solchen Reiz auf ihn aus wie Berlin und die deutschen Landschaften. Dieser in Cambridge geborene Sohn eines Glasfabrikanten, dessen Vorfahren englischer Herkunft und schon in den fünfziger Jahren des 17. Jahrhunderts nach Amerika gekommen waren, entwickelte mithin ein Gefühl der spezifischen Verbundenheit, fast der Identität mit den Deutschen. Dazu nahm er viel von der antifranzösischen Stimmung auf, die damals die deutsche Gesellschaft durchdrang.

Houghton kehrte 1889 nach Amerika zurück. Seine Familie drängte ihn, die akademische Laufbahn aufzugeben und in das Familienunternehmen einzutreten. Zögernd gab er dem Drängen nach. 1910 war er bereits mehrfacher Millionär und erfreute sich des Lohns seiner Mühen: der schönen Autos, der guten Importzigarren, der britischen Tweedanzüge und, nach 1916, eines prächtigen Herrensitzes, auf einem Hügel über den Glaswerken in Corning erbaut. Ihm gehörten ferner Fabriken in Wellsboro (Pennsylvania) und Kingsport (Tennessee), dazu besaß er Anteile an der West Virginia Coal and Coke Company.

Von 1889 bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1922 blieb er aktiver Geschäftsmann und dann auch Politiker[14]. Als er im April 1922 mit der

[14] Princeton-Interview, 3. 6. 1941. Vgl. auch J. Morrow, a. a. O. Zur Entwicklung der Corning Glass Co. siehe Uri Mulford, Pioneer Days and Later Times in Corning and Vicinity 1789–1920, Corning, o. D.; Harlo Hakes (Hrsg.), Landmarks of Steuben County, Syracuse (New York) 1896.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bahn in Deutschland eintraf, setzte er zum ersten Mal seit 33 Jahren seinen Fuß wieder auf deutschen Boden. Er war von dem, was er sah, tief erschüttert. „Als ich heute morgen aus dem Abteilfenster schaute, um meinen ersten Eindruck von Deutschland zu erhaschen", notierte er in seinem Tagebuch, „war der Himmel bedeckt, und die vertraute Landschaft sah kalt und unheilverkündend aus."[15] Er entdeckte bald, daß seine ersten Eindrücke tatsächlich dem entsprachen, was die Zukunft für ihn bereithielt.

Auf dem Wege nach Berlin verbrachte Houghton zwei Tage in Köln mit dem Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland (AFG), General Henry Allen. Der General führte den Botschafter in die komplexen Probleme der Situation in Deutschland ein und arrangierte für ihn Treffen mit Vertretern der Alliierten. In Allens Haus in Koblenz lernte Houghton den französischen Hochkommissar, Paul Tirard, kennen, ferner den belgischen Hochkommissar, Baron Edouard Rolin-Jacquemyns, und den Repräsentanten Großbritanniens, Oberst Ryan. Jeder bemühte sich, den Standpunkt seiner Regierung darzulegen: Die Franzosen erwarteten jeden Augenblick einen Aufstand im Rheinland und drohten mit militärischer Intervention; die Belgier stimmten mit der französischen Lagebeurteilung überein, fürchteten aber, daß die Franzosen einen separaten Rheinstaat schaffen wollten; die Briten opponierten der französischen Politik und wünschten die sofortige Normalisierung der europäischen Angelegenheiten. Die Feindseligkeit gegen Deutschland und dazu die inter-alliierten Streitigkeiten bekräftigten nur Houghtons Überzeugung, daß die Animositäten, die der Krieg ausgelöst hatte, ehebaldigst der Geschichte angehören sollten. Blieben sie bestehen, mußte die Erosion der westlichen Zivilisation weitergehen[16].

Am 10. April traf Houghton in Berlin ein und begab sich sofort zur amerikanischen Botschaft. Das Gebäude befand sich in der Wilhelmstraße (Nr. 7), nicht weit vom weltberühmten Hotel Adlon. Houghton war von dem Anblick, der sich ihm darbot, entsetzt. Das Gebäude war seit dem Abbruch der Beziehungen zwischen den USA und Deutschland im Jahre 1917 nicht mehr benutzt, seit fünf Jahren nicht mehr geheizt und gereinigt worden. Der Botschafter beauftragte seinen Stab, Ordnung zu schaffen, und wies seinen Attaché, Chandler Parsons Anderson, an, sich nach einem neuen Gebäude für die amerikanische Botschaft umzusehen[17].

---

[15] Tagebuch, I, 18. 4. 1922.

[16] Tagebuch, I, 20., 21. und 22. 4. 1922. Vgl. dazu die ausgezeichnete Studie von Keith Nelson, Victors Divided. America and the Allies in Germany 1918–1923, Berkeley 1975, ferner Henry Allen, My Rhineland Journal, Boston 1929, und ders., Rhineland Occupation, Indianapolis 1927.

[17] Zum Zustand der Botschaft siehe Tagebuch, I, 24. 4. 1922. Houghton verlangte wiederholt Geld für ein neues Gebäude, doch lehnten State Department und Repräsentantenhaus stets ab (Houghton an Martin Madden, 5. 12. 1924, an John Jacob Rogger, 22. 3. 1924, B. K.). Schließlich bewilligte das Haus 100 000 Dollar; Houghton hielt 800 000 für erforderlich. In einem Interview sagte er, er habe 150 000 Dollar aus seinem eigenen Vermögen für „Reparatur und Einrichtung" der Botschaft ausgegeben (Frederick Collins,

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwei Tage nach seiner Ankunft in der deutschen Hauptstadt erhielt Houghton von Edgar von Haniel, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, die Nachricht, daß ihn der Präsident der Republik, Friedrich Ebert, in der Reichskanzlei empfangen wolle. An einem Samstag wurden Houghton und sein Stab zur Reichskanzlei gebracht, wo die formelle Übergabe seines Beglaubigungsschreibens stattfinden sollte. Nachdem sie das Gebäude betreten hatte, wurde die Gesellschaft ins Rote Zimmer geleitet, wo der Botschafter auf einer großen Chaiselongue Platz nahm. Augenblicke später eskortierte man Houghton in ein anderes Zimmer, wo er zu seiner großen Überraschung allein blieb. Nach einigen Minuten öffnete sich eine Flügeltüre und es erschien der Chef des Protokolls. Er kündigte den Präsidenten an. Dem Reichspräsidenten folgten hohe Beamte des Auswärtigen Amtes und Houghtons Stab. Houghton überreichte sein Beglaubigungsschreiben, und die beiden Männer hielten kurze Ansprachen. Nachdem die Formalitäten erledigt waren, zogen sie sich in ein anderes Zimmer zurück, wo sie sich etwa zwanzig Minuten lang unterhielten. Ebert sprach deutsch. So bekam Houghton erstmals Gelegenheit, seine Sprachkenntnisse zu testen. Er versagte. In seinen eigenen Worten: „Ich ging vollständig unter." Glücklicherweise war Haniel anwesend, um ihn wieder „herauszuziehen"[18]. Noch ehe die Woche vorbei war, engagierte Houghton einen Privatlehrer.

Ebert machte auf Houghton einen guten Eindruck: „Er ist ein ziemlich untersetzter, schwergebauter Mann mit einem guten Kopf, einem klaren Auge, und er vermittelt den Eindruck von Solidarität und ruhigem Urteil und viel Weitblick. Er ist ganz bestimmt ein ausgezeichneter Mann. Er besitzt vollendete Selbstbeherrschung, und es macht ihm offensichtlich keine Schwierigkeiten, seine Rolle zu spielen, und ich bin sicher, daß [er] die gute Meinung, die ich mir über ihn gebildet habe, rechtfertigen wird."[19]

Zu seiner Überraschung und Verärgerung blieb jedoch Ebert für fast einen Monat der einzige Regierungsvertreter, den er kennenlernte:

Abroad with our Ambassadors, II, The Ablest American in Europe, in: Women's Home Companion, Januar 1926, S. 15 ff.). Auf Grund des Zustands der Botschaft und einer plötzlichen Erkrankung der Tochter in Genf mußte er einen vorgesehenen Empfang für die diplomatischen Kreise in Berlin absagen. Der Empfang konnte erst am 21. 6. 1922 stattfinden. Nachdem er 350 Personen zu Gast gehabt hatte, notierte er in seinem Tagebuch (I, 21. 6. 1922): „Ich habe das Gefühl, daß wir einen guten Anfang gemacht haben." Als er im April zu seiner Tochter in die Schweiz fuhr, notierte er (I, 26. 4. 1922): „Der Unterschied zwischen der Schweiz und Deutschland ist wie Tag und Nacht. Hier ist alles ungestört." Während seiner Abwesenheit von der Botschaft vertrat ihn Warren Robins (geb. 1885), der von 1922 bis 1924 als Botschaftsrat in Berlin fungierte; er wurde 1931 zum Protokollchef des State Department ernannt. Chandler Anderson heiratete Houghtons Tochter Matilda; die Ehe wurde geschieden.

[18] Houghton an Dwight, 23. 4. 1922, B. K.; Tagebuch, I, 24. 4. 1922. Edgar v. Haniel, (geb. 1870) war Berufsdiplomat; er gehörte der Waffenstillstandskommission an und nahm an der Konferenz von Spa teil.

[19] Tagebuch, I, 24. 4. 1922.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Bis jetzt lassen sich die Deutschen noch nicht blicken. Praktisch das gesamte gesellschaftliche Leben ist auf den diplomatischen Kreis beschränkt. Was hier einmal die Hofgesellschaft war, existiert praktisch nicht mehr. Wer ein Gut auf dem Lande besitzt, lebt dort, wer keines besitzt, ist schon auf der Schwelle zum Armenhaus."[20]

Gleichermaßen belastend war in den ersten Wochen der ständige Strom von amerikanischen Besuchern, bei denen es sich nach Houghtons Meinung meist nur um Gefälligkeitsjäger handelte. Auch hatte der neue Botschafter zahllose Zusammenkünfte mit den Vertretern der anderen Großmächte. Wie er seine diplomatischen Kollegen charakterisierte, sagt uns viel über sie, mehr aber über Houghton selbst. Den japanischen Botschafter, Hioki, schildert er als einen „wackeren pummeligen kleinen Mann mit einem guten Kopf, der ein ausgezeichnetes Englisch spricht und Englisch, wie ich höre, jeder anderen Sprache vorzieht. Ich wollte, das täten alle". Über den britischen Botschafter, Lord d'Abernon, notierte er in seinem Tagebuch: „Der große Mann in Berlin . . . , ein überaus stattlicher Mann mit gutem Kopf und grauem Spitzbart . . . Er ist ein typischer Engländer, hart wie Stahl, hab ich den Verdacht, hinter einer offenen und angenehmen Außenseite." Machte Lord d'Abernon einen guten Eindruck auf ihn, bestätigte er jedenfalls Houghtons positive Meinung von den Engländern, so fand der Amerikaner in seiner Begegnung mit Laurent, dem französischen Botschafter, neue Nahrung für sein tiefsitzendes antifranzösisches Vorurteil:

„Er ist ein förmlicher, wichtigtuerischer kleiner Mann, ziemlich geschraubt, und macht alles andere als einen guten Eindruck. Er kommt mir hart und unbarmherzig vor und scheint mir seine Stellung nicht zur Entwicklung guter Beziehungen zu benützen, sondern zur Demonstration, wie unmöglich gute Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland immer sein müssen."[21]

War Houghton in der komplexen Welt der Diplomatie noch unerfahren und hatte er nur einen mangelhaften Begriff von der Situation in Europa, so galt das keineswegs auch für seinen Stab. Bei seinen Mitarbeitern handelte es sich um Berufsdiplomaten, die entweder erfahrene Deutschlandspezialisten oder junge College-Absolventen und Neulinge im Diplomatischen Corps waren. Houghton hatte seinen Stab zum größten Teil von Ellis Loring Dresel über-

---

[20] Tagebuch, I, 30. 4. 1922.

[21] Tagebuch, I, 24., 25. und 28. 4. 1922. Zwischen Ende April und Juni 1922 notierte er in seinem Tagebuch die Namen von fast 25 Besuchern. Am 28. 6. schrieb er: „Ich habe eine Anzahl von Besuchern empfangen, die nichts Besonderes zu sagen hatten, und es ist offensichtlich, daß ein Teil der Aufgabe hier darin besteht, Amerikaner aller Art zu empfangen." Indes war es ihm stets eine Freude, seinen Bruder Arthur (der mittlerweile seine geschäftlichen Angelegenheiten betreute) oder Frank Lowden, Rabbi Wise und Abe Flexner vom Rockefeller Institute zu sehen. Stets war er froh, wenn er aus Berlin, das er „schrecklich deprimierend" fand (Tagebuch, I, 2. 7. 1922), herauskam. Verschiedentlich machte er Reisen nach Schottland, wo er Golf spielte, auch besuchte er Orte in Deutschland, die er als Student kennengelernt hatte.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nommen, der nach dem Kriege zunächst als amerikanischer Kommissar in Deutschland tätig gewesen war; im November 1919 hatte man ihn zum Geschäftsträger in Berlin ernannt. Dresel sorgte für die Wiedereröffnung der amerikanischen Konsulate in Berlin, Bremen, Breslau, Bremerhaven, Dresden, Frankfurt, Leipzig, München, Stuttgart, Köln und Hamburg. Die Männer, mit denen diese Konsulate besetzt wurden, waren Berufsdiplomaten, die von den besten Universitäten kamen[22]. Die Bezahlung war notorisch schlecht, und die Arbeitsbedingungen mußten oft als eher abschreckend erscheinen; trotzdem begrüßten sie es allesamt, nach Deutschland zu kommen. Deutschland war, wie einer der Konsulatsbeamten sagte, das Schlachtfeld, wo Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Kontinents erkennbar wurden. Die Hauptaufgabe dieser jungen Leute bestand darin, in ihren verschiedenen Konsulatsbezirken den Finger am Puls der deutschen Entwicklung zu halten. Ihren Arbeitstag füllte die Lektüre der Lokalpresse, der Besuch politischer Veranstaltungen, die Weiterleitung ihrer Eindrücke an den Chef des Konsulats, die Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage, kurzum: die laufende Beobachtung des politischen und wirtschaftlichen Klimas[23].

Aus München berichtete Vizekonsul Robert D. Murphy detailliert über den Aufstieg des Nationalsozialismus; in Hamburg verfolgte Theodore Jaeckel die Fortschritte der Kommunistischen Partei; in Breslau beobachtete John Kehl die Anstrengungen junger Rechtsextremisten zur Unterminierung der Republik; aus Königsberg meldete Harold Clum sowjetrussische Bemühungen, den Bolschewismus zu exportieren. So erregend sie aber ihre Tätigkeit auch fanden, so frustrierte sie auf der anderen Seite doch die Überzeugung, daß ihre Berichte weder in Berlin noch in Washington gelesen wurden. In Robert Murphys Erinnerungen ist seine Frustration deutlich zu spüren.

Als Murphy im Oktober 1921 an das Münchner Konsulat kam, war er 27 Jahre alt. 1917 in den diplomatischen Dienst eingetreten, ging er im Frühjahr 1921 als Vizekonsul nach Zürich. In München traf er mit drei Kollegen ein. Ihre Berichte hatten sie dem Generalkonsul, William Dawson, direkt zu erstatten. Dawson war ein strenger Lehrmeister. Er sah seine Untergebenen mit Recht als Amerikas zukünftige Diplomaten an. „Er sprach", so schrieb Murphy in seiner Autobiographie, „Deutsch ebenso fließend wie Französisch und Spanisch und machte es in seinem Büro zur Regel, daß seine Vizekonsuln nie mit ihm Englisch reden

---

[22] Die Konsuln waren: Francis Dyer (Koblenz), Louis Dreyfus jr. (Dresden), Christian Stager (Dresden), Theodore Jaeckel (Hamburg), Leslie Reed (Bremen), John Kehl (Breslau), Harold Clum (Königsberg). An der Botschaft verfügte Houghton über einen Stab von 16 Personen. Im Jahre 1922 brauchte die Diplomatenpost mit dem Dampfer rund elf Tage nach Washington. Als sich das State Department bei Houghton über die Langsamkeit der Post beklagte, antwortete er: „Große Geister bewegen sich langsam." Houghton an Castle, 10. 8. 1922, B. K.

[23] Robert Murphy, Diplomat unter Kriegern, Berlin 1965, S. 26 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durften. Alle Gespräche mit ihm mußte ich auf Deutsch führen, einer meiner Kollegen auf Spanisch, der dritte auf Französisch."[24]

Während seiner ersten Monate in Deutschland hatte Murphy die langweilige Aufgabe, Visa auszustellen. In einem Haus untergebracht, das einer Studentenverbindung gehörte, und ohne Schreibkräfte arbeitend, fand Murphy seine Tätigkeit recht stumpfsinnig. Auch ärgerte es ihn, daß das State Department immer wieder das Budget des Konsulats beschnitt. Im Jahre 1922 hob sich seine Stimmung jedoch, als er eine neue Aufgabe erhielt, und zwar eine Aufgabe, die ihm den besten Traditionen des Dienstes zu entsprechen schien: er bekam die Weisung, die Aktivitäten eines Münchner Radikalen und einer neuen rassistischen Partei zu verfolgen. Zwischen 1922 und 1924 berichtete Murphy seinen Vorgesetzten über die Entwicklung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Bayern. Er beobachtete die Anfänge der Karriere Hitlers mit grosser Aufmerksamkeit; im März 1922 interviewte er den zukünftigen „Führer". 1924 schickten seine Vorgesetzten seine wörtlichen Stenogramme der Verhandlungen des Hitler-Ludendorff-Prozesses nach Washington. Viele Jahre später sagte er freilich über jene formative Zeit: „Aber so ernsthafte Mühe wir uns mit den Berichten gaben, wir wußten doch nie, ob sie in Washington überhaupt gelesen wurden. Man nahm sie dort mit völligem Stillschweigen entgegen."[25]

Murphy stand mit solchen Klagen nicht allein; sie wurden sowohl von Neulingen wie von erfahrenen Diplomaten erhoben. Viele Angehörige des Diplomatischen Dienstes glaubten, daß ein gut Teil ihrer Arbeit fruchtlos sei und daß die Führer ihres Landes wenig Verständnis und – was schlimmer war – noch weniger Interesse für die europäischen Probleme aufbrachten. Sie alle waren der Ansicht, daß man in Washington nur an die Eintreibung von Schulden denke; die innere Lage der europäischen Staaten kümmere das State Department und die Military Intelligence Division des War Department – die beiden Empfänger der Berichte – wenig[26].

Bis zu einem gewissen Grade war dieses Urteil richtig. Washington hatte keine klar definierte Deutschlandpolitik. Die amerikanische Regierung wünschte lediglich eine Stabilisierung der deutschen Wirtschaft, damit Deutschland die früheren Alliierten entsprechend den verschiedenen Verträgen bezahlen konnte. Wie Robert Murphy schrieb: „In meiner Münchner Zeit konnte ich weder meiner Regierung noch meinen Landsleuten auch nur das geringste Interesse an den politischen Entwicklungen anmerken, die uns an Ort und Stelle so bedrohlich und bedeutungsvoll erschienen. Das einzig wirkliche Interesse der Amerikaner

---

[24] Murphy, a. a. O., S. 26. Dawson nahm 1925 seinen Abschied. Er wurde an der Foreign Service School des State Department zum Chefinstrukteur ernannt.

[25] Murphy, a. a. O., S. 72.

[26] Ebenda. Vgl. auch Joseph Grew, The Turbulent Era. A Diplomatic Report of Forty Years 1904–1945, 2 Bde., Boston 1952.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am damaligen Deutschland war finanzieller Natur."[27] Einige der jungen Diplomaten fanden immerhin bei ihrem neuen Botschafter in Berlin Gehör. Noch vor Ende des Jahres 1922 sollte Houghton bei der Regierung in Washington nicht allein auf die Formulierung einer konkreten und innovativen Deutschlandpolitik dringen, sondern auch auf eine Revision der Einstellung zu den früheren Bundesgenossen Großbritannien und Frankreich.

Wie ist Houghtons rasche Wandlung von einem passiven Betrachter der deutschen Angelegenheiten zu einem freimütigen und streitbaren Kritiker der alliierten Politik zu erklären? Houghton teilte mit den Deutschen die Überzeugung, daß die Franzosen Deutschland für immer am Boden halten wollten; er argwöhnte sogar, daß die Franzosen danach trachteten, das Reich zu zerstückeln und die Rheinlande zu annektieren. Außerdem zog er aus seinen Beobachtungen den Schluß, daß der Versailler Vertrag ein schwerer Fehler sei und daß ein geschwächtes Deutschland eine geschwächte Weltordnung bedeute; alleiniger Nutznießer eines solchen Zustands sei Sowjetrußland. Schließlich wies ihn das State Department, nachdem bekannt geworden war, daß das geächtete Deutschland und das isolierte Rußland während der Konferenz von Genua den Vertrag von Rapallo geschlossen hatten, an, Berlin als Horchposten zu benutzen. Offenbar betrachteten die Deutschen ihre Wendung nach Osten als ein Mittel, ihren früheren Feinden Konzessionen abzunötigen, bedeutete Rapollo für die Bolschewisten das Durchbrechen ihrer diplomatischen Isolierung und ein Gegengewicht gegen die Stärke der Alliierten. Die Meldung über Rapallo kam am Ostersonntag des Jahres 1922. Am folgenden Tag, am 17. April, traf Houghton in Deutschland ein[28].

Anfänglich zeigte sich Washington über Berlins Versuch, Rußland in sein diplomatisches Spiel einzubauen, nicht sonderlich beunruhigt. Der Leiter der Westeuropa-Abteilung im State Department, Harvard-Mann William Castle, schrieb Houghton noch im April 1922:

---

[27] Murphy, a. a. O., S. 27. Aus der wissenschaftlichen Literatur seien folgende Werke genannt: Reuben Lang, Die Meinung in den USA über Deutschland im Jahr des Ruhrkampfes und des Hitlerputsches, in: Saeculum XVII (1966), S. 402–416; W. E. Bennet, Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, Cambridge (Mass.) 1962; E. Wandel, Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das Reparationsproblem 1924–1929, Tübingen 1971; Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik, Düsseldorf 1971.

[28] Der deutsch-sowjetische Vertrag von Rapallo stellte die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion wieder her; beide Seiten verzichteten auf finanzielle Ansprüche und verpflichteten sich zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Der Vertragsabschluß fand überraschend am 16. 4. 1922 während der Konferenz von Genua statt, zu einer Zeit, als sich die Kontakte zwischen Reichswehr und Roter Armee zu festigen begannen. Vgl. hierzu Theodor Schieder, Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages, in: HZ 204 (1967), S. 549–609; Karl Dietrich Erdmann, Deutschland, Rapallo und der Westen, in: VfZ 11 (1963), S. 105–165; Hermann Graml, Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, VfZ 18 (1970), S. 366–391.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Was die deutschen Angelegenheiten im Department angeht, so gibt es, glaube ich, nicht viel zu berichten, was über das hinausginge, was Sie bereits aus den Telegrammen kennen . . . Es hat in den Zeitungen und auch sonst ungeheuer viel Gerede über den deutsch-sowjetischen Vertrag gegeben. Mir persönlich gefällt er nicht, wenngleich ich es Deutschland nicht besonders ankreide, ihn ausgehandelt zu haben. Mir erscheint dies als ein weiterer Fall schlechter deutscher Psychologie, und wenn es zur Ausdehnung und Befestigung der schwindenden Macht der Regierung Lenines [sic] beiträgt, ist es ein Desaster."[29]

Im späten Frühjahr und Frühsommer 1922 hat sich jedoch die Haltung des State Department, wie die Korrespondenz zwischen der Berliner Botschaft und Washington zeigt, erheblich geändert. Männer wie Castle und Hughes befürchteten, daß Deutschland seine vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen werde, was wiederum eine bereits erschütterte Weltwirtschaft noch mehr schwächen mußte, und sie fragten sich überdies besorgt, ob nicht eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage den Kommunisten Auftrieb geben werde. Kündigte der deutsch-sowjetische Vertrag vielleicht einen dramatischen Linksruck in Deutschland an? Solche Befürchtungen lagen auch deshalb nahe, weil in Washington ohnehin der Verdacht bestand, daß die sozialistischen Führer der Weimarer Republik im Herzen Kommunisten seien, „Salonbolschewisten", die einem kommunistischen Sieg die Bahn bereiten wollten[30].

---

[29] Castle an Houghton, 22. 4. 1922, B. K. Castle wurde 1878 in Honolulu geboren, er absolvierte Harvard 1900 und fungierte, nachdem er 1919 im State Department zum Special Assistant ernannt worden war, von 1921 bis 1927 als Leiter der Abteilung für westeuropäische Angelegenheiten.

[30] Die Furcht der Vereinigten Staaten vor dem Bolschewismus ist gut belegt. Seit die Bolschewisten die Macht in Rußland übernommen hatten, verfolgte das State Department die Vorgänge in Rußland sehr aufmerksam. Die Akten enthalten zahllose Berichte aus allen Teilen Europas. Gegen Ende des Weltkriegs und bis 1919/20 fürchteten viele führende amerikanische Regierungsbeamte, daß Deutschland kommunistisch werden könne. In einem Bericht (Report on the Bolshevik Movement in Germany, William Bullitt an Secretary of State Robert Lansing, 25. 11. 1918; M336, 10, 71 ff.) heißt es: „Deutschland hat sich in der letzten Woche auf dem Weg zum Bolschewismus mit solcher Geschwindigkeit bewegt, daß es jetzt zweifelhaft ist, ob selbst die klügste Maßnahme" eine bolschewistische Herrschaft in Preußen und den nördlichen Seehäfen verhindern könne. Über die Aktivitäten der KPD und der anderen Linksparteien gingen wöchentliche Berichte in die USA. Während des Krieges wurden Berichte an die Military Intelligence Section des War College (bekannt als G-2) gesandt, nach dem Krieg an das State Department. Die Furcht vor dem Kommunismus hielt die USA jedoch nicht von Kontakten zu Vertretern der sowjetischen Regierung ab. So traf Houghton im Sommer 1922 mit Tschitscherin, dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, und Krassin, dem sowjetischen Repräsentanten in Deutschland, zusammen, um über Handelskonzessionen für die USA in Rußland zu diskutieren; vgl. Conversation Relating to A Proposed Commission to Russia, 1. 8. 1922, im Hotel Esplanade zu Berlin, B. K., ferner Hughes an Houghton, 22. 9. 1922, B. K. Houghton hatte für Tschitscherin – oder für irgendeinen anderen Repräsentanten der Bolschewiki – nichts übrig. Er schrieb an Hughes (22. 9. 1922,

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vor allem Castle hegte diesen Verdacht. Im Mai 1922 bat er Houghton um genaue Informationen über Walther Rathenau, der gerade den Vertrag von Rapallo geschlossen hatte. In seinem Brief an Houghton teilte Castle mit, daß Sulzer, der frühere Schweizer Gesandte, der gerade bei Castle wohnte, seine Besorgnis teile: Er „kennt Rathenau gut und hält ihn für den gefährlichsten Mann in Europa"; tatsächlich, so setzte Castle hinzu, seien alle Nachrichten, die Washington erreichten, nur geeignet, den Verdacht zu bestätigen, daß Rathenau zwar ein sehr guter Geschäftsmann, aber „im Grunde ein Kommunist und völlig prinzipienlos" sei, der zum „Führer der Kräfte der Zerstörung werden könnte"[31].

Houghton traf mit Rathenau am 1. Juni 1922 zusammen. Sie hatten sich schon zuvor kennengelernt, doch war die Begegnung am 1. Juni die erste Gelegenheit zu einer informellen Unterhaltung. Houghton war bereits Präsident Ebert, Rathenaus Vorgänger als Außenminister Rosen und etlichen Großindustriellen – darunter Krupp von Bohlen – begegnet; keiner machte einen stärkeren Eindruck auf ihn als Rathenau:

„Um fünf Uhr ging ich ins Auswärtige Amt, um Rathenau zu treffen. Rathenau ist ein Mann von guter Statur, wahrscheinlich sechs Fuß (1,80 m) groß und schlank, mit einem kahlen Kopf und ergrauendem Bart. Er spricht sehr langsam und etwas bedeutungsschwer, ein bißchen *ex cathedra*, aber er redet mit wunderbarer Klarheit und mit Nachdruck und malt ein Bild Deutschlands, wie er es sieht . . . Er möchte, ganz allgemein, möglichst freundschaftliche Beziehungen anknüpfen."[32]

In den nächsten Wochen verbrachten die beiden Männer viele Stunden miteinander. Mitte Juni fühlte sich Houghton in der Lage, Castle zu antworten:

„Was die Fähigkeit des Mannes angeht, so steht sie natürlich außer Frage. Sein Denkprozeß läuft auf Kugellagern und ohne Störung, und ich halte seine Analyse wirtschaftlicher Fakten für das Umfassendste und Beste, was mir seit langem begegnet ist . . . Ich bin aber schon der Meinung, daß er seine Fakten nicht immer gut genug ordnet, um das richtige Resultat zu erreichen. In seiner derzeitigen Position ist er natürlich Advokat und Propagandist. Mich hat nicht etwa sein Radikalismus – von dem soviel die Rede ist – überrascht, sondern daß seine Äußerungen und Meinungen so gemäßigt sind. Ich glaube nicht, daß Rathenau irgendwie gefährlich ist . . . und meine Bewunderung für ihn wächst ständig."[33]

B. K.): „Er ist das absolut destruktivste menschliche Wesen, das ich je getroffen habe . . . Alles in allem eine außerordentlich komplexe Persönlichkeit mit Degenerationstendenzen." Indes setzte Houghton die Gespräche fort, und die USA trafen einige Handelsvereinbarungen mit Moskau.

[31] Castle an Houghton, 11. 5. 1922, B. K.

[32] Tagebuch, I, 1. 6. 1922.

[33] Houghton an Castle, 19. 6. 1922, B. K. Houghton schrieb seinem Freund Dwight (27. 5. 1922, B. K.): „Ich glaube, daß unsere Beziehungen zur (deutschen) Regierung gerade jetzt ziemlich fest sind, und wenn Rathenau und ich uns vertragen können, wird meine Stellung hier sehr stark sein." Rathenau und Houghton trafen sich am 7., 8., 14., 15., 21., 22. und 23. Juni (vgl. dazu die jeweiligen Eintragungen im Tagebuch, I und II). Die meisten

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Houghtons Vertrauen zu Rathenau hat allerdings weder Castles Befürchtungen zerstreut noch dessen Vorurteile gemildert. Er warnte Houghton davor, zu Rathenau eine über das berufliche Notwendige hinausgehende Beziehung an-
Rathenau eine über das beruflich Notwendige hinausgehende Beziehung an-
mochte ihn auch nicht, weil er jüdischer Herkunft war. In einem Brief an Außenminister Hughes machte Castle aus seinem Antisemitismus kein Hehl, außerdem brachte er die Juden mit dem Kommunismus in Verbindung:

„Juden scheinen völlig opportunistisch zu sein . . . Rathenau, der wahrscheinlich nicht zugibt, daß er Jude ist, repräsentiert das extrem kultivierte, reiche, intellektuelle Element des Judentums . . . Am anderen Ende sind jene Juden, manche davon schlau wie Trotzki, die als Unruhestifter in den Fabriken und unter den Arbeitslosen der Städte wirken, Revolten schürend und Streiks inszenierend."[34]

Castle schloß mit der Bemerkung, daß die „Judenfrage" sehr vorsichtig behandelt werden müsse; „wenn sie aber in anderen Ländern den Aspekt annimmt, den sie in Deutschland hat, wird eine Frage daraus werden, der sich zu stellen die Welt gezwungen sein wird."[35]

In den Morgenstunden des 24. Juni 1922 wurde Castles Unruhe über das Verhältnis zwischen Houghton und Rathenau gegenstandslos. Zwei rechtsradikale Antisemiten, der frühere Marineoffizier Kern und ein Ingenieur Fischer, schossen auf Rathenau und warfen dann eine Handgranate in seinen offenen Wagen, als ihn sein Chauffeur von seiner Villa im Grunewald über die Königsallee ins Auswärtige Amt fahren wollte. Einige Augenblicke später war er tot. Während seiner Tätigkeit im Öffentlichen Dienst haben wenige Ereignisse einen tieferen Eindruck auf Houghton gemacht. Am Abend vor dem Mord gaben Lord d'Abernon und Houghton ein Dinner für Oberst Logan, den amerikanischen Beobach-

---

Amerikaner, die Rathenau kennenlernten, waren von der Geschliffenheit seines Geistes und der Klarheit seiner Gedanken beeindruckt. Aber manche argwöhnten wie Castle, daß er im Grunde seines Herzens Sozialist sei. Dresels Kommentar (Dresel an Secretary of State, 3. 6. 1921; M336, 32, 591) war nicht untypisch: „Er ist hebräischer Herkunft. Er ist eine beherrschende Erscheinung, hochgebildet, spricht mehrere Sprachen ohne Akzent und hat die kultivierten Formen eines Mannes von Welt. Seine Feinde beschuldigen ihn, ein Salonsozialist zu sein."

[34] Castle an Hughes, 2. 11. 1922, M336, 19, 769 ff. Im Herbst 1922 verbrachte Castle 15 Tage in Europa. Sein Bericht an Hughes (ebenda) zeigt, daß er nicht nur für die Juden, sondern auch für die Deutschen nicht viel übrig hatte: „Der deutsche Charakter hat sich nicht sehr verändert; dieses Deutschland muß wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus mit außerordentlicher Aufmerksamkeit beobachtet werden."

[35] Ebenda. Castles Abneigung gegen die Juden ist aus einer ganzen Anzahl von Briefen zu ersehen. So schrieb er zu einer Kontroverse zwischen State Department und Handelsministerium (Castle an Houghton, 13. 7. 1922, B. K.): „Wie Sie wissen, ist der Handelsminister selbst nicht über Reklame erhaben, und die diversen Juden, die die verschiedenen Abteilungen des Ministeriums dirigieren, betreiben sie mit Hingabe." Die Kontroverse drehte sich um die Verbreitung von Pressemitteilungen; Handelsminister war damals Herbert Hoover, der zukünftige Präsident der Vereinigten Staaten.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ter bei der Reparationskommission[36]. Rathenau war ebenfalls eingeladen, kam aber erst spät. Er war im Reichstag aufgehalten worden, u. a. durch eine Rede Carl Helfferichs, der zu den Führern der Nationalisten gehörte; Helfferich hatte Rathenau und die von ihm vertretene Politik scharf angegriffen. Rathenau traf um 19.30 Uhr ein. Während des Essens wurde die Kohlenfrage erörtert, zu der die Reparationskommission gerade Untersuchungen anstellte. Rathenau erzählte seinen Tischgenossen, daß ihn am Mittag Hugo Stinnes – Ruhrindustrieller und bitterer Feind Rathenaus – besucht habe und daß sie ebenfalls über die Kohlenfrage gesprochen hätten. Rathenau sagte, daß er diese Unterhaltung gerne fortsetzen würde. Houghton berichtete:

„Mit meiner Zustimmung rief er Stinnes über das Telephon an und forderte ihn auf, zu uns zu kommen. Stinnes erwiderte, daß er gerade eine lange Konferenz mit Bemelmans, dem belgischen Mitglied des Garantiekomitees, beendet habe, und sagte, er werde um 22.30 Uhr kommen."[37]

Nachdem Stinnes eingetroffen war, drehte sich das Gespräch um die Kohlenfrage. In vieler Hinsicht waren sich Stinnes und Rathenau einig. Zum Beispiel nahm Stinnes beifällig zur Kenntnis, daß es Rathenau vorzog, „für Belgien englische Kohle zu kaufen, statt noch mehr deutsche Kohle auszuliefern"; auch stimmten beide darin überein, daß die Reparationen berichtigt werden müßten, und Stinnes hörte gerne, daß Rathenau „den Vertrag von Rapallo nur unterschrieben habe, um Frankreich . . . daran zu hindern, Rußland zu Reparationsforderungen an Deutschland zu zwingen". Von Houghton aus gesehen, schien es, als könnten die beiden Rivalen zusammengebracht werden. Wenn das gelang, konnte eine Stabilisierung der politischen Situation in Deutschland einsetzen, die es dann wiederum den Vereinigten Staaten erlauben würde, ihre Interessen zu befriedigen. Für Houghton war das Treffen ein persönlicher Triumph. „Um 1 Uhr am Samstagmorgen sind sie dann zusammen aufgebrochen", schrieb er an Hughes. Rathenau und Stinnes fuhren anschließend ins Esplanade, wo Stinnes abgestiegen war; dort setzten sie ihre Unterredung bis 4 Uhr morgens fort. Sieben Stunden später war Rathenau tot[38].

Rathenau wurde im Reichstag aufgebahrt. Eine riesige republikanische Flagge bedeckte den Sarg. Alle Angehörigen des Diplomatischen Corps nahmen am

---

[36] Die Ereignisse jenes Abends sind schon seit längerer Zeit bekannt. Graf Kessler hat für seine Biographie Rathenaus, die erstmals 1929 erschien (neue Ausgabe: Wiesbaden 1962), Houghtons Notizen benützen können. Lord d'Abernon hielt in seinen Erinnerungen (Ein Botschafter der Zeitwende. Memoiren, 3 Bde., Leipzig 1929/30, Bd. 1, S. 29) fest: „Es ließen sich viele Beispiele ihrer [der Amerikaner in Berlin] Verbundenheit mit dem deutschen Leben zitieren. Ich möchte hier nur eines erwähnen: Rathenau hat den Abend vor seiner Ermordung in der amerikanischen Botschaft in einer langen Konferenz mit seinem bitteren Feind und Rivalen Stinnes verbracht. In keinem anderen Hause in Berlin wäre dies möglich gewesen.

[37] Houghton an Hughes, 25. 6. 1922; M336, 18, 051 ff. Weitere Bemerkungen zu der Einladung im Tagebuch, II, 23. u. 24. 6. 1922, ferner im Princeton-Interview, 3. 6. 1941.

[38] Houghton an Hughes, 25. 6. 1922; M336, 18, 051 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Begräbnis teil, das am 27. Juni stattfand. Rathenaus Mutter saß auf dem Platz, der früher für den Kaiser reserviert war, während Reichspräsident Ebert die Grabrede hielt. Houghton war durch das Mitgefühl, das allenthalben zum Ausdruck kam, tief bewegt. In Brief auf Brief an Freunde und Kollegen brachte er Reflexionen über diese Tragödie zu Papier. John Dwight, seinem Vertrauten, schrieb er:

„Rathenau und ich zogen am gleichen Strang, und meine Stellung hier wurde wunderbar stark. Jetzt ist alles in Scherben, und man muß von vorn anfangen. Als ich an jenem Samstagmorgen von Rathenaus Tod hörte, war mir wirklich danach zumute, einfach zu kapitulieren und nach Amerika zurückzukommen. Er war der einzige, auf den man in Deutschland wirklich setzen konnte. Er wußte mehr als alle anderen zusammen. Noch ein paar Jahre und er hätte Deutschland ohne Zweifel aus allen Gefahren und Nöten herausgeführt und fest auf die gerade Bahn zur Besserung gebracht."[39] Houghton, ein sensibler Mensch und von milder Wesensart, war so außer sich, daß er mit dem Satz schloß:

„Ich hätte 12 Personen in den Vereinigten Staaten nennen können, die man hätte ermorden können, ohne daß dagegen viel zu sagen gewesen wäre und ohne daß es in der Welt hier ein Chaos gegeben hätte. Warum konnte es nicht einer von diesen sein?"[40]

In Houghtons umfangreicher Korrespondenz gibt es wohl keinen Brief, der besser illustrierte, wie er seine Rolle als amerikanischer Vertreter in Deutschland auffaßte, und in keinem Brief zeigt sich deutlicher seine Unkenntnis des gesellschaftlichen und politischen Klimas. In den Monaten nach der Ermordung Rathenaus lernte er die komplizierte Situation in Deutschland besser verstehen.

In der ersten Zeit seines Aufenthalts in Deutschland glaubte Houghton, daß Männer, die Macht ausüben, eine Gemeinsamkeit der Interessen und gemeinsame kulturelle Werte besäßen. Er glaubte nicht, daß man, um seine Ziele zu erreichen, listig und skrupellos vorgehen müsse. Trotz der Schlächterei der Kriegsjahre klammerte er sich an die Überzeugung, daß Männer mit gleichem Geschmack und gleichen Aspirationen im Grunde aufrichtig und rational sind; sie mußten in der Lage sein, sich zusammenzusetzen und die Probleme der Welt gemeinsam zu lösen. Ohne Frage liegt hier die Erklärung für sein Verhältnis zu Rathenau, der, wie er selbst, ein wohlhabender Industrieller war, ein zum Politiker gewordener gebildeter und kultivierter Geschäftsmann. Das Dinner

---

[39] Houghton an Dwight, 15. 7. 1922, B. K. Zum Begräbnis Tagebuch, II, 27. 6. 1922.

[40] Houghton an Dwight, 15. 7. 1922, B. K. Einer ganzen Anzahl von Amerikanern schrieb Houghton, daß die USA mit Rathenau ihren besten Freund in Deutschland verloren hätten, z. B. am 15. 7. 1922 (B. K.) Myron Herrick, dem amerikanischen Botschafter in Paris. Am 8. Juli 1922 (B. K.) schrieb er Castle: „Ich bin durch Rathenaus Tod ziemlich deprimiert. Ich hatte mir bislang selbst Ihnen nicht zu schreiben erlaubt, wie stark sich meine Stellung hier entwickelte. Rathenau und ich hatten eine echte Freundschaft geschlossen. Ich bin sicher, daß er das Spiel ganz in meinem Sinne spielen wollte." In seiner Antwort (13. 7. 1922, B. K.) sagte Castle: „Sein Verlust ist also fast unersetzlich."

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf der Botschaft symbolisierte einen Lebensstil und eine Art der Problembehandlung, die einem zu Ende gehenden Zeitalter angehörten. Der Mord hingegen symbolisierte den Beginn einer neuen Ära. Er zwang Houghton, seine Anschauungen zu überprüfen. Zu den vielen Lehren, die er aus solchen Erfahrungen zog, zählte auch die Erkenntnis, daß persönliche Integrität zwar höchst wünschenswert sei, daß aber in der Welt der Diplomatie Berechnung und Gerissenheit ebenfalls hoch eingeschätzte Qualitäten darstellten[41].

Houghton sah sich außerdem genötigt, die amerikanische Haltung gegenüber der deutschen Frage zu überdenken. Washington wollte Schulden eintreiben. Um das tun zu können, mußte Deutschland in der Lage sein, Reparationen zu zahlen. Eines war sicher: der öffentlichen Meinung folgend, war man in Washington der Ansicht, daß die Kriegsschulden der Alliierten nicht gestrichen werden konnten. Houghton hatte das Rathenau oft genug gesagt, und der Außenminister hatte es auch verstanden. In einem Brief an Castle schrieb Houghton:

„Es wird Sie interessieren, wie Ratheman über diese Dinge gedacht hat. Er hat zunächst einmal eine Wartestellung bezogen und dabei alles getan, was er konnte, um einerseits Deutschland zusammenzuhalten und andererseits solche Gesten der Erfüllung zu machen, wie sie eben in seiner Macht standen. Schon vor einiger Zeit hat er jedoch gesehen, daß Frankreich dringend Geld braucht. Und er wußte, daß, wenn Frankreich Geld braucht, weder Frankreich noch die Reparationskommission die Bedingungen der Anleihe festlegen würden, sondern der Geldgeber."[42]

Als Sicherheiten, so fuhr Houghton fort, gebe es zwei Arten. Die eine umfasse verpfändetes Vermögen (d. h. Eisenbahn, Zolleinnahmen, industrielle Monopole), die andere bestehe darin, daß Deutschland völlig befreit werde von „weiteren französischen Einmischungen. Es ist schwierig, das von Frankreich zu verlangen, doch ist es ein essentieller Bestandteil der Anleihe". Houghton setzte hinzu: „Frankreich wird Deutschland zweifellos keine Immunität zusichern, wenn nicht zuerst die ganze Reparationsfrage einmal durch eine Barzahlung in der zu der betreffenden Zeit größtmöglichen Höhe und zweitens durch die Annahme einer, wie Rathenau es nannte, ‚Formel' über Zeitpunkt und Festlegung zusätzlicher deutscher Zahlungen geregelt wird. Würde dieser Plan realisiert, wäre Deutschland von der aktiven politischen Einwirkung frei, die die Deutschen für die letzten drei Jahre unter einem so brutalen Druck gehalten hat. Auch würde die Trennungslinie zwischen Rathenaus Erfüllungspolitik und Stinnes' Politik der Nichterfüllung fallen; mit anderen Worten: es fiele das einzige Hindernis zwischen der jetzigen Regierung und der Volkspartei. Wenn Rathenau in der Lage gewesen wäre, sich die Unterstützung durch Stinnes zu

---

[41] Sowohl Houghtons Tagebuch wie seine Korrespondenz zeigen, daß dieser Wandel fast sofort eintrat. Die Ermordung Rathenaus trennte ihn von seinen anfänglichen Anschauungen; die Welt war komplexer, als er gedacht hatte.

[42] Houghton an Castle, 8. 7. 1922, B. K.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichern, hätte er im wesentlichen alle soliden politischen Gruppen zusammengebracht und lediglich die reaktionäre Rechte und die kommunistische Linke draußen gelassen. Etwas in dieser Art schwebte Rathenau vor."[43]

Abschließend schlug Houghton einen sehr pessimistischen Ton an: „Ich vermute, daß Rathenaus Wunsch, in der Nacht vor seinem Tode, Stinnes in die Botschaft zu bekommen – nach seinem Weggang von der Botschaft verbrachte er noch ein oder zwei Stunden mit Stinnes –, den Zweck verfolgte, mehr oder weniger definitiv in bestimmte neue Verhandlungsphasen einzutreten. Sein Tod aber macht dem ein Ende und beseitigt den einzigen Mann, so weit ich sehen kann, der außerhalb Deutschlands genügend Autorität besaß, um fähig zu sein, das deutsche Staatsschiff in einen sicheren Hafen zu steuern."[44] Sein Tod, so schloß der Botschafter, „macht einen völligen Neuaufbau unserer Stellung notwendig"[45].

Nach dem Mord hat Houghton sozusagen „die Tore der Botschaft geöffnet". Deutschlands neue Führer wurden seine Gäste und Gesprächspartner, doch lernte er auch die politischen und militärischen Spitzen des alten Regimes kennen. Ende Juni 1922 machte er den Versuch, den am Vorabend der Ermordung Rathenaus geknüpften Faden wieder aufzunehmen. Im Hinblick auf die Pläne, die Rathenau zur Zeit seines allzu frühen Todes verfolgt hatte, schien es nur logisch, die Diskussion mit Rathenaus Rivalen Stinnes fortzusetzen. Anders als Rathenau war Hugo Stinnes nicht Mitglied der Regierung, doch übte er großen Einfluß aus. In der Öffentlichkeit als „Kaufmann von Mülheim" bekannt, hatte er aus ererbten Firmen ein gewaltiges Wirtschaftsimperium gemacht und zählte nun zu den größten Eigentümern in der deutschen Eisen- und Kohlenwirtschaft; daneben gehörten ihm zahlreiche andere Unternehmungen wie Reedereien, Hotels und sogar Zeitungen. Schon vor dem Kriege eine wichtige Figur in der Industrie, machte er sich nach dem Kriege die Inflation zunutze und baute einen vertikalen Trust auf. In den Jahren nach dem Umsturz des Novembers 1918 wurde er als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei in den Reichstag gewählt, auch tauchte er an jenen Konferenztischen auf, an denen hinsichtlich der internationalen Stellung Deutschlands „die wahren Entscheidungen fielen". Er nahm als Sachverständiger an der Konferenz von Spa teil und war zwei Jahre später, 1922, führend am Stinnes-Lubersac-Abkommen mit Frankreich beteiligt. Erich Eyck hat von ihm gesagt, daß er, so geschickt er auf seinem eigenen Feld operiert habe, in politischen Dingen doch stets Dilettant geblieben sei[46]. Houghton war ebenfalls dieser Meinung, glaubte aber, daß ihm Stinnes nützliche Einblicke in die sich rasch verändernde politische und wirtschaftliche Situation verschaffen könne. In einer Zeit, da Rathenau tot war und der Währungsverfall

[43] Ebenda.
[44] Ebenda.
[45] Ebenda.
[46] Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Erster Bd., Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1954, S. 228.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

phantastische Ausmaße annahm, begannen der Geschäftsmann-Botschafter und der „Kaufmann von Mülheim" einen vertraulichen Meinungsaustausch. Von Stinnes aus gesehen, war ein besserer ausländischer Freund kaum zu finden. Stets rasch bei der Hand, wenn es günstige Gelegenheiten auszunützen galt, sah Stinnes in Houghton einen potentiellen Verbündeten, der in seinem Amt in der Lage und vielleicht auch willens sein mochte, die amerikanische Politik im Sinne von Stinnes zu beeinflussen.

Im Oktober 1922 lud Hugo Stinnes den amerikanischen Botschafter auf seinen Landsitz ein. Am 24. Oktober und bis in den nächsten Tag hinein erörterten die beiden Männer ausführlich den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und Stinnes Pläne für einen Abbau der Reparationen. Stinnes zeigte Houghton einen Entwurf des Lubersac-Stinnes-Abkommens, in dem vorgesehen war, daß Deutschland die zerstörten Gebiete in Nordfrankreich wiederaufbauen, Frankreich dagegen auf sonstige Reparationen verzichten und seine Truppen aus dem Rheinland abziehen sollte. Stinnes, der seinem Plan amerikanische Unterstützung zu sichern suchte, fand in Houghton einen Mann, der bereit war, zuzuhören und das Gehörte dem amerikanischen Außenminister mitzuteilen[47].

Am 30. Oktober erhielt Hughes von seinem Botschafter einen 14 Seiten langen vertraulichen Brief[48]. Darin berichtete Houghton seinem Vorgesetzten, Stinnes sei überzeugt, daß Frankreich die Zerstörung Deutschlands wolle und daß allein die Annahme seiner Vorschläge einen Ausweg aus der gegebenen Situation eröffne. „Bitte, betrachten Sie die Feststellungen über Stinnes' Plan als im höchsten Grade vertraulich", schrieb Houghton. „Stinnes hat mir gesagt, daß zur Zeit neben mir nur Reichspräsident Ebert, Poincaré, de Lubersac und er selbst eine Kopie besitzen." Jedoch hatte auch der französische Botschafter in Deutschland, Laurent, eine Kopie. Houghton informierte Hughes, daß Laurent mit ihm die Vorschläge Stinnes' besprochen habe, und schloß: „Der Abzug französischer Truppen aus dem Rheinland . . . würde niemals zugestanden werden."[49]

Stinnes machte Houghton aber nicht nur mit dem Vertragsentwurf bekannt, sondern auch mit seinen Vorschlägen für eine Wiedergeburt Deutschlands und Europas[50]. Stinnes forderte die vollständige Räumung des Rheinlands und des Saargebiets bis April 1923 und den vollständigen Abbau der Reparationen. Dafür sollte in Deutschland („möglicherweise durch ein Plebiszit") folgendes festgelegt werden:

1. Alle Deutschen leisten ohne höhere Bezahlung so lange Überstunden, bis Deutschland wieder über eine aktive Handelsbilanz verfügt;

---

[47] Zu Stinnes Einladung siehe Tagebuch, III, 24. 10. 1922. Zu den Diskussionen mit Stinnes siehe Houghton an Hughes, 30. 10. 1922, B. K. (auch M336, 18, 396 ff.).

[48] Ebenda.

[49] Ebenda.

[50] Der vollständige Text des Stinnes-Plans war Houghtons Brief an Hughes vom 30. 10. 1922 (vgl. Anm. 47) beigeschlossen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Sicherung der Verzinsung und Amortisation einer Goldanleihe, mit der der Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens und die Stabilisierung der deutschen Währung bewirkt werden soll.
3. Die deutsche Regierung hebt alle Kontrollen über den binnen- und außenwirtschaftlichen Geschäftsverkehr auf.
4. Deutschland, wieder mit normalen Löhnen und unter normalen Bedingungen arbeitend, erhält überall in der Welt die Meistbegünstigungsklausel zugebilligt und Zugang zu allen Rohstoffen und Kolonialgebieten ohne Rücksicht darauf, unter welcher Flagge sie stehen, und zu den gleichen Bedingungen wie die übrige Welt.
5. Für eine Periode von fünf Jahren werden alle Streiks in den für die Volkswirtschaft vitalen Bereichen verboten.
6. Nach der Stabilisierung und nach der Sicherung einer Reparationsanleihe wird die Mark ihren internationalen Kurs „finden" dürfen.
7. Jene Personen der Mittelklasse und jene Rentner, die durch die Inflation ihrer Existenzgrundlage beraubt wurden, sollen vom Staat temporär durch jährliche Unterstützungen versorgt werden.

Stinnes' vertrauliches Memorandum schloß mit dem Ausblick: Nachdem diese vorbereitenden Arbeiten geleistet sind, werden sich Deutschland und Frankreich zusammen mit England, Italien und Belgien an die Vereinigten Staaten von Amerika wenden müssen, um eine Lösung für die Verschuldung zwischen den Nationen zu finden und damit die endgültige Liquidation der Folgen des Krieges von 1914–1918 zu ermöglichen[51].

Der Plan war kühn, sogar phantastisch, und ging weit über alles hinaus, was Rathenau oder gar die Franzosen und ihre Verbündeten sich vorgestellt hatten. Washington wollte zu diesem Zeitpunkt nicht hineingezogen werden. Houghton wußte das, Stinnes wußte es ebenfalls. Stinnes' Bereitschaft, Houghton Einblick in vertrauliche Dokumente zu gewähren, gab dem Botschafter einen besseren Begriff vom Wesen dieses Großindustriellen. Stinnes hatte seine Finger in mehr Dingen, als er zunächst zeigen wollte. Allmählich begann aber Houghton das ganze Ausmaß von Stinnes' Machenschaften zu erkennen.

Bis zur Ermordung Rathenaus hatte Houghton geglaubt, daß in Deutschland die gewählte Regierung die wahre Macht darstelle und daß ihre gewählten Mitglieder tatsächlich das Steuer in der Hand hielten. An Stinnes konnte er aber die Komplexität der sozialen und politischen Situation studieren; er begriff, daß die wahre Macht bei den Industriellen zu finden war und daß die Regierung zunehmend von ihnen abhängig wurde. So erzählte ihm Stinnes im Oktober 1922, daß ihn Reichskanzler Wirth um Vorschläge für die Besetzung eines neuen Kabinetts gebeten habe[52]. Stinnes lehnte ab, da er – dies war die Essenz dessen, was er Houghton mitteilte – nur mit dem Präsidenten der Republik, Ebert, zu ver-

[51] Ebenda.
[52] Tagebuch, III, 23. 10. 1922.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handeln wünschte. Im Laufe des Jahres 1922 und bis ins Jahr 1923 hinein begann Houghton zu verstehen, daß Stinnes nicht nur seine politische Macht erweiterte, sondern durch Ausnutzung der Inflation auch ein riesiges Wirtschaftsimperium aufbaute, daß also für ihn die Inflation, trotz seines Geredes vom nationalen Ruin Deutschlands, ein Glücksfall war. Wichtiger war jedoch Houghtons noch unbewiesener Verdacht, daß Stinnes insgeheim an der Untergrabung der Republik arbeitete[53].

Am 20. September 1923, sechs Wochen vor Hitlers Münchner Putsch, sagte Stinnes zu Houghton, daß nach seiner Meinung Deutschland bald einen Diktator bekommen werde. In einem Brief an Hughes schilderte Houghton die Unterhaltung mit Stinnes, die einen guten Einblick in Stinnes' Denkweise erlaubt[54]: Als Resultat der französischen Anschläge auf Deutschland sehe Stinnes die Möglichkeit einer Abtretung sowohl des Rheinlands wie des Ruhrgebiets an Frankreich voraus. Auf längere Sicht werde sich die gesamte deutsche Bevölkerung gegen die Franzosen und gegen die Republik wenden, die mit der Krise nicht fertigwerden könne. Daher werde ein Diktator erscheinen, ein Mann, der imstande sei, Deutschlands innen- und außenpolitische Probleme zu lösen:

„Das Resultat besteht darin, daß es einen Diktator mit Vollmacht, das Notwendige zu tun, geben muß. Ein solcher Mann muß gefunden werden: er muß die Sprache des Volkes sprechen können, selbst aber Bürger sein. *Er sagte, ein Mann dieses Typs stehe bereit.* Er glaube, daß eine mächtige Bewegung unmittelbar bevorstehe, die ihre Ursprünge in Bayern habe und die Monarchisten wieder an die Macht bringen wolle. Ich fragte ihn, wie unmittelbar dies bevorstehe, und er antwortete, daß die Bewegung sich in zwei oder drei Wochen zeigen werde . . . Der monarchistischen Bewegung, so fuhr er fort, werden sich die verschiedenen Rechtsparteien anschließen, bis zu einem gewissen Grade zumindest auch Gemäßigte, die jetzt noch in der Mitte stehen. Er meinte, daß dies in erster Linie einen Kampf gegen den Kommunismus bedeuten wird."[55]

Als halte er Deutschlands Geschick in den Händen, so skizzierte Stinnes für Houghton die nächste Zukunft. Er sagte voraus, daß Mitte Oktober drei oder vier Millionen Deutsche arbeitslos sein würden. Von der wirtschaftlichen Unordnung profitierend, würden die Kommunisten versuchen, sich der Regierung zu bemächtigen. Berlin werde zum Handeln zu schwach sein. Um eine Revolution zu verhindern, werde Reichspräsident Ebert sich auf den Artikel 48 der Reichsverfassung stützen und den Ausnahmezustand erklären. Dann werde er einen Ausschuß von drei Männern berufen, die als „Diktatoren" zu amtieren hätten. Die parlamentarische Regierung werde zum Stillstand kommen, das Militär die

---

[53] Houghton an Hughes, 21. 9. 1923, B. K. Zu den Beziehungen zwischen Stinnes und der radikalen Rechten vgl. Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln/Berlin 1969, S. 102. Stinnes starb 1924; sein Imperium brach bald danach zusammen.

[54] Houghton an Hughes, 20. 9. 1923, Presidential Papers of Calvin Coolidge, Series I, Library of Congress, Washington, File Number 198, 198a, German Embassy, reel 92.

[55] Ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kommunisten rücksichtslos niederwerfen. Ein ziemlich überraschter Houghton kommentierte:

„Ich weiß wirklich nicht, welche Bedeutung Herrn Stinnes Äußerungen zugeschrieben werden sollte. Es ist aber klar, daß, wenn sich die Industriellen entschlossen haben, mit ihrem Geld und ihrer ausgezeichneten Organisation die Rechte zu unterstützen, eine ernste Krise bevorstehen kann, gerade wie er gesagt hat."[56]

Stinnes Machenschaften wurden allmählich zum offenen Geheimnis. In Washington traf William Castle mit dem ehemaligen deutschen Reichskanzler Cuno und dem deutschen Botschafter Otto Wiedfeldt zusammen. Die Unterredung fand am 2. November statt, nur sechs Tage vor dem gescheiterten Putsch Hitlers. Als Castle die Frage stellte, ob Houghtons Bericht über seine Unterhaltung mit Stinnes ernst genommen werden müsse, antwortete Wiedfeldt: „Ja!" Er schilderte dann eine Begegnung, die er selbst mit Stinnes gehabt hatte:

„Fast sofort fragte mich Stinnes, ob ich bereit sei, einer der drei Diktatoren zu sein. Ich sagte ihm, daß niemand diese Stellung annehmen könne, der nicht die deutsche öffentliche Meinung ziemlich fest hinter sich habe, daß ich sie gewiß nicht wolle, daß aber, wenn ich genötigt sein sollte, sie anzunehmen, meine erste Handlung darin bestehen würde, etwas Spektakuläres zu tun, das Deutschland so weit wie möglich einigen und für mich einnehmen würde. Stinnes fragte, was das denn wäre, und ich sagte ihm, daß es darin bestehen würde, ihn sofort ins Gefängnis zu setzen. Er sagte dann nichts mehr über meine Annahme der Diktatur."[57]

Alle Fragen zum Zeitpunkt des erwarteten Putschs fanden ihre Antwort am Abend des 8. November. Houghton war an diesem Abend Gast in der italienischen Botschaft[58]. Unter den Dinnergästen befanden sich Ago v. Maltzan, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, der britische Botschafter, der persische Gesandte und der Geschäftsträger von Ekuador. In einem Brief an Hughes berichtete Houghton, wie er die ersten Nachrichten über das Münchner Ereignis erhielt. „Ich hatte gerade meinen Mantel ausgezogen [nach der Rückkehr in die amerikanische Botschaft], als ich von United Press [Grote, dem UP-Korrespondenten] angerufen wurde, die mir den Ausbruch des Hitler-Ludendorff-Putschs und seine Tolerierung durch Kahr und Lossow und die anderen mitteilte ... Da aber die Drahtverbindung zwischen München und Berlin unterbrochen war und keine

---

[56] Ebenda. Am 23. 9. 1923 (Tagebuch, VI) notierte Houghton: „[Stinnes sagt,] er weiß nicht, wer der Diktator sein wird. Er meint, daß es ein Mann sein sollte, der, wie er sich ausdrückt, die Sprache des Volkes spricht und selbst ein Bürger ist. Ich weiß nicht recht, was ich von all dem halten soll. Ich kann mir nicht vorstellen, warum in aller Welt mir Stinnes das erzählt." Er setzte hinzu: „Ich neige zu der Ansicht, daß Stinnes an ein Datum zwischen dem 10. und 15. Oktober denkt, wenn auf Grund der wachsenden Arbeitslosigkeit die Zeit nach seiner Meinung reif sein wird."

[57] Castle an Houghton, 2. 11. 1923, B. K.

[58] Tagebuch, VI, 8. 11. 1923. Vgl. auch Princeton-Interview, 3. 6. 1941.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Möglichkeit bestand, weitere Informationen zu bekommen, ging ich schlafen. Das war am Freitagmorgen um 1 Uhr. Um 2 Uhr kam Anderson [Chandler, der persönliche Attaché] an meine Tür und sagte, daß Maltzan mich sprechen wolle und im Speisezimmer warte."[59]

Maltzan, so fuhr Houghton fort, sei von einer Sondersitzung des Kabinetts gekommen, um ihm zu erklären, daß die Regierung, falls notwendig, kämpfen werde[60]. Maltzan erschien um 10 Uhr vormittags wieder, freudig erregt, und berichtete, daß Kahr und Lossow sich gegen den Putsch gewandt hätten und sowohl Hitler wie Ludendorff festgenommen worden seien[61].

Diese Meldung aus München hörte Houghton gerne. Aber er zog aus ihr nicht den Schluß, daß damit die politischen Schwierigkeiten Deutschlands vorüber seien:

„Was man im Auge behalten muß . . . , ist, daß dieser absurde Putsch eine Sache für sich ist und die Situation nicht grundlegend ändert. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Preise steigen . . . , und es gibt viele Millionen Deutsche, die glauben, daß ihre einzige Hoffnung auf bessere Verhältnisse darin besteht, die Regierung Stresemann zu stürzen und durch eine nationale Regierung mit einem militärischen Diktator zu ersetzen. Das sind die wesentlichen Tatsachen. Sie beherrschen die Gegenwart. Sie werden die Zukunft bestimmen."[62]

Wie Stinnes in die Affäre verwickelt war, hat Houghton nie genau erfahren. Fast ein Jahr lang war davon die Rede gewesen, daß ein Österreicher namens Hitler möglicherweise putschen wird. Wie gut waren Houghton und seine Vorgesetzten in Washington über die Lage in Bayern unterrichtet? Die ersten Berichte über die Hitler-Bewegung erreichten Houghton etwa einen Monat vor der Ermordung Rathenaus. Ihr Verfasser war Robert Murphy, der, wie schon erwähnt, als Vizekonsul in München amtierte. Während der Jahre 1922 und 1923 war Murphy sozusagen auf die „Hitler-Story" angesetzt. Er besuchte NSDAP-Kundgebungen, sammelte NS-Literatur und erreichte ein Interview mit Hitler. Das Interview war nur kurz; offenbar sollte Murphy lediglich herausfinden, ob Hitler einen amerikanischen Hintermann hatte. Hitler verfügte über Geldgeber, von denen einige bekannt waren, andere hingegen nicht. Ein Gerücht besagte, Henry Ford, der amerikanische Automobilfabrikant, der in

---

[59] Houghton an Hughes, 12. 11. 1923, B. K.

[60] Ebenda.

[61] Ebenda.

[62] Ebenda. Der Austausch von Informationen zwischen München und Berlin liefert eine interessante Ergänzung. Murphy schrieb Houghton am 9. 11. 1923 (M336, 18, 506): „Hitler soll einen Reichswehrhauptmann niedergeschossen haben. Sowohl Hitler wie Ludendorff und auch Pöhner sollen Gefangene der Regierung sein." Am folgenden Tag berichtete Houghton nach Washington (M336, 18, 512), daß die „Verhaftung Ludendorffs und Flucht Hitlers das definitive Ende der von ihnen geführten Bewegung bringt. Sie hat nur eine geringe Stärke in Bayern und gar keine Stärke anderswo . . . Interessant ist, daß v. Seeckt in ständiger Verbindung mit den bayerischen Truppen war". Im Laufe weniger Tage sollte sich Houghtons Bild jedoch ändern.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seiner Zeitung die „Protokolle der Weisen von Zion" veröffentlicht hatte, habe die junge NSDAP finanziell unterstützt. Als Hitler darüber befragt wurde, antwortete er: „Leider hat Mr. Fords Organisation der Partei bislang noch keine Geldzuwendungen gemacht."[63]

In den folgenden Berichten schilderte Murphy ausführlich die Entwicklung Hitlers und der Nationalsozialisten. Genau ein Jahr vor dem Putsch, im November 1922, meldete er, daß „Hitler ein naturalisierter Österreicher, ursprünglich Tscheche, ist und früher Maler von Beruf war . . . Er ist ein ausgesprochener Antisemit und träumt von einer Umwälzung"[64]. In einem anderen Bericht schrieb er:

„Wenn auch Hitlers Programm anti-alles und jedes ist, so scheint doch der hauptsächliche Punkt der Antisemitismus zu sein. . . Hitler ist es gelungen, Eindruck auf jene Klassen zu machen, die vom Bolschewismus am meisten zu befürchten haben. Er hat ohne Frage Gelder von industriellen Kreisen erhalten, die von ihm Hilfe bei der Unterdrückung von Streiks erwarten. Wer Hitler persönlich kennt, widerspricht den Presseberichten über seine Persönlichkeit. . . Er scheint seiner Sache völlig ergeben zu sein und will offenbar alles Sensationelle und Theatralische vermeiden. Er soll erklärt haben, daß seine antisemitischen Anschauungen lediglich Propagandazwecken dienen, was ohne Zweifel zutrifft, da in Bayern die Judenfrage billigerweise nicht als akut bezeichnet werden kann."[65]

Noch vorhandene Dokumente zeigen, daß Houghton die Situation in Bayern schon ein Jahr vor Hitlers Putsch mit Besorgnis beobachtete. Er schrieb an Hughes, manche Leute hielten Hitler nur für ein Werkzeug der Monarchisten, für einen Mann, der für eine Restauration arbeite[66]. Diese Ansicht sei völlig falsch;

---

[63] Robert Murphy an Hughes, 17. 3. 1922, Report of an Interview with Hitler; M336, 15, 771 f. Es hatte Gerüchte über eine Verbindung zwischen Ford und der jungen NS-Partei gegeben. Solche Annahmen scheinen aber ohne Substanz zu sein; wenn doch Beziehungen bestanden haben, sind sie jedenfalls nicht mehr feststellbar. Vgl. Sander A. Diamond, The Nazi Movement in the United States 1924–1941, Ithaca/London 1974, S. 96; ders., The Years of Waiting. National Socialism in the United States 1922–1933, in: American Jewish Historical Quarterly LIX (1970), S. 256–271.

[64] Robert Murphy an Hughes, 10. 11. 1922, Report on the Bavarian Situation; M 336, 18, 206 ff.

[65] Robert Murphy, Report on the Bavarian Situation for 1922, Annual Report by American Vice-Consul R. D. Murphy; M 336, 18, 538 ff. Am 3. 3. 1923 schrieb Murphy an Hughes (M 336, 18, 678 ff.), daß auf den „regelmäßigen Kundgebungen, die Hitlers Organisation im Staate [Bayern] veranstaltet, genügend Funken geschlagen werden, um eine reichsweite Feuersbrunst hervorzurufen, doch fallen sie auf grünes Holz". Er fügte seinem Bericht auch Beispiele der NS-Propagandaliteratur bei.

[66] Houghton an Hughes, 21. 11. 1922, B. K. Houghton schickte seinen Militärattaché, Captain Truman Smith, nach Bayern, um die Hitler-Bewegung zu beobachten. Seine Feststellungen deckten sich mit denen Murphys. Die Papiere von Truman Smith befinden sich in der Yale University Library, Manuscript Division.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihre Verfechter hätten eine irrige Vorstellung davon, wer für wen arbeite. Was Hitler wolle, sei eine Diktatur, und zwar mit ihm selbst am Ruder; Hitler, „der, so wird geschätzt, über 30 000 Bewaffnete verfügt", entwickle sich „durch seine Leidenschaft und seinen Fanatismus und seine dominierende und attraktive Persönlichkeit" in der Tat rasch zum Führer der ganzen Bewegung[67]. An seiner Einschätzung, daß die politische Instabilität in Bayern dem ganzen Reich Unheil bringen könne, daß Hitlers NSDAP und andere extremistische Gruppen nur Symptome einer tiefer sitzenden Krankheit seien, ließ sich Houghton auch durch das Scheitern des Putsches nicht irremachen. Am 3. März 1924 äußerte er sich in einem Brief an Hughes über den Hochverratsprozeß gegen Hitler und Ludendorff. Das Schreiben dokumentiert nicht nur die Aufmerksamkeit, mit der Houghton den Prozeß verfolgte, sondern auch sein Verständnis für das, worum es ging:

„Es ist in der Tat zweifelhaft, ob der Prozeß ohne die aggressive Haltung der Angeklagten überhaupt stattgefunden hätte, da die bayerische Regierung klar erkannte, in welche Verlegenheit sie geraten mußte, wenn das Beweismaterial gegen sie selbst vorgelegt wurde. . . Hitlers Verteidigungsrede zeigt ihn als den Volksredner, der geschickt die Emotionen einer nicht sonderlich intelligenten Zuhörerschaft zu mobilisieren weiß."[68]

Houghton begriff allmählich, daß hinter den vordergründigen Autoritäten eine noch nicht genauer definierte Schattenregierung stand, aus Männern zusammengesetzt, die zur Zerstörung der Weimarer Republik entschlossen waren. An die Stelle der Republik wollten sie eine Diktatur setzen, die willens und fähig sein sollte, den Franzosen zu widerstehen, den Niedergang Deutschlands rückgängig zu machen und – um Robert Murphy zu paraphrasieren – die Linke zu vernichten[69]. Hitler war eine Manifestation solcher Aspirationen, Stinnes ebenfalls. Man konnte diese Männer zwingen, die politische Bühne zu verlassen, aber die Ressentiments, die ihnen ins Rampenlicht verholfen hatten, blieben, „denn die Erbitterung der Bevölkerung als Ergebnis ihrer Nöte seit 1918 ist eine ungeheure Kraft, die die patriotischen Führer gut auszunützen wissen"[70]. Wie es ein anonymer amerikanischer Attaché formulierte: „Ähnlich dem Kamel in dem arabischen Märchen ist es dem Nationalsozialismus, nachdem er seinen Kopf

---

[67] Houghton an Hughes, 21. 11. 1922, B. K.

[68] Houghton an Hughes, 3. 3. 1924; M336, 20, 192 ff. Murphy verfolgte den Prozeß gegen Hitler und Ludendorff und versorgte die Regierung in Washington mit genauen Aufzeichnungen. An Hughes schrieb er am 29. 2. 1924 (M336, 20, 232 ff.), für die Nazis und ihre Freunde seien Deutschlands Probleme und deren Lösungen einfach genug: „Schuld an Deutschlands Unglück sind die Novemberverbrecher von 1918, die Sozialdemokraten, die Juden und Freimaurer. Diese müssen zuerst vernichtet werden. Wenn auf diese Weise die Einheit und politische Reinheit des deutschen Volkes hergestellt ist, kann die Schlacht für die Befreiung des Landes von seinen äußeren Feinden beginnen."

[69] Ebenda.

[70] Ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ins Regierungszelt gebracht hatte, fast gelungen, den Bewohner hinauszustoßen oder die ganze Behausung umzuwerfen."[71]

Die wahre Bedrohung stellten also Industrielle wie Stinnes dar, rechtsgerichtete politische Gruppen, Repräsentanten des alten Regimes und sogar Angehörige der amtierenden Regierung wie auch der Bürokratie. Je besser Houghton diese Leute kennenlernte, um so stärker wurden seine Befürchtungen. General Hans v. Seeckt, zwischen 1920 und 1926 Chef der Heeresleitung, ist ein gutes Beispiel. Seeckt, dem Lord d'Abernon Ähnlichkeit mit Julius Caesar attestieren wollte, hätte er nicht ein Monokel getragen, hielt, wie Houghton meinte, das Schicksal der Republik in seiner Hand[72]. Er war in den Augen Houghtons befähigt und intelligent, aber auch sehr gefährlich, und der Botschafter vermutete, daß der General über enge Beziehungen zu radikalen Elementen in Bayern und in der Armee verfügte. Am 2. März 1923 trafen sich die beiden Männer zum Abendessen, und Seeckt erklärte dem Botschafter, daß ein „neuer Krieg . . . in keiner Hinsicht dem vergangenen Krieg gleichen werde. Weder Grabenkämpfe noch das Niederkämpfen von Festungen würden notwendig sein. Ein solcher Krieg werde ein Bewegungskrieg sein, weshalb die Artillerie in der Lage sein müsse, den Truppen überall hin zu folgen"[73]. Später in jenem Jahr, als die Inflation ihren Höhepunkt erreichte, schrieb Houghton seinem Freund John Dwight, man müsse „vernünftigerweise annehmen, daß der Diktator, über den wir gesprochen haben, früher oder später erscheinen wird. Es ist sogar kalte, harte, konkrete Tatsache, daß wir ihn jetzt schon haben. General v. Seeckt, der an der Spitze der Armee steht, hat in Wahrheit das Heft in der Hand. Ohne ihn und ohne die Armee würde hier absolute Anarchie herrschen"[74].

Der Botschafter machte auch noch die Bekanntschaft anderer Leute, die er für gefährlich hielt. Über General Erich Ludendorff, den er in der Botschaft empfing, bemerkte Houghton, der General sei ein interessanter Mann, allerdings von der „bolschewistischen Gefahr" besessen, die er bis zur Unwirklichkeit übertreibe. In Großadmiral v. Tirpitz sah er einen alten und verbitterten Mann, doch erkannte er in dieser Verbitterung die Empfindungen von Millionen Deutschen. Der Admiral behauptete, daß es 1914 eine anglo-französische Verschwörung zur

---

[71] Political Report, Bavarian Political Review for 1923, 5. 1. 1924; M336, 20, 08 ff. Einige Ausländer nahmen Hitler sehr ernst und trauten ihm die Gestaltung der Zukunft Deutschlands zu. Einer davon war George Sylvester Viereck. Nach einem Interview mit Hitler veröffentlichte er im Oktober 1923 einen prophetischen Aufsatz (American Monthly, S. 235–238): „Hitler muß mit Vorsicht behandelt werden. Er ist Sprengstoff . . . Wenn er am Leben bleibt, wird er sicherlich, in gutem oder schlechtem Sinne, Geschichte machen."

[72] Lord d'Abernon, a. a. O., II, S. 59 f.

[73] Tagebuch, IV, 2. 3. 1923.

[74] Houghton an Dwight, 17. 11. 1923, B. K. Nach einem Empfang beim Reichspräsidenten notierte Houghton (Tagebuch, IX, 1. 1. 1925): „Für mich ist er der stärkste und fähigste Deutsche, den ich kennengelernt habe, vielleicht mit einer Ausahme, nämlich General v. Seeckt."

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vernichtung Deutschlands gegeben habe und daß es diese Verschwörung noch immer gebe. Houghton lernte ferner Generalfeldmarschall Paul v. Hindenburg kennen, den 75 Jahre alten Helden des Weltkriegs, und Dr. Hjalmar Schacht, den er als „unmäßig ehrgeizig" ansah, als einen Mann, der „mit Vorsicht behandelt werden" müsse[75]. Jeder von ihnen hatte seine Gefolgschaft, jeder mußte auf seine Weise die Zukunft der Republik beeinflussen. Zusammen waren sie in der Lage, Weimar zu zerstören. Während man also in Washington glaubte, die Gefahr drohe von der extremen Linken, vertrat Houghton die Auffassung, die eigentliche Bedrohung komme von der Rechten.

In seinen drei Jahren als Botschafter in Deutschland hatte die Weimarer Republik sieben Regierungen kommen und gehen sehen. In jedem Fall handelte es sich um eine Koalitionsregierung. Es waren sehr schlechte Jahre für die Deutschen. Der verlorene Krieg mit 1,8 Millionen Gefallenen und 4 Millionen Verwundeten war lebendigste Erinnerung. Der Vertrag von Versailles – das „Diktat", der „Schandfrieden", der „Schmachfrieden": ein diktierter, schändlicher und demütigender Frieden – bewegte jedermann. Durch seine Bestimmungen hatte Deutschland 6 Millionen Menschen und 13 Prozent des Vorkriegsterritoriums verloren. Die Last der Reparationen wurde als erdrückend empfunden. Viele Deutsche fürchteten, daß noch ihre Enkel für einen Krieg bezahlen müßten, den sie nicht begonnen hatten. Diese Jahre sahen auch den Hitlerputsch, die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen, eine galoppierende Inflation, die Gleichsetzung von jüdisch und kommunistisch und den Siegeszug der Dolchstoß-Legende. Zugleich erlebte Deutschland eine Renaissance der Künste, der Naturwissenschaft und der Gesellschaftswissenschaften. Damals haben freilich nur wenige der Führer Deutschlands die Weimarer Renaissance als den Beginn eines neuen goldenen Zeitalters angesehen. Alle fünf Regierungschefs, die Deutschland zwischen 1922 und 1925 hatte, glaubten, daß ihre Nation am Rande einer Revolution stehe und daß die Machenschaften seiner ehemaligen Feinde für Deutschlands beispielloses Unglück verantwortlich zeichneten.

Houghton hat in seinen Berliner Jahren alle fünf Reichskanzler kennengelernt: Joseph Wirth, Wilhelm Cuno, Gustav Stresemann, Wilhelm Marx und Hans Luther. Houghton war von jedem dieser Männer beeindruckt; er war sich auch bewußt, daß sie vor einer unlösbaren Aufgabe standen. Jeder erzählte Houghton die gleiche Geschichte: Deutschland könne zwar versuchen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, aber die Last der Reparationen zerstöre das wirtschaftliche, politische und soziale Gefüge der deutschen Gesellschaft. Wirth faßte die Situation am 29. Juni 1922 in einem Gespräch mit Houghton folgendermaßen zusammen: „Die Dinge in der Regierung entwickelten sich von schlecht zum Schlechteren."[76] Houghton sah, daß die Kanzlerschaft jeden auslaugte, der dieses

[75] Tagebuch, VII, 15. 2. 1925. Zu Tirpitz siehe Tagebuch, III, 28. 11. 1922; zu Ludendorff Tagebuch, III, 16. und 20. 10. 1922.

[76] Er traf mit Wirth am 29. 6. 1922 mittags zusammen; Tagebuch, III, 29. 6. 1922. Zu Cuno siehe Tagebuch, III, 28. 7. und 21. 8. 1922.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Amt übernahm. In seinen Tagebüchern wimmelt es von Bemerkungen über die physische Verfassung jener Männer: Cuno „leidet unter der nervlichen Belastung und der Verantwortung"; Wirth „ist sehr nervös und offensichtlich ziemlich angespannt". Houghton schloß, daß nur ein Mann die Republik zusammenhalten könne, nämlich Reichspräsident Ebert:

„Je öfter ich Ebert sehe und je enger mein Kontakt zu ihm wird, um so sicherer bin ich, daß es für Deutschland ein Glücksfall ist, ihn an dieser Stelle zu haben."[77]

Houghtons Vertrauen zu Ebert, so berechtigt es war, täuschte den Botschafter jedoch nicht darüber hinweg, daß der Reichspräsident nur wenig Macht besaß. Gewiß hielten die Anstrengungen von Ebert und anderen die Republik noch zusammen. Die Einführung der Rentenmark am 15. November 1923 stellte auch das Vertrauen in die Währung wieder her, und die Stabilisierung der Mark ermöglichte einen ausgeglichenen Etat. Ein Jahr später, im August 1924, wurde der Dawes-Plan angenommen und von Deutschland unterzeichnet, was zur Stabilisierung der internationalen Lage beitrug. Aber Houghton machte sich keine Illusionen. Er glaubte, die soziale und politische Zerrissenheit reiche zu tief in die Struktur der Nation, als daß sie so leicht verschwinden könne; die Wiederkehr der ungelösten Probleme werde nur eine Frage der Zeit sein. Nach Houghtons Meinung war der Weimarer Republik keine Dauer beschieden[78].

Anfänglich, im Jahre 1922, hatte Houghton noch angenommen, daß die deutschen Probleme eine Folge der vom Krieg verursachten Dislokation seien, außerdem Konsequenzen des Friedensvertrages und des französischen Strebens nach permanenter Schwächung Deutschlands. „Für jeden, der die Situation hier kühl und von außen betrachtet, ist es völlig klar", so schrieb er Castle im September 1922, „daß Deutschlands Position hilflos und hoffnungslos ist, solange Frankreich seine derzeitige Politik verfolgt ... Zwar bin ich weder ein Prophet noch der Sohn eines Propheten, doch drängt sich mir die Überzeugung auf, daß England nicht eine Lösung für Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Situation sucht", sondern eine Lage schafft, die eine deutsche Erholung unmöglich macht. Er setzte hinzu: „Ich glaube, daß die Deutschen dies zu argwöhnen beginnen."[79]

Frankreichs Verhalten während der Ruhrkrise im Winter 1922/23 gab Houghtons antifranzösischer Einstellung neue Nahrung. Durch seine Verbindung mit deutschen Politikern gewann er Einblicke in die politische Lage, die ihm Sympathie für die deutsche Sache abnötigten. Während der Ruhrkrise legte er seinen Standpunkt in einem langen und offenen Brief an William Castle dar. Nach seiner Meinung strebten die Franzosen nach totaler Kontrolle über den

---

[77] Tagebuch, III, 27. 10. 1922. Castle, der damals in Europa war, nahm an dem Treffen mit Ebert teil.

[78] Zur Zustimmung der amerikanischen Botschaft zum Dawes-Plan vgl. Chandler Anderson an Houghton, 26. 7. 1924, B. K.

[79] Houghton an Castle, 15. 9. 1922, B. K.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kontinent; es gehe nicht einfach um die französische Sicherheit. Amerika habe einen Fehler gemacht, als es sich nach Kriegsende von den europäischen Angelegenheiten zurückzog. Englands Hände seien gebunden, und Frankreich suche die neuen Staaten in Mitteleuropa mit Geld und Waffen an sich zu binden. Jetzt, so glaube er, sei Frankreich in der Lage, Deutschland für immer zu verkrüppeln. Der Krieg werde mit anderen Mitteln fortgesetzt:

„Die Reparationen haben das bewiesen. Frankreich ist in seiner Forderung nach voller Bezahlung der 132 Millionen nie schwankend geworden. Es hat alle Modifikationen abgelehnt. Deutschlands Zahlungsunfähigkeit wurde einfach als Deutschlands Zahlungsunwilligkeit hingestellt."[80]

So habe Frankreich nun seine Hand auf das Ruhrgebiet gelegt, das ihm auf der Friedenskonferenz verweigert worden sei. Das Resultat werde in der Zerstückelung Deutschlands bestehen, der Ausbreitung des Bolschewismus und der Möglichkeit eines neuen Krieges[81].

Seine engen Kontakte zu deutschen Politikern und seine Sympathie für die Lage Deutschlands machten Houghton weder am Quai d'Orsay noch in Whitehall sehr beliebt; im State Department riefen seine Auslassungen ebenfalls immer wieder Mißfallen hervor. Im März 1923 erhielt er von Castle eine ernste Rüge:

„Ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß Ihre Ideen bis zu einem gewissen Grade auf falschen Voraussetzungen beruhen und daß Sie die Korrektheit anderer Standpunkte neben dem deutschen nicht genügend prüfen . . .

Frankreich hat selbstsüchtig gehandelt, auf falsche Weise selbstsüchtig, aber können Sie mir eine Nation nennen, die alles in allem aus anderen als selbstsüchtigen Motiven handelt? Der christliche Glaube ist bislang so wenig das Gesetz der Nationen wie das Gesetz der Individuen . . .

Die Deutschen haben, glaube ich, unter den großen Nationen die unangenehmsten Eigenschaften – ihre Brutalität, wenn sie das Übergewicht haben, und ihre Servilität, wenn sie sich Mächtigeren gegenübersehen. Sie haben auch gute Eigenschaften, und Ihnen wird stets die gute Seite gezeigt; aber von Zeit zu Zeit müssen Sie auch Blicke auf die andere Seite erhaschen, die, wie mir scheint, ebenso ernst genommen werden sollte wie die Ihnen präsentierten liebenswürdigen Aspekte. Sie sehen dies nicht aus den Dingen, die man Ihnen sagt, sondern aus den Dingen, die anderen gesagt werden, aus Dingen, die unwahr sind, wie Sie wissen, und die Ihnen zeigen müssen, daß nicht alles wahr ist, was man Ihnen sagt."[82]

Castles Rüge hatte auf Houghtons Bild von der europäischen Situation keinen Einfluß. In einem Brief an Außenminister Hughes betonte er, daß nach seiner Meinung Deutschland, im Gegensatz zu der Feststellung im Versailler Vertrag, „nicht schuldig" sei: „Nehmen wir zum Beispiel die Frage der morali-

---

[80] Houghton an Castle, 12. 2. 1923, B. K.
[81] Houghton an Hughes, 14. 8. 1923, B. K.
[82] Castle an Houghton, 17. 5. 1923, B. K.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Schuld. Ich habe noch keinen Deutschen getroffen, der nicht geglaubt hätte, daß der Krieg, soweit er von jemand verursacht wurde, ein Resultat französischer Machenschaften war."[83]

Wer versuchen wolle, die deutsche Haltung zu verstehen, müsse diese Überzeugung als feste Größe berücksichtigen. Deutschland, so folgerte Houghton, sei mithin „frei von moralischer Schuld und Verantwortung"[84]. Wenn die Vereinigten Staaten nicht ihren Einfluß zu einer Änderung der französischen Politik benützten, würden sich die Deutschen zu Recht gegen die Franzosen erheben oder aber Deutschland werde aufhören als Nation zu existieren:

„Ich persönlich glaube nicht, daß die Deutschen jemals bolschewistisch im russischen Sinne werden. Aber wenn dieser große Strom des Hasses und der Verzweiflung einmal losbricht, so wird er, davon bin ich überzeugt, sehr viele Dinge fortschwemmen, die wir bislang als wichtig angesehen haben, und er wird eine neue Art von Roten bringen, die zumindest effizient und gründlich sein werden."[85]

In Brief auf Brief predigte Houghton die gleiche Botschaft. Er suchte das State Department und einflußreiche Freunde in den USA davon zu überzeugen, daß Amerika verpflichtet sei, seinen Einfluß gegen die katastrophalen Folgen der Nachkriegsereignisse geltend zu machen. Washington dürfe seiner historischen Aufgabe nicht ausweichen. Es habe schon einmal die Führung gehabt, nun müsse es erneut die Initiative ergreifen[86].

Der Botschafter war sich durchaus darüber im klaren, daß sein Standpunkt weder in Europa – außerhalb Deutschlands natürlich – noch im Nachkriegsamerika populär war. In einem Brief an den Schriftsteller und Bühnenautor Herbert Hagedorn schrieb Houghton, er sei sich sehr wohl bewußt, 100 Millionen Menschen zurückgelassen zu haben, die glaubten, die Deutschen hätten den Krieg vom Zaun gebrochen, „in der Hoffnung, die Herren der Welt zu werden". In Deutschland habe er aber „65 oder 70 Millionen Deutsche gefunden", die fragten, warum es Amerika dulde, daß Großbritannien und Frankreich „ihr friedliches und friedfertiges Land zerstören"[87]. In Briefen an andere Freunde und einflußreiche Bekannte, schilderte er ausführlich die Auswirkungen der Inflation und beklagte er die Zerstörung eines so wichtigen Bollwerks gegen Sowjetrußland. Seinem Freund Dwight schrieb er: „Die parlamentarische Regierungsform liegt im Papierkorb . . . , die Arbeitslosigkeit ist schrecklich . . . Das Geld ist völlig kaputt . . . Es kostet etwa 40 Milliarden Mark im Monat, wenn man Golf

---

[83] Houghton an Hughes, 27. 12. 1922, B. K.

[84] Ebenda.

[85] Houghton an Hughes, 27. 8. 1923, B. K.

[86] Houghton an J. C. Latham, 7. 7. 1922, an Hermann Schoenfeld, 3. 1. 1923, an John Dwight, 2. 2. 1923, B. K.

[87] Houghton an Herbert Hagedorn, 4. 8. 1922, B. K. Hagedorn war anderer Meinung und schrieb am 31. 8. 1922 an Houghton (B. K.), daß „die Deutschen eine Krankenschwester oder einen Wärter brauchen. Vielleicht eine Kombination aus beiden".

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spielen will."[88] Als Ursache der Probleme Deutschlands sah er die üble Politik der Franzosen, am Horizont sah er die Gefahr des Bolschewismus auftauchen.

Vor allem gegen Ende des Jahres 1922 bemühte sich Houghton darum, der Regierung in Washington seine Anschauungen verständlich zu machen. Er suchte seine Vorgesetzten davon zu überzeugen, daß Amerika eine aktivere Rolle in den politischen Angelegenheiten Europas spielen und seinen Einfluß gegen die französischen Manöver in Europa zur Geltung bringen müsse. In mehreren Briefen an Außenminister Hughes drang er in ihn, die amerikanische Politik zu überprüfen. Er gebe wohl zu, so sagte er zum Beispiel, daß Deutschland für den Schaden zu zahlen habe, den es während des Krieges verursachte. „Sie haben den Krieg verloren, und es ist ein Gesetz dieses Spiels, daß der Verlierer bezahlt", schrieb er am 27. Dezember 1922. „Und sie sind heute, wie bisher schon, bereit, den Schaden auszugleichen, der Frankreich zugefügt wurde, indem sie den Krieg nach Frankreich trugen. Wenn man über diesen Punkt hinausgeht, weigern sie sich, zu folgen." Die Deutschen seien der Meinung, daß Frankreich, „wenn man es läßt, die Absicht verfolgt, Deutschland als Großmacht auszuschalten, teils durch territoriale Zerstückelung, teils durch die Festsetzung von Reparationszahlungen, die unendlich weit über der Zahlungsfähigkeit liegen"[89]. Daher würden die Franzosen, wenn eine deutsch-französische Einigung über die Reparationszahlungen bevorzustehen scheint, jedesmal die Gesamtsumme erhöhen. Als das neue Jahr, 1923, kam, festigte sich bei Houghton die lange gehegte Überzeugung, daß der Versailler Vertrag ein schwerer Fehler war und seine finanziellen Bestimmungen unerfüllbar seien, daß er Deutschland ruiniert habe. Irgendetwas mußte getan werden, um die Folgen des Krieges zu überwinden[90].

Am 23. Oktober 1922 übermittelte Houghton seinem Außenminister einen Vorschlag zur Wiederherstellung der Stabilität in Europa[91]. Werde dem Vorschlag gefolgt, so glaubte Houghton, stehe Europa vor einer 50 Jahre dauernden Friedensperiode. Er eröffnete seinen ambitiösen Plan mit der Feststellung, er sei sich bewußt, daß Amerika auf voller Rückzahlung der während des Krieges verliehenen Gelder bestehe. Die Amerikaner, die Menschenleben und Geld geopfert hätten, um den Frieden zu sichern, „haben das, was sie wollten, nicht bekommen". Heute finde man in Europa „mehr Haß, mehr Furcht, mehr Mißtrauen und weit mehr Unruhe ... als vor dem Krieg". Die Amerikaner hätten ihr Scheitern erkannt, meinten, ein neuer Krieg drohe am Horizont, und sagten deshalb: „Zahlt uns unser Geld zurück! Wenn wir euch aus euren Verpflichtungen entlassen, setzen wir euch nur in den Stand, früher gegeneinander Krieg

---

[88] Houghton an Dwight, 19. 10. 1923, B. K.

[89] Houghton an Hughes, 27. 12. 1922, B. K.

[90] Briefwechsel Houghton-Hughes, Herbst 1922, B. K.

[91] Ein Entwurf der Vorschläge findet sich in: Houghton an Hughes, 23. 10. 1922, B. K. Eine veröffentlichte Fassung in: FRUS, 1922, II, S. 171 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu führen." Ein solcher Standpunkt, kommentierte Houghton, sei vielleicht verständlich, ziehe aber eine andere Möglichkeit nicht in Betracht.

Houghton erinnerte den Außenminister an den gegenwärtigen Stand der Dinge in Europa. Vier Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten herrsche in ganz Europa noch immer beträchtliche Not. Die Menschen lebten „von der Hand in den Mund", und es gebe „keine Zukunft, die ihnen anspornend zuwinkt, es sei denn das Trugbild des Bolschewismus". Amerika, vom Krieg praktisch unberührt, sei in einer einzigartigen Lage: „Wir können die Verhältnisse, in denen Millionen Menschen in Europa leben müssen, fast unendlich bessern oder fast unendlich verschlechtern. Wir allein haben das zu entscheiden." Wenn es zu einem dauerhaften Frieden kommen solle, müsse er durch eine amerikanische Initiative und durch die in erster Linie betroffenen Menschen, die Europäer, geschaffen werden. Wenn man Entscheidungen wie die über Krieg und Frieden den europäischen Regierungen überlasse, sei der Krieg sicher. Er glaube, daß die Wünsche der „einfachen Leute" im Gegensatz zu den Zielen ihrer politischen Führer stünden. Diese Situation müsse korrigiert werden, indem man den Entscheidungsprozeß auf die Bürger verlagere:

„Wir können, wenn wir wollen, in diesem Sinne zu den einfachen Leuten in England und Frankreich und Italien und Deutschland sagen: wenn sie erstens durch ein Plebiszit übereinkommen, für fünfzig Jahre keinen Krieg gegeneinander zu führen, wenn sie es zweitens zu einem Teil ihres Grundgesetzes machen, daß also kein Krieg erklärt werden kann, außer durch ihr zustimmendes Votum, und wenn drittens eine drastische Abrüstung durchgeführt wird, dann werden die Amerikaner, in der Überzeugung, daß nun der Frieden nach menschlicher Voraussicht gesichert ist, die Schulden erlassen und streichen . . . Sie hätten die Wahl . ... Aber die Zeit wird knapp . . . Schon schlägt die bolschewistische Flut an die Dämme der europäischen Zivilisation . . . [und diese] Flut wird sich widerstandslos bis zum Atlantik ergießen."

Houghton schloß mit zwei Bitten. Er bat Hughes, den Vorschlag direkt Präsident Harding zu unterbreiten, und er bat um die Genehmigung für eine öffentliche Darlegung seiner Gedanken am bevorstehenden Thanksgiving Day[92].

William Castle, der Leiter der Abteilung für westeuropäische Angelegenheiten, befand sich bei Houghton, als der Botschafter seine Denkschrift abschickte. In einem Brief an Hughes gab Castle seine Zustimmung zu Houghtons Vorschlag und fügte hinzu, die „Streichung der Schulden wäre ein Weg, und zwar der einzige Weg, den ich zu sehen vermag, den Krieg wirklich zu gewinnen"[93]. Seien die Amerikaner in dieser Frage erst richtig informiert, würden sie höchstwahrscheinlich zustimmen. Hughes und – noch wichtiger – Präsident Harding waren jedoch anderer Meinung. Houghton erhielt die Weisung, eine öffentliche Äußerung zu unterlassen, und er wurde ferner daran erinnert, daß „allein der Kongreß

[92] Ebenda.

[93] Castle an Hughes, 24. 10. 1922, FRUS, 1922, II, S. 176.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für die Streichung der Schulden zuständig ist"[94]. Zumindest für den Augenblick hatte der Kongreß, am 9. Februar 1922, der Kriegsschuldenkommission definitive Instruktionen gegeben, nämlich zur Eintreibung der Schulden, und Hughes sah keine Möglichkeit für einen Kurswechsel der Administration. Washington blieb also hart. Was Houghtons Friedensvorschlag anging, reagierte Washington mit Schweigen[95].

Wie enttäuscht Houghton auch sein mochte, so erkannte er doch, daß seine Bemühungen, die Regierung der USA zu einer Revision ihrer Politik zu bewegen, nicht völlig vergeblich waren. In einer Rede vor der American Historical Association sagte Hughes am 29. Dezember 1922 in New Haven, die Vereinigten Staaten sollten eine Kommission zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit einsetzen. „In Europa kann es keine wirtschaftliche Erholung geben, wenn Deutschland sich nicht erholt. Es wird keinen dauerhaften Frieden geben, wenn nicht eine wirtschaftliche Befriedigung eintritt", stellte Hughes vor den versammelten Historikern fest[96]. Amerika hatte also doch eine Verantwortung. Am Ende wurde Hughes' Kommissionsvorschlag auch von den Franzosen akzeptiert, allerdings erst nachdem sie die Zwecklosigkeit ihres Vorgehens im Ruhrgebiet eingesehen hatten. Das Resultat war der Dawes-Plan vom Frühjahr 1924. Nur in Deutschland wurde Houghtons Vorschlag ernsthaft in Erwägung gezogen. Im Dezember 1922 regte der deutsche Botschafter in Washington, Otto Wiedfeldt, bei Hughes ein Abkommen der Mächte an, für ein Menschenalter nicht ohne vorherige Volksabstimmung über die jeweilige Streitfrage Krieg zu führen[97]. In der überhitzten Atmosphäre der Jahre 1922 und 1923 konnte daraus freilich nichts werden.

Nach der Ablehnung seines Vorschlags kreisten Houghtons Gedanken um die Frage, wie Deutschland zu innerer Stabilität verholfen werden könne. Nur ein stabiles Deutschland war in der Lage, Reparationen zu zahlen und als Gegengewicht gegen die neue Macht Frankreichs zu wirken. Als erste Aufgabe der

---

[94] Hughes an Houghton, 14. 11. 1922, FRUS, 1922, II, S. 181 f. Am 30. 10. 1922, wenige Tage nach Übermittlung des Friedensplans, legte er seiner Regierung einen Plan für die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft vor: die Rückkehr zur Goldwährung. In einem Brief an Hughes schrieb er am 30. 10. 1922 (B. K.): „Das Problem bei der Sache ist Frankreichs Bereitschaft, Deutschland eine Goldanleihe in Höhe von 1 Milliarde aufnehmen zu lassen, die dem Zugriff der Reparationskommission entzogen ist. Es ist offensichtlich, daß die Einführung einer Goldwährung hier die Industrie fördern, die Spareinlagen steigern und Deutschlands industrielle Kraft produktiv machen würde."

[95] Vgl. Werner Link, a. a. O., und Reuben Lang, a. a. O.

[96] Kopien des Dokuments erhielten die dipl. Vertretungen in Paris, London, Brüssel, Rom, Lausanne und Berlin; FRUS, 1922, II, S. 199.

[97] Zu Frankreichs Bereitschaft nach dem Fehlschlag der Ruhrbesetzung, eine Kommission zu akzeptieren, vgl. John Hicks, Republican Ascendency, New York 1960, S. 141 ff. Zu Wiedfeldts Vorschlag: German Proposal for a Pledge of Peace Among the Powers Interested in the Rhine, Memorandum by the Secretary of State with the German Ambassador (Wiedfeldt), 15. 12. 1922; FRUS, 1922, II, S. 203 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen sah der Botschafter eine Umstrukturierung ihres Verfassungssystems. Houghton hat sehr schnell begriffen, daß die deutschen Kabinette so leicht stürzten, weil die politischen Parteien in Deutschland bestimmte Interessengruppen repräsentierten; auch war ihm klar, daß jeder deutsche Politiker, der für eine vollständige Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen Deutschlands eintreten wollte, politischen Selbstmord beginge. Mit Schrecken verfolgte er, wie starke und intelligente Politiker unter dem Druck der beispiellosen Probleme zusammenbrachen. Reichskanzler Cuno, im Amt vom 22. Dezember 1922 bis zum 12. August 1923, war ein Mann, den Houghton mochte und dem er vertraute. Voll Sorge beobachtete Houghton, wie sich Cuno verschliß. „Cuno", so schrieb er Hughes, „hat viel von seiner früheren Schwungkraft verloren. Er sieht abgekämpft und verquält aus und hat dunkle Ringe unter den Augen. Er sollte mindestens einen Monat Urlaub nehmen, will aber nicht, weil er die Auswirkungen auf die Ruhr fürchtet."[98] Houghton erschien Cunos Los als symbolisch für das der Deutschen.

Konnte es angesichts der französischen Intransigenz und der amerikanischen Indifferenz ein Mittel gegen Deutschlands politische Instabilität geben? Jedenfalls würden die Deutschen, so glaubte Houghton, wenn sie nicht bald etwas unternähmen, sich einem Diktator zuwenden; die Militanz würde wiederkehren, und ein neuer Krieg könnte die Folge sein:

„Ich meine nur, daß als Ende eine hochzentralisierte Regierung, gestützt auf Gewalt und fähig, sowohl Entscheidungen zu treffen wie sie durchzuführen, in Sicht ist. Wir sehen die gleiche Art der politischen Reaktion, die in Italien zu Mussolini führte. Wenn sich die parlamentarische Regierungsform als unfähig erweist, steht gewöhnlich ein Diktator bereit, die Sache in die Hand zu nehmen."[99]

Ihm gefiel diese Alternative gar nicht. Auf der anderen Seite war auch die Fortsetzung des parlamentarischen Chaos und der ständigen Entstehung und Auflösung kurzlebiger Koalitionen keine erfreuliche Aussicht. Ein Mittelweg mußte gefunden werden. Die Besserung, die nach der Stabilisierung der Währung und der Annahme des Dawes-Plans eintrat, vermochte Houghtons Auffassung nicht zu ändern. Etwas hatte zu geschehen, um das zu eliminieren, was er als einen Grundfehler im politischen System Deutschlands ansah.

Houghton war der Meinung, daß ein auf dem Verhältniswahlrecht beruhendes System kaum geeignet sei, für Stabilität zu sorgen; auch sah er eine weitere Komplikation in der „Theoretisiererei und den engen Parteigesichtspunkten" der führenden deutschen Politiker. Von einem solchen System konnten, in seinen Augen, nur die Parteien auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken profitieren. Der Botschafter glaubte, daß das Verhältniswahlrecht verschwinden müsse, wenn die extremen Parteien in Schach gehalten und die Parteien der Mitte ein klares Mandat bekommen sollten. In einem Brief an Hughes sagte

[98] Houghton an Hughes, 24. 1. 1923; M 336, 19, 146 ff.
[99] Houghton an Hughes, 10. 12. 1923, B. K.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er, die „derzeitige Wahlmethode preßt den Reichstag einfach in eine Zwangsjacke. Sie muß geändert werden"[100]. Eine derartige Reform würde der radikalen Rechten auch den Wind aus den Segeln nehmen, weil sie deren Argument entkräfte, die gegenwärtige Regierung sei funktionsunfähig. Ein Zwei- oder Dreiparteiensystem sei die richtige Antwort. Wenn dann noch das Amt des Reichspräsidenten gestärkt und der Versailler Vertrag revidiert werde, könne Deutschland als stabiler, demokratischer und friedlicher Staat in die europäische Gemeinschaft zurückkehren. Natürlich war es nicht an der amerikanischen Regierung, konstitutionelle Reformen in Deutschland anzuregen, und Houghton wußte das sehr gut. Daß er Washington über seine Gedanken zu solchen Fragen informierte, verfolgte lediglich den Zweck, die amerikanische Regierung zu einer Überprüfung ihrer Deutschlandpolitik zu veranlassen und an einem erneuten Engagement in europäischen Angelegenheiten zu interessieren.

Houghton brachte seine Auffassungen über Freunde und Kollegen auch an die Öffentlichkeit. Er hoffte, daß die Amerikaner, wenn sie von den Verhältnissen in Deutschland erst einmal Kenntnis hatten, mehr Sympathie für eine Revision des Versailler Vertrages aufbringen würden. Nachdem Owen Young, der zusammen mit Charles Dawes und Henry M. Robinson in Deutschland die deutsche Zahlungsfähigkeit untersucht hatte, in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt war, bat Houghton ihn um seine Mitwirkung bei einer energischen Anstrengung, das falsche Bild von den Deutschen zu korrigieren.

„Nachdem Sie jetzt wieder zu Hause sind, nehmen Sie hoffentlich jede Gelegenheit wahr, um die Tatsache zu betonen, daß dieses gequälte Land nicht von Kannibalen bewohnt wird."[101]

Die Regierung in Washington und die Berufsdiplomaten des State Department hielten Houghton zwar für zu parteiisch, doch respektierten sie ihn und betrachteten ihn als einen Mann, der in Berlin für die amerikanischen Interessen sein Bestes tat. Im Januar 1925 teilte ihm Castle mit, daß Hughes das State Department abgeben und durch Frank Kellogg, den amerikanischen Botschafter in Großbritannien, abgelöst werde. „Sie werden den britischen Posten bekommen", schloß Castle[102]. Gewiß war man in London zunächst nicht sehr erbaut über diese Entscheidung; Houghtons Ruf als Sprecher für Deutschland war nur allzu bekannt. Nachdem er aber seinen Posten in London angetreten hatte, lernten die englischen Politiker ihn als sehr umgängliche Person schätzen, und da viele der drückendsten Nachkriegsprobleme allmählich etwas in den Hintergrund rückten, sah Houghton auch keine Notwendigkeit mehr, sich für die Deutschen

---

[100] Houghton an Hughes, 8. 5. 1924, B. K.

[101] Houghton an Owen Young, 27. 4. 1924, B. K. Die Bemühungen führender Amerikaner um eine Revision des Versailler Vertrags sind bereits gründlicher erforscht worden. Von besonderer Bedeutung sind Warren Cohen, The American Revisionists, Chicago 1967, und Selig Adler, The War Guilt Question and American Disillusionment 1918–1923, in: Journal of American History XXIII (1951), S. 1–28.

[102] Castle an Houghton, 10. 1. 1925, B. K.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu exponieren. Er selbst war über seine neue Stellung recht glücklich, zumal er sich eine Veränderung wünschte. Am Ende seines Berliner Aufenthalts war er zu dem Schluß gekommen, Deutschland habe so viele Probleme, daß es schrecklich deprimierend sei; er habe jedenfalls sein Bestes getan.

In einem Brief an Hughes schlug Houghton zwei Männer vor, die er für den Berliner Posten als besonders geeignet ansah. Zu den erforderlichen Eigenschaften bemerkte er:

„Ein beständiger, gemütlicher Mann, einer, der nicht von Tag zu Tag zwischen Hochstimmung und Depression hin und herschwankt und der eine unveränderliche Haltung verständigen guten Willens an den Tag legt, aber erforderlichenfalls bereit und fähig ist, auf politische Fehler aufmerksam zu machen, das ist der richtige Typ. An diplomatische Ausbildung oder Erfahrung, im formalen Sinne, braucht nicht ein einziger Gedanke verschwendet zu werden. Die einzige diplomatische Notwendigkeit, die mir im Augenblick einfällt, ist der Besitz eines altmodischen Gehrocks für den Antrittsbesuch beim Reichspräsidenten. Der neue Botschafter muß Privatvermögen haben. Er kann einer Ausgabe von 75 000 Dollar pro Jahr, einschließlich seines Gehalts, schwerlich entgehen."[103]

Das State Department ging auf Houghtons Vorschläge nicht ein. Sein Posten wurde mit Jacob Gould Schurman besetzt, der früher Präsident der Cornell University und dann Gesandter in China gewesen war[104].

Als Houghton nach England ging, verließ er ein Deutschland, das zweifellos in besserer politischer und wirtschaftlicher Verfassung war als das Land, das er 1922 vorgefunden hatte. Aber er machte sich keine Illusionen. Er hielt weder die neue Prosperität Deutschlands noch die Stabilisierung seiner internationalen Beziehungen für dauerhaft[105]. Er glaubte, daß eine erneute Krise der Weltwirtschaft die Räder der Zivilisation sehr leicht zurückdrehen könne. In Deutschland, so prophezeite er, werde der Zusammenbruch der Weltwirtschaft einen Diktator an die Macht bringen; unweigerlich werde Krieg die Folge einer solchen Machtübernahme sein. Amerika durfte nach seiner Meinung dieser Tatsache nicht ausweichen. Als der große Sieger im Weltkrieg mußte Amerika die Initiative ergreifen, um eine zweite Katastrophe zu verhindern. Die Vereinigten Staaten hatten die Aufgabe, Frieden zu stiften. Erst in seinem Schreiben an Hughes vom Herbst 1922 und dann in formellen Vorschlägen an Präsident Coolidge wie in Vorträgen vor verschiedenen Gruppen in den USA forderte Houghton seine Mitbürger auf, dafür zu sorgen, daß die amerikanische Nation in einer internationalen Anstrengung zur Sicherung von „fünfzig Friedensjahren" die Führung übernehme. Die Bedingungen, die Kriege hervorbringen, so

---

[103] Houghton an Hughes, 3. 2. 1925, B. K.

[104] Kurz vor seiner Abreise, am 12. 1. 1925, schrieb Houghton an Hughes (B. K.), Deutschland sei „für Demokratie" ungeeignet. Schurmans Papiere befinden sich in der Olin Library, Cornell Univ., Ithaca (N. Y.). Der größte Teil seiner diplomatischen Korrespondenz ist in M336.

[105] Houghton an Hughes, 27. 12. 1924, B. K.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sagte er in einem Brief an Coolidge kurz nach seiner Ankunft in London, „sind das Resultat menschlichen Wollens und überlegter Wahl – nicht der betroffenen Bevölkerungen, sondern ihrer Regierungen". Daher müsse die Macht, Kriege zu erklären, den Regierungen genommen und den Völkern selbst übertragen werden.

„Wenn jeder Mann und jede Frau weiß, daß von seiner oder ihrer Entscheidung die Frage Krieg oder Frieden abhängt, wäre die Situation in jenem Sinne anders geworden . . . Die Geschichte und die Entstehung von Staaten mit Selbstregierung haben gezeigt, daß (die Völker) nicht nur kompetent, sondern auch, wenn sie die Regierungsverantwortung selbst übernehmen, glücklicher und sicherer sind."[106]

Kurzum: der Krieg mußte geächtet werden.

Houghtons Schlußfolgerung beruhte ohne Zweifel auf seinen deutschen Erfahrungen. Er war der Überzeugung, daß die Vorgänge, deren Zeuge er in Deutschland geworden war, das Ende der westlichen Zivilisation ankündigten; die Hinterlassenschaft des Krieges erschien ihm als ebenso katastrophal wie der Krieg selbst: „Deutschland war besiegt. Deutschland ist aus dem Krieg weißgeblutet und erschöpft herausgekommen, sein Territorium beschnitten, eines Teils seiner wichtigsten Rohstoffe beraubt, der Kolonien verlustig, das Regierungssystem zerstört, die gesamte Wirtschaftsstruktur aus den Fugen, der angesammelte Reichtum großenteils vergeudet und dann noch eine Periode der Inflation, die das Geld wertlos machte. Wer diese Inflationszeit nicht miterlebt hat, kann sich nicht vorstellen, was sie bedeutete."[107]

Houghton hatte gewiß viel Sympathie für die Deutschen und ihre Nöte, aber hinter seinen oftmals subjektiven Bemerkungen stand eine tiefe Sorge um die Zukunft des Westens. „Hinter Deutschland steht Rußland", sagte er im Juni 1931 vor Absolventen des Carnegie Institute of Technology, „und zwar nicht mit einem Programm der Zusammenarbeit, sondern mit einem Programm der Zerstörung." Als die „bolschewistische Flut auf Europa zurollte", seien es die

---

[106] Houghton an Coolidge, 19. 8. 1925; Presidential Papers of Calvin Coolidge, Series I, I. S., Library of Congress, File Number 66, reel 53. Im Jahre 1928 erhielt Houghton Urlaub von seinem Londoner Posten. Er kehrte in die USA zurück und kandidierte für den Senat, unterlag aber seinem demokratischen Gegenkandidaten Dr. Royal S. Copeland; es war das Jahr, in dem Franklin D. Roosevelt zum Gouverneur des Staates New York gewählt wurde. The Nation (17. 10. 1928, S. 389) hatte Houghton unterstützt: „Die Wünschbarkeit seiner Wahl ist eine Sache, deren Bedeutung weit über die Grenzen des Staates reicht . . . Sein Einfluß ist . . . für Frieden und Versöhnung in Europa geltend gemacht worden . . ., und es ist die Frage von Krieg und Frieden, die ihn am tiefsten bewegt." In den letzten Tagen des Wahlkampfes erneuerte er den Vorschlag, den Coolidge 1925 abgelehnt hatte. Er machte seinen Friedensplan zu einem Teil seines Wahlprogramms. Damit bereitete er der Republikanischen Partei eine gewisse Verlegenheit, da ihre Führer gerade den Briand-Kellogg-Pakt ausgehandelt hatten.

[107] Address, 9. 6. 1931, Carnegie Institute of Technology, 17 S., Houghton Papiere, Box 6.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen gewesen, „hungrig, verzweifelt, ohne Hilfe, die wie ein Bollwerk standen und die Flut zurückzwangen“[108].

Houghton besaß während seiner Amtszeit als Amerikas erster Nachkriegsbotschafter in Deutschland keinen großen Einfluß. Es gelang ihm nicht, die eigene Regierung davon zu überzeugen, daß Deutschland der Angelpunkt der europäischen Angelegenheiten sei und der Versailler Vertrag ein Unglück für die westliche Zivilisation darstelle. Im Rückblick erscheint er als ein amerikanischer Revisionist. Damals wurde er, besonders von den Franzosen, als „prodeutsch“ bezeichnet. Jedoch wagte er es, „zu einer Zeit, da die Vorurteile der Kriegszeit noch sehr lebendig waren, als Verfechter der Menschenrechte und der Fairness gegenüber einem geschlagenen Feind Stellung zu beziehen“[109]. Er wußte, daß seine Anschauungen umstritten und seine Beziehungen zu den führenden deutschen Politikern vielen verdächtig waren. Lord d'Abernon notierte in seinem Tagebuch, die Deutschen fänden ständig Unterstützung bei hiesigen Amerikanern, kämen aber allmählich zu dem Schluß, daß das Handeln Washingtons hinter Berliner Reden zurückbleibe[110]. Die Notiz entstand 1922, doch traf sie 1925, als Houghton nach England ging, immer noch zu. Bei seiner Abreise aus Berlin vertraute er John Dwight an, er wäre sehr glücklich, wenn er „beim Verlassen Londons nur einen Teil jenes Wohlwollens mitnähme“, das ihn „offenbar beim Verlassen Berlins“ begleite. Sein Wunsch ging in Erfüllung[111].

---

108 Ebenda.

109 Beckles Willson, America's Ambassadors to England 1785–1928. A Narrative of Anglo-American Relations, London 1928, S. 481.

110 Lord d'Abernon, a. a. O., II, S. 174.

111 Houghton an Dwight, 20. 1. 1925, B. K.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Sander A. Diamond, Chairman, Department of History, Keuka College, Keuka Park, New York 14417.

Dr. Günter Hollenberg, Archivreferendar am Hessischen Hauptstaatsarchiv, St.-André-Str. 32, 6105 Ober-Ramstadt.

Prof. Dr. Jürgen Rohwer, Direktor der Bibliothek für Zeitgeschichte, 7000 Stuttgart, Konrad-Adenauer-Str. 8.

Prof. Dr. Michael Salewski, Historisches Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Konviktstr. 11, 5300 Bonn.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte